

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Digitale Reprints



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Frank Bösch, Caroline Moine und Stefanie Senger (Herausgeber)

Internationale Solidarität

Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR

DOI: 10.14765/zzf.dok-2694

Digitaler Reprint des ursprünglich in der ZZF Schriftenreihe **Geschichte der Gegenwart** im
Wallstein Verlag im September 2018 erschienenen Sammelbandes:

<https://www.wallstein-verlag.de/9783835332089-internationale-solidaritaet.html>

Copyright © 2024 - Dieser Text wird veröffentlicht unter der Lizenz Creative Commons BY-SA 4.0 International.
Eine Nutzung ist für nicht-kommerzielle Zwecke in unveränderter Form unter Angabe des Autors bzw. der
Autorin und der Quelle zulässig. Im Artikel enthaltene Abbildungen und andere Materialien werden von
dieser Lizenz nicht erfasst.



10.14765/zzf.dok-2694

GESCHICHTE DER GEGENWART

Herausgegeben von
Frank Bösch und Martin Sabrow

Band 18

Inhalt

| | |
|--|-----|
| FRANK BÖSCH Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken | 7 |
| CHRISTIAN HELM Reisen für die Revolution. Solidaritätsbrigaden als Praktik transnationaler Solidarität zwischen der Bundesrepublik und dem sandinistischen Nicaragua | 35 |
| STEFANIE SENGER Getrennte Solidarität? West- und ostdeutsches Engagement für Nicaragua Sandinista in den 1980er Jahren | 64 |
| CAROLINE MOINE Christliche Solidarität mit Chile. Helmut Frenz und der transnationale Einsatz für Menschenrechte nach 1973 | 93 |
| FELIX A. JIMÉNEZ BOTTA Solidarität und Menschenrechte. Amnesty International, die westdeutsche Linke und die argentinische Militärjunta, 1975-1983. | 122 |
| ERIC BURTON Solidarität und ihre Grenzen. Die »Brigaden der Freundschaft« der DDR | 152 |
| ANJA SCHADE Solidarität und Alltag der DDR aus der Sicht exilierter Mitglieder des African National Congress | 186 |

SOPHIE LORENZ

»Schwarze Schwester Angela«.

»Rot-schwarze« Verbundenheitsvorstellungen und die
DDR-Solidaritätskampagne für Angela Davis 209

KIM CHRISTIAENS

Europa als »Dritte Welt«.

Europäische Perspektiven auf globalen Aktivismus
während des Kalten Krieges 235

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 263

Internationale Solidarität im geteilten Deutschland

Konzepte und Praktiken

FRANK BÖSCH

Seit den 1960er Jahren entstanden in vielen westlichen Ländern zivilgesellschaftliche Initiativen, die die »Dritte Welt« unterstützten. Soziale Ungerechtigkeit und politische Verfolgungen beflügelten ihr Engagement ebenso wie die Hoffnung, dort sozialistische Utopien umzusetzen. Auch in der Bundesrepublik engagierten sich viele Solidaritätsgruppen für politisch Verfolgte in lateinamerikanischen Diktaturen, gegen die rassistische Ordnung in Südafrika oder für sozialistische Reformprojekte, besonders in Kuba und Nicaragua. In zahlreichen Städten blühten Initiativen auf, die Informationsblätter und öffentliche Aktionen organisierten, Spenden sammelten und Kontakte zu Exilanten und den jeweiligen Regionen aufbauten. Viele von ihnen reisten zudem in diese Länder, um ehrenamtliche Hilfe zu leisten. Andere zeigten ihre Solidarität durch Konsumboykotte und solidarischen Konsum – wie etwa durch den Kauf von Kaffee aus Nicaragua.

Parallel dazu – mitunter in Konkurrenz, mitunter im Austausch – entstand in sozialistischen Staaten wie der DDR eine staatlich initiierte »internationale Solidarität«. Sie leistete ebenfalls durch Brigaden Hilfe vor Ort, nahm verfolgte »Sozialisten« auf und schulte sie. Auch in der DDR kam es so zu einer massenhaften Mobilisierung, die sich allerdings auf sozialistische Länder, Bewegungen und verfolgte Kommunisten bezog. Jedoch war dies staatlich von oben organisiert, und Spenden wurden unter Anleitung der SED formalisiert gesammelt. Dennoch entstand in Ostdeutschland in dieser Zeit ebenfalls eine emotional und ethisch gegründete breite Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Zudem bildeten sich auch in den sozialistischen Ländern Aktionen von unabhängigen Gruppen. Beide Teile Deutschlands entdeckten somit zwei Jahrzehnte nach dem Nationalsozialismus im Rahmen weltweiter Trends ihre globale Verantwortung, wenngleich unter spezifischen politischen Vorzeichen.

Dieses Buch untersucht an ausgewählten Beispielen die Ziele, Motive und Praktiken der internationalen Solidarität in Ost- und Westdeutschland. Warum engagierten sich in dieser Zeit Menschen in Ost und West in fernen Ländern? Wer setzte sich dort mit welchen Erwartungen ein? Im Vordergrund stehen damit weniger die öffentlichen Diskurse oder Spenden bei humanitären Katastrophen als die praktizierte in-

ternationale Solidarität mit ihren grenzübergreifenden Begegnungen. Die internationale Solidarität wird als eine transnationale Praxis vor dem Hintergrund des Kalten Krieges betrachtet. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf den 1970/80er Jahren und insbesondere, wie bei den damaligen deutschen Akteuren, auf Lateinamerika und der südlichen Hälfte Afrikas. Gefragt wird nach der Ausgestaltung der transnationalen Kooperationen, die über den Menschenrechtsdiskurs hinausreichten, und nach den Folgen dieses Engagements. Ebenso werden die Grenzen vieler Initiativen diskutiert, deren Scheitern und die damit verbundene Enttäuschung. Denn viele zivilgesellschaftliche Solidaritätsbewegungen behielten ihren Schwung nur wenige Jahre, dann folgten Ernüchterung, Konflikte und ein Erlahmen der Unterstützung.

Die Solidarität in West- und Ostdeutschland entwickelte sich zeitgleich, hatte aber systembedingt einen unterschiedlichen Charakter: Im Westen war sie vor allem zivilgesellschaftlich geprägt, im Osten hingegen vornehmlich staatlich organisiert oder kontrolliert. Beides soll im Folgenden differenziert werden. Die Gegenüberstellung der Beiträge zu Ost und West, aber auch einzelne Querbezüge in den Artikeln, ermöglichen einen Blick auf die Differenzen und Verschränkungen. Einleitend werden zunächst der Begriff der Solidarität und die Praktiken der internationalen Solidaritätsbewegungen diskutiert, sowohl in linksalternativen und bürgerlichen Milieus als auch in der DDR. Ebenso wird nach dem Erfolg und der Reichweite dieser Aktivitäten gefragt.

Solidarität: Begriff und Praktiken

»Solidarität« ist Leitbegriff der neuesten Geschichte. Aus dem Französischen entlehnt, gewann er seit dem frühen 19. Jahrhundert zunehmend an Bedeutung und war semantisch mit dem französischen Revolutionsbegriff der »Brüderlichkeit« (*fraternité*) verbunden.¹ Auch einige neuere Lexika nennen daher »Brüderlichkeit« als Synonym für Solidarität – oder zumindest die wechselseitige Verpflichtung, als Mitglieder einer Gruppe füreinander einzustehen.² Die recht umfangreiche Literatur zur Begriffsgeschichte der Solidarität hat ihre Hauptstränge vielfältig herausgearbeitet: Einerseits die Solidarität der sozialistischen Arbeiterbewegung, die die Solidarität als zentrale gesellschaftsbildende Kraft auffasste und als gegenseitige

1 Vgl. Thomas Fiegle: Von der Solidarité zur Solidarität: ein deutsch-französischer Begriffstransfer, Münster 2003.

2 Bruno W. Reimann: Solidarität, in: Thomas Meyer u. a. (Hg.): Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 547f.

Verpflichtung innerhalb der Arbeiterklasse; andererseits der Solidarismus der christlichen Soziallehre, der aus der Annahme der Hilfsbedürftigkeit und Verbundenheit der Menschen eine ausgleichende wechselseitige Unterstützung fordert, die gemeinschaftsbildend sein soll.³ Beide Linien prägen bis heute die Deutung des Begriffs der politischen Linken bzw. innerhalb kirchlicher und christdemokratischer Organisationen, die auch in ihren aktuellen Parteiprogrammen den Begriff sichtbar verwenden.

Bereits frühe Soziologen wie Auguste Comte und insbesondere Emile Durkheim griffen den Begriff in wissenschaftlichen Schriften auf und fassten Solidarität als gegenseitige Opfer, die funktional ausdifferenzierte Gesellschaften zusammenhalten.⁴ Durkheim erklärte Solidarität mit moralischen Verbundenheitsgefühlen und einem ethischen Zusammenhang, der zugleich eine emotionale Grundierung aufweise.⁵ So galt die Empörung über ein Unrecht früh als ein wichtiger Ursprung für die Ausübung von Solidarität. Seitdem wurden in der Soziologie ähnliche Kontexte mit dem Begriff verbunden und Akzente ergänzt. Karl Otto Hondrich betonte etwa die Freiwilligkeit der »Verbundenheit trotz Differenzen«, die oft eine einseitige Unterstützung bedeute, aber eine gegenseitige Verpflichtung erwarte.⁶ Während viele Soziologen den Altruismus bei der Solidarität betonten, verweist Ulf Tranow auf ein Verpflichtungsgefühl aus normativen Erwartungen. Als soziologisches Konzept verweise Solidarität, so Tranow, »auf Verantwortungspflichten sowie Unterstützungs- und Kooperationshandlungen« und auf die Annahme einer »Opferbereitschaft«.⁷ Andere sozialwissenschaftliche Arbeiten akzentuieren eine zugrundeliegende Idee von Gerechtigkeit und unterscheiden zwischen Solidarität auf Basis geteilter und unterschiedlicher Interessen.⁸ Als Arbeitsdefinition für unser Buch lässt sich hieraus entwickeln, dass internationale Solidarität gemeinschaftsbildende Formen der grenzübergreifenden Unterstützung und Kooperation beschreibt, die

3 Kurt Bayertz: Begriff und Problem der Solidarität, in: Ders. (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt/M. 1998, S. 11-53; Markus D. Zürcher: Solidarität, Anerkennung und Gemeinschaft: zur Phänomenologie, Theorie und Kritik der Solidarität, Tübingen 1998, S. 41-52; Manfred Groser: Solidarität, in: Dieter Nohlen (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 2, München 2002, S. 846.

4 Ulf Tranow: Das Konzept der Solidarität. Handlungstheoretische Fundierung eines soziologischen Schlüsselbegriffs, Wiesbaden 2012, S. 16.

5 Fiegle: Von der Solidarité, S. 91-95, 154-170.

6 Karl O. Hondrich/Claudia Koch-Arzberger: Solidarität in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1994, S. 13 f.

7 Tranow: Das Konzept, S. 13.

8 Hans-Werner Bierhoff/Detlef Fetchenhauer: Solidarität: Themen und Probleme, in: Dies. (Hg.): Solidarität, Opladen 2001, S. 9-19, hier S. 10 f.

auf einer freiwillig gewählten sozialen Verpflichtung und auf politischen Gerechtigkeitsvorstellungen beruhen. Solidarität bezieht sich damit auf moralische Positionen und kooperativ intendierte Praktiken.⁹

Der normative Überschuss des Begriffs »Solidarität« ist unübersehbar. Er lässt sich als eine diskursive Strategie und öffentliche Positionierung fassen, die mit Utopien verbunden ist – wie der Verwirklichung des Sozialismus, der Menschenrechte und von Gerechtigkeit gegenüber der »Dritten Welt«. Damit ist er ein Quellenbegriff, der auf bestimmte Wahrnehmungen und Praktiken verweist, weniger eine analytische Kategorie. Solidarität ist sozial konstruiert und behauptet zunächst eine engere Verbundenheit, die erreicht werden soll. Solidarität kann oft spontane Ursachen haben, etwa humanitäre Katastrophen, gewaltsame Machtwechsel oder Kriege. Charakteristisch sind zugleich Versuche, spontane Solidarität durch Organisationen zu festigen. Solidarität lässt sich somit von anderen Formen der Unterstützung mit geringerem weltanschaulichen Überschuss abgrenzen – wie der humanitären Hilfe bei Katastrophen, der formalisierten Entwicklungshilfe und der politischen Kooperation – wenngleich die Grenzen oft fließend sind.

Das Konzept der Solidarität erhielt schubweise einen internationalen Charakter. Die internationale Solidarität war zunächst vor allem ein Begriff der Arbeiterbewegung, die sich mit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation 1864 zusammenschloss, um diese auszubauen. Internationale Solidarität war ein Appell an die Arbeiterklasse, sich grenzübergreifend im Kampf gegen die Ausbeutung zu unterstützen. Dies bedeutete eine Unterstützung, die über den Nationalstaat hinausging und im späten 19. Jahrhundert im Kontext von Bewegungen entstand, die später als erste Welle der Globalisierung bezeichnet wurden. Aus dem proletarischen Internationalismus entstand eine antiimperialistische und anti-koloniale Solidarität, die im Realsozialismus des 20. Jahrhunderts große Bedeutung entfaltete. Die Weltkriege erschütterten sie, aber zugleich führte der Kampf gegen rechte Diktaturen zu aktiven Formen der internationalen Solidarität, auf die sich später berufen wurde – etwa im Spanischen Bürgerkrieg und im Zuge der politischen Verfolgungen nach 1933 in Deutschland. Die neuen linken Bewegungen seit den 1960er Jahren, die den Begriff wiederentdeckten, erinnerten entsprechend seine Verbindung zum »Kampf gegen den Faschismus«, der auf gegenwärtige Verhältnisse übertragen wurde.¹⁰

9 Zürcher: Solidarität, S. 175.

10 Vgl. als Quelle die Texte in: Werner Balsen/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 25.

Die öffentliche Verwendung des Begriffs Solidarität stieg im deutschen Sprachraum seit Mitte der 1960er Jahren an und erreichte um 1980 ihren Höhepunkt, wie auch Volltextanalysen über Google NGram andeuten.¹¹ Nach der deutschen Vereinigung pendelte sich die Begriffsverwendung auf niedrigerem Niveau ein, auch, weil nun der Gebrauch in DDR-Texten wegfiel. Im englischen und französischen Sprachraum nahm die Verwendung der Begriffe *solidarity/solidarité* rein quantitativ erst in den frühen 1980er Jahren zu und verlor im Jahrzehnt danach ebenfalls an Bedeutung.¹² Diese zunehmende Verwendung war im Westen mit einem semantischen Wandel verbunden: Seit den 1960er Jahren wurde Solidarität stärker als eine weltumspannende universalistische Pflicht angesehen, kaum noch als Solidarität der Arbeiterklasse.¹³ Die Vorstellung der »Einen Welt«, die moralisch, diskursiv und auch visuell an Bedeutung gewann, veränderte die bisherigen Verbundenheitsgefühle.¹⁴ Die sozialistischen und christlichen Solidaritätsverständnisse näherten sich im Westen an, da beide Seiten mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats und der Abnahme von sozialen Ungleichheiten stärker die Unterstützung der »Dritten Welt« fokussierten.

Eine noch größere Bedeutung hatte der Begriff Solidarität in der DDR, wo er weiter als ein Grundprinzip der Arbeiterklasse galt. Auch die internationale Solidarität gehörte zum Kern ihres offiziellen Selbstverständnisses. Die von Walter Ulbricht verkündeten zehn Gebote der sozialistischen Moral forderten etwa an erster Stelle die »internationale Solidarität der Arbeiterklasse« und »aller sozialistischer Länder«. Ebenso verlangte Artikel 6 der Verfassung Solidarität mit jenen Völkern, »die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen«.¹⁵ Die demonstrativ herausgestellte internationale Solidarität diente der Außen- und Binnenlegitimation.¹⁶

11 Eigene Auswertungen über: <https://books.google.com/ngrams>.

12 Ebd.

13 Sigrid Baringhorst: Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität, Wiesbaden 1998, S. 30.

14 David Kuchenbuch: »Eine Welt« im Bild – Medialisierungen des Selbst/Welt-Verhältnisses in den 1970er und 1980er Jahren, in: Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hg.): Die neue Wirklichkeit: Bezeichnungsrevolutionen, Bedeutungsverschiebungen und Politik seit den 1970er Jahren, Frankfurt/M. 2015.

15 Detlev Brunner: DDR »transnational«. Die »internationale Solidarität« der DDR, in: Alexander Gallus u. a. (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte transnational, Göttingen 2015, S. 64–80, hier S. 64.

16 Patrice G. Poutrus: Die DDR als »Hort der internationalen Solidarität«. Ausländer in der DDR, in: Thomas Großbölting (Hg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation. DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Bonn 2010, S. 134–154.

Als Ausdruck der Solidarität galt die »Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Partei« und als Praxisform der internationalen Solidarität »die brüderliche Zusammenarbeit [...] mit der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung«. ¹⁷ Die SED und die von ihr dominierten Organisationen verbanden sie darüber hinaus seit den 1960er Jahren zunehmend mit der Unterstützung der sozialistischen Strömungen und Ländern des »Globalen Südens«, die als »progressive Völker« bezeichnet wurden. Das »Solidaritätskomitee der DDR« koordinierte die verschiedenen Aktivitäten und Organisationen, wobei die Entwicklungshilfe im weiteren Sinne trotz des Zentralismus der DDR äußerst zersplittert blieb. ¹⁸ Insbesondere die Einheitsgewerkschaft FDGB mobilisierte regelmäßig und organisierte Massenspenden, denen man sich schwer entziehen konnte. In der staatlichen »antiimperialistischen Solidarität« der DDR dominierten zunächst politische und geostrategische, dann seit Ende der 1970er Jahre zunehmend auch ökonomische Interessen, um in der Wirtschaftskrise die Handelsbilanzen aufzubessern.

Jenseits der kommunistischen Parteien und Regime nahm sich auch die 1951 gegründete Sozialistische Internationale des Begriffes an. ¹⁹ Dies trug mit dazu bei, den Begriff bei der bundesdeutschen Linken zu verankern. In der Bundesrepublik wählte die SPD die Solidarität in ihrem Godesberger Programm von 1959 zu einem ihrer drei Grundwerte (»Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität«). Sie definierte diese als »die aus der gemeinsamen Verbindung folgende Verpflichtung« und forderte: »Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker«, was sich auf die Förderung von deren Wohlstand bezog. ²⁰ Auch im Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 wurde die Solidarität als Leitbegriff definiert, etwa als Voraussetzung der »menschlichen Gesellschaft«, sei es gegenüber den Schwächeren, Älteren und der »Dritten Welt«. ²¹ Bis heute bildet sie einen der drei Grundwerte der SPD.

17 So die Definition in: Meyers Neues Lexikon, Bd. 12, Leipzig 1975, S. 596.

18 Das stellen auch Teilstudien fest: Ulrich van der Heyden: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die »geheimen« Beziehungen der DDR zum südafrikanischen Apartheidregime, Münster 2005, S. 37.

19 Guillaume Devin: L'Internationale socialiste. Histoire et sociologie du socialisme international (1945-1990), Paris 1993, S. 184.

20 So bereits im Godesberger Programm 1959, Abschnitt »Grundwerte des Sozialismus«, URL: www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf.

21 Berliner Programm der SPD 1989, mit Ergänzungen von 1998 in: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf.

Wie diese internationale Solidarität im Westen zu einer Praxis in der Mehrheitsgesellschaft wurde, zeigte sich in der humanitären Hilfe.²² Vor allem die Hilfsaktionen beim Biafra-Krieg in Nigeria Ende der 1960er Jahre gelten als ein wichtiger Ausgangspunkt. Medienbilder von verhungerten Kindern mobilisierten nicht nur Spenden, sondern eine breite emotionale Anteilnahme und ehrenamtliche Hilfe, sei es von Ärzten oder aus kirchlichen Kreisen. Visuelle Assoziationen zu heimischen Kriegsbildern, Vertreibung und Holocaust-Opfern trugen zur Verbreitung des Menschenrechtsdiskurses bei.²³ Hier zeigten sich zugleich die Spannungen zwischen der humanitären Hilfe von etablierten Organisationen und der Solidarität von unten, da die linken Studentengruppen an dieser »unpolitischen« Unterstützung von Notleidenden nicht partizipierten oder sie als politische Instrumentalisierung bewerteten.²⁴

Internationale Solidarität der 68er und im linksalternativen Milieu

Die 68er zeigten ein Verständnis von »internationaler Solidarität«, das als Begriff wie als Praxis von der marxistischen Theorie und der Unterstützung kolonialer Befreiungskämpfe geprägt war. Als ein wichtiger Ausgangspunkt gilt die Solidarität mit Algerien seit den späten 1950er Jahren, wenngleich sich damals in der Bundesrepublik nur wenige hierzu engagierten. Impulsgebend waren französische Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre und Akteure aus der »Dritten Welt«, deren Kampf für die spätere Studentenbewegung ein Vorbild wurde.²⁵ Emigranten und Studenten aus den jeweiligen Ländern, die im Westen lebten, spielten von Beginn an eine wichtige Rolle, um das Unrecht in ihrer Heimat zu thematisieren und emotionalisierend für die Solidarität zu werben.²⁶ Nachdem zuvor

22 Vgl. Young-Sun-Hong: *Cold War Germany, the Third World and the Global Humanitarian Regime*, Cambridge 2015.

23 Vgl. Lasse Heerten: *The Biafran War and Postcolonial Humanitarianism: Spectacles of Suffering*, New York/Cambridge 2017; Marie-Luce Desgrandchamps: *L'humanitaire en guerre civile. La crise du Biafra (1967-1970)*, Rennes 2018.

24 Konrad J. Kuhn: »The Credibility of our Humanitarian Effort is at Risk«: Tensions between Solidarity and Humanitarian Aid in the Late 1960s, in: Johannes Paulmann (Hg.): *Dilemmas of Humanitarian Aid in the Twentieth Century*, Oxford 2016, S. 311-328.

25 Vgl. Dorothee Weitbrecht: *Aufbruch in die Dritte Welt: Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2012, S. 356 f.; Christoph Kalter: *Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich*, Frankfurt/M. 2011, S. 481.

26 Quinn Slobodian: *Foreign Front: Third World Politics in Sixties West Germany*. Durham/London 2012, S. 79, 126 f. Vgl. auch zu den frühen Wurzeln anti-im-

etwa nur Exil-Iraner gegen die Menschenrechtsverletzungen in ihrem Heimatland protestiert hatten, mobilisierte ihr Protest im Vorfeld des Schah-Besuchs auch westdeutsche Studierende.²⁷ Als besonders einflussreich erwiesen sich in der Bundesrepublik etwa die Schriften des Exil-Iraners Bahman Nirumand, der zuvor bereits die internationale oppositionelle »Konföderation Iranischer Studenten« mit aufgebaut hatte.²⁸ Nachdem bei den Schah-Protessen 1967 ein Polizist den Demonstranten Benno Ohnesorg erschossen hatte, verwandelte sich die internationale Solidarität mit den Opfern im Iran zu einer Solidarität mit den Protestierenden, die nun weitere, vom Iran ganz losgelöste Proteste anschoß. Ähnliches galt für die spätere Solidarität mit Lateinamerika: Für die Unterstützung Chiles warben viele Exil-Chilenen – nicht zuletzt Allendes Familie selbst mit zahlreichen Reisen. Auch die Solidarität mit Nicaragua setzte ab 1977 ein, nachdem Exil-Nicaraguaner auf Veranstaltungen über die Situation in ihrem Land sprachen und dies mit kulturellen Impressionen verbanden, wie Konzerten, Lesungen und Essen aus der Region.²⁹ Besonders der Dichter und Priester Ernesto Cardenal, den das just gegründete »Büro Nicaragua« mit christlichen Gruppen einlud, begeisterte hier als »Zeuge des Unrechts«.³⁰

Vor allem die Solidarität mit dem kommunistischen Vietnam führte in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zu einer wegweisenden massenhaften Mobilisierung.³¹ Das Sammeln von Spenden und Informationen, die emotionale Anteilnahme und vor allem die Organisation öffentlicher Protestaktionen wurden hier maßgeblich eingeübt. Die Vietnam-Solidarität internationalisierte die Neue Linke und förderte ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge. Ebenso war die gemeinschaftsbildende Kraft für die meist studentischen Protestierenden unübersehbar, die später

perialen Nationalbewusstseins in westlichen Metropolen Michael Goebel: *Anti-Imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism*, Cambridge 2015.

27 Eckard Michels: *Schahbesuch 1967. Fanal für die Studentenbewegung*, Berlin 2017.

28 Bahman Nirumand: *Persien. Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der Freien Welt*, Reinbek 1967.

29 Vgl. die Plakat-Sammlung zur Veranstaltung im Archiv des Instituts für Sozialforschung, Hamburg.

30 Vgl. Bericht in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 7.12.1977.

31 Zur Einordnung vgl. etwa: Detlef Siegfried: *1968 in der Bundesrepublik: Protest, Revolte, Gegenkultur*, Stuttgart 2018; Claudia Olejniczak: *Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland: Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung*, 1998, S. 106 f.

als eine »68er-Generation« und -Bewegung zusammengefasst wurden.³² Dagegen organisierte in der DDR seit 1964 das offizielle »Afro-Asiatische Solidaritätskomitee« Spenden und Aktionen, die eine breitere Basis hatten. Während das Politbüro Waren und militärische Güter nach Nordvietnam schickte, sendeten nach offiziellen Angaben rund sechs Millionen DDR-Bürger Protestadressen gegen die Kriegsführung der USA und sammelten Spenden.³³ Da diese Solidarität vielfältig erforscht ist – und im Rahmen von 50 Jahren 1968 derzeit erneut im Vordergrund steht – wird sie in diesem Buch nicht gesondert aufgegriffen.

Hervorzuheben sind dennoch die Unterschiede zu späteren Solidaritätsbewegungen. Insgesamt blieb diese Solidarität abstrakt, ebenso wie die Solidarität mit dem maoistischen China. Generell theoretisierte sich im Vietnam-Protest die Auseinandersetzung mit der Dritten Welt. Reisen in diese Länder blieben selten, wenngleich ein kleiner, eher individueller »Revolutionstourismus« nach Kuba aufkam. Die Solidarität der 68er war zudem stärker nach innen gerichtet, als Protest gegen die Politik der Bundesrepublik oder der USA, weniger auf die konkrete Unterstützung von Menschen in Ostasien. Der Solidaritätsruf »Ho, Ho, Ho Chi Minh« sollte das heimische Establishment schocken und sozialistischen Revolutionen huldigen. An eine ehrenamtliche Hilfe in den Waisenhäusern oder Reisfeldern Vietnams dachte hingegen kaum jemand unter den Protestierenden. Gerade weil Ostasien so unerreichbar fern blieb, fiel es leichter, Maos China oder HỒ Chí Minhs Vietnam zu huldigen.

Seit der kubanischen Revolution elektrisierte zudem der »Befreiungskampf« in Lateinamerika die westliche Linke. Der Personenkult um den Revolutionskämpfer Che Guevara beflügelte nachhaltig romantische Vorstellungen über den Dschungelkrieg. Nicht nur Aufbrüche, sondern auch Enttäuschungen förderten diese Solidarität. Letzteres galt insbesondere für die Chile-Solidarität nach dem Sturz der sozialistischen Regierung von Salvador Allende 1973. Zahlreiche Lateinamerikagruppen entstanden in den 1970er Jahren, um über die Verbrechen der Militärdiktaturen in Chile und Argentinien zu berichten. An diese Lateinamerikagruppen knüpfte seit 1978 die besonders wirkungsmächtige Nicaragua-Solidarität an, die für revolutionären Aufbruch stand. Derartige Gruppen waren oft verflochten. So berichtete rückblickend eine Aktivistin, die sich ab 1982 im Wuppertaler »Nicaragua Büro« engagierte: »In

32 Auch die Medien konstruierten dies mit den Akteuren; vgl. Martin Stallmann: Die Erfindung von »1968«. Der studentische Protest im bundesdeutschen Fernsehen 1977-1998, Göttingen 2017.

33 Vgl. Günter Wernicke: »Solidarität hilft siegen!«: Zur Solidaritätsbewegung mit Vietnam in beiden deutschen Staaten, Berlin 2001, S. 44-51.

Solingen hatte ich 1973 ein Chile Solidaritätskomitee mitgegründet und in Solidaritätsgruppen für die Befreiungsbewegungen in Vietnam, Zimbabwe und Mozambique mitgearbeitet. Aber der Volksaufstand der Sandinisten war mir näher, dort schienen meine Träume von Menschen mit schwarz-roten Halstüchern in die Tat umgesetzt zu werden. Das ethische und moralische Projekt der sandinistischen Revolution entsprach weitgehend den Idealen der Linken hier und es war weitaus einfacher, sich damit zu solidarisieren als mit anderen Befreiungsbewegungen in Afrika oder Asien.«³⁴ Wie das Zitat unterstreicht, wechselte das Engagement, und man nahm Erfahrungen mit. Die Verbundenheit mit den entfernten Regionen hing freilich von einem Gefühl der kulturellen Nähe ab.

Viele Solidaritätsgruppen des alternativen Milieus entstammten linken Bewegungen, andere waren stärker christlich geprägt oder verbanden christlich inspirierte Hilfe mit politischen Zielen. Entsprechend knüpften sie an die beiden unterschiedlichen Traditionen des Solidaritätsbegriffs an, wobei es nun jedoch zu einer gewissen Annäherung kam. Die bundesdeutsche Linke verachtete die Kirchenhierarchie daheim, in Lateinamerika faszinierten viele dagegen die Gemeinschaft im christlichen Glauben und die politisch-soziale Dimension der Befreiungstheologie.³⁵ In der DDR waren die unabhängigen Solidaritätsgruppen ohnehin eng an die Kirche angebunden. Der Glaube war keine notwendige Bedingung für die Solidarität, aber er förderte jene Melange aus altruistischer Hilfe, Verbundenheit und Gemeinschaftsgefühlen, die für sie charakteristisch war.

Wie Solidarität sich aus der protestantischen Kirche heraus entfaltete, zeigt in unserem Buch der Beitrag von *Caroline Moine* am Beispiel des evangelischen Pastors Helmut Frenz. Der in Chile ansässige westdeutsche Geistliche trat zunehmend engagiert gegen Pinochets Herrschaft ein und förderte eine internationale Solidarität mit den Verfolgten. Über kirchliche Netzwerke verbreitete er Informationen über die Verfolgungen in dem südamerikanischen Land, und durch Briefe und Gespräche mobilisierte er in beiden Teilen Deutschlands, auch nachdem Chile ihn 1975 auswies. Die Verhältnisse in Chile wurden dabei in Deutschland, wie Moines Artikel zeigt, aus einer nationalen Perspektive heraus bewertet, wobei die eigene nationalsozialistische Vergangenheit ein zentraler Referenzpunkt war. Die Fallstudie verdeutlicht, welche zentrale Bedeutung anfangs einzelne Personen hatten, die aus fernen Ländern in Deutsch-

34 So Barbara Lucas rückblickend 2003, in: <http://www.infobuero-nicaragua.org/das-infobuero-in-den-80er-jahren/> (Zugriff: 13.6.2018).

35 Vgl. zeitgenössisch den linken Journalisten Leo Gabriel: *Aufstand der Kulturen*, Hamburg 1987, S. 182.

land informierten und mobilisierten. Ebenso wird die Vielstimmigkeit von Organisationen wie der evangelischen Kirche deutlich, da andere deutsche Geistliche in Chile durchaus Pinochet unterstützten und dafür Kontakt zur CSU suchten.

Im Vergleich zur Chile-Solidarität blieb die Solidarität mit Argentinien nach der Errichtung der dortigen Militärdiktatur geringer. Wie der Beitrag von *Felix A. Jiménez Botta* zeigt, gelang es Ende der 1970er Jahre Menschenrechtsgruppen im Bündnis mit Amnesty International zumindest kurzfristig im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die massiven politischen Verfolgungen zu lenken. Der Menschenrechtsdiskurs machte die Agitation von linksalternativen Gruppen auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit anschlussfähig. Die Erfolge blieben dennoch begrenzt: Die Bundesregierung agierte zurückhaltend, und ihr Protest konzentrierte sich auf verfolgte Deutsche in Argentinien. Weder der »Durchbruch der Menschenrechte« noch eine breite Emotionalisierung durch Solidaritätsgruppen waren damit eine Selbstverständlichkeit Ende der 1970er Jahre.

Stark war hingegen die Solidarität mit Nicaragua. Obgleich hier im Laufe der 1980er Jahre einzelne Reibungen zwischen den dorthin reisenden westdeutschen Gruppen und Brigaden und den Sandinisten aufkamen, betont der Beitrag von *Christian Helm* die Erfolge dieser Unterstützung vor Ort und die fortgesetzte positive Bewertung von beiden Seiten. So seien aus den Reisen persönliche Beziehungen und ein intensives Engagement für das sandinistische Nicaragua in Deutschland entstanden. Ihre Aufbauhilfe in Kampfgebieten, die viele Brigaden ab 1983 trotz der Lebensgefahr bewusst durchführten, stärkte ihre Mobilisierung gegen die USA bzw. die von ihnen unterstützten Contra. Entscheidend für viele Aktivisten war, an einem politischen Umbruch teilzuhaben, den sie für die Bundesrepublik ersehnten.

Dieses deutsche Engagement vollzog sich im Rahmen von internationalen Veränderungen. Ähnliche Solidaritätsgruppen kamen in vielen Ländern Westeuropas und Nordamerikas auf. Sie standen oft miteinander im Austausch, wobei besonders Netzwerke von Exilanten die Bindeglieder bildeten.³⁶ Ebenso ermöglichte der Austausch von Rundschriften, die sie publizierten, eine wechselseitige Information. Ein engerer Austausch entstand bei den kleineren Gruppen, die tatsächlich in die jeweiligen

³⁶ Kim Christiaens u. a. (Hg.): *European Solidarity with Chile 1970s-1980s*, Frankfurt/M. 2014; Caroline Moine: »Votre combat est le nôtre«. Les mouvements de solidarité internationale avec le Chili dans l'Europe de la Guerre froide, in: *Monde(s)* 8 (2015), S. 83-104.

Länder reisten. Die internationale Solidarität entwickelte sich dabei parallel zum Aufstieg des Menschenrechtsdiskurses und der Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Weltweit rückten dadurch Diktaturen, die bislang durch die Dualität im Kalten Krieg toleriert wurden, auf die politische Agenda.³⁷ Die UNO spielte hierbei eine entscheidende Rolle beim Agenda-Setting. Ausgewählte Länder wie Pinochets Chile fanden hier eine scharfe Verurteilung, durchaus forciert durch Anträge aus osteuropäischen Ländern, auf die diese Rhetorik jedoch wieder zurückwirkte. Ebenso war die 1972 beschlossene »Kampfdekade gegen Rassismus und Rassendiskriminierung« der UNO ein wichtiger Katalysator für die Solidarität mit dem ANC. Während sich die Auseinandersetzung um die Menschenrechte auch im starken Maße auf das sozialistische Ostmitteleuropa richtete, blickten die Solidaritätsbewegungen in Ost und West überwiegend auf die Länder des Globalen Südens.

Die »Dritte Welt« war dabei ein fluides Konstrukt, das auch im Rahmen der internationalen Solidarität neu erfunden wurde. Auch Länder in Lateinamerika, die vormals als überseeische Ableger der europäischen Kultur galten, wurden nun immer mehr unter diesem Begriff gefasst.³⁸ Teil dieser Dritten Welt zu sein, die Solidarität benötige, war nicht nur eine von den Industriestaaten entwickelte Konzeption. Auch Länder des Globalen Südens arbeiteten aktiv an dieser Konzeption mit, um so das Aufkommen einer internationalen Solidarität und Hilfe durch den Norden zu fördern. Der Begriff der Solidarität beschreibt zudem nicht nur eine Beziehung zwischen Industrieländern und Staaten des Globalen Südens. Auch innerhalb der südlichen Staaten kam es zu Solidaritätsaktionen. So entsandte Kuba zwischen 1975 und 1990 rund 50.000 Helfer nach Angola, um den Aufbau des Sozialismus zu fördern,³⁹ ebenso tausende Helfer nach Nicaragua nach 1979. Deutsche Aktivisten begegneten dadurch Menschen aus sehr unterschiedlichen Ländern. Inwieweit es hier auch zu deutsch-deutschen Begegnungen kam, zeigt dieses Buch ebenfalls auf.

Dass der Wandel des Kalten Kriegs und die Solidaritätsinitiativen zusammenhingen, argumentiert besonders der Beitrag von *Kim Christiaens*. Der Blick im Westen auf die »Dritte Welt« sei durch die Suche nach

37 Vgl. bes. auch für Chile: Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten: Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, (2. Aufl.) Göttingen 2015.

38 Vgl. für Chile dazu: Georg Dufner: Partner im Kalten Krieg: die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile, Frankfurt/M. 2014, S. 363.

39 Christine Hatzky: Kubaner in Angola. Süd-Süd-Kooperation und Bildungstransfer 1976-1991, München 2012, S. 173 f.

Alternativen zum osteuropäischen Sozialismus geprägt gewesen und habe die Notwendigkeit einer breiten Zusammenarbeit deutlich gemacht. Auch vom Osten initiierte Ost-West-Begegnungen hätten Solidaritätsbewegungen im Westen beflügelt, die sich zugleich für eine Überwindung der Blockkonfrontation einsetzten. Ebenso habe der Blick auf autoritäre und rassistische Regime im Globalen Süden dazu beigetragen, die eigene diktatorische Vergangenheit mit einer neuen Sinnbildung zu versehen.

Ansätze und Praktiken bürgerlicher Solidarität

Der Begriff der Solidarität wird in der Öffentlichkeit, aber auch in der Forschung vor allem mit linksgerichteten Weltanschauungen assoziiert, sei es mit der Arbeiterbewegung, der DDR oder den neuen sozialen Bewegungen. Ergänzend zu den Beiträgen unseres Bandes lässt sich jedoch betonen, dass der Begriff in den 1970er Jahren bei bürgerlichen Gruppen und den Christdemokraten eine wachsende Bedeutung gewann. Sie übernahmen den Terminus in Anlehnung an dessen christliche Wurzeln und gaben ihm eine eigenständig akzentuierte Bedeutung, um ihr sozialpolitisches Profil zu schärfen. In dem ersten umfangreicheren Programm der CDU, dem Berliner Programm von 1968, spielte das Wort Solidarität noch keine Rolle.⁴⁰ Bei dessen Überarbeitung 1971 war das bereits anders. Unter dem Eindruck des gewandelten Zeitgeistes und der sozialliberalen Regierungspolitik sprach es nun von der »Solidarität aller Bürger« und forderte im Abschnitt zur Entwicklungspolitik: »Ein beständiger Friede verlangt eine Politik der internationalen Solidarität, die vorrangig dazu beitragen muß, daß alle Schichten der Bevölkerung in den Entwicklungsländern am sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gerecht beteiligt werden.« Der Wohlstand der reichen Länder, so auch die Mannheimer Erklärung der CDU 1975, verpflichtete »zur Solidarität mit den Hungernden und Bedürftigen in der Welt«.⁴¹ Das erste ausführliche Grundsatzprogramm der CDU, das sie 1978 in Ludwigshafen verabschiedete, hieß sogar »Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit« und adelte das Wort zu einem der drei Leitbegriffe der Partei. Entsprechend ausführlich definierte die Union die Solidarität als »füreinander dasein« und als »wechselseitige Verantwortlichkeit«: Im Vergleich zur Linken wurde die Solidarität stärker als eine Technik der Gemeinschaftsbildung

⁴⁰ Lediglich die »gesamteuropäische Solidarität« wurde erwähnt unter Punkt II im Berliner Programm der CDU 1968. Auch die folgenden Programme finden sich als Faksimile in: <http://www.kas.de/wf/de/71.9132/>.

⁴¹ Mannheimer Erklärung der CDU 1975, in ebd., S. 93.

konzipiert, die allen Beteiligten Rechte und Pflichten abverlange und »auch zwischen Machtungleichen und Interessengegnern« gelte.⁴² Damit war Solidarität ein komplementärer Begriff zur Eigenverantwortung. Ebenso wurden die christlichen Wurzeln bei der CDU deutlich, wenn sie Solidarität mit der »Nächstenliebe« und der Subsidiarität verband. Insbesondere ihr Grundsatzprogramm von 1994 bezog schließlich die Solidarität stärker auf den Ausgleich innerhalb Deutschlands, also auf national grundierte Verbundenheitsgefühle.⁴³

Bemerkenswert ist, dass die Christdemokraten sich nicht auf die Programmatik beschränkten, sondern den linken Bewegungen auch eine eigene Praxis der internationalen Solidarität entgegenstellten. Sie bezog sich jedoch auf Verfolgte kommunistischer Regime. Auch hier entfaltete sich eine Solidarität mit emotionaler Anteilnahme und Hilfe, die weltanschaulich grundiert war. Die Union und bürgerliche Gruppen übernahmen Techniken, wie sie bislang eher auf der Linken und in den neuen sozialen Bewegungen eingeführt waren. Eingeebnet wurde dies zudem bereits bei der Hilfe nach Protesten in Mittelosteuropa, wie in Ungarn 1956 und der CSSR 1968, nach denen auch zahlreiche Flüchtlinge in der Bundesrepublik Aufnahme und Unterstützung fanden.

Ebenso engagierten sich viele Unionspolitiker und Anhänger der Christdemokraten Ende der 1970er Jahre für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Vietnam, für die sogenannten »Boat People«. Den Vietnam-Protesten der 68er, die längst abgeebbet waren, setzten sie eine Solidarität mit den rund 1,5 Millionen Flüchtlingen entgegen, die unter lebensgefährlichen Bedingungen vor dem siegreichen kommunistischen Norden in die überfüllten Lager der südostasiatischen Nachbarländer flohen. Zahlreiche CDU-geführte Landesregierungen, allen voran Niedersachsen unter Ernst Albrecht, traten für ihre verstärkte Aufnahme nach Deutschland ein, während die Regierung Schmidt eher reserviert blieb und sich von den USA und der UNO drängen ließ.⁴⁴ Die flankieren-

42 Berliner Programm der CDU, 2. Fassung 1971, in ebd., S. 13. Vgl. auch die Mannheimer Erklärung der CDU 1975, S. 93; Martina Steber: Die Hüter der Begriffe: Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik, 1945-1980, München 2017, S. 340.

43 Hamburger Grundsatzprogramm der CDU 1994, S. 9, Faks. in: www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1994_Grundsatzprogramm_Hamburg.pdf.

44 Zum Folgenden vgl. ausführlicher: Frank Bösch: Engagement für Flüchtlinge. Die Aufnahme vietnamesischer »Boat People« in der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen 14,1 (2017), S. 13-40; Julia Kleinschmidt: Die Aufnahme der ersten »boat people« in die Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv Online, 26.11.2013, URL: <http://www.bpb.de/170611>.

den christdemokratischen Solidaritätsaktionen für die »Boat People« erinnerten an die Aktionsformen der sozialen Bewegungen. Die christdemokratische Studentenorganisation RCDS organisierte etwa 1979 die Spendenaktion »Helft den Vietnamesen«. Die Junge Union warb mit Aktionen für Wohnraum, Arbeit sowie Patenfamilien für vietnamesische Flüchtlinge und verkaufte Reis, um Spenden einzunehmen.⁴⁵ Politische Arbeit und zivilgesellschaftliches Engagement gingen besonders beim »Vietnam-Büro e.V.« ineinander über, das die CDU-Abgeordneten Elmar Pieroth und der Junge Unions-Vorsitzende Matthias Wissmann im April 1979 gründeten. Der spendenfinanzierte Verein sammelte Hilfgelder, übermittelte medizinische Hilfe und besorgte anscheinend recht erfolgreich Jobangebote für die eingeflogenen Vietnamesen.⁴⁶ In der Bevölkerung zeigten besonders die Wähler bürgerlicher Parteien eine breite Anteilnahme und Unterstützung. Die Spenden für die Neuankömmlinge in der Bundesrepublik und für parteiübergreifende Organisationen wie Cap Anamur waren überwältigend groß, und besonders die Presse des Springer-Verlags unterstützte die Aktionen. Mit dem Engagement für die »Boat People« setzte die Union einen Kontrapunkt zur bisherigen Mobilisierung der Linken. Ihr hielt sie nun vor, zu den aktuellen Menschenrechtsverletzungen in Vietnam zu schweigen, die sie einst lautstark beklagt hatten.

Auch gegenüber den Opfern des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und den über drei Millionen Flüchtlingen, die allein nach Pakistan und andere Nachbarländer flohen, zeigte sich diese bürgerliche Solidarität, die die Rhetorik der einstigen linken Vietnamkriegsprotteste adaptierte. Sie beklagte den Einsatz von Napalm-Bomben und prangerte plastisch die Tötung von Frauen und Kindern an, während sie die islamischen Guerilla-Krieger heroisierte oder romantisiert von »friedlichen Stämmen« sprach, »die nichts weiter wollen als persönliche und religiöse Freiheit«.⁴⁷ Wie bei den »Boat People« warf sie der Linken vor zu schweigen: »Was wäre wohl passiert, wenn die Amerikaner mit fünf Divisionen über einen Nachbarstaat hergefallen wären, wenn der bisherige Staatsoberhaupt ermordet worden wäre und der Ersatzmann von den Aggressions-

45 Flugblätter (etwa JU-Schreiben an Funktionsträger der JU, 11.8.1979) in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 04-007-471-4 und 07-001-532.

46 Zur Arbeit des Vietnam-Büros: MdB Pinger (CDU) an AA, 16.8.1979, in: Politisches Archiv Auswärtiges Amt (PA AA) ZA Bd. 110380; Presseerklärung Vietnam-Büro, 5.7.1979, in: ACDP 04-007-471-4; Elmar Brok: Deutschland-Union-Dienst (DUD) Nr. 149, 7.8.1979, S. 4; Wolfgang Hoffmann: Im Netz der Bürokratie, in: Die Zeit, 23.11.1979.

47 Entschließungsantrag von Habsburg/EVP 25.3.1979, in: PA AA ZA Bd. 110426; Wulff Fraktionsprotokoll CDU 11.9.1979, S. 20 in: ACDP VIII-001-1058/1.

truppen gleich mitgebracht worden wäre? [...] Wo bleiben die Proteste von Herrn Albertz, von Harry Ristock, von Gollwitzer und anderen, die doch nie müde wurden, gegen den amerikanischen Einsatz in Vietnam zu demonstrieren?«, fragte etwa Helmut Kohl im Bundestag nach dem Einmarsch.⁴⁸ Und auch hier nutzten die Christdemokraten Vergleiche zum Nationalsozialismus, wie sie bisher eher die linke Solidaritätsbewegung gegenüber rechten Diktaturen einsetzte. So sprach Helmut Kohl von einem »Stück Völkermord« und einer »Ausrottungs-Strategie« in Afghanistan.⁴⁹

Ebenso entstanden im Umfeld der CDU unterstützende Vereine, wie das »Bonner Afghanistan Komitee« und die »Arbeitsgemeinschaft Afghanistan«. Zudem kamen neue NGOs auf, wie 1981 die Hilfsorganisation »HELP – Hilfe zur Selbsthilfe e. V.«, die vor allem von der Otto von Benecke-Stiftung finanziert wurde.⁵⁰ Und wie bei den »Boat People« waren es die eher konservativ ausgerichteten Medien, die diese Hilfsaktionen unterstützten. Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer sammelte etwa, zusammen mit dem ZDF, der Zeitschrift *Die Bunte* und der *BILD*-Zeitung, nach eigenen Angaben 20 Millionen Mark für die afghanischen Flüchtlinge und berichtete öffentlich von seinen Reisen nach Pakistan und Afghanistan.⁵¹ Ebenso reiste der aktive Bundeswehr-Major Erich Kothny Anfang 1982 in seiner Urlaubszeit als freier Mitarbeiter für das ZDF und die *Stuttgarter Nachrichten* zu den Mudschaheddin. 1985 sammelte er Spenden, um damit den »Sender freies Afghanistan« aufzubauen, und hielt Vorträge über den »bewundernswerten unerschütterten Freiheitswillen der Afghanen«.⁵² Im Vergleich zu den eher sozialistischen Solidaritätsgruppen waren diese Initiativen jedoch deutlicher mit der etablierten Politik verwoben.

Selbst gegenüber der weit verbreiteten Solidarität mit Nicaragua versuchten CDU und FDP eigene Akzente zu setzen, indem sie zur Solidarität mit den Opfern und Gegnern der sandinistischen Herrschaft mobilisierten. So lud besonders die Konrad-Adenauer-Stiftung regelmäßig Christdemokraten aus Nicaragua ein, die über die Einschränkung ihrer

48 Kohl Bundestag 17.1.1980, Spalte 15590; ähnlich Todenhöfer im Bundestag 11.3.1982, Sp. 5446.

49 CDU-Fraktion 22.4.1980 in: ACDP VIII-001-1061/1; ebenso: Geiger an Genscher 6.8.1985, in: PA AA ZA Bd. 139329.

50 Vgl. auch ihre Selbstdarstellung: <https://www.help-ev.de/>.

51 Jürgen Todenhöfer: Teile dein Glück – und du veränderst die Welt! – Fundstücke einer abenteuerlichen Reise, München 2010, S. 202.

52 Vgl. die Artikel in der Reservistenzeitschrift »Loyal« Januar 1985 und »Europäische Wehrkunde« 12 (1983), S. 580, in: Botschaft Bagdad 24.6.1985, in: PA AA 139329.

Rechte und Menschenrechtsverletzungen dort berichteten.⁵³ Umgekehrt reisten auch Politiker der Union vielfach nach Nicaragua, wo sie neben den Sandinisten stets auch gezielt bürgerliche Politiker und Geistliche trafen. Der Junge-Unions-Vorsitzende Christoph Böhr flog etwa mit einer Delegation zu »fact-finding-missions« nach Nicaragua, besuchte dort auch christdemokratische Gefangene und setzte sich für ihre Freilassung ein.⁵⁴ Zudem förderte die Adenauer-Stiftung, in Konkurrenz zu den linksalternativen Brigaden, im größeren Umfang Projekte der Kirchen, von bürgerlichen Gruppen und privatwirtschaftlichen Unternehmen.⁵⁵

In Analogie zu den Menschenrechts-Hearings der Linken hielt die CDU 1985 schließlich ein international besetztes Nicaragua-Hearing ab, dessen Ergebnisse sie dann in der Schrift »Wie frei ist Nicaragua?« veröffentlichte.⁵⁶ Die Christdemokraten betonten, dass sie die Revolution anfangs begrüßt hätten, diese nun aber in eine »marxistische Diktatur« abgesunken sei. Und wie sonst die Linke, argumentierte die Union, gegen die angeblich »einseitigen« Medien eine kritische Öffentlichkeit schaffen zu wollen. Die aus Nicaragua eingeladenen Christdemokraten, die als Vertreter von Menschenrechtsgruppen auftraten, berichteten etwa, die Sandinisten hätten bereits 1979 Menschen getötet und heute gebe es mehr politische Gefangene als unter Somoza 1978.⁵⁷ Wem die internationale Solidarität zu gelten habe, war damit zu einem umkämpften Feld zwischen rechts und links geworden.

Internationale Solidarität in der DDR und Bezüge zur Bundesrepublik

Die internationale Solidarität der DDR war durchaus mit dem Westen verbunden. Die sozialistische Hilfe für den Globalen Süden, die sich seit den 1950er Jahren von Afghanistan bis Kuba abzeichnete, war für den Westen durchaus ein Anstoß, sich verstärkt zu engagieren.⁵⁸

53 Vermerk AA 13.6.1980, in: PA AA B 33 (ZA) Bd. 127447.

54 Vgl. Horst Langes an Kohl 28.9.1983, in: PA AA MANAG Bd. 15537.

55 BWZ an KAS 9.10.1984 und BMZ an KAS 14.12.1984, in: PA AA B 98 Bd. 321.

56 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): *Wie frei ist Nicaragua?*, Bonn 1985.

57 Vgl. José Esteban Gonzalez: *Verletzung der Grundrechte*, in: ebd., S. 15-18. Derartige Zahlen waren freilich kaum valide. Kriegsverbrecher wurden zudem mit Menschen gleichgesetzt, die 1978 für demokratische Rechte kämpften.

58 Vgl. etwa für Afghanistan: Timothy Nunan: *Humanitarian Invasion. Global Development in Cold War Afghanistan*, Cambridge 2016, S. 12.

Ein zentrales Ziel der staatlichen Solidaritätsaktionen der DDR war und blieb die Förderung ihrer internationalen Anerkennung, die wiederum ins eigene Land zurückwirken sollte. Da die DDR im starken Maße auf die Bundesrepublik bezogen blieb, war dies auch eine auf den Westen gerichtete Kommunikation: Ein Ziel war, sich gegenüber der Welt und der Bundesrepublik als das moralisch bessere Deutschland nach dem Nationalsozialismus zu präsentieren. Entsprechend wurden Auszubildende und Studierende aus Vietnam, Angola oder Kuba, die in die DDR kamen, oft in den eigenen Medien abgebildet. Vielfach interagierte die DDR dabei mit westlichen Bewegungen. So schickte sie im Anschluss an die frühe westeuropäische Solidarität mit Algerien 1964 dorthin ihre erste FDJ-Brigade als Aufbauhelfer, die in Landwirtschaftsschulen und beim Aufbau von Industrie unterstützend wirkten.⁵⁹ Die DDR bildete sowohl im eigenen Land als auch in Afrika »Befreiungsbewegungen« aus, wie vor allem die SWAPO und den ANC, zudem schulte sie Sozialisten aus Mosambik und Angola. Die DDR spendete Schulhefte, Schuhe und Tütensuppen und verwandelte sich so von einem Teilstaat, der von »Westpaketen« zehrte, in ein selbstbewusstes Land, das den eigenen Wohlstand mit den Armen teilte. Hinzu kamen große staatliche Prestigeprojekte wie die Einrichtung des Krankenhauses »Carlos Marx« in Nicaragua, das als Leuchtturmprojekt international ausstrahlen sollte. Zudem versuchte die DDR über die kommunistischen Gruppen im Westen, die Solidarität in der Bundesrepublik zu beeinflussen. So finanzierte die SED westdeutsche Schriften und Veranstaltungen mit Exil-Chilenen, die sich gegen Pinochet richteten.⁶⁰

Viele DDR-Solidaritätsaktionen strahlten über eine staatlich verordnete Hilfe hinaus aus. Ein Aufruf in der Kinderzeitschrift »*Bummi*« führte zu Spenden im Umfang von angeblich 122 Tonnen Kinderspielzeug.⁶¹ Hinzu kamen unabhängige Projekte wie der Aufruf »Brillen für Nicaragua« von 1981, bei dem etwa 62.000 Lesehilfen zusammenkamen. Offizielle und unabhängige Aufrufe förderten Bindungen an die jeweiligen Länder und lassen sich als Teil einer emotional grundierten Unterstützung fassen. Auch Petitionen gegenüber politisch Verfolgten –

59 Fritz Tauber: *La guerre d'Algérie et la République Démocratique Allemande. Le rôle de l' »autre« Allemagne pendant les »événements« (1954 à 1962)*, Dijon 2010.

60 Dufner: *Partner*, S. 301f.

61 Vgl. Peter Strobinski: *Nicaragua war uns wichtig. Zur Geschichte der Solidarität der DDR-Bevölkerung*, in: Harzer/Volks (Hg): *Aufbruch*, S. 67.

wie Nelson Mandela oder Angela Davis – erreichten eine breite Anteilnahme, obgleich beide gewaltsamen Gruppen nahestanden.⁶²

Wie der Beitrag von *Sophie Lorenz* zur Solidarität mit Angela Davis zeigt, stand die Solidarität mit den Afroamerikanern in einer längeren Tradition »rot-schwarzer Verbundenheitsvorstellungen«, die in der Sowjetunion der 1920er Jahre aufgekommen waren. Dass die Kommunisten anti-rassistisch agierten und auch in Südafrika mit Schwarzen zusammenarbeiteten, bescherte ihnen tatsächlich Ansehen.⁶³ Die DDR konnte sich mit der Solidarität mit dem afroamerikanischen »anderen Amerika« sowohl von der Bundesrepublik als auch von der NS-Zeit abgrenzen. Dass Angela Davis auch bei der bundesdeutschen Linken zur »Black Power-Ikone« wurde, förderte die ostdeutsche Solidaritätskampagne zusätzlich, obgleich Angela Davis dem schwarzen militanten Protest nahestand, was durchaus subversives Potential für das eigene Land versprach.

Seit 1964 entsandte die DDR immerhin 60 »Brigaden der Freundschaft der FDJ« nach Afrika, Lateinamerika und vereinzelt nach Asien.⁶⁴ *Eric Burtons* Beitrag in diesem Buch untersucht die Motive und Erfahrungen dieser »Botschafter im Blauhemd«, die in der Forschung sehr unterschiedlich bewertet wurden: als erfolgreiche idealistische Aufbauer,⁶⁵ aber auch als durchaus in kolonialer Tradition stehend, da sie keine Unterstützung auf Augenhöhe gewährten.⁶⁶ Anhand von Brigaden in vier Ländern zeigt Burton, dass die Brigadisten zwar die vorgegebenen Verhaltensregeln eigensinnig durchbrachen, aber oft Konflikte im Kollektiv und mit den einheimischen Arbeitern entstanden. Letztere forderten mitunter mittels Boykott mehr Lohn und Rechte ein oder leisteten passiven Widerstand durch langsame Arbeit. Wie Burton zudem verdeutlicht, waren die Motive für diese offizielle Solidaritätsarbeit vielfältig: Idealismus, der Wunsch, aus der Enge der DDR zu entfliehen, und auch die materiellen Vorteile spielten eine Rolle. Rein altruistisch, wie sozialwissenschaftliche Definitionen die Solidarität fassen, war diese damit nicht.

62 Sophie Lorenz: »Heldin des anderen Amerikas«. Die DDR-Solidaritätsbewegung für Angela Davis, 1970-1973, in: *Zeithistorische Forschungen* 10.1 (2013), S. 38-60.

63 Stefan Bierling: *Nelson Mandela. Rebell, Häftling, Versöhner*, München 2018, S. 138f.

64 Vgl. Ulrich van der Heyden: *FDJ-Brigaden der Freundschaft aus der DDR – die Peace Corps des Ostens?*, in: Berthold Unfried/Eva Himmelstoss: *Die eine Welt schaffen: Praktiken von »Internationaler Solidarität« und »Internationaler Entwicklung«*, Leipzig 2012, S. 99-122.

65 Ebd., S. 109.

66 Hubertus Büschel: *Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika, 1960-1975*, Frankfurt/M. 2014, S. 481.

Wie auch andere Beiträge des Buches zeigen, waren die Motive für ein solidarisches Engagement in Ost und West vielfältig. Für die meisten war es die erste Reise in außereuropäische Regionen. Neugier, Abenteuerlust oder auch eine Flucht aus den beengten Verhältnissen daheim motivierten nicht nur Brigadisten aus der DDR, sondern auch viele politisch engagierte Köpfe aus der Bundesrepublik. Im Westen überwog sicher das Ziel, politische Veränderungen zu unterstützen, aber auch die DDR-Brigadisten reizten nicht nur die materiellen Vorteile.

Wie im Westen erfuhr der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika besonders große Anteilnahme in der Bevölkerung. Die DDR unterstützte direkt ANC-Aktivisten, die gegen das Apartheidregime in Südafrika kämpften.⁶⁷ Wie der Beitrag von *Anja Schade* verdeutlicht, hatten die ANC-Aktivisten, die in die DDR kamen, einen überwiegend positiven Eindruck von dem sozialistischen Staat – im Unterschied etwa zu vielen chilenischen Exilanten. Kritik an den Zuständen in der sozialistischen Diktatur äußerten eher Jüngere. Andere Studien zeigten die Erfahrung des Rassismus in der DDR, da schwarze Ausländer nicht auf Dauer bleiben sollten und gemeinsame Kinder mit Ostdeutschen untersagt waren.⁶⁸ Argwöhnisch beobachtete die SED, dass auch Kirchenvertreter diese Solidarität teilten. Diese vielfältige Unterstützung bedeutete freilich nicht, dass der Rassismus in Ostdeutschland verschwand. Auch die von Anja Schade interviewten ANC-Akteure in der DDR berichteten, wie sie nach 1989 deutlich häufiger rassistisch attackiert wurden.

Seit den 1970er Jahren entstanden auch in der DDR vermehrt nicht-staatliche »Dritte Welt«-Gruppen. Unter dem Namen INKOTA, einem lockeren informellen Netzwerk, schlossen sich ab 1971 einige unabhängige Gruppen zusammen – insbesondere kirchliche, die mit Hilfsaktionen Länder im Globalen Süden unterstützten. Ihr Engagement ähnelte den karitativen Ansätzen christlicher Gruppen im Westen.⁶⁹ Wenngleich sie sehr klein waren, machten sie laut einer Auswertung von Maria Magdalena Verburg Ende der 1980er Jahre fast ein Viertel der politisch unabhängigen Gruppen der DDR aus und wiesen auch nach 1989 eine große

67 Hans-Georg Schleicher: Südafrikas neue Elite: die Prägung der ANC-Führung durch das Exil, Hamburg 2004, S. 276; van der Heyden: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen, S. 40 f.

68 Vgl. auch die Artikel von Simon Stevens und Sara Pugach, in: Slobodian (Hg.): *Comrades*, S. 121-130, 131-156.

69 Gregory Witkowski: *Between Fighters and Beggars: Socialist Philanthropy and the Imagery of Solidarity in East Germany*, in: Slobodian (Hg.): *Comrades*, S. 73-94.

Kontinuität auf.⁷⁰ »Solidarität« mit den Entwicklungsländern war auch für sie der zentrale Leitbegriff. Politisch übten sie deutlich weniger Kritik an der DDR als andere alternative Gruppen und forderten vornehmlich, ideologische Maßnahmen zu reduzieren.⁷¹ INKOTA konnte in den 1980er Jahren zumindest vierteljährlich ein halblegales Rundschreiben herausgeben. Wie bei anderen freien Initiativen bildete die evangelische Kirche ein entscheidendes und zugleich schützendes Dach. Die Tradition der christlichen Solidarität und die internationalen kirchlichen Netzwerke förderten diese Zusammenarbeit. Wie im Westen faszinierte auch die ostdeutschen Protestanten die Verbindung von Sozialismus und Christentum. Nicaragua stand, so erinnerte ein Aktivist, für die Hoffnung, die »Polstellung zwischen Christentum und Marxismus auch im eigenen Land aufzubrechen«.⁷²

Viele ostdeutsche Gruppen standen im Austausch mit ähnlichen Initiativen aus dem Westen, die sie mit eingeschmuggeltem Informationsmaterial versorgten. Insgesamt blieb ihre Beziehung jedoch ungleich: Die westlichen Gruppen wussten wenig über die ostdeutschen Gruppen und hatten relativ wenig Interesse an den kleinen Initiativen in der DDR. Sie agierten eher in einer einseitigen Geberrolle, wie auch der Beitrag von *Stefanie Senger* ausführt.⁷³ So erhielt die »Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua«, die 1981 in Leipzig entstand, etwa von westdeutschen Nicaragua-Aktivist*innen einen Diavortrag über Nicaragua, den sie übernahm und weiterverbreitete. Zudem reichten sie ihnen die Wuppertaler Informationsbriefe aus Nicaragua heimlich weiter, und Westdeutsche vom Dietzenbacher Nicaragua Komitee übermittelten Briefe aus Leipzig nach Nicaragua.⁷⁴ Dabei hatten die ost- und westdeutschen Nicaraguagruppen, so Stefanie Senger, durchaus übereinstimmende Beweggründe für ihren Aufbruch nach Nicaragua: Die Enttäuschung über die gesellschaftliche Situation im eigenen Land, die gefühlte Machtlosigkeit gegenüber der globalen Situation und die Hoffnung, dass das sandinistische Nicaragua als Beispiel für Europa und Deutschland dienen könnte. In Nicaragua

70 Maria Magdalena Verburg: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90, Göttingen 2012, S. 14; Olejniczak: Die Dritte-Welt-Bewegung, S. 211-232, S. 258 f.

71 Ebd., S. 109, 197.

72 Zit. nach Verburg: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen, S. 78.

73 Ebd., S. 92 f.

74 Vgl. Karim Saab: Die deutsche Komponente in der Nicaragua-Arbeit, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch, S. 128-131, hier S. 130; Herman Schulz: Nicaraguanische Hoffnungen zwischen Wuppertal und Leipzig, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch, S. 132-136.

blieben die ost-westdeutschen Begegnungen punktuell, was auch daran lag, dass dort fast ausschließlich offizielle Brigaden arbeiteten.⁷⁵

Mit dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten kam es zu einer Annäherung der ost- und westdeutschen Initiativen. Viele Ostdeutsche waren dabei mit der Zusammenarbeit eher unzufrieden: Erwartet wurde nun eine Kooperation auf Augenhöhe gegenüber dem Globalen Süden, während sich die Ostdeutschen durch die westdeutschen »Dritte Welt«-Aktivisten bevormundet und unangemessen belehrt fühlten. In den entsprechenden Ländern wurden einige ostdeutsche Helfer – etwa aus den FDJ-Brigaden – von der westdeutschen Entwicklungshilfe übernommen. Auch hier kam es zu Konflikten, und die bundesdeutsche Entwicklungshilfe bewertete die Arbeit staatlicher und nicht-staatlicher Gruppen aus der DDR kritisch.⁷⁶ Leicht war die Vereinigung Deutschlands also selbst in der Ferne nicht. Dennoch ist die Kontinuität der nicht-staatlichen »Dritte Welt«-Gruppe nach 1990 als hoch zu bewerten. In den 1990er Jahren kam es ohnehin zu einer doppelten Transformation der Solidarität im vereinten Deutschland: Einige Solidaritätsgruppen bestehen bis heute fort, sind aber weniger politisch ausgerichtet, andere transformierten sich zu politisierten globalisierungskritischen Initiativen. Mehrere wurden zu wichtigen Archiv- und Dokumentationszentren der internationalen Solidarität – wie beispielsweise das Forschungs- und Dokumentationszentrum für Chile und Lateinamerika (FDCL), das aus dem Chile-Komitee West-Berlin hervorgegangen ist.

Reichweite und Erfolg der internationalen Solidarität

Die Solidaritätsgruppen in beiden deutschen Staaten waren besonders aktiv, wenngleich ähnliche Gruppen auch in anderen europäischen Ländern und den USA aufkamen. Dieses starke Engagement korrespondierte in der Bundesrepublik mit dem recht großen alternativen Milieu, besonders im Osten hingegen mit der deutsch-deutschen Konkurrenz.⁷⁷ Wie auch die Beiträge des Bandes zeigen, stärkte der wachsende Rekurs auf die nationalsozialistische Vergangenheit das moralische Engagement gegen autokratische rechte Regime. Der Wunsch, ein anderes Deutschland zu vertreten und sich von der Geschichte abzusetzen, spornte zur

75 Vgl. Eberhard Löschecke/Mischi Philippi: Christen in »Nicaragua libre«, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch, S. 87-91.

76 Vgl. Verburg: Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen, S. 195-200.

77 Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.

Hilfe an. Zudem ermöglichte der recht hohe Wohlstand in Ost- und Westdeutschland diese aktive Solidarität, für die etwa Studenten aus Rumänien oder Griechenland geringere Spielräume hatten. Politische Überzeugungen trieben in Ost und West das Engagement jenseits der altruistischen Hilfe an. Nicht die jeweilige Not, sondern weltanschauliche Affinitäten bestimmten es. Antikapitalistische Sichtweisen, die sich besonders gegen den Einfluss der USA richteten, fanden sich bei den sozialen Bewegungen und der offiziellen Solidarität der DDR. Wie stark die internationale Solidarität in den einzelnen Ländern war, hing zudem von der regionalen und kulturellen Nähe ab: Spanien und die USA waren deshalb gegenüber Lateinamerika besonders engagiert, Frankreich gegenüber Vietnam. Und schließlich hing die Reichweite der Solidaritätsbewegung von einzelnen Personen und Migranten ab, die sich jeweils engagierten.

Auf den ersten Blick scheiterten viele Solidaritätsbewegungen. Während der Hauptphase ihrer Aktivität konnten sie nur selten autoritäre Regime stürzen oder soziale Ungerechtigkeit beseitigen. Die internationale Solidarität von zivilgesellschaftlichen Gruppen hatte jedoch durchaus Einfluss auf die internationale Politik. So erreichte die Solidarität mit Chile, dass die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zu Pinochets Chile in vielen Teilen der Welt deutlich abkühlten.⁷⁸ Dies trug in den 1980er Jahren mit zur Stärkung der Opposition und zur Demokratisierung bei. Nach den ersten Protesten der Nicaragua-Gruppen 1978 stellten die Bundesrepublik und andere westliche Länder die Entwicklungshilfe für das von Somoza beherrschte Land ein und mieden nun diplomatische Kontakte.⁷⁹ Die breite öffentliche Solidarität führte nach der Revolution mit dazu, dass auch die Bundesregierung das sandinistisch dominierte Nicaragua zumindest anfangs mit Hilfslieferungen und Krediten unterstützte.⁸⁰ Besonders groß war sicherlich der langfristige Erfolg beim Protest und den Boykottaufrufen gegen die Apartheid in Südafrika. Durch sie wurde der zunächst in Vergessenheit geratene ANC-Führer Nelson Mandela zu einer globalen Ikone, mit dem die Buren-Regierung noch während seiner Haft regelmäßig Reformgespräche führte.⁸¹

78 Als recht überzogen bilanziert dies: Dufner: Partner im Kalten Krieg, S. 366.

79 Vgl. Gansel/Dohnanyi Bundestag 7.12.1978, Sp. 9635; Abt. 3 AA an Staatssekretär 28.9.1978, in: PA AA B 33 (ZA) Bd. III159; Gesprächsvorbereitung Schmidt von AA 17.10.1978, in: PA AA B 33 (ZA) Bd. III160; Sprechzettel Dohnanyi 26.3.1979, in: PA AA B 33 (ZA) Bd. II6101.

80 Vgl. BMZ an AA u. a. 30.11.1979, in: PA AA B 33 (ZA) 136387.

81 Bierling: Mandela, S. 226 f.

Obgleich die Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik besonders aktiv waren, reagierte selbst die sozial-liberale Bundesregierung nur begrenzt auf ihre weitergehenden Forderungen, noch weniger die Regierung Kohl. Auf das demonstrative Abziehen von Botschaftern oder umfassende Wirtschaftsboykotte verzichtete sie weitestgehend. Die innerdeutsche Konkurrenz spielte hierfür sicherlich eine Rolle, da sie anderenfalls einen Alleinvertretungsanspruch der DDR befürchtete. Ebenso förderte die starke wirtschaftspolitische Exportorientierung eine pragmatische Haltung. Dennoch sind die neuen sozialen Bewegungen nicht nur als ein Kontrapunkt zum staatlichen Handeln zu verstehen. Viele ihrer Themen wurden durchaus von klassischen politischen Akteuren angebracht. So machten staatliche Akteure den Umweltschutz bereits 1970 in Ost- und Westdeutschland zu einem zentralen Thema, das dann einige Jahre später Umweltgruppen neu dynamisiert aufgriffen.⁸² Ähnliches gilt für die Menschenrechtspolitik und die Entwicklungshilfe, deren Konzeption als »Hilfe zur Selbsthilfe« durchaus stilbildende Formen für Solidaritätsgruppen aufwies.⁸³ Auch bei den Akteuren der internationalen Solidarität bestanden Berührungspunkte. Sozialdemokratische Politiker wie Hans-Jürgen Wischnewski oder Erhard Eppler reisten früh in entsprechende Länder, berichteten kritisch zur Menschenrechtssituation oder setzten sich für staatliche Unterstützung und Spenden ein.⁸⁴ Die Bevölkerung in den Ländern des Globalen Südens nahm die Differenz zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und staatlicher Hilfe anscheinend ohnehin kaum wahr: So klagten viele Aktivisten, dass sie vor Ort mühsam ihre politische Arbeit erklären mussten, und eine Umfrage in Orten Nicaraguas mit bundesdeutschen Brigaden ergab, dass die Mehrheit sie für Entwicklungshelfer hielt, die in vielen Ländern helfen.⁸⁵ Auch die Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Helfern verschwammen bei der Bevölkerung.

Gefördert wurde diese Schnittmenge zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Initiativen durch den Einzug der Grünen in die Parlamente und kommunalen Gremien. In Hessen, wo die erste rot-grüne Koalition entstand, forderten die Grünen bereits 1984 Geld für den Aufbau eines Hospitals in Nicaragua, wofür in den nächsten Jahren insgesamt eine Million DM für die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation

82 Vgl. Frank Uekötter: Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen 2015, S. 119-122.

83 Zu diesem Konzept ausführlich: Büschel, Hilfe zur Selbsthilfe.

84 Olejniczak: Dritte-Welt-Bewegung, S. 193.

85 Rosmarie Karges: Von Spanien bis Nicaragua. Solidarität zwischen antifaschistischem Kampf und Entwicklungshilfe, Offenbach 1994, S. 239-243, S. 304.

»medico international« bereitgestellt wurde.⁸⁶ In der rot-grünen Koalitionsvereinbarung wurde gesondert die verstärkte Zusammenarbeit mit Nicaragua erwähnt. Tatsächlich gelang gleich eine »Länderpartnerschaft zwischen Hessen und Region IV in Nicaragua«, und ein spezieller Fonds förderte die Einrichtung von Städtepartnerschaften mit Nicaragua. Die rot-grüne Regierung warb dafür mit konkreten Projektbeispielen. Die grünen Abgeordneten in den Kommunen mobilisierte sie beispielsweise in einem Rundschreiben: »Bringt Anträge auf Partnerschaften bei Euch ein«, um »Betroffenheit und Sensibilisierung der Bevölkerung« zu erreichen. Tatsächlich forderten viele Kommunen einige tausend DM, um kleine, sehr konkrete Projekte zu fördern.⁸⁷ Gießen unterstützte etwa eine Müllabfuhr, Limburg-Weilburg eine Kaninchenfarm, Offenbach eine Fahrradwerkstatt und der Kreis Wetterau ein Schulprojekt in unterschiedlichen Kommunen Nicaraguas.⁸⁸ 1985 bestanden bereits 35 Initiativen, aus denen rasch zwei Dutzend Partnerschaften zwischen hessischen und nicaraguanischen Städten erwachsen.⁸⁹ Angesichts der Einstellung der bundespolitischen Hilfe unter Kohl versuchten die Grünen so eine Nebenaußenpolitik aus den Kommunen heraus aufzubauen. Als Ziel dieser Initiativen gaben die Grünen in Wiesbaden an, so »zur Verbreitung von Informationen« und zum Austausch von Solidaritätsgruppen beizutragen.⁹⁰ Die Auslandsagentur der Sandinisten gab eine direkte Anleitung zum Einfädeln einer Städtepartnerschaft, die sie als direkte Hilfsprojekte beim Aufbau verstand. Priorität sollten daher die Städte erhalten, die militärisch angegriffen wurden.⁹¹ Die Städtepartnerschaften gaben dem zivilgesellschaftlichen Engagement eine langfristige, finanziell breitere und offizielle Struktur. Zudem sorgten sie für eine größere Reichweite. So sammelte die besonders engagierte hessische Kreisstadt Dietzenbach bis 1986 nach eigenen Angaben rund zwei Millionen DM an Material- und Geldspenden und schickte im Rahmen ihrer Städtepart-

86 Vgl. Änderungsantrag Hessischer Landtag Grüne 3.4.1984, SPD/Grüne 7.6.1984, in: Archiv Grünes Gedächtnis (AGD) A 1488.

87 Vgl. Rundschreiben Grüne im Landtag/Hessen 19.8.1985, Antrag Grüne Kassel 19.7.1984, Antrag Grüne Mörfelden 1.12.1984, in: AGD A 1488.

88 Vgl. Übersicht Grüne Hessen 1985, in: AGD A 1488.

89 Vgl. Klaus Hess: Städtepartnerschaften, in: Otker Bujard (Hg.): Die Revolution ist ein Buch und ein freier Mensch. Die politischen Plakate des befreiten Nicaraguas 1979-1990, Köln 2007, S. 318-322; Karges: Solidarität, S. 143.

90 Antrag Grüne Wiesbaden 27.6. und 29.7.1985, in: AGD A 1488.

91 Vgl. Stellungnahme der Botschaft der Republik Nicaragua zur Aufnahme von Städtepartnerschaften, in: Arbeitsgruppe Oberkircher Lehrmittel (Hg.): Schulpartnerschaften: Nicaragua-Bundesrepublik, Göttingen 1987, S. 20 f.

nerschaft auch deutsche Auszubildende in Nicaraguas Betriebe.⁹² Fast alle Städtepartnerschaften bestehen bis heute.

Ähnlich differenziert ist die Reichweite der Solidarität der DDR zu bewerten. Offensichtlich konnte sie langfristig weder den Sozialismus in Afrika und Lateinamerika erfolgreich stützen noch im eigenen Land. Viele Hilfsprojekte, bei denen ihre Brigaden zum Einsatz kamen, scheiterten auch an kulturellen Differenzen.⁹³ Wie bei der westdeutschen Entwicklungshilfe sorgten langsame Fortschritte für Frustration, während insbesondere Afrikaner die Augenhöhe vermissten und sich kolonial bevormundet fühlten. Die Beiträge dieses Buches zeigen jedoch, dass auch die ostdeutsche Solidarität Auswirkungen hatte. Von afrikanischer und lateinamerikanischer Seite wurde die Unterstützung von und in der DDR überwiegend positiv bewertet, ebenso von den hier nicht behandelten Vietnamesen, von denen viele zur Ausbildung oder als Vertragsarbeiter in die DDR kamen.⁹⁴ Ebenso sahen die Brigadisten aus der DDR ihre Arbeit als hilfreiche Erfahrung an, wenngleich die nachhaltigen Ergebnisse ihrer Bautätigkeit wie im Westen begrenzt blieben.⁹⁵ Und bis heute erinnern viele Ostdeutsche die Solidaritätskampagnen für Angela Davis, gegen die Apartheid oder für Nicaragua positiv als eine wichtige moralische Anteilnahme an der Weltpolitik.

Jenseits der einzelnen Akteure war in Ost und West für den Erfolg der internationalen Solidarität entscheidend, wie stark die Aufmerksamkeit der globalen und nationalen Medien erreicht werden konnte. Die Visualisierung der Stimmlosen und des Fremden sowie die Inszenierung von Heldengeschichten zählen zu den erfolgreichen Strategien.⁹⁶ Nur eine begrenzte Reichweite hatten sicherlich die selbst publizierten Periodika der Solidaritätsgruppen (wie »*Nicaragua aktuell*« oder »*Lateinamerika-Nachrichten*«), wenngleich sie ähnliche Strategien benutzten.⁹⁷ Erfolgreicher waren Kommunikationsformen, die die überregionalen Medien adressierten und sich vor ihnen inszenierten. Bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 entrollten etwa Angehörige der Chile-Solidarität vor laufender Kamera Plakate gegen Pinochets Junta.⁹⁸ Ebenso zeigten

92 Vgl. ebd., S. 21 f.

93 So für ein Projekt in Sansibar: Büschel: Hilfe, S. 480 f.

94 So in: Karin Weiss: Nach der Wende. Vietnamesische Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in Ostdeutschland heute, in: Karin Weiss/Mike Dennis (Hg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Berlin 2005, S. 77-96, hier S. 93.

95 Dies belegen viele Zeitzeugenberichte wie in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch.

96 Baringhorst: Politik als Kampagne, S. 99 f., 172 f.

97 Letztere sind ab 1975 digitalisiert: <https://lateinamerika-nachrichten.de>.

98 Balsen/Rössel: Solidarität, S. 339.

die Grünen bei der Regierungserklärung von Helmut Kohl im Mai 1983 plötzlich ein Plakat, das auf einen von Contras ermordeten Deutschen eine Woche zuvor anspielte: »Herr Kohl! Unterstützung der USA in Nicaragua heißt Mitschuld am Tod Albrecht Pflaums«.99 Hungerstreiks, Besetzungen von Botschaften und Protestveranstaltungen brachten ebenfalls ihre Anliegen in die Öffentlichkeit. In der DDR konnte die offizielle Solidaritätsbewegung selbstverständlich über die staatlichen Medien mobilisieren. Bislang wurde kaum berücksichtigt, dass die DDR-Bürger zeitgleich entsprechend kritische Berichte über Chile oder Südafrika über das Westfernsehen sahen. Gerade das Fernsehen ermöglichte deutsch-deutsche Bezüge, die auch die Haltung der DDR-Bürger mit geprägt haben dürften.

Dieses Buch ist kein Handbuch mit einem umfassenden Anspruch. Ausgewählt wurden thematisch zueinander passende Beiträge zu ausgewählten regionalen Schwerpunkten in Amerika und dem subsaharischen Afrika. Die Solidaritätsbewegungen reichten jedoch selbstverständlich darüber hinaus. Neben der gut erforschten Solidarität mit Vietnam im Rahmen der Studentenproteste ist etwa an die Solidarität mit der PLO und den Palästinensern zu erinnern, an die Solidarität mit Protesten in europäischen Ländern wie in Portugal, Griechenland, Polen und Verfolgten im sozialistischen Mittel-Osteuropa, ebenso die Solidarität mit der Türkei, mit den Kurden oder mit Tibet seit Mitte der 1980er Jahre.

Aus heutiger Sicht ist jedoch nicht nur bemerkenswert, wie groß und engagiert die internationale Solidarität in den Jahrzehnten seit den 1960er Jahren war. Ebenso fallen ihre regionalen Schwerpunkte und Grenzen auf, was selten thematisiert wird. So beschränkte sie sich zunächst vor allem auf Länder, auf die die beiden Supermächte direkten Einfluss nahmen – sei es in der Sphäre der sozialistischen Regime (von Mosambik bis Kuba), sei es durch militärische oder politische Einflussnahme der USA (wie in Vietnam, Chile oder Nicaragua). Es bedurfte offensichtlich dieser Verbindung zur heimischen Konstellation im Kalten Krieg, um Engagement, Aufmerksamkeit und emotionale Bindungen zu fördern. Die internationale Solidarität mit dem Globalen Süden war somit durch den nationalen Rahmen und dessen Einbindung in Ost und West geprägt. Die Konkurrenz um globale Aufmerksamkeit förderte eine Konzentration auf wenige Länder.

Gegen die meisten Diktaturen und Autokratien dieser Jahrzehnte protestierten insofern keine Solidaritätsgruppen oder nur kleine Exilvereine. Das gilt etwa für die meisten islamischen Staaten, ebenso für die meisten

99 Süddeutsche Zeitung, 7.5.1983, S. 1.

afrikanischen oder ostasiatischen Länder, die Diktaturen und blutige Konflikte durchlitten. Selbst kommunistische Diktaturen wie in Nord-Korea oder Kambodscha führten kaum zu einer breiteren Solidarität auf konservativer Seite, da sie erst spät in den Fokus der globalen Kommunikation rückten. Internationale Solidarität entfaltete sich besonders dann, wenn eine Änderung der Verhältnisse möglich schien, kulturelle Verbindungen zur eigenen Lebenswelt gesehen wurden oder eine erstrebenswerte Ordnung als erreichbar galt. Die Utopie einer besseren Welt musste greifbar sein, damit Menschen sich engagierten.

*

Dieser Band veröffentlicht einige der Vorträge und Texte, die 2016 auf einer internationalen Tagung am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam diskutiert wurden. Die Veranstaltung wurde zudem von der Universität Versailles Saint-Quentin-en-Yvelines unterstützt. Allen Beteiligten gilt unser herzlicher Dank für die vielfältigen Diskussionsimpulse, die auf der Konferenz noch weitere Solidaritätsbewegungen umschlossen, etwa zur PLO oder mit der Solidarność in Polen. Ein großer Dank gebührt meinen Mitherausgeberinnen, Judith Koettnitz für die Tagungsorganisation und meinen Hilfskräften Jakob Mühle und Jakob Saß, die den Druck und die formale Überarbeitung der Texte tatkräftig begleitet haben.

Reisen für die Revolution

Solidaritätsbrigaden als Praktik transnationaler Solidarität
zwischen der Bundesrepublik und dem sandinistischen Nicaragua

CHRISTIAN HELM

Wenige Monate nach dem Sturz der Somoza-Diktatur im Juli 1979 wandte sich die neue nicaraguanische Regierung unter Führung der *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) mit einem besonderen Anliegen an internationale Solidaritätsgruppen. In ihrem Schreiben vom April 1980 baten die Sandinisten »alle Personen oder Gruppen, die planen, in den nächsten Wochen oder Monaten nach Nicaragua zu reisen, von diesen Plänen abzusehen«.¹ Da sich bereits Zehntausende ausländische BesucherInnen unter den nur knapp drei Millionen Nicaraguanern im Land befänden, sehe man sich aus versorgungstechnischen Gründen zu dieser Maßnahme gezwungen. Von diesem Aufruf ließen sich SolidaritätsaktivistInnen aus der Bundesrepublik und anderen Ländern jedoch nicht abhalten, den revolutionären Reformprozess in Nicaragua, der zwischen 1979 und 1990 einen Boom transnationaler Solidarität auslöste, persönlich kennenzulernen.

Allein in der Bundesrepublik engagierten sich hunderte lokale Gruppen aus dem gesamten linken Spektrum sowie liberalen und christlichen Kreisen, um die sandinistische Revolution öffentlichkeitswirksam und materiell zu unterstützen. Ungeachtet ihrer ideologischen Heterogenität und Differenzen einte die AktivistInnen die Vorstellung von Nicaragua als einer »gemeinsam geteilten Utopie«.² Mit Nicaragua verbanden sie die Hoffnung auf ein neues linkes Politikmodell jenseits des real-existierenden Sozialismus, welches die bislang diskriminierte, arme Bevölkerungsmehrheit des Landes ins Zentrum stellte und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgte. Tausende BundesbürgerInnen besuchten das mittelamerikanische Land zwischen 1979 und 1990 individuell oder als Teil einer Solidaritätsbrigade.³

1 Polit-Tourismus, in: Nicaragua Nachrichten 4 (1980), S. 1.

2 Klaus Hess/Barbara Lucas: Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, in: Otter Bujard/Ulrich Wirper (Hg.): Die Revolution ist ein Buch und ein freier Mensch. Die politischen Plakate des befreiten Nicaragua 1979-1990 und der internationalen Solidaritätsbewegung, Köln 2007, S. 309.

3 Für die Bundesrepublik gehen Schätzungen von bis zu 15.000 Personen aus. Vgl. Hess/Lucas: Bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, S. 311.

Die politische Solidarität als Basis der Beziehung zwischen SandinistInnen und UnterstützerInnen wurde durch Auseinandersetzungen um inhaltliche und organisatorische Fragen bezüglich der Solidaritätspraktiken immer wieder herausgefordert.⁴ Der Breite und Persistenz der Nicaragua-Solidarität während der 1980er Jahre konnten solche Konflikte allerdings lange Zeit nur wenig anhaben. Ein Hauptgrund dafür lag im erfolgreichen Aufbau eines transnationalen Netzwerks, über welches Informationen, Vorstellungen und AktivistInnen zwischen beiden Ländern zirkulieren konnten. Dieses Kommunikationsnetzwerk garantierte einen kontinuierlichen Austausch – auch bei Konfliktthemen. Seine Grundlagen wurden bereits vor 1979 gelegt und nach der Machtübernahme der FSLN professionalisiert.⁵ Der persönliche Austausch im Rahmen von Revolutionstourismus⁶ nach Nicaragua nahm darin eine wichtige Rolle ein.

Im folgenden Beitrag stehen die bundesdeutschen Solidaritätsbrigaden als eine spezifische Form des Revolutionstourismus im Fokus und werden als eine Praktik verstanden, die von SandinistInnen und AktivistInnen gemeinsam entwickelt und gestaltet wurde. Obwohl es zwischen beiden Partnern teilweise zu organisatorischen Differenzen und unterschiedlicher Prioritätensetzung bei den Zielen der Brigaden kam, stellten diese für die FSLN ein äußerst effektives Instrument dar, um unter AktivistInnen die Unterstützung für die Revolution zu stärken.

Ebenso wie die Nicaragua-Solidarität im Allgemeinen ist auch das Phänomen der Solidaritätsbrigaden erst vor kurzem in den Fokus der Forschung gerückt.⁷ Dazu kommen mehrere veröffentlichte Rückblicke

4 Vgl. Christian Helm: *Botschafter der Revolution. Das transnationale Kommunikationsnetzwerk zwischen der Frente Sandinista de Liberación Nacional und der bundesdeutschen Nicaragua-Solidarität*, Berlin 2018 (im Erscheinen).

5 Ebd.

6 Ich verwende Revolutionstourismus hier als analytischen Begriff, der eine spezifische Form modernen Reisens seit 1789 beschreibt und explizit keine pejorative Konnotation beinhaltet. Vgl. auch meine Ausführungen zu diesem Thema in Christian Helm: »The Sons of Marx Greet the Sons of Sandino«. *West German Solidarity Visitors to Nicaragua Sandinista*, in: *Journal of Iberian and Latin American Research* 20 (2014), S. 153-170, hier S. 154, sowie Rüdiger Hachtmann: *Tourismus-Geschichte*, Göttingen 2007, S. 52.

7 Vgl. Héctor Perla: *Heirs of Sandino. The Nicaraguan Revolution and the U.S.-Nicaraguan Solidarity Movement*, in: *Latin American Perspectives* 6 (2009), S. 80-100; Kim Christiaens: *States Going Transnational. Transnational State Civilian Networks and Socialist Cuba and Sandinista Nicaragua Solidarity Movements in Belgium (1960s-1980s)*, in: *Revue Belge de Philologie et d'Histoire* 89 (2011), S. 1277-1305; Christian Helm: *Booming solidarity: Sandinista Nicaragua and the West German Solidarity movement in the 1980s*, in: *European Review of History*

ehemaliger AktivistInnen, die von einem selbstkritischen Verständnis und entsprechend hohem Reflexionsniveau zeugen.⁸ Auch deshalb müssen ihre Aussagen von der historischen Forschung ernst genommen, aber historisiert und auf blinde Flecke hin überprüft werden. Anhand der im Folgenden ausgewerteten Archivmaterialien und Reiseberichte soll zunächst die Entstehung des Konzeptes von Solidaritätsbrigaden für Nicaragua sowie deren ideologisch und sozial ungewöhnlich breites Profil vorgestellt werden. Anschließend wird die Organisation der Brigadenkampagne analysiert und es wird der Frage nachgegangen, zu welchen Konflikten es dabei zwischen den beteiligten Partnern kommen konnte. Die offiziell mit den Brigaden verfolgten Ziele der OrganisatorInnen auf beiden Seiten werden in einem eigenen Kapitel behandelt. Dabei wird gezeigt, dass der Aufenthalt auch den persönlichen Motiven der bundesdeutschen AktivistInnen größtenteils Rechnung trug. Hier und im folgenden Abschnitt zu Dynamiken vor Ort werden jeweils Argumente für die These diskutiert, dass die Erfahrung als BrigadistIn sowohl das eigene Engagement als auch die Solidarität insgesamt stärkten. Welche diskursiven Strategien die Reisenden nutzten, wenn ihr idealisiertes Bild von der sandinistischen Revolution mit Missständen vor Ort konfrontiert wurde, beleuchtet das letzte Kapitel.

Anfänge des Revolutionstourismus und Ursprung der Brigadenkampagne

Bereits kurz nach dem Ende der Somoza-Diktatur machten sich bundesdeutsche SolidaritätsaktivistInnen auf den Weg, um die sandinistische Revolution persönlich zu erleben. Teilweise agierten sie dabei als RepräsentantInnen lokaler Solidaritätsgruppen und besichtigten deren aus der Bundesrepublik finanziell unterstützte Förderprojekte. Teilweise reisten sie auch mit dem Ziel ein, der Revolution die eigene Arbeitskraft längerfristig zur Verfügung zu stellen. Als sogenannte ›InternationalistInnen‹ wurden sie schließlich zu wichtigen Anlaufstellen für folgende Besucher,

4 (2014), S. 597-615; Thomas Kadelbach: Les brigadistes suisses au Nicaragua (1982-1990), Fribourg 2006.

8 Vgl. u. a. Hess/Lucas: Bundesdeutsche Solidaritätsbewegung; Rosemarie Karges: Solidarität oder Entwicklungshilfe. Nachholende Entwicklung eines Lernprozesses am Beispiel der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, Münster 1995; Werner Balsen/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986.

da sie sowohl mit praktischen als auch politischen Hintergrundinformationen aufwarten konnten.⁹

Während anfangs noch Individualreisende dominierten, entstanden bereits Anfang der 1980er Jahre erste Initiativen auf bundesdeutscher und nicaraguanischer Seite, um den Revolutionstourismus kollektiv zu bündeln. Im sozialistischen Kuba hatte man bereits in den vergangenen beiden Jahrzehnten westeuropäische AktivistInnen im Rahmen von Solidaritätsbrigaden willkommen geheißen, bei denen ein Arbeitseinsatz z. B. in der Zuckerrohrernte mit einem politischen Begleit- und Besuchsprogramm verbunden wurde.¹⁰ Erste entsprechende Pilotprogramme für Nicaragua wurden 1981 auf Treffen zwischen Solidaritätsgruppen und der FSLN positiv bewertet und ihre Fortführung befürwortet.¹¹ Aus verschiedenen westeuropäischen Ländern reisten Gruppen von etwa 20 Personen nach Nicaragua. Sie arbeiteten saisonabhängig in der Ernte oder Infrastrukturprojekten und trafen sich zum politischen Austausch mit VertreterInnen sandinistischer Unterorganisationen und Regierungsinstitutionen.¹² Die FSLN versprach sich davon vor allem eine bessere Kontrolle und Lenkung des Aufenthaltes. Die Masse an internationalen Besuchern und die Tatsache, dass deren Bewegungsfreiheit bis auf wenige Ausnahmen während der 1980er Jahre kaum eingeschränkt wurde, machten dieses Ziel aber oftmals zur Illusion.

Ab 1983 nahmen die organisierten Gruppenreisen nach Nicaragua exponentiell zu. Den Hintergrund dafür bildeten nicht nur konsolidierte Beziehungen zwischen einzelnen Solidaritätsgruppen und ihren nicaraguanischen Projektpartnern, sondern vor allem die massive De-

- 9 Der Terminus verweist auf linke internationalistische Traditionen, in denen sich diese Personen verorteten bzw. von der FSLN verortet wurden. Die sandinistisch dominierte Regierung gewährte ihnen Residenz-Visa, die zu einem längeren bzw. unbefristeten Aufenthalt berechtigten. Die Aufenthaltserlaubnis der späteren Brigaden war dagegen auf wenige Wochen begrenzt.
- 10 Christiaens: *States Going Transnational*, S. 1286-1289.
- 11 Dokumente des 6. Europäischen Treffens der Nicaragua-Solidarität, Genf 6.-8.11.1981, Übersetzung der verabschiedeten Beschlüsse und Empfehlungen, in: *International Institute of Social History (IISH), Amsterdam, Bestand Informationsbüro Nicaragua Wuppertal, Ordner »Europäische Koordination 1982-85«*.
- 12 Vgl. ebd. Bundesdeutsche AktivistInnen reisten bis Ende 1983 meist individuell nach Nicaragua. Entsprechende Gruppenreisen wurden nur vereinzelt organisiert. Aufgrund des Engagements bundesdeutscher Internationalisten in der nicaraguanischen Stadt Masaya konzentrierten sich Arbeitsaufenthalte und politische Kontakte früherer Brigaden vor allem auf diese Region. Vgl. z. B. Nicaragua-Gruppe der Luthergemeinde Offenbach: *Die Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Bericht aus Nicaragua, Offenbach 1982*; Susi Dengler u. a.: *Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. Berichte aus Nicaragua, Bonn 1983*.

stabilisierung der sandinistischen Revolution durch die US-Regierung unter Präsident Ronald Reagan. Letzterer war das Regime in Nicaragua aus sicherheitspolitischen Erwägungen im Rahmen des Kalten Krieges ein »Dorn im Auge«. ¹³ Vor diesem Hintergrund sah sich die FSLN gezwungen, jede Möglichkeit einer öffentlichkeitswirksamen Präsentation ihrer Politik zu nutzen, um der von Seiten der Reagan-Administration betriebenen Medienkampagne etwas entgegenzusetzen. Dazu kamen die sich seit Mitte 1983 verdichtenden Anzeichen eines militärischen Interventionsplans der USA, welche den konkreten Anlass für den ersten formellen Aufruf zur Bildung von Solidaritätsbrigaden boten.

Das Konzept von Solidaritätsbrigaden war wie oben erwähnt keineswegs neu. Die Bezeichnung nahm Bezug auf die *Internationalen Brigaden* während des Spanischen Bürgerkrieges, und auch wenn die Solidaritätsbrigaden nicht direkt an der militärischen Verteidigung Nicaraguas beteiligt werden sollten, unterstrich der Name laut ZeitzeugInnen ihre politische Mission. ¹⁴ Angesichts einer möglichen US-Intervention erhielt das Konzept in Nicaragua aber durchaus eine konkrete verteidigungspolitische Komponente. Der Anstoß dazu kam aus einer Kooperation zwischen US-amerikanischen und nicaraguanischen christlichen Organisationen. In Absprache mit der Regierung in Managua sollten im Rahmen der Kampagne *Witness for Peace* US-BürgerInnen in Nicaraguas Grenzregionen reisen, um durch ihre Anwesenheit eine militärische Intervention durch US-Truppen und die mit ihnen verbündete bewaffnete nicaraguanische Opposition (»Contra«) zu verhindern. ¹⁵ Eine solche Verbindung aus menschlicher Schutzschildfunktion und einem Einsatz der Brigadisten bei der Kaffeeernte in den Grenzregionen wurde ab Herbst 1983 auch von anderen internationalen Solidaritätsgruppen als Aktionsmöglichkeit aufgegriffen.

Die Initiative ging also von Seiten der Solidaritätsbewegung aus, während führende Sandinisten der Idee anfangs eher skeptisch gegenüberstanden. Sie befürchteten, die Gefahr, in die sich ausländische Brigadisten auf nicaraguanischem Territorium begeben wollten, könnte der US-Regierung den Vorwand für eine militärische Intervention zum

13 Vgl. u. a. Robert Kagan: *Twilight Struggle. American Power and Nicaragua 1977-1990*, New York u. a. 1996.

14 Manfred Ernst/Ali Schwarz: *Die deutsche Solidaritätsbewegung*, in: Dies. (Hg.): *Denn sie wissen, was sie tun: Zwischen Solidarität und Boykott, BRD & Nicaragua*, Berlin 1985, S. 248; für eine Reflexion der Bezeichnung von Seiten der AktivistInnen vgl. Johannes Riehm: *Leben mit dem unerklärten Krieg. Berichte von einem Aufenthalt in Ocotal/Nicaragua im Sommer 1986*, Wiesbaden 1986, S. 4.

15 Perla: *Heirs of Sandino*, S. 88.

Schutz ihrer Staatsbürger bzw. der ihrer Verbündeten liefern.¹⁶ Um dies auszuschließen, musste jeder zukünftige Brigadist eine Erklärung unterzeichnen, mögliche Risiken freiwillig eingegangen zu sein, und die Verpflichtung abgeben, bei Gefahr für Leib und Leben weder die eigene noch eine andere diplomatische Vertretung um Hilfe zu bitten.¹⁷

Auf bundesdeutscher Seite wurde die Kampagne von der zentralen Koordination der Nicaragua-Solidarität, dem *Informationsbüro Nicaragua* (IBN) in Wuppertal, organisiert. Innerhalb weniger Tage nach der Veröffentlichung der offiziellen Aufrufe gingen dort an die tausend Bewerbungen ein.¹⁸

Das Profil der Nicaragua-Reisenden

Am 20. Dezember 1983 flog die erste Brigade mit 162 Personen aus der Bundesrepublik und den Niederlanden nach Nicaragua. Dort traf sie auf etwa eintausend weitere AktivistInnen aus den Amerikas und anderen Ländern Westeuropas, welche ebenfalls dem Aufruf der nicaraguanschen Regierung gefolgt waren.¹⁹ Die Zusammensetzung der bundesdeutschen Brigade aus Mitgliedern der SPD, der DKP und der Grünen, AktivistInnen aus dem undogmatischen Spektrum, antiimperialistischen oder christlichen Gruppen sowie Angehörigen der Frauen-, Umwelt- und nicht zuletzt der Friedensbewegung verdeutlicht die ideologische Bandbreite der Gruppen, die mit dem Thema Nicaragua mobilisiert werden konnten.²⁰ In den nächsten zwölf Monaten kamen allein mit der Brigadenkampagne etwa 600 BundesbürgerInnen nach Nicaragua.²¹ Gleichzeitig stieg auch die Anzahl der unabhängig von dieser Kampagne organisierten Reisegruppen, die sich oft ebenfalls als Solidaritätsbrigaden

16 Edward Griffin-Nolan: *Witness for Peace. A Story of Resistance*, Louisville 1991, S. 28, 48.

17 Jorge Granera/DRI an Peter oder Barbara/Informationsbüro Nicaragua, Telex, Managua 16.11.1983, in: Archiv Informationsbüro Nicaragua (IBN), Wuppertal, Ordner »Brigaden II Kommunikation«.

18 Klaus Hess: Zurück auf Los? Das Informationsbüro Nicaragua über die Solidarität mit der Revolution, in: *Lateinamerika Nachrichten* 423/424 (2009), S. NIC 36.

19 Zu transnationalen Kontakten unter den BrigadistInnen vgl. Informationsbüro Nicaragua/Brigade »Todos juntos venceremos«: Gemeinsam werden wir siegen!, Wuppertal 1984, S. 19, 60; Hans: Led Zeppelin im Busch, in: *Mittelamerika Magazin* 35 (1984), S. 19.

20 Klaus Hess: Nicaragua – Arbeitsbrigaden, in: *Blätter des iz3w* 117 (1984), S. 3.

21 Dokumente des 10. Europäischen Treffens der Nicaragua-Solidarität, Antwerpen 23.-25.11.1984, Taller Solidaridad Práctica, Actividad del Comité de la R. F. A., in: IISH, Bestand IBN, Ordner »Europäische Koordination 1982-85«.

bezeichneten und ihren Arbeitseinsatz in Nicaragua mit einem politischen und touristischen Begleitprogramm verbanden. Reiseberichte von Kirchengruppen, Pfadfindern, Jugendorganisationen, Gewerkschaftern, Mitgliedern linker Parteien und Gruppierungen sowie Umwelt- und Frauengruppen zeugen von einem anhaltend weit gefächerten Spektrum an Reisenden.²²

Da die Berichte oftmals kollektiv herausgegeben wurden, finden sich selten Informationen zum persönlichen Hintergrund der einzelnen Reisenden. Aus Bewerbungsschreiben und bewegungsinternen Evaluationen lässt sich jedoch ableiten, dass ein Großteil von ihnen bereits vor der Reise in Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen oder an Universitäten politisch aktiv war.²³ »Was sich halt für einen anständigen Menschen gehört [...] ›Startbahn West‹ und so«,²⁴ gab ein Interessent aus dem Rhein-Main-Gebiet zur Frage nach seinem gesellschaftlichem Engagement an.

Für die Solidaritätsbrigaden aus der Schweiz ist ein hoher Anteil von Personen mit akademischem Bildungshintergrund ausgemacht worden²⁵ – ein Befund, der auch für den bundesdeutschen Fall zutreffen dürfte. Trotzdem sprechen allein schon die vielen gewerkschaftlichen Brigaden dagegen, das Phänomen nur auf ein universitäres Umfeld zu beschränken. Besonders für Studierende war es aufgrund ihrer zeitlichen Flexibilität im Gegensatz zu bereits Berufstätigen jedoch einfacher, einen Aufenthalt als BrigadistIn einzuplanen. Generell nahmen daher vor allem junge AktivistInnen in ihren Zwanzigern und Dreißigern an den organisierten Reisen nach Nicaragua teil. Ausnahmen, wie die Zusammensetzung einer Wiesbadener Reisegruppe 1986 mit einer Altersspanne von 21 bis 50 Jahren, bestätigen die Regel. Ebenso breit gefächert war auch der berufliche Hintergrund der Teilnehmenden: »LehrerInnen,

22 Vgl. z.B. Dengler: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker; Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder, Land Niedersachsen (Hg.): ... von der Sonne Nicaraguas erzählen. Dokumentation einer Solidaritätsbrigade des VCP, Hannover 1985; Andreas Wittkowski: Nicaragua Libre. 1. Arbeitsbrigade der IG Metall-Jugend. 23. April bis 25. Mai 1985, Hamburg 1986; Zweite Arbeitsbrigade des Vereins zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der 3. Welt (VFLU), in: Rundbrief VFLU 3 (1985), S. 45-48.

23 Vgl. Fragebögen für Ernte- und Technikbrigaden, in: IBN, Ordner »Rundschreiben, Aktivitäten 1983-87«; Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, Bestand JUSOS, Vorarchiv, Ordner »Brigaden 1983« bis »Brigaden 1989«.

24 Jens O.: Fragebogen für Ernte- und Technikbrigaden, in: IBN, Ordner »Rundschreiben, Aktivitäten 1983-87«.

25 Kadelbach: Les brigadistes suisses, S. 201.

Zivildienstleistende, Vikarin, Student, Psychologin, Programmierer«.²⁶ Keine familiäre Gebundenheit und Kinderlosigkeit dürften ebenfalls ein Faktor zur Erklärung des jüngeren Alters vieler Nicaragua-Reisenden sein. Beim IBN in Wuppertal trafen aber auch Anfragen von Ehepaaren mit Kindern ein, die sich für die Teilnahme an Brigaden interessierten.²⁷

Unter den BewerberInnen für Brigaden fanden sich neben BundesbürgerInnen auch Personen mit Migrationshintergrund, worunter die in der Nicaragua-Solidarität aktiven exilierten ChilenInnen wahrscheinlich die größte Gruppe stellten.²⁸ Zur Geschlechterverteilung in den Reisegruppen lassen sich keine genauen Angaben machen. Auf den ersten Aufruf für Arbeitsbrigaden im Jahr 1983 meldeten sich allerdings weit mehr Männer als Frauen.²⁹ Ähnliches dürfte für viele der anderen Reisegruppen gelten.³⁰ In den folgenden Jahren gab es aber auch Initiativen für reine Frauenbrigaden.

Die Organisation vor Ort

Auf sandinistischer Seite wurden die Brigaden von dem für internationale Beziehungen zuständigen *Departamento de Relaciones Internacionales* (DRI) der FSLN koordiniert. Laut dessen Richtlinien mussten die Brigaden für ihre Reisekosten selbst aufkommen und akzeptieren, dass Unterbringung und Verpflegung »die einzige materielle Entschädigung«³¹ für die geleistete Arbeit sei. Während die Vorgaben aus Managua eher den allgemeinen organisatorischen Rahmen absteckten, sprachen die Informationsblätter des IBN auch praktische Themen an. So sollten sich zukünftige BrigadistInnen etwa bewusst sein, während ihres Aufenthaltes mit monotonem Essen und harten Lebensbedingungen rechnen zu müssen. Der Arbeitseinsatz erfordere zudem ein hohes Maß an persönlicher Initiative und Flexibilität.³² Die Teilnahme an mehreren inhaltlichen und

26 Riehm: Leben mit dem unerklärten Krieg, S. 2.

27 Alfons K. an IBN, Tuttlingen 6.II.1986, in: IBN, Ordner »Intern Geschichte«.

28 Vgl. Bewerbungsschreiben, in: IBN, Ordner »Intern Geschichte«.

29 IBN/»Todos juntos venceremos«: Gemeinsam werden wir siegen!, S. 2.

30 Bis 1986 war nur etwa ein Drittel der bundesweit organisierten Brigaden weiblich. Klaus Hess: Auswertung der Arbeitsbrigadenkampagne in: IBN Rundbrief 5 (1986), S. 16 f.

31 FSLN: Proyecto de Brigadas, Übersetzung des Autors, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«, S. 4.

32 IBN an zukünftige Brigadisten, Wuppertal April 1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

organisatorischen Vorbereitungsseminaren war Pflicht für zukünftige BrigadistInnen.³³

Obwohl das DRI die Kampagne nach dem Abflauen der Interventionsbedrohung und dem Ende der Erntesaison im März 1984 für beendet erklärt hatte, beschloss die bundesdeutsche Nicaragua-Solidarität, die Kampagne fortzuführen.³⁴ In Kooperation mit dem DRI wurden mehrere Projekte ausgewählt, bei denen es vor allem um den Bau von Häusern und Infrastruktur für umgesiedelte Bauernkooperativen ging.³⁵ Bis 1986 wurden kontinuierlich sogenannte Baubrigaden in die drei Kommunen El Pochote, Nueva Guinea und Pantasma entsendet.

Dass alle drei Orte in Gebieten lagen, in denen die Contra regelmäßig Angriffe verübte, wurde von der bundesdeutschen Brigadenkoordination ausdrücklich als eigene Entscheidung deklariert.³⁶ Zukünftige BrigadistInnen mussten sich »vollkommen darüber im Klaren sein, dass sich Nicaragua im Kriegszustand befindet und der Einsatz mit einem erheblichen persönlichen Risiko verbunden ist«.³⁷ Gleichzeitig wurde jedoch von Seiten des DRI und der bundesdeutschen Brigadenkoordination in Managua versichert, die sandinistische Armee bemühe sich um die bestmögliche Sicherheit der Brigaden und evakuere sie im Falle einer Gefahr sofort.³⁸ Eine umfassende Sicherheitsgarantie könne aber nicht geleistet werden, betonte das IBN im September 1984.³⁹ Die Brigaden sollten schließlich keine zusätzliche Belastung darstellen, sondern »unter den gleichen Bedingungen leben wie die Bauern auf dem Land und das schließt auch die Sicherheit mit ein«.⁴⁰

33 Die Organisation und Vorbereitung der Solidaritätsbrigaden wurde ab Anfang 1984 dezentralisiert. Länger bestehende regionale Vorbereitungsgruppen gab es u. a. in Hamburg für die Brigaden nach Nueva Guinea, in Wuppertal für die Brigaden nach Pantasma und in Darmstadt für die Brigaden nach El Pochote.

34 Hess: Nicaragua – Arbeitsbrigaden, S. 5.

35 Elisabeth an Informationsbüro Nicaragua, Telex, Managua, 1.2.1984, sowie Aus der Reihe Elisabeth sagt ..., 20.3.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«.

36 Klaus Hess: Neues aus der Arbeitsbrigaden-Kampagne, in: IBN Rundbrief 9 (1984), S. 10.

37 IBN: Informations- und Fragebogen für den Einsatz in Nicaragua, Hervorhebung im Original, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«; vgl. auch im gleichen Ordner: IBN an zukünftige Brigadisten, Wuppertal April 1984.

38 Ebd.; Aus der Reihe Elisabeth sagt ..., 20.3.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«; Informationsbüro an zukünftige Brigadisten, Wuppertal April 1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

39 Hess: Neues aus der Arbeitsbrigaden-Kampagne, S. 10.

40 Ebd.

Anfangs mag das Gefährdungsrisiko vielen Interessenten eher abstrakt erschienen sein oder gar zum Abenteuercharakter der Mission beigetragen haben. Als die ersten Baubrigaden allerdings von ihren Erfahrungen mit konterrevolutionären Attacken nahe ihrer Einsatzorte, nicaraguanischen Opfern und Evakuierungen berichteten, führte dies laut IBN zu einem Rückgang bei den Bewerbungen für die vierte Brigade im Juni 1984.⁴¹ Dass bundesdeutsche SolidaritätsaktivistInnen trotzdem weiter bereit waren, das Leben der nicaraguanischen Bevölkerung in Kriegsgebieten zu teilen, ist ein erstaunlicher Beleg persönlicher Einsatzbereitschaft.

Diese Form der Baubrigaden blieb nicht die einzige Möglichkeit, die Revolution zu besichtigen. Parallel dazu wurden ähnliche Arrangements mit Arbeitseinsatz und politischem Begleitprogramm auch für andere Solidaritätsgruppen angeboten und gewannen zunehmend an Attraktivität. Der Unterschied bestand darin, dass diese Gruppen meist kürzer im Land blieben und nicht in Gefahrenzonen arbeiteten.

Vor Ort war eine Suborganisation des DRI, das *Comité Nicaragüense de Solidaridad con los Pueblos (CNSP)*, für die Betreuung der internationalen Brigaden zuständig. Es kümmerte sich um die Auswahl eines geeigneten Einsatzortes der Brigadisten und organisierte das politische und touristische Begleitprogramm. Speziell für christliche Reisegruppen übernahm das in Managua ansässige, prorevolutionäre *Ökumenische Zentrum Antonio Valdivieso* diese Aufgaben. Im Falle Westdeutschlands kam dazu noch eine lokale Brigadenkoordination aus bundesdeutschen InternationalistInnen in Managua, die ebenfalls stark in die Betreuung der ab 1983 kontinuierlich entsendeten Brigadegruppen involviert waren.⁴² Aufgrund ihrer Kontakte und Vertrautheit mit lokalen Gegebenheiten und bürokratischen Abläufen übernahmen sie eine Art Scharnierfunktion zwischen Solidaritätsbewegung und den sandinistischen Behörden und fungierten als lokale Ansprechpartner der BrigadistInnen.

Um die Effektivität der Brigaden zu garantieren, gaben DRI und CNSP im Laufe der 1980er Jahre immer wieder Normen heraus, die den organisatorischen Rahmen und die Voraussetzungen für eine Teilnahme an den Solidaritätsbrigaden regelten. Pflichten der Solidaritätsbrigaden und der nicaraguanischen Betreuungsinstitutionen wurden dort detailliert aufgeführt.⁴³ Diese konsekutiven Anpassungen waren dem Wunsch

41 Barbara Lucas an Elisabeth, Wuppertal, 29.4.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«; vgl. auch: Werner Kosak: Brigaden für Nicaragua, Kiel 1986, S. 21-23.

42 Hess: Nicaragua – Arbeitsbrigaden, S. 3 f.

43 Vgl. IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«, FSLN: Proyecto de Brigadas; IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«, CNSP: Normativa para las Brigadas; IBN,

des DRI geschuldet, die Organisation der Brigaden zu zentralisieren und besser zu kontrollieren. In der Beziehung zur bundesdeutschen Koordination sorgte dies immer wieder für Spannungen. Der generelle Widerspruch zwischen einer von sandinistischer Seite favorisierten zentralistischen, dirigistischen Organisation der Solidarität und einer auf Unabhängigkeit und basisdemokratische Entscheidungsstrukturen pochenden bundesdeutschen Bewegung barg auch bei den Brigaden Konfliktpotential. Schon zum Jahreswechsel 1984/85 hatten sich InternationalistInnen kritisch zu den organisatorischen Vorstellungen des CNSP geäußert und Letzteres als »praktisch absolut nicht brauchbar«⁴⁴ bezeichnet. »Apropos CNSP, dieser Scheißverein stellt sich immer blöder an, [...] weil sie Bürokraten sind«,⁴⁵ entlud sich aufgestauter Frust über zunehmende bürokratische Anforderungen an anderer Stelle. Gleichzeitig wirft der Vorwurf des Bürokratismus Licht auf das Selbstverständnis der beteiligten bundesdeutschen AktivistInnen, die sich im Gegensatz dazu als PraktikerInnen begriffen und alle Energie und Mittel in die Durchführung der Bauprojekte investieren wollten.

Angesichts der problematischen Haushaltslage Nicaraguas drang das CNSP zur Finanzierung seiner organisatorischen Leistungen zudem auf feste Gebühren pro BrigadistIn, was bundesdeutsche Koordinatoren erfolgreich verweigerten.⁴⁶ Möglich war dies, da die westdeutsche Solidarität auf ihre eigene Brigadenkoordination vor Ort zählen und sich daher neuen Regelungen weitgehend entziehen konnte. Bei Brigaden aus westeuropäischen Ländern liege die Koordination in unterschiedlichem Umfang beim CNSP, allerdings »bei allen mehr als bei uns«,⁴⁷ hielt eine Mitarbeiterin des IBN 1986 fest. Ende der 1980er Jahre finanzierte das IBN dann sogar einen hauptamtlichen Mitarbeiter in Managua, der die

Ordner »Brigaden 1984/85«, CNSP: Proyecto de Normativas para el Manejo de Brigadas Internacionales.

44 Erika an Brigadenvorbereitungsgruppen, Masaya 28.1.1985, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

45 Martin: Bericht über die Situation in San Martín, 8./9.12.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

46 Vgl. ebd.; Archiv des Nicaragua-Solidaritätskomitees Zaragoza, Spanien, Ordner »CNSP«, CNSP: Brigadista de Solidaridad – Guía, Managua ca. 1986, S. 7; Zusammenfassung des europäischen Kongresses der Solidaritätskomitees mit Nicaragua, Athen 22.-23.11.1986, in: IISH/IBN, Ordner »Europäische Koordination III«.

47 Zusammenfassung des europäischen Kongresses der Solidaritätskomitees mit Nicaragua, Athen 22.-23.11.1986, in: IISH/IBN, Ordner »Europäische Koordination III«.

bundesdeutschen Brigaden gemeinsam mit den sandinistischen Partnern koordinierte.⁴⁸

Die bilaterale Organisation war allerdings nicht die einzige Ebene, auf der es zu Reibungen kam. Wohlwissend um die anti-autoritären Gewohnheiten vieler BrigadistInnen forderte sie die bundesdeutsche Koordination klar dazu auf, den verantwortlichen Funktionären von FSLN und CNSP unbedingt Folge zu leisten.⁴⁹ Vereinzelt Spannungen ließen sich damit aber nicht vermeiden.⁵⁰ Nur in einem Fall führte der eskalierende Dissens zwischen BrigadistInnen und FSLN-Funktionären mit zum Abbruch eines Brigadebauprojekts in El Pochote. Hintergrund war die Flucht einer benachbarten Bauernkooperative ins nahe gelegene Costa Rica. Die FSLN wertete dies als Beleg dafür, dass die Contra unter den lokalen Kooperativen erfolgreich Anhänger gewinnen konnte und erwog deren Entwaffnung. Von den anwesenden bundesdeutschen BaubrigadistInnen wurde diese Entscheidung stark kritisiert. Sie erklärten sich solidarisch mit der betroffenen Bevölkerung von El Pochote und pinselten Slogans wie ›Alle Waffen dem Volk‹ an die Wände bereits gebauter Häuser.⁵¹ Von den sandinistischen Verantwortlichen wurde dies als inakzeptabler Affront und Einmischung in innere Angelegenheiten wahrgenommen. Offiziell begründet wurde der Abzug der bundesdeutschen BrigadistInnen aber mit der verschlechterten Sicherheitslage.⁵²

Letztere war ein weiterer Reibungspunkt in den bilateralen Beziehungen. Nur auf konkreten Wunsch der bundesdeutschen Koordination hatte das DRI akzeptiert, Brigaden aus politischen Gründen in gefährdete Gebiete zu entsenden und bestmöglichen Schutz zugesichert.⁵³ Entsprechend entnervt reagierte der Leiter des DRI auf wiederholt besorgte Nachfragen der bundesdeutschen Koordination, als Übergriffe der Contra auf nahe gelegene Ortschaften und ausländische Brigadisten zunahmen. Die erneute Zusicherung, dass AusländerInnen bei kritischer Lage

48 Interview mit Otmar Meyer, ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter des IBN in Managua, Managua 4.2.2013.

49 Informations- und Fragebogen für den Einsatz in Nicaragua, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

50 Vgl. z. B. Rundbrief von Aldi, in: Todos Juntos Venceremos! Arbeitsbrigaden in Nicaragua – Zentralamerika-Informationen Bonn 4 (1984), S. 7; Axel Galette: Bilder aus der Kaffeeernte. Ein Brigadist berichtet aus Nicaragua, Kiel 1984, S. 22.

51 Kosak: Brigaden für Nicaragua, S. 12 f.

52 Ernesto Ortega Calero an Comité de los Grupos de Solidaridad Wuppertal, o. O. 5.6.1985, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

53 Vgl. Protokoll des Treffens der Arbeitsbrigaden-Vorbereitungsgruppen, Wuppertal 24.8.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«; Klaus Hess: Neues aus der Arbeitsbrigaden-Kampagne, in: IBN Rundbrief 9 (1984), S. 10.

sofort evakuiert würden, ließ die abgesandte bundesdeutsche Vertreterin unzufrieden zurück.⁵⁴

Nach zuerst vereinzelt Übergriffen der Contra wurde im Sommer 1986 schließlich eine bundesdeutsche Brigade in Jacinto Vaca/Nueva Guinea für mehrere Wochen gekidnappt. Wenig später ermordete die Contra im Norden des Landes bei Überfällen mehrere Internationalisten, darunter den Freiburger Berndt Koberstein. Zwar kam die entführte Brigade u. a. dank der Vermittlung des SPD-Mitglieds Hans-Jürgen Wischnewski frei und die Solidaritätsbewegung entschloss sich zur Fortführung der Kampagne.⁵⁵ Aber aufgrund des diplomatischen Drucks aus der Bundesrepublik erlaubte die FSLN den Solidaritätsbrigaden und InternationalistInnen ab August 1986 nur noch ein Engagement außerhalb von Gefahrengebieten.⁵⁶

Für den gegen Ende der 1980er Jahre langsam abebbenden Besucherstrom aus der Bundesrepublik war diese Entscheidung allerdings weniger ausschlaggebend als die generelle Entwicklung in Nicaragua vor dem Hintergrund der anhaltenden Aggressionen von Seiten der US-Regierung und Contra, der damit zusammenhängenden katastrophalen wirtschaftlichen Lage sowie dem zunehmend autoritären Auftreten der sandinistischen Führung. Trotz dieser Situation und aller organisatorischen Differenzen hielten sowohl FSLN als auch Solidaritätsbewegung an den Brigaden als erfolgreichem Instrument in den transnationalen Beziehungen fest.⁵⁷ Auch die offiziellen, mit den Brigaden verbundenen Ziele blieben über die Jahre bestehen.

Offizielle Ziele der Kampagne und persönliche Motive der BrigadistInnen

Bei der Zielsetzung der Brigaden stimmten nicaraguanische und bundesdeutsche Akteure in den meisten Punkten überein, setzten aber teils

54 Isabell an Barbara, Uwe, Klaus (IBN), o. O. 18.8.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

55 Vgl. Wischnewski, Hans-Jürgen: Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren, München 1989, S. 292-295. Zu Stellungen aus der Solidaritätsbewegung zur Fortführung der Kampagne vgl. IBN Rundbrief 6 (1986), S. 2-15.

56 Vgl. die entsprechenden Artikel aus der *taz*, abgedruckt in: IBN Rundbrief 8 (1986), S. 7f.

57 Zusammenfassung des europäischen Kongresses der Solidaritätskomitees mit Nicaragua, Athen 22.-23.11.1986, in: IISH/IBN, Ordner »Europäische Koordination III«.

andere Schwerpunkte. Beide Seiten sahen in den Brigaden die Möglichkeit, eine öffentlichkeitswirksame Unterstützung für die Revolution und gegen die Aggressionen der US-Regierung sowie der von ihr unterstützten Contra zu zeigen.⁵⁸ Das DRI bezeichnete die Brigaden als ein Mittel zur Eindämmung der Gefahr einer militärischen Intervention,⁵⁹ und die westdeutsche Solidaritätsbewegung warnte in ihrem Aufruf Ende 1983 ganz konkret: »Wenn die USA offen in Nicaragua intervenieren, müssen sie wissen, daß sie auch auf Deutsche, US-Amerikaner, Italiener, Franzosen, Engländer, auf Menschen aus der ganzen Welt schießen werden.«⁶⁰ Ein Grund für die große Resonanz auf diesen Aufruf war laut ZeitzeugInnen das zeitliche Zusammenfallen der Kampagne mit dem Scheitern des Protests gegen den NATO-Doppelbeschluss.⁶¹ Nach der frustrierenden Erfolglosigkeit der Friedensbewegung bot der Einsatz im revolutionären Nicaragua nicht nur für AktivistInnen aus dem linken Spektrum eine neue Chance, dem gemeinsamen Gegner US-Regierung direkt die Stirn zu bieten. So führte eine Bremer Brigadistin in einer Stellungnahme als hauptsächliche Motivation ihre »WUT über die mit keinem Superlativ mehr zu beschreibende politische und menschliche Grausamkeit und Unverfrorenheit«⁶² eines US-Imperialismus an. Andere fanden die »Arbeitsbrigaden gut, um den Interventionsplänen der USA etwas entgegenzusetzen«⁶³ oder hielten es gar »für absolut notwendig, [Nicaragua] gerade jetzt, im Moment der massiven Bedrohung«⁶⁴ beizustehen. Auch die Mitglieder der Ökumenischen Initiative »Frieden und Gerechtigkeit in Nicaragua« sahen ihre Reise Anfang 1984 als Ausdruck des Protestes gegen die US-Mittelamerikapolitik, »die den Bedürfnissen der Menschen dieser Länder nach Verbesserung ihrer materiellen Situation und dem Bedürfnis nach Frieden und Gerechtigkeit zuwider läuft«.⁶⁵

58 FSLN: Proyecto de Brigadas, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«, S. 2.

59 »Elemento de contención a la intervención«, in: ebd.

60 Gegen die US-Intervention in Zentralamerika – Arbeitsbrigaden nach Nicaragua!, in: die tageszeitung, 1.12.1983, zit. in: Balsen; Rössel: Hoch die internationale Solidarität, S. 434.

61 Hess: Zurück auf Los?, S. NIC 36; vgl. auch: Nicaragua-Brigaden. Zwei Stellungnahmen, in: Treibsand. Zeitung des AStA der Universität Bremen 21 (1983), S. 21.

62 Nicaragua-Brigaden. Zwei Stellungnahmen, in: Treibsand. Zeitung des AStA der Universität Bremen 21 (1983), S. 20, Großschreibung im Original.

63 Alex L.: Fragebogen Brigadeinteressenten, in: IBN, Ordner »Rundschreiben, Aktivitäten 1983-87«.

64 Michael W.: Fragebogen Brigadeinteressenten, in: IBN, Ordner »Rundschreiben, Aktivitäten 1983-87«.

65 Aufruf zur Unterstützung der Ökumenischen Initiative »Frieden und Gerechtigkeit für Nicaragua«, in: IBN, Ordner »PR und Presseerklärungen 1978-85«.

Die »Verteidigung eines eigenen Entwicklungsweges ohne äußere Einmischung«,⁶⁶ welcher die Bedürfnisse der benachteiligten nicaraguanischen Bevölkerungsteile in den Fokus der sandinistischen Politik rückte, war ein weiteres oft genanntes Ziel der Brigaden. Die Revolution habe eine Grundlage geschaffen, »dass in Nicaragua bis heute vieles erreicht werden konnte, wovon andere Länder der ›Dritten Welt‹ nur träumen«,⁶⁷ erklärte eine Bonner Brigadenzeitschrift und zählte die konkreten Erfolge beim Aufbau einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung und bei der Bekämpfung von Hunger und Analphabetismus auf. »Diese Revolution der Armen, Entrechteten und Gedemütigten« habe eine starke Ausstrahlungskraft in Lateinamerika, weswegen »das Modell Nicaragua« aus Sicht der USA »ausgelöscht« werden müsse.⁶⁸ Wie diese Aussagen verdeutlichen, entfalteten die idealisierten Züge des von der FSLN in den ersten Jahren erfolgreich international kommunizierten Kernimages der Revolution noch Mitte der 1980er eine enorme Integrationskraft. Auch die christliche Initiative wandte sich gegen die US-Politik, die mit einem nicht erklärten Krieg die Erfolge der Revolution zunichtemache, und verstand ihr »Engagement als ökumenisches Handeln im Sinne von Gemeinschaft mit den Schwachen«.⁶⁹

Der Terminus ›menschliches Schutzschild‹ wurde nur selten direkt genannt, aber sowohl die FSLN als auch die bundesdeutsche Koordination insistierten in allen offiziellen Konzept- und Informationspapieren, dass die Brigaden aufgrund der Kriegssituation in ihrem Einsatzgebiet in Nicaragua bereit sein müssten, freiwillig ein hohes Risiko für Leib und Leben einzugehen.⁷⁰ Obwohl die Gefahr einer direkten militärischen Intervention von Seiten der USA bereits Anfang 1984 nachgelassen hatte, gingen der *low intensity warfare* gegen Nicaragua und die Attacken der Contra unvermindert weiter. »Wir versuchen durch unsere Anwesenheit

66 FDCL, Ordner »Nicaragua -P- Solidarität, 1980-86«, IBN: Arbeitsbrigaden für das befreite Nicaragua. Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador.

67 Arbeitsbrigaden nach Nicaragua, in: Todos Juntos Venceremos. Arbeitsbrigaden in Nicaragua – Zentralamerika-Informationen 1 (1984), S. 1.

68 Ebd.

69 Ökumenische Initiative »Frieden und Gerechtigkeit für Nicaragua«: Informationssendung für die Presse, in: IBN, Ordner »PR und Presseerklärungen 1978-85«.

70 Werner Lüttkenhorst, Koordinator für die erste Brigaden beim IBN, bezeichnete sie im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* als »eine Art politischer Schutzschild«. Einfach hinsetzen, in: *Der Spiegel* 50 (1983), S. 89; vgl. auch FSLN: Proyecto de Brigadas, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«, S. 2; Informations- und Fragebogen für den Einsatz in Nicaragua, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

[...] Übergriffe auf die Menschen in den Grenzgebieten zu verhindern«,⁷¹ erklärte die christliche Initiative zu ihrem zweiwöchigen Aufenthalt an der Grenze zu Honduras. Auch die Baubrigaden sahen in ihrer Präsenz in von der Contra bedrohten Gebieten »vielleicht eben auch einen Schutz vor Überfällen«⁷² und sprachen sich trotz verschlechterter Sicherheitslage immer wieder gegen Evakuierungsangebote der FSLN aus.⁷³ Letztere deuten darauf hin, dass den Sandinisten die Sicherheit der Brigaden weit wichtiger war als eine mögliche Schutzfunktion, die ohnehin nur auf die drei abgelegenen Einsatzorte beschränkt blieb. FSLN und lokale Bevölkerung profitierten dort zweifelsohne zeitweise von der Anwesenheit der AktivistInnen als Schutzschilde, überließen die Betonung dieser Absicht aber der bundesdeutschen Seite. In El Pochote war der lokale FSLN-Funktionär angesichts des willkürlichen Vorgehens der Contra von einem konkreten Schutz durch die BrigadistInnen ohnehin kaum überzeugt, und so musste Ende 1984 auch eine Vertreterin der bundesdeutschen Brigadenkoordination diese Funktion nach ihrem Besuch relativieren.⁷⁴

Neben dem Protest gegen die US-Politik war es vor allem die subjektive Erfahrung von Solidarität, die von beiden Seiten als zentrales Ziel der Kampagne betont wurde.⁷⁵ Zum einen sollte die Anwesenheit der Brigaden den NicaraguanerInnen ein sichtbares Zeichen der transnationalen Unterstützung für die Revolution demonstrieren und zum anderen den BrigadistInnen einen besseren Einblick in die Lage der nicaraguanischen Bevölkerung bieten. Zu den drei Bauprojekten in El Pochote, Nueva Guinea und Pantasma betonte ein Informationsblatt, man halte es »für unheimlich wichtig, weitere Brigaden in Gebiete zu entsenden, die von Contraangriffen betroffen sind, um zu zeigen, dass weder wir noch die Nicaraguaner den Aufbau und die Weiterentwicklung der Revolution in diesen Regionen aufgeben«.⁷⁶ Auch in den Stellungnahmen bundesdeutscher AktivistInnen wurde immer wieder als Motiv angeführt, persönlich »gegenüber den Nicaraguanern einen *erfahrbaren* Akt internationaler

71 Ökumenische Initiative »Frieden und Gerechtigkeit für Nicaragua«: Informations-sendung für die Presse, in: IBN, Ordner »PR und Presseerklärungen 1978-85«.

72 Eva G. an Freunde und eventuelle Nachfolgebrigadisten, o. O. 9.7.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

73 Vgl. Treffen der Arbeitsbrigaden-Vorbereitungsgruppen, Wuppertal 24.8.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«, S. 3.

74 Gela an Klaus, San Juan del Sur 6.12.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

75 Hess: Nicaragua – Arbeitsbrigaden, S. 3; FSLN: Proyecto de Brigadas, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

76 Informationsbüro an zukünftige Brigadisten, Wuppertal April 1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

Solidarität zu leisten«.77 An der positiven Reaktion der lokalen Bevölkerung wurde der Erfolg dieses Demonstrationseffektes der Brigaden konkret spürbar. »Oft sagten sie uns, es sei für sie ermutigend zu wissen, dass so weit weg von Nicaragua, sogar in Europa, Menschen von ihrem Befreiungskampf wissen und ihn unterstützen«,78 fasste eine Brigadistin ihre Erfahrungen auf einer Tabakfarm im Frühjahr 1984 zusammen. Eine solche ermutigende Wirkung war nicht nur offiziell erwünscht, sondern wurde durch die sandinistische Propaganda gezielt verstärkt. Die sandinistische Tageszeitung *Barricada* und das pro-revolutionäre Blatt *El Nuevo Diario* berichteten nicht nur zu Beginn der Brigadenkampagne ausführlich und titelten »Internationalisten: Solidarität und Bewunderung – Nicaragua ist eine Hoffnung für alle Völker der Welt« oder »Solidarität während der Kaffeeernte – eine bewegende Geste«.79 Zu späteren Arbeitseinsätzen bundesdeutscher Gruppen erschienen dort ebenfalls immer wieder Artikel.80

Die BrigadistInnen wiederum erhielten durch ihre subjektive Erfahrung vor Ort ein besseres Verständnis für die täglichen Probleme, welche die Kriegssituation für die lokale Bevölkerung mit sich brachte. Auch die Brigaden, deren Einsatzort nicht im Kriegsgebiet lag, machten im Rahmen des Begleitprogramms oftmals Tagesausflüge in ländliche Gebiete zu gefährdeten Kooperativen. Angesichts der permanenten Bedrohung durch einen jederzeit möglichen Angriff der Contra blieb es für einen Brigadisten »schleierhaft wie die Leute das hier durchhalten«.81 Eine Mitstreiterin bekam richtig Wut, wenn sie sehe, »wie die Nicas hier auf der Finca mit ihren billigen Karabinern nachts Wache halten [und] um ihre Haut fürchten müssen«.82 Im Kontakt mit der lokalen Bevölkerung erhielten die abstrakten Todeszahlen des Contra-Krieges ein Gesicht.

77 Stoppt die US-Intervention in Zentralamerika. Erklärung der Bochumer Teilnehmer an der 2. Arbeitsbrigade, in: Regenbogen März/April (1984), S. 9, meine Hervorhebung. Vgl. auch: Winfried zit. in: Todos Juntos Venceremos! Arbeitsbrigaden in Nicaragua – Zentralamerika-Informationen Bonn 1 (1984), S. 6.

78 Redemanuskript von Claudia D., in: IBN, Ordner »Brigadenprotokolle 1982/83«; vgl. auch Riehm: Leben mit dem unerklärten Krieg, S. 6.

79 Im spanischen Original »Internacionalistas: solidaridad y admiracion – Nicaragua es una esperanza para todos los pueblos« und »Solidaridad en los cortes, un gesto que nos conmueve«. Für diese und weitere Artikel vgl. Pressespiegel, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«.

80 Vgl. z. B. Volker an IBN, Masaya 4.12.1986, in: IBN, Ordner »Intern Geschichte«.

81 Winfried zit. in: Todos Juntos Venceremos! Arbeitsbrigaden in Nicaragua – Zentralamerika-Informationen Bonn 1 (1984), S. 6; vgl. auch Was hat der Einsatz der Arbeitsbrigade in Pantasma gebracht?, in: Rundbrief IBN 9 (1984), S. 12.

82 Claudia zit. in: Todos Juntos Venceremos! Arbeitsbrigaden in Nicaragua – Zentralamerika-Informationen Bonn 1 (1984), S. 8.

Eine Brigadistin erzählte von einem Gespräch mit einer jungen Frau, kaum über zwanzig, deren Mann im Sommer zuvor bei einem Überfall der Contra ermordet worden war.⁸³ Fast alle Familien hätten bei solchen Überfällen schon Angehörige verloren, berichtete ein Mitglied einer christlichen Solidaritätsinitiative von seinem Aufenthalt bei einer Kooperative im Norden des Landes.⁸⁴ Die Ruinen der von der Contra abgebrannten Höfe und Genossenschaften sorgten bei ihm und anderen BrigadistInnen dafür, im Slogan der FSLN »Freies Vaterland oder Tod« mehr als nur eine pathetische Parole zu sehen.⁸⁵

Allerdings war es nicht nur die Kriegssituation, die einen tiefen Eindruck bei den BesucherInnen hinterließ, sondern auch die Erfahrung von ländlicher Armut und den Anstrengungen der Revolution, die Lebensbedingungen für Kleinbauern und Landarbeiter zu verbessern. Neben ihrer Arbeit trafen sich die BesucherInnen zum Gespräch mit lokalen FunktionärInnen der FSLN und ihrer Unterorganisationen, besichtigten Staatsbetriebe, Schulen und Gesundheitszentren als Symbole revolutionärer Errungenschaften und verglichen die jetzige Situation in ihren Berichten regelmäßig mit der vor 1979. »Wir haben gesehen, was sich diese Menschen mit der Revolution erkämpft haben und was es für sie bedeutet«,⁸⁶ erklärten BrigadistInnen nach ihrem Aufenthalt bei einer Kaffeekooperative 1984, und ein Mitstreiter hob ein Jahr später hervor: »Was ich da an Hoffnung erlebt habe, ist sehr beeindruckend [...] die Leute haben sehr viel Hoffnung und sind sehr stolz auf das Erreichte.«⁸⁷ Nicht nur die Bedrohung Nicaraguas durch US-Aggression und Contra, auch die gemeinsame revolutionäre Utopie wurde für die BesucherInnen persönlich erfahrbar. Das Gefühl, auf der moralisch richtigen Seite zu stehen, wurde auf diese Weise aktualisiert und bestärkte das solidarische Engagement.

In diesem Sinne bedeutete der Aufenthalt in Nicaragua für viele AktivistInnen eine starke und offiziell gewünschte Motivation, sich öffentlichkeitswirksam gegen die Nicaragua-Politik der US-Regierung und für den Fortbestand der Revolution einzusetzen. Das DRI sah in den Bri-

83 Claudia D.: Redemanuskript, in: IBN, Ordner »Brigadenprotokolle 1982/83«.

84 Manfred Liebel an Compañeros/as zu Hause, Managua 11.3.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«.

85 Ebd.; vgl. auch Aldi: Rundbrief, o. O. 1.4.1984, in: Todos Juntos Venceremos! Arbeitsbrigaden in Nicaragua – Zentralamerika-Informationen Bonn 5 (1984), S. 7.

86 Vgl. z. B. Postkarten aus Nicaragua für den Wiederaufbau von »Oro Verde«, in: Rundbrief IBN 9 (1984), S. 19.

87 Bohnen, Tortillas und Reis. Interview mit einem deutschen Brigadisten, in: Brot für die Welt u. a. (Hg.): Nicaragua. Texte und Fragen, 2. Aufl., Hamburg 1986, S. 90.

gaden »das beste Propagandamedium«⁸⁸ der sandinistischen Revolution. Um eine Basis für persönliche Interaktion zu gewährleisten, forderte das IBN von zukünftigen BrigadistInnen auch Sprachkenntnisse.⁸⁹ Die von den meisten TeilnehmerInnen erst kurz vor der Reise erworbenen Basiskenntnisse im Spanischen reichten zur Verständigung vor Ort allerdings selten aus. Obwohl bei jeder Gruppe Personen mit guten Sprachkenntnissen als Sprecher fungierten, wurde es intern als problematisch moniert, Informationen nur aus zweiter oder dritter Hand zu erhalten. »Ständig muss man bei den Leuten, die mit den Nicas reden, nachfragen, was diese gesagt haben. Dabei bleibt es oft dem Zufall überlassen, welche Dialoge man mitbekommt«,⁹⁰ klagte ein Brief aus Nicaragua. Angesichts sehr netter und gesprächsbereiter Nicaraguaner sei es »eher nervig [...], wenn man nix sagen kann«, berichtete ein anderer Brigadist aus eigener Erfahrung und gelobte: »Das muss sich ändern«.⁹¹ Auch wenn der Aufenthalt nicht ausreichte, die eigenen Spanischkenntnisse zu perfektionieren, sorgten der mehrwöchige Arbeitseinsatz, die begleitenden politischen Treffen und Ausflüge sowie nicht zuletzt radebrechende Kontakte zu Einheimischen bei allen BrigadistInnen dafür, mit vielschichtigen neuen Eindrücken und Erfahrungen in die Bundesrepublik zurückzukehren.

Das von BesucherInnen immer wieder geäußerte Ziel, ihr persönlich in Nicaragua gesammeltes Wissen anschließend für die Solidaritätsarbeit zuhause zu nutzen, konnte durch das Brigadenprogramm weitgehend erfüllt werden. Die Informationen aus erster Hand wurden dabei positiv von der als tendenziös und einseitig negativ empfundenen Berichterstattung in den bundesdeutschen Medien abgegrenzt.⁹² Letzterer sollte mit der eigenen, »authentischen« Reiseerfahrung bzw. ihrer Veröffentlichung etwas entgegengesetzt werden, wie neben den BrigadistInnen auch die

88 FSLN: Proyecto de Brigadas, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«, S. 2, meine Übersetzung.

89 IBN an zukünftige Brigadisten, Wuppertal April 1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

90 Brief an Karin und Leute aus der Grevener, Jalapa 4.3.1984, in: IISH, Ordner »Solidaritätsbewegung 1983/84«.

91 Rundbrief von Aldi, in: Todos Juntos Venceremos! Arbeitsbrigaden in Nicaragua – Zentralamerika-Informationen Bonn 4 (1984), S. 4.

92 Vgl. z. B. IBN, Ordner »Brigadenprotokolle 1982/83«, Claudia D.: Redemanuskript; Nueva Nicaragua e.V. (Hg.): Die Kinder Sandinos ergeben sich nicht. Eindrücke von einem Aufenthalt in Los Lopez, Nicaragua, im Sommer 1984, Wiesbaden 1985, S. 2.

bundesdeutschen und nicaraguanischen KoordinatorInnen betonten.⁹³ Dementsprechend bat ein lokaler FSLN-Repräsentant eine Solidaritätsbrigade in seiner Ansprache: »Brüder, es liegt jetzt an Euch als eine christliche, humanistische, internationalistische und revolutionäre Aufgabe, was ihr hier seht, in euren Ländern zu verbreiten.«⁹⁴ Viele BrigadistInnen folgten dieser Aufforderung und verteidigten die sandinistische Revolution auf öffentlichen Veranstaltungen oder in Publikationen bzw. verurteilten dort die militärischen Aggressionen von USA und Contra sowie das Verhalten der Bundesregierung unter Helmut Kohl und deren außenpolitischen Schulterchluss mit der US-Regierung.⁹⁵

Solche politischen Absichten verhinderten nicht zwangsläufig eine differenzierte Wiedergabe der Reiseerfahrungen. Ein Brigadist gestand nach seiner Reise 1986 offen ein, er habe »die Möglichkeit überschätzt, ›handfeste‹ Informationen in Nicaragua zu sammeln bzw. diese Gesellschaft zu verstehen.«⁹⁶ Die Verhältnisse hätten sich als viel komplexer erwiesen, so dass für ihn kein eindeutiges Urteil möglich sei. Eine andere Brigadistin merkte einschränkend an, dass zwei Monate immer noch zu kurz seien, um sich ein »vollständiges Bild« zu machen. Aber sie habe »immerhin gesehen, dass dort versucht wird, eine menschliche Gesellschaft aufzubauen.«⁹⁷

Der FSLN war von Beginn an bewusst, dass das propagandistische Potential der Brigaden weit größer war als ihr praktischer, produktiver Beitrag in Nicaragua. Eine ökonomische Zielsetzung der Brigaden, die in den Aufrufen der Solidarität und der Bezeichnung ›Arbeitsbrigaden‹ eine zentrale Rolle spielte, wurde in nicaraguanischen Dokumenten kaum erwähnt. Dagegen gab das IBN an, die ersten Brigaden 1983 sollten »die personellen Lücken in der Produktion und bei der Ernte von Kaffee und Baumwolle schließen, da sich breite Teile der nicaraguanischen Bevölkerung zu ihrer Verteidigung militärisch organisieren müssen.«⁹⁸ Einmal auf der Kaffeeplantage, reifte unter den Erntebrigaden jedoch bald die Erkenntnis, dass diese Tätigkeit größere Erfahrung benötigte. Sie erziel-

93 Elisabeth an Informationsbüro Nicaragua, Managua, 25.4.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«.

94 Zit. in: IBN/»Todos juntos venceremos«: Gemeinsam werden wir siegen!, Wuppertal 1984, Innenseite Cover.

95 Arbeitsbrigaden im Pantasmatal, in: Vorbereitungsgruppe (Hg.): Pantasma. ¡Ahora más que nunca! Jetzt erst recht! Deutsche Arbeitsbrigaden in Nicaragua, Wuppertal 1985, S. 14.

96 Riehm: Leben mit dem unerklärten Krieg, S. 5.

97 Claudia D.: Redemanuskript, in: IBN, Ordner »Brigadenprotokolle 1982/83«.

98 Informations- und Fragebogen für den Einsatz in Nicaragua, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

ten daher nie die gleichen Resultate wie geübte Nicaraguaner. Auch bei vielen Konstruktionsprojekten verging bis zur Fertigstellung mehr Zeit als geplant. SolidaritätsaktivistInnen betonten aber, dass diese Projekte ohne ihre Unterstützung überhaupt nicht realisiert worden wären.⁹⁹

Trotzdem blieb die ökonomische Effektivität der Brigaden ein Diskussionsthema in der Bewegung. In Reiseberichten wurde deshalb auch die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob die Reisekosten als Geldspende an die nicaraguanischen Partner nicht besser angelegt seien. Die Entscheidung für die Reise begründeten die Brigaden meist mit ihrer Demonstrationsfunktion gegenüber der nicaraguanischen Bevölkerung und der erhofften Motivation für weiteres solidarisches Engagement und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik.¹⁰⁰ Dass in Nicaragua die Möglichkeit bestand, praktische und ›konkrete‹ Solidarität zu leisten – ebenfalls ein oft genanntes Motiv unter BrigadistInnen¹⁰¹ – sowie einen persönlichen Bezug zum revolutionären Land und seiner Bevölkerung aufzubauen, machte aus den Brigaden ein erfolgreiches Instrument zur Stärkung der Solidarität.

Eindrücke und Erfahrungen vor Ort jenseits offizieller Ziele

Neben den offiziell formulierten Zielen ergaben sich vor Ort noch weitere Erfahrungen und Dynamiken, die das solidarische Engagement der BesucherInnen bestärken konnten. Die meisten Brigaden arbeiteten in Projekten, die sich in ärmeren Stadtvierteln oder abgelegenen ländlichen Gegenden befanden. Sie lernten das Land daher vor allem aus einer Perspektive städtischer oder ländlicher Armut kennen. Für viele Besucher bedeutete ihr Trip den ersten Kontakt mit einem Land der sogenannten ›Dritten Welt‹, eklatanter sozialer Ungleichheit und Armut.¹⁰² Dieser Umstand förderte oft die Sympathie gegenüber den sandinistischen Sozialreformen. Gemäß dem Interesse der BesucherInnen legte auch das

99 Fortsetzung aus der Reihe Elisabeth sagt ..., 7.3.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«.

100 Vgl. u. a. Riehm: Leben mit dem unerklärten Krieg, S. 5; Kosak: Brigaden, S. 43. Die bundesdeutsche Brigadenorganisation in Managua rechtfertigte die Brigaden Ende 1984 mit ähnlichen Argumenten: Arbeitskreis der deutschen Internationalisten in Managua: Arbeitsbrigaden in Nicaragua. Projekthuberei oder handfester Beitrag zur Verteidigung der Revolution, S. 23 f.

101 Vgl. Fragebögen für Ernte- und Technikbrigaden, in: IBN, Ordner »Rundschreiben Aktivitäten 1983-87«.

102 Vgl. IBN/»Todos juntos venceremos«: Gemeinsam werden wir siegen!, S. 28; Hess/Lucas: Bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, S. 311.

politische Begleitprogramm den Fokus auf die Ziele des revolutionären Reformprozesses und die Verbesserungen, die sie armen Familien gebracht hatten. Sie erhöhten aber auch das Bewusstsein der AktivistInnen für globale Ungleichheiten und Ungerechtigkeit. Ein Gruppe erklärte 1984: »Auch wir wussten von dem Elend, das der Imperialismus in der Dritten Welt anrichtet – aus Büchern. In Nicaragua haben wir die Lebensbedingungen am eigenen Leibe erfahren.«¹⁰³

Kaum eineR der ausländischen AktivistInnen suchte den Kontakt zu Oppositionsgruppen. Stattdessen erlebten sie im Gespräch mit NicaraguanerInnen, beim Besuch von Feierlichkeiten für die Revolution oder bei Bestattungen von im Krieg gegen die Contra gefallenen sandinistischen Soldaten eine Bevölkerung, die größtenteils hinter der FSLN stand. Nach der Teilnahme an der offiziellen Feier zum 5. Jahrestag der Revolution 1985 schloss ein Brigadist: »Wer allen Ernstes dachte, daß aufgrund der Kriegs- und Krisensituation hier im Lande die Bevölkerung nicht mehr zur sandinistischen Regierung stehen würde, hat sich am 19. Juli eines Besseren belehren lassen müssen.«¹⁰⁴

Ein wichtiger Nebeneffekt des Zusammenlebens war der Aufbau von persönlichen Beziehungen zwischen BrigadistInnen und NicaraguanerInnen.¹⁰⁵ Eine große kulturelle Schnittmenge zwischen Europa und Nicaragua vereinfachte den Zugang zur nicaraguanischen Gesellschaft für viele Reisende.¹⁰⁶ Die abstrakte Kriegsgefahr wurde durch die persönlichen Begegnungen konkret fassbar. Es waren nun die eigenen Bekannten oder auch das mit Spenden und Arbeitskraft ermöglichte Projekt, deren Existenz durch konterrevolutionäre Angriffe zerstört zu werden drohte. »Acht Wochen teilten wir das Leben der Menschen, arbeiteten und feierten mit ihnen«,¹⁰⁷ erklärte eine Gruppe von BrigadistInnen, welche die Kooperative *Oro Verde* im Norden Nicaraguas bei der Kaffeernte unterstützt hatte. Als die Kooperative wenig später durch einen An-

103 IBN/»Todos juntos venceremos«: Gemeinsam werden wir siegen!, S. 66; vgl. auch Hess/Lucas: Bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, S. 311.

104 Jochen Killing: Briefe aus Nicaragua. Berichte und Erfahrungen aus dem Gesundheitswesen, Bremen 1987, S. 52 f. Winfried zit. in Todos Juntos Venceremos! Arbeitsbrigaden in Nicaragua – Zentralamerika-Informationen Bonn 1 (1984), S. 6.

105 FSLN: Proyecto de Brigadas, in: IBN, Ordner »Brigaden II Kommunikation«, S. 2; Karges: Solidarität, S. 52.

106 Vgl. Balsen/Rössel: Hoch die internationale Solidarität, S. 532 f.

107 Postkarten aus Nicaragua für den Wiederaufbau von »Oro Verde«, in: IBN Rundbrief 9 (1984), S. 19.

griff der Contra beinahe vollständig zerstört wurde, begannen die ehemaligen BrigadistInnen sofort, Gelder für den Wiederaufbau zu sammeln.¹⁰⁸

Zusätzlich erfuhren BesucherInnen oft eine positive und emotionale Anerkennung ihres Engagements von Seiten der lokalen Bevölkerung oder staatlichen FunktionärInnen.¹⁰⁹ »Immer wenn die Sprache auf unsere Hilfe kam, war die Reaktion der Nicaraguaner gleich positiv«, berichtete eine Brigadistin, und eine andere Gruppe zitierte einen Nicaraguaner mit den anerkennenden Worten: »Früher kamen die Menschen aus den anderen Ländern, um uns auszubeuten und uns etwas wegzunehmen. Nun seid ihr da, um mit uns solidarisch zu leben und zu arbeiten.«¹¹⁰ Brigaden wurden oft mit einem offiziellen Akt an ihrer Einsatzstelle begrüßt und berichteten von einer warmherzigen und freundlichen Aufnahme.¹¹¹ Ihr privilegierter Zugang zu PolitikerInnen und sandinistischen FunktionärInnen während des politischen Begleitprogramms stellte eine weitere Form spezieller Wertschätzung dar. Auch wenn diese Treffen nicht immer zu Dialogen wurden, hinterließen sie doch den Eindruck, dass die Besucher wichtig waren.¹¹² Führende sandinistische Politiker verbanden mit solcher Anerkennung auch das Angebot einer Zugehörigkeit zur sandinistischen Revolution als gemeinsam geteilter Utopie. So erklärte Agrarminister Jaime Wheelock in seiner Willkommensansprache für SolidaritätsbrigadistInnen im Dezember 1983: »Ihr repräsentiert die am weitesten fortgeschrittenen Teile Eures Volkes. [...] Wir öffnen dieses Land für Euch als sei es Euer eigenes Heimatland.«¹¹³ Wenigstens auf einem theoretischen Level propagierten die SandinistInnen ein Zugehörigkeitsgefühl zur Revolution und luden SympathisantInnen aus der ganzen Welt ein, daran teilzuhaben.

Wenn die AktivistInnen zu den persönlichen Motiven ihrer Reise Stellung nahmen, kam auch ihre Unzufriedenheit mit der zeitgenössischen Bundesrepublik zur Sprache. Gerade AktivistInnen aus linksalternativen Kreisen waren enttäuscht von der bundesdeutschen Gesellschaft und

108 Vgl. ebd.; Brigitte Tiedge: No pasarán. Überfälle der Contra auf Oro Verde und Tayacan in Nordnicaragua, in: *ila-info*, 80 (1984), S. 10 f.

109 Vgl. Karges: *Solidarität*, S. 55-57.

110 Zit. in: IBN/»Todos juntos venceremos«: *Gemeinsam werden wir siegen!*, S. 66.

111 Mittelamerikasolidarität e.V. (Hg.): *Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. Das Projekt Nähereikooperative Julia de Pomares Managua. Brigadebericht. Nicaragua 1987*, Berlin 1988, S. 7; *Arbeitsbrigaden im Pantasmatal*, S. 16.

112 Vgl. z.B. Peter Schmidt: »Und das grüne Gras wird wiedergeboren aus der Asche.« *Briefe aus Nicaragua*, Aachen 1988, S. 17.

113 Zit. in: IBN/»Todos juntos venceremos«: *Gemeinsam werden wir siegen!*, S. 11 f.

Regierungspolitik.¹¹⁴ Nicaragua repräsentierte dagegen eine Atmosphäre von Aktion und Wandel. Die Anziehungskraft des Landes bestand neben der revolutionären Reformpolitik laut ZeitzeugInnen darin, einmal für etwas statt immer nur gegen etwas zu kämpfen. Eine Reise dorthin bot die Möglichkeit, die frustrierende Erfahrung, einer politischen Minderheit anzugehören, zumindest für kurze Zeit hinter sich zu lassen.¹¹⁵ Dass hinter dem Wunsch, nach Nicaragua zu reisen, oft auch ein gewisser Eskapismus steckte, lässt sich daher kaum verleugnen.

Diesen bereits damals vor allem im antiimperialistischen und autonomen Spektrum der Solidarität formulierten Vorwurf griff eine bewegungsinterne Auswertung der Baubrigaden aus dem Jahr 1986 auf.¹¹⁶ Als Erwiderung wurde dort die Aussage einer Brigadengruppe zitiert, dass bei einem zweimonatigen Aufenthalt von Realitätsflucht kaum die Rede sein könne.¹¹⁷ BrigadistInnen aus dem autonomen Spektrum und die Existenz einer entsprechenden Vorbereitungsgruppe für Brigaden zeugen zudem davon, dass diese Kritik nicht von allen Gruppen dort geteilt wurde.¹¹⁸ So rechtfertigten Brigadisten aus Marburg ihre Teilnahme u. a. als »Versuch, uns die enge Verbindung des Kampfes hier mit dem des Volkes von Nicaragua ganz konkret klar zu machen, aus [seinen] Erfahrungen zu lernen und in der BRD damit weiterzuarbeiten.«¹¹⁹ Ähnlich sahen Baubrigadisten 1985 in ihren Erfahrungen »einen persönlichen Gewinn [...] im Sinne von Mut schöpfen«¹²⁰ für den politischen Kampf als Linke in der Bundesrepublik.

Für viele BrigadistInnen bedeuteten die Erfahrungen in Nicaragua eine starke Motivation, sich nach ihrer Reise konsequenter in Solida-

114 Vgl. Silke Mende: »Nicht rechts, nicht links, sondern vorn.« Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011; Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaftsbildung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 3 (2008) S. 121-123.

115 Vgl. Hess/Lucas: Bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, S. 311, sowie ausführlicher zum Bild der Bundesrepublik unter SolidaritätsaktivistInnen: Helm: Booming Solidarity, S. 605 f.

116 Hess: Auswertung, S. 15; zum Vorwurf des Eskapismus vgl. z. B. El Salvador Gruppe Erlangen: Todos juntos Venceremos – eine Friedensbewegung, die fremdgeht?, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«.

117 Hess: Auswertung, S. 23.

118 Bericht vom Bundestreffen der Nicaragua-Solidaritäts-Komitees, o. O. 23.-25.3.1984, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«, S. 4.

119 Marburger Brigadisten: Matagalpa ist nicht Mutlangen. Nicaragua verteidigt die Revolution. Klammer und Großschreibung im Original, in: IBN, Ordner »Intern Geschichte«.

120 Hess: Auswertung, S. 23.

ritätsgruppen zu engagieren, wie die oben erwähnte Auswertung der Kampagne ergab. Diese Aussage fand sich zumindest bei einer »großen Mehrheit«¹²¹ der beantworteten Fragebögen. Zwar differenzierten sie, dass daraus nicht immer ein nachhaltiges, längerfristiges Engagement folgte. Gleichzeitig konstatierte die Studie aber, dass viele BrigadistInnen über ein Jahr nach ihrem Aufenthalt noch eine nachhaltig verstärkte emotionale Verbundenheit zu Nicaragua feststellten.¹²²

Auch die stichprobenartig befragte lokale Bevölkerung an den drei Einsatzorten der Baubrigaden äußerte sich weitgehend positiv, monierte aber den häufigen Wechsel und mangelnde Sprachkenntnisse der BrigadistInnen, was die Zusammenarbeit erschwerte.¹²³ Die Baubrigaden selbst betrachteten ihre Wahrnehmung vor Ort weitaus selbstkritischer. Sie reiche wohl von »Helfer in schwieriger Situation« bis »kaum verstehbare Exoten«.¹²⁴ Die unterschiedlichen Vermögensverhältnisse hätten außerdem dafür gesorgt, dass im Gegensatz zum Beginn des Einsatzes nun »Schnorren und Klauen keine Seltenheit«¹²⁵ mehr seien. Solche Beobachtungen aus den drei abgelegenen Einsatzorten der zentral organisierten Baubrigaden können allerdings angesichts der Vielfalt der Arbeitseinsätze und -orte anderer bundesdeutscher Gruppen nicht ohne Weiteres generalisiert werden. Die FSLN bzw. das CNSP hielt die Fortführung der Brigaden im Jahr 1986 vor allem aufgrund ihrer oben genannten politischen und öffentlichkeitswirksamen Funktionen sowie als Stärkung der solidarischen Beziehungen für wünschenswert.¹²⁶

In diesem Sinne stellten die Brigaden bis zur Wahlniederlage der FSLN im Februar 1990 ein äußerst effektives Instrument dar, um die Unterstützung für die sandinistische Revolution zu stärken. Denn obwohl nur ein kleiner Teil der Solidaritätsbewegten nach Nicaragua reiste, wurden ihre »authentischen« Erfahrungen anschließend oft in Broschüren oder Artikeln publiziert und erreichten so ein breiteres Publikum sowohl in als auch außerhalb der Bewegung. Da Brigaden und andere solidaritätsbewegte Reisegruppen nicht nur aus Berlin, Frankfurt oder Hamburg nach Nicaragua starteten, sondern auch aus Kiel, Oldenburg, Aschaffenburg oder Traunstein, hatten anschließende Informationsveranstaltungen zu-

121 Hess: Auswertung, S. 17. Von 540 versandten Fragebögen wurden 114 beantwortet und dienten als Grundlage einer weitgehend differenzierten Auswertung. Die Autoren versicherten zudem, dass nicht nur weiterhin aktive BrigadistInnen geantwortet hatten.

122 Hess: Auswertung, S. 17 f.; vgl. auch Karges: Solidarität, S. 52.

123 Hess: Auswertung, S. 21.

124 Ebd.

125 Ebd., S. 22.

126 Ebd., S. 23.

dem die Chance, eine Zuhörerschaft jenseits der solidaritätsaffinen Szene bundesdeutscher Metropolen zu erreichen.¹²⁷

Strategien zur Rationalisierung negativer Eindrücke

Allerdings hatte eine Reise in das ›Gelobte Land‹ der Revolution nicht immer den persönlich und offiziell gewünschten Effekt, die eigene Solidarität zu stärken. In der bewegungsnahen Monatszeitschrift des Bonner Informationszentrums *Lateinamerika* berichtete ein Brigadist unter dem Titel »Nicaragua ist kein Traumland« von seiner Erfahrung, »daß jeder Nicaraguareisende mit einer anderen Idee von diesem Land zurückkehrt, meist einer Verfestigung eben jener Vorstellungen, Vorurteile und Projektionen, die er vor seiner Abreise im Kopf hatte«.¹²⁸ Für die einen wimmelte das Land vor Konterrevolutionären, für die andern bleibe es das revolutionäre Paradies. Gerade den AktivistInnen, die sich für längere Zeit in Nicaragua aufhielten, blieben Missstände, Korruption und die mit den Jahren nachlassende Begeisterung der nicaraguanischen Bevölkerung für die Revolution nicht verborgen.

Innerhalb der Solidaritätsbewegung hatte sich bereits Anfang der 1980er die sogenannte ›kritische Solidarität‹ als Umgangsform mit enttäuschenden Entwicklungen in Nicaragua etabliert. So sollten bei grundsätzlicher Solidarität mit den Zielen der Revolution Missstände und problematische politische Entscheidungen der FSLN offen thematisiert, aber jeweils in den Kontext Nicaraguas (Krieg, Wirtschaftssanktionen etc.) eingeordnet und vor diesem Hintergrund verstanden und bewertet werden.¹²⁹ »Wenn in dieser Broschüre die Zustände in Nicaragua nicht nur rosig erscheinen, so steht das mit unserer grundsätzlichen Solidarität nicht im Widerspruch«,¹³⁰ führte eine Wiesbadener Reisegruppe im Vorwort ihres Berichtes aus. Schließlich würde auch kaum ein Nicaraguaner behaupten, dass die Ziele der Revolution schon erreicht seien und die SandinistInnen keine Fehler begingen. Zugleich schränkten die AutorInnen in puncto Kritik ein, dass diese eben aus ihrer Sicht als EuropäerInnen formuliert sei und als »solidarische Kritik und Unterstüt-

127 Vgl. u.a. Hans: Erfahrungen eines Vortragsreisenden, in: *ila-info* 37 (1984), S. 26; ESG-Brigaden für Nicaragua: Berichte aus erster Hand, in: IBN, Ordner »Brigaden 1984/85«; Martin Benedikt: Finca La Esperanzita, in: *bundesforum. Zeitschrift der katholischen Landjugendbewegung Deutschlands* 3 (1985), S. 15.

128 Michael Steder: Nicaragua ist kein Traumland, in: *ila-info* 77 (1984), S. 26.

129 Hess/Lucas: Bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, S. 313.

130 Nueva Nicaragua e. V. (Hg.): Die Kinder Sandinos, S. 2.

zung« derjenigen gewertet werden solle, die in Nicaragua »gegen die in so wenigen Jahren [der Revolution] nicht zu beseitigenden Missstände angehen«. ¹³¹ In diesem Balanceakt kamen Solidarität und Verständnis meist stärker zum Tragen als Kritik, deren Einfluss auf die FSLN zudem äußerst beschränkt blieb.

Die ›kritische Solidarität‹ kann aber auch als ein effektiver Mechanismus verstanden werden, enttäuschende Entwicklungen in Nicaragua zu rationalisieren. Von den ChronistInnen der Bewegung wird sie nicht zu Unrecht als Grund für die Langlebigkeit der Bewegung gewertet. ¹³² Paradoxerweise half gerade der Konflikt mit den USA, der die sandinistische Revolution nachhaltig destabilisierte, ein positives Image der Revolution zu konservieren. Wie die SandinistInnen framteten auch ihre internationalen UnterstützerInnen den Konflikt erfolgreich als die Geschichte eines

kleinen, tapferen Volkes, das es gewagt hat, im Hinterhof der fast allmächtigen USA eine Revolution zu machen. Seitdem kämpft Nicaragua ums Überleben. Der Koloss im Norden versucht mit immer neuen Prankenhieben das Modell, das Beispiel für die unterjochten Völker dieser Welt zu zerstören. ¹³³

Die Bedrohung der Revolution half dabei, Sympathien zu lenken und problematische Entwicklungen wie die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und den ins Stocken geratenen Reformprozess zu erklären. Die positive ökonomische Entwicklung Nicaraguas in den ersten beiden Jahren der Revolution bewies laut einigen AktivistInnen, dass in der »Strangulierungspolitik Washingtons« ¹³⁴ die Hauptursache für aktuelle Mängel liege. Andere BesucherInnen beklagten: »Gelder, die in den Krieg gesteckt werden müssen, fehlen im Sozialbereich und für den wirtschaftlichen Aufbau«. ¹³⁵ Natürlich hatten sowohl die militärische Aggression als auch die von den USA verhängten ökonomischen Sanktionen eine desaströse Auswirkung auf die Entwicklung Nicaraguas. Allerdings fokussierten viele SolidaritätsaktivistInnen vor allem solche exogenen Erklärungsversuche, wohingegen interne Gründe wie Korruption und staatliche Misswirtschaft kaum erwähnt wurden.

¹³¹ Ebd., S. 3.

¹³² Balsen/Rössel: Hoch die internationale Solidarität, S. 416; Klaus Hess: 20 Jahre Solidaritätsbewegung mit Nicaragua. Grund genug zum Feiern?, in: Lateinamerika Nachrichten 301/302 (1999), S. 35.

¹³³ Mittelamerikasolidarität: Solidarität, S. 6.

¹³⁴ Killing: Briefe aus Nicaragua, S. 48.

¹³⁵ Mittelamerikasolidarität: Solidarität, S. 15; vgl. auch Killing: Briefe aus Nicaragua, S. 39.

Die Reiseberichte geben also zugleich Aufschluss über Strategien, mit denen die AktivistInnen solche enttäuschenden Erfahrungen zu bewältigen versuchten. Den LeserInnen aus der Solidaritätsbewegung wurde mit dem Realitätsabgleich jeweils eine Reinterpretationsmöglichkeit geliefert. Vor einem weitgehend enttäuschenden Panorama der Revolution Ende der 1980er Jahre empfahl ein Besucher, auf der Suche nach der Revolution eben genauer hinzusehen. »Für das westeuropäische Auge ist sie nicht überall sichtbar und machtvoll vorhanden, die Revolution. Aber Du beginnst sie zu sehen«,¹³⁶ beispielsweise in hohen Einschulungsraten oder der Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft von Polizei und Soldaten.

Bei der Rehabilitierung der Revolution half außerdem die Einordnung in den noch enttäuschenderen regionalen Kontext Zentralamerikas. Vor diesem Hintergrund konnte Nicaragua selbst im Angesicht aller Missstände weiter als Modell für relative Freiheit und soziale Gerechtigkeit interpretiert werden.¹³⁷ Trotz der festgestellten Korruption und Resignation seien Agrarreform, kostenloses Bildungs- und Gesundheitssystem »noch immer als ein Pfeiler der sandinistischen Revolution erkennbar«,¹³⁸ so eine Brigadistin Ende 1986. Oftmals war es also der Glaube an die ursprünglichen Ziele der Revolution und ihre Verwirklichung in der Zukunft, der negative Erfahrungen überlagerte. Laut der bewegungsinternen Auswertung kehrten nur etwa drei Prozent mit einem eher negativen Eindruck von der Revolution zurück in die Bundesrepublik.¹³⁹

Fazit

Dass sowohl die FSLN als auch die Solidaritätsbewegung bis zum Ende der sandinistischen Regierungszeit im Jahr 1990 am Konzept der Brigaden festhielten, zeugt von den größtenteils positiven Ergebnissen der Kampagne. Auch die vereinzelt zwischen bundesdeutscher und sandinistischer Koordination auftretenden organisatorischen und inhaltlichen Differenzen änderten daran kaum etwas. Durch die Möglichkeit persönlicher Interaktion und Erfahrung im Rahmen der Solidaritätsbrigaden

136 Stefan Deitelhoff: Erste Brigade an einer Nica-Uni, in: Verein zur Wissenschaftsförderung Gesamthochschule Kassel-Nicaragua e. V. (Hg.): Erste Brigade an einer Nica-Uni, Kassel 1989, S. 4.

137 Vgl. Rainer Hinderer/Armin Homburg: ¡Hola compañeros! Briefe zweier Sozialwesenstudenten aus Nicaragua, Kassel 1990, S. 14 f., 33, 40.

138 Der Alltag ist nüchterner geworden. Nach 2 Jahren wieder in Somoto, in: Cobrisa informiert. Gesundheitsbrigaden international, September 1986, S. 7.

139 Hess: Auswertung, S. 17.

gelang es den SandinistInnen und ihren UnterstützerInnen, viele ihrer damit verfolgten Ziele zu erfüllen. Erstens stärkten sie die Ablehnung der Bedrohung Nicaraguas durch US-Regierung und Contra, indem sie die Besucher das Leben der Lokalbevölkerung teilen ließen. Zweitens ermöglichten sie den Aufbau persönlicher Beziehungen, die den Aufenthalt der Brigadisten überdauerten und ein weiteres Engagement in der Solidarität begünstigten. Aus den Erfahrungen in Nicaragua ergab sich nicht zuletzt oftmals ein starker moralischer Anreiz, sich weiter öffentlichkeitswirksam in der Solidarität für die sandinistische Revolution zu engagieren.

Was Nicaragua mit den Solidaritätsbrigaden bot, war Teilnahme und Teilhabe am revolutionären Projekt der SandinistInnen sowie Anerkennung und Zugehörigkeit zu einer transnationalen, pro-revolutionären Gemeinschaft. Für einen Gewerkschaftsbrigadisten bedeutete Nicaragua im Jahr 1986 das Gefühl, sich mit dem eigenen politischen Anspruch dort eher wiederzufinden als in der Bundesrepublik.¹⁴⁰ Seine Aussage illustriert den Antagonismus, den viele AktivistInnen zwischen sich und der bundesrepublikanischen Gesellschaft und Politik empfanden und der sich ebenfalls als Motiv für eine Reise nach Nicaragua niederschlug. Mechanismen wie die ›kritische Solidarität‹, der Glaube an die ursprünglichen Ziele der Revolution oder die Wahrnehmung der US-Aggression gegenüber den SandinistInnen halfen dabei, negative Erfahrungen vor Ort zu rationalisieren.

Allerdings wäre es verkehrt, die BrigadistInnen lediglich als selbstlose Vollzeit-AktivistInnen zu sehen. Obwohl sie primär nach Nicaragua kamen, um die sandinistische Revolution zu erleben und zu unterstützen, wirkte das tropische Setting des Landes, das auch Platz für exotische und abenteuerliche Erfahrungen bot, als zusätzliche Motivation. Ein Brigadist erklärte dazu 1986:

Ich hatte eigene, wenn man so will: egoistische Interessen mit politischen Begründungen verbunden. [...] Wem ging es nicht so? Für mich bedeutete Nicaragua auch Urlaub, Reislust und den Wunsch, eine Revolution zu erleben.¹⁴¹

140 »... kehre ich mit einem Gefühl von Verantwortung zurück«. Interview mit Frank Kramer (IGM), in: Nicaragua-Info für die Solidaritätsarbeit in den Gewerkschaften 24 (1986), o. S.

141 Riehm: Leben mit dem unerklärten Krieg, S. 5; vgl. auch Helm: »The Sons ...«, S. 163 f.

Getrennte Solidarität?

West- und ostdeutsches Engagement für Nicaragua Sandinista
in den 1980er Jahren

STEFANIE SENGER

Das sandinistische Nicaragua (1979-1990) war ein Sehnsuchtsort vieler gesellschaftspolitisch Interessierter aus allen Teilen der Welt. Ost- und Westdeutsche hatten mit der sandinistischen Revolution gefiebert und sich mit dem Wagnis solidarisiert, im Hinterhof der USA ein linkes Regime aufzubauen. Das sandinistische Modell hatte auf beiden Seiten der Mauer die Hoffnung erweckt, dass in dem zentralamerikanischen Land eine Gesellschaft entstehen könnte, die basisdemokratisch, sozial fortschrittlich, blockfrei und rechtsstaatlich ist. Als sich die deutschen Solidaritätsgruppen 1990 in Köln erstmals gemeinsam trafen, war die Verständigung dennoch schwierig.¹ Mitglieder der westdeutschen Solidaritätsbewegung konnten mit den Informationsdefiziten der unabhängigen Nicaragua-Gruppen aus der DDR und deren intensiver Beschäftigung mit dem eigenen Können und Hoffen, das ihrem jahrelangen Ringen mit dem Staatsapparat entsprungen war, nichts anfangen. Die Ostdeutschen wiederum verstanden die westdeutschen AktivistInnen kaum, die diverse Projekte und Kontakte gleichzeitig jonglierten und untereinander strikt auf Gleichrangigkeit, Diskursivität und diskriminierungsfreie Sprache achteten. Zudem stellte sich heraus, dass sie alle unterschiedliche Grenzen für ihre Solidarität mit dem sandinistischen System definiert hatten.

Bis zur politischen Wende in der DDR hatten die Aktiven auf beiden Seiten der Mauer wenig Gelegenheit gehabt, Beziehungen zueinander herzustellen. Soziale Bewegungen und unabhängige Gruppen waren vielfach in den Systemwettstreit ihrer Staaten eingebunden, welche nicht nur um die fortschrittlichere Industrie oder das gerechtere Sozialsystem wetteiferten, sondern auch um die höhere Glaubwürdigkeit bei moralischen Werten. So betonte die Regierung Kohl ihre Abrüstungsbereitschaft und ihr Eintreten für den Frieden, während die SED die Wahrung des Friedens und die Solidarität mit den Unterdrückten der Welt zum Leitmotiv ihrer Außenpolitik erhoben hatte.² Die Regierung

¹ Vgl. Zeitzeugeninterview mit Klaus Heß, Wuppertal 14.5.2014.

² Vgl. Hans Karl Rupp: Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2009 (4. Aufl.), S. 257-265; Hermann Wentker: Außenpolitik in engen

der DDR gab sich toleranter gegenüber alternativen Strömungen in der Gesellschaft und trat damit – zumindest propagandistisch – mit der Bundesrepublik in Konkurrenz. Darüber hinaus warben beide Länder um die mit der Dekolonialisierung neu entstehenden, blockfreien Staaten.³ Nachdem die Hallstein-Doktrin ab 1969 an Bedeutung verloren und viele Länder der »Dritten Welt« die DDR anerkannt hatten, bekam das Buhlen um sie eine neue Qualität. Nun konnten die Entwicklungsländer ohne Nachteile Beziehungen zu beiden deutschen Staaten pflegen. Der jeweilige politische Einfluss bemaß sich oftmals an den Vorteilen der offerierten Handelspolitik, am Umfang von entwicklungspolitischen »Geschenken« sowie an dem Nutzen, den sich die Empfängerländer davon versprachen.

Die frühere Forschung maß den sandinistischen Akteuren in diesem Prozess wenig Bedeutung bei.⁴ Die weltweit entstehende Solidarität mit Nicaragua wurde demnach als ein Phänomen des Westens im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen oder als ein staatliches Dogma der sozialistischen Länder beschrieben.⁵ Allerdings initiierten und koordinierten die Sandinistas wirkungsvoll ihre weltweite Unterstützungsbewegung

Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München 2007, S. 459 f.; Benno-Eide Siebs: Die Außenpolitik der DDR 1976-1989. Strategien und Grenzen, Paderborn 1999, S. 189-216, 280-306.

- 3 Zur deutsch-deutschen Rivalität in der »Dritten Welt« siehe Amit Das Gupta: Ulbricht am Nil. Die deutsch-deutsche Rivalität in der Dritten Welt, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Bonn 2008, S. 111-134. Für die zeitgenössische Wahrnehmung siehe Karl-Heinz Janßen: Zweimal Deutschland in der Welt, in: Die Zeit, 5, 1971; Hans-Joachim Spanger: Ernüchternde Bilanz. Auch die DDR-»Entwicklungspolitik« zeigt wenig Erfolge, in: ila-info 118, Sept. 1988, S. 8-10, hier S. 8; Hans-Joachim Spanger: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?, Opladen 1987.
- 4 Vgl. Kim Christiaens: States Going Transnational. Transnational State Civilian Networks and Socialist Cuba and Sandinista Nicaragua Solidarity Movements in Belgium (1960s-1980s) in: Belgisch Tijdschrift voor Filologie en Geschiedenis/Revue Belge de Philologie et d'Histoire, 89,3/4 (2001), S. 1277-1306, hier S. 1278; Theodor Rathgeber: Sozialdemokratische Solidarität mit Nicaragua und El Salvador. Das Interesse der Befreiungsbewegungen an der Sozialistischen Internationale, in: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) (Hg.): Sozialdemokratie in Lateinamerika, Berlin (West) 1982, S. 277-310.
- 5 Für die Solidaritätsbewegungen der Bundesrepublik siehe Dieter Rucht: Distant Issue Movements in Germany. Empirical Description and Theoretical Reflections, in: John A. Guidry/Michael D. Kennedy/Mayer N. Zald (Hg.): Globalizations and Social Movements. Culture, Power, and the Transnational Public Sphere, Ann Arbor, Michigan 2013, S. 76-106. Für die DDR siehe Wentker: Außenpolitik, S. 459-475, 537-545.

und nahmen eine aktive Rolle ein bei der Entstehung und Entwicklung von Solidaritätsinitiativen in West- und Ostdeutschland.

Der Artikel beschäftigt sich mit den Verflechtungen ost- und westdeutscher Solidarität mit Nicaragua, mit ihrer Integration sowie Separierung vor Ort aufgrund ihrer Blockzugehörigkeit. Er prüft anschließend, inwieweit man das Engagement der Nicaragua-Gruppen im Rahmen eines Systemwettstreits zwischen beiden deutschen Staaten beschreiben kann. Er nimmt dabei eine die vergleichende Forschung ergänzende, transferhistorische Perspektive ein. Zu Beginn wird die Entstehung von Nicaragua-Gruppen in der Bundesrepublik und der DDR kurz skizziert. Danach begründet der Artikel die Hypothese, wonach die Gruppen eine Reihe gemeinsamer Motive für ihr Engagement teilten, und zeigt zugleich auf, wo die Beweggründe sich unterschieden. Anschließend belege ich an konkreten Beispielen aus der Archivarbeit die Beziehungen zwischen ost- und westdeutschen Solidaritätsgruppen und beschreibe deren Merkmale. Der Fokus liegt dabei sowohl auf der Zusammenarbeit der Gruppen in ihren Heimatländern als auch auf Kooperationen in Nicaragua.

Entstehung der Nicaragua-Solidarität in der Bundesrepublik und der DDR

In beiden deutschen Staaten bildete sich die Solidarität für das sandinistische Nicaragua innerhalb weniger Jahre vor und nach dem Sturz der diktatorischen Herrschaft der Somoza-Familie im Juli 1979 heraus. Einige Beobachter aus der Bundesrepublik wurden bereits vor der Revolution auf die politische Lage in Nicaragua aufmerksam, während das Land in der DDR erst danach ins öffentliche Bewusstsein rückte. Die 1961 als Guerillaorganisation gegründete *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) etablierte sich als führende politische Macht und wurde schnell zum Hauptansprechpartner für Solidaritätsinitiativen aus der ganzen Welt.

In der Bundesrepublik entstand 1977 in Wuppertal das *Informationsbüro Nicaragua* (IN), das bald darauf die Bildung weiterer städtischer Solidaritätskomitees koordinierte. Initiiert wurde seine Gründung von einer Gruppe um den deutsch-nicaraguanischen Wirtschaftswissenschaftler Enrique Schmidt Cuadra, der seinerseits im Auftrag der FSLN handelte, in der Bundesrepublik eine Unterstützungsbewegung aufzubauen.⁶ Da die sandinistische Bewegung vielfältige Weltanschauungen

⁶ Vgl. Günter Wallraff u. a.: *Nicaragua von innen*, Hamburg 1983, S. 96; Zeitzeugeninterview mit Hermann Schulz, Wuppertal 13.5.2014.

vereinte und unterschiedliche Identifikationsfiguren bereithielt, baute sich die westdeutsche Nicaragua-Bewegung sehr heterogen auf. So beteiligten sich westdeutsche Christen an Hungerstreiks für ein Ende der Diktatur und an den Fastenaktionen nicaraguanischer Priester-Politiker,⁷ die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte die FSLN mit Fortbildungen in ihrem Staats- und Parteibildungsprozess⁸ und die Brigadebewegung rekrutierte zu Beginn viele MitstreiterInnen aus autonomen Kreisen, später zunehmend gemäßigte Linke.⁹

Da die Regierung in Bonn die Entwicklungszusammenarbeit mit *Nicaragua Sandinista* ab 1979 reduzierte und die Zahlung laufender Projektgelder verzögerte, nahmen sich zivilgesellschaftliche Organisationen (z. B. der Deutsche Entwicklungsdienst oder Brot für die Welt), die teils aus öffentlichen Geldern gefördert wurden, teils mit Spendengeldern arbeiteten, dieser Aufgabe an. Viele BürgerInnen engagierten sich zudem für Bildungs- und Gesundheitsprojekte, etwa für Schulgründungen oder die Trinkwasserversorgung. Den Ertrag ihrer Geld- und Sachspenden wollten sie häufig vor Ort nachverfolgen.

Ab Herbst 1983 reisten internationale Brigaden im Rahmen einer weltweiten Kampagne, die von der FSLN koordiniert wurde, nach Nicaragua, um dort als Schutzschild gegen eine Invasion der USA zu wirken und zugleich die Aufbauarbeit zu unterstützen. In der Bundesrepublik organisierte das *Informationsbüro Nicaragua* (IN) die Zusammenstellung und Vorbereitung der Freiwilligen, die am Einsatzort vom nicaraguanischen *Solidaritätskomitee* (CNSP) und der *Internationalen Abteilung der FSLN* (DRI) weiter betreut wurden. Im Verlauf der 1980er Jahre planten immer mehr Gruppen ihre Brigadereise in Eigeninitiative, etwa Gewerkschaften, linke Organisationen, Frauengruppen oder Zusammenschlüsse von Privatpersonen. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bildeten sich Städtepartnerschaften, die ihre Mittel zu einem Großteil aus den Etats westdeutscher Städte generierten. Dabei entstanden persönliche Beziehungen, die oftmals auch nach der Abwahl der *Sandinistas* 1990 fortbestanden.

7 Siehe Flugblatt Hungerstreik für Nicaragua, undatiert (ca. 1978), in: Archiv Informationsbüro Nicaragua (IN), Autonomes Zentrum (AZ), Korrespondenz allgemein 1977-1978, Sch-Z; Aufruf Solidaritätsfasten für Miguel D'Escoto, ESG Lankwitz, undatiert (ca. 1985), in: Evangelisches Zentralarchiv (EZA) 2/10650.

8 Die Friedrich-Ebert-Stiftung finanzierte der sandinistischen Guerilla vor ihrem Sieg zahlreiche Seminare zum Aufbau des Staatsapparats und des Sozialsystems. Die Fortbildungen wurden am costa-ricanischen Centro de Estudios Democráticos de América Latina (CEDAL) durchgeführt, das von der FES maßgeblich finanziert und geleitet wurde.

9 Vgl. Zeitzeugeninterview mit Matthias Schindler, Managua 23.2.2015.

In der DDR gelangten die Sandinistas erst nach der Revolution ins öffentliche Bewusstsein. Die Solidarität mit ihnen ging zunächst vom Staat aus, ab etwa 1982 auch von unabhängigen Initiativen. Ost-Berlin nahm nach dem Machtwechsel unverzüglich diplomatische Beziehungen zur sandinistischen Regierung auf. Gleich darauf bat die FSLN um Sofort- und Aufbauhilfe, etwa um eine langfristige Unterstützung im Gesundheitsbereich.¹⁰ Auf dieser Basis erarbeiteten das Solidaritätskomitee der DDR und nicaraguanische Ministerien die Errichtung eines neuen Krankenhauses sowie eines Ausbildungsbetriebes, die ab 1985 von FDJ-Freundschaftsbrigaden mit nicaraguanischen HilfsarbeiterInnen betrieben wurden. Um die Finanzierung und Ausstattung der Projekte sicherzustellen, gab das Solidaritätskomitee in Betrieben die Bereitstellung des Baumaterials in Auftrag und regte Spendenaktionen an, die viel Unterstützung und Anteilnahme unter den Ostdeutschen erreichten. Wenngleich diese Aktionen politisch gelenkt waren und die Teilnahme häufig unfreiwillig, kann die Grenze zwischen staatlicher und ziviler Solidarität hier nicht eindeutig bestimmt werden.

Die staatliche Solidarität der DDR mit Nicaragua war fraglos eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung halb-legaler, unabhängiger Nicaragua-Gruppen. Diese bildeten sich in den 1980er Jahren als *Zweidrittelwelt-Gruppen*¹¹ heraus, die nach eigenen Aktionsfeldern und Einflussmöglichkeiten strebten. Sie waren zumeist an Kirchengemeinden angeschlossen – teils aus christlicher Überzeugung, teils, weil öffentlichkeitswirksame Solidaritätsaktionen wie Spendensammlungen ohne die kirchliche Infrastruktur kaum möglich waren. Die bekannteste der unabhängigen Nicaragua-Gruppen war die Leipziger *Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua* (IHN), die über Jahre durch ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm hohe Spendensummen einwarb. Die studentische Gruppe *Ambulancia* sammelte in Solidaritätsveranstaltungen Gelder für einen Krankenwagen, und der Jenaer Paketpackkreis *El Camino* versuchte mit mäßigem Erfolg, den vom *Solidaritätskomitee* festgesetzten offiziellen Verteilungsweg von Sachspenden zu umgehen. Der Wirkungsradius dieser Gruppen blieb jedoch begrenzt, da die Reisebeschränkungen eine

¹⁰ Vgl. Hermann Schaller: Das Hospital Carlos Marx. Ein Solidaritätsprogramm der DDR, in: Erika Harzer/Willi Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua. Deutsche Solidarität im Systemwettbewerb, Berlin 2008, S. 36-43, hier S. 37; Abschlussbericht über den Einsatz als Ärztlicher Direktor des Krankenhauses »Carlos Marx« Managua/Nicaragua und als Leiter der Brigade der Freundschaft »Karl Marx« in der Zeit vom 1.7.1985-16.12.1985, Johannes Gessner in: Bundesarchiv (BArch) DY 24/21815, S. 1.

¹¹ In der DDR lautete so die Eigenbezeichnung von Gruppen, die sich mit Entwicklungsländern beschäftigten.

Koordinierung und Kontrolle der Maßnahmen in Nicaragua vor Ort verhinderten.

Übereinstimmende Beweggründe für die Unterstützung des Sandinismus

Der Sandinismus erschien vielen Aktiven in Ost- und Westdeutschland wie eine konkrete Utopie, die Anlass zu neuen Hoffnungen gab.¹² In Nicaragua, so der IN-Gründer Hermann Schulz, »hatte man noch was vor. Das hatte etwas Märchenhaftes, etwas von der Gesellschaft der Zukunft«. ¹³ Nicaragua wurde zu »ein[em] Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft und für einen neuen gesellschaftlichen Entwicklungsweg jenseits kapitalistischer Verwertungslogik und ›realsozialistischer‹ Erstarrung«. ¹⁴ In der DDR galt die Region bei Jugendlichen und Intellektuellen als »Fluchtpunkt revolutionärer Ideen und romantischer Utopien«. ¹⁵

Dieter Rucht beschrieb die Solidaritätsbewegung als *Distant Issue Movement*. Sie sei »altruistic rather than seeking personal or structural improvements in the activists' own situation«. ¹⁶ Einen gewissen Selbstzweck hätte sie dennoch gehabt, denn sie habe auf die außereuropäischen Bewegungen ihre eigenen moralischen Anliegen projiziert. ¹⁷ Die Aktiven erhofften sich, so auch Claudia Olejniszak, »Impulse aus der ›Peripherie für die gesellschaftlichen Veränderungen im eigenen Land«. ¹⁸ Da die Visionen der Bewegung in den Metropolen unerreichbar schienen, sei die Peripherie zum nationalen Hoffnungsträger geworden. ¹⁹ Das Hoffen der Solidaritätsbewegten auf *Nicaragua Sandinista* war so mit ihren eigenen politischen Visionen untrennbar verschränkt. Nachfolgend werden die

12 Siehe Ernst Bloch: Werkausgabe: Das Prinzip Hoffnung, Bd. 5, Frankfurt/M. 1985.

13 Zeitzeugeninterview mit Hermann Schulz, Wuppertal 13.5.2014.

14 Barbara Lucas: »Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«. Überblick über die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua, S. 56-62, hier S. 57.

15 Raimund Krämer: Zwischen politischem Kalkül und revolutionärer Romantik. Zu den Beziehungen der DDR mit Süd- und Mittelamerika, in: Lateinamerika Nachrichten 287, Mai 1998. URL: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=zwischen-politischem-kalkuel-und-revolutionaerer-romantik>, letzter Aufruf am 7.2.2018.

16 Rucht: Distant Issue Movements, S. 77.

17 Vgl. ebd., S. 77-79, 81-95 und 101 f.

18 Claudia Olejniszak: Dritte-Welt-Bewegung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/M./New York 2008, S. 319-346, hier S. 325.

19 Vgl. ebd., S. 328.

Impulse ihrer Solidaritätsarbeit in eine nationale, eine globale und eine transnationale Kategorie eingeordnet. Es zeigt sich, dass die Aktiven in Ost und West gleichartige Motive für ihr Engagement besaßen.

Die *erste Motivation*, die Nicaragua-Gruppen in der DDR und in der Bundesrepublik miteinander verband, war ihre Enttäuschung über die gesellschaftliche Situation im eigenen Land. Das Gefühl, im nationalen Rahmen wenig bewirken zu können, motivierte sie, ihre politischen Visionen zu »exportieren«. Ostdeutsche AktivistInnen wollten damit der »Apathie und den vorgefertigten Strickmustern der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR [durch eigenständiges Handeln] entgehen«,²⁰ denn »nahezu jeder Bereich des gesellschaftlichen Lebens war vordefiniert, der Bewegungsraum weitgehend eingeengt«.²¹

In den Quellen offenbart sich die Verflechtung darin, dass die Bestürzung über die soziale Ungerechtigkeit in Lateinamerika häufig im gleichen Atemzug geäußert wird wie Kritik an Ungerechtigkeit und Ungleichheit in der DDR.²² Auch in der Bundesrepublik erhöhte eine »maßlose Enttäuschung über eine (bundesrepublikanische) Gesellschaft [...], deren »gesellschaftlich relevante Gruppen« keine lohnenden Ziele für die Bereitschaft zur Veränderung anzubieten haben«,²³ das Mobilisierungspotenzial des Sandinismus.²⁴ Die gefühlte Perspektivlosigkeit der persönlichen politischen Biografie trieb viele zu einer Neuorientierung innerhalb der »Dritte Welt«-Bewegung. Eine Brigadistin aus Südbaden schrieb in ihr Reisetagebuch: »Die meisten Menschen hier sind sehr arm. [...] Sie haben einen entsetzlichen Bürgerkrieg hinter sich, eine

20 Willi Volks: Befreiungsversuch aus der Enge. Die Arbeit der unabhängigen Nicaraguagruppen in der DDR, in: Ders./Harzer (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua, S. 68-72, hier S. 69.

21 Christoph Links: Ostdeutsche Fluchten in ferne Wirklichkeiten, in: Lateinamerika Nachrichten 287, Mai 1998. URL: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=ostdeutsche-fluchten-in-ferne-wirklichkeiten>, letzter Aufruf am 7.2.2018.

22 Vgl. etwa Bericht: Besuch bei Frank Wendler in Jena, Ballhausgasse, IMS »Mario«, KD Jena, 19.11.1984, in: Das Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) MfS BV Gera AOPK 0291/85, S. 313 f, hier S. 313.

23 O.A.: Solidaritätsarbeit, in: Nicaragua Aktuell 1, 1.5.1979, S. 11-23, in: FDCL Nicaragua Aktuell, Botschaft von Nicaragua, 3/85-15/87, Nicaragua Komitee 0/79-19/81.

24 Vgl. auch Christian Helm: Booming Solidarity. Sandinista Nicaragua and the West German Solidarity Movement in the 1980s, in: European Review of History/Revue europeenne d'histoire 4 (2014), S. 597-615, hier S. 605-607.

Geschichte von Unterdrückung, Hunger, Folter, Völkermord. Aber mir schlägt eine Lebenslust entgegen, die ich in der BRD vergeblich suche.«²⁵

Bereits Anfang der 1990er Jahre analysierte der Sozialpsychologe Michael Förch in seiner empirischen Studie die Strategien der westdeutschen Nicaragua-Bewegung zum Umgang mit Ohnmachtserfahrungen.²⁶ Die Strategien lassen sich auch auf die unabhängigen Nicaragua-Gruppen in Ostdeutschland übertragen: Um Gefühle der Ohnmacht zu vermeiden, seien die politischen Ansprüche an die Solidaritätsarbeit kognitiv umgedeutet und reduziert worden. Nicht die Korrektur der Medienberichterstattung über den Sandinismus war das Ziel, sondern die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit im kleineren Rahmen. Nicht die Mitgestaltung der sandinistischen Politik und ihr Transfer auf andere Staaten waren das Ziel, sondern im Laufe der 1980er Jahre immer konkretere, lokale Projekte, die den Helfenden ein Gefühl der Selbstwirksamkeit zu vermitteln vermochten. Während die großen Visionen im Westen zumindest diskutiert wurden, verfolgten die unabhängigen Nicaragua-Gruppen in der DDR aufgrund mangelnder Möglichkeiten gleich die kognitiv umgestalteten Ziele. Auch hätten die Aktiven versucht, so Förch, den Einfluss ihrer Gruppe innerhalb der deutschen Politik und international durch die Politisierung der Bevölkerung zu erhöhen. Dies gelang den Mitgliedern der westdeutschen Bewegung, denn die Nicaragua-Solidarität erreichte in ihrem Land eine solche Integrationskraft, dass politische Kräfte des gesamten linken Spektrums miteinander kooperierten, die in anderen Aktionsfeldern zerstritten waren. Auch die unabhängigen Gruppen im Osten versuchten mit Veranstaltungen unter dem Dach der Kirche, die Bevölkerung zur Solidarität in ihrem Sinne zu begeistern – was teilweise gelang.

Eine weitere Strategie war die Überführung von politischen Forderungen an eine interne Öffentlichkeit innerhalb der Gruppe. Beispielhaft sei hier der Kauf von Fairtrade-Produkten in westdeutschen Solidaritätskreisen genannt, der der Handelspolitik großer Konzerne etwas entgegensetzen sollte. Aber auch die Unterhaltung eigener Projekte oder der Konsum unabhängiger Informationen in den ostdeutschen Nicaragua-Gruppen

25 Claudia Heyne: »Das muss man gesehen haben«. Der Tod des Alten und Nicaragua – weitere Eindrücke, Tagebuchnotizen, in: Korrespondenz der Christen im Sozialismus Juli 1984, S. 25-50, hier S. 47 f., in: Informationszentrum Dritte Welt Freiburg (iz3w) Nicaragua B 1984-85.

26 Für die Ausführungen über die Strategien zum Umgang mit den Erfahrungen politischer Einflusslosigkeit vgl. Michael Förch: Zwischen utopischen Idealen und politischer Herausforderung. Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik. Eine empirische Studie, Frankfurt/M. 1995, S. 109-117.

zählen dazu. Das so abgesicherte politische Fortbestehen der Gruppe garantierte auch ihren fortwährenden Einfluss. Die Bewusstseinsbildung war in den Solidaritätsgruppen beider Länder ein wichtiges Anliegen. Die unabhängigen Nicaragua-Gruppen in der DDR sahen in ihr gerade wegen der äußeren Beschränkungen wie den Reiseverboten, der Medienzensur und dem Mangel an entwicklungspolitischer Erfahrung ein neues Betätigungsfeld.²⁷ Man könne durch Spenden für Nicaragua nur gewinnen, schrieben auch Frank Wendler und Cornelia Laske in einem Aufruf der IHN Jena: »an Hoffnung, an Einsicht und an konkreter politischer Perspektive«.²⁸ Auch in den Veröffentlichungen westdeutscher Gruppen wurde häufig der Wunsch nach einer »Gegenöffentlichkeit« [formuliert] ohne die Schere im Kopf und den Maulkorb, sei er nun selbst oder von oben verordnet«.²⁹ Somit begründeten sie ihre Solidarität auf dem Wunsch, neue Einsichten, neuen Mut und neue Freiräume zu gewinnen. Für viele bundesdeutsche BrigadistInnen stand die Arbeit für Nicaragua in einem »Gegensatz zu den Ohnmachtserfahrungen und Entfremdungserlebnissen«³⁰ in der Heimat. Den Beteiligten war dabei bewusst, dass ihre internationale Solidarität auch eine »Flucht vor der politischen Realität im eigenen Land«³¹ war. Die Arbeit am politischen Selbst unter dem Einfluss des Fremden wurde damit zu einem quasi therapeutischen Mittel, um den Ohnmachtsgefühlen zu entfliehen.

Die *zweite Motivation*, die für ost- wie westdeutsche Gruppen eine entscheidende Rolle spielte, sich für den Sandinismus zu engagieren, war ihre Machtlosigkeit vor der globalen Lage. Ihre Mitglieder sahen sich ohnmächtig einer bipolaren Weltordnung gegenüber und fühlten sich von der atomaren Bedrohung, Umweltverschmutzung, der Macht des Finanzkapitals, sozialen Ungerechtigkeiten, Rassismus, Nord-Süd-Abhängigkeiten sowie von der Diskriminierung von Frauen, ethnischen und religiösen Minderheiten stark belastet. Viele Aktive nahmen das solidarische Handeln als eine Möglichkeit wahr, den zu entgleiten erscheinenden Lauf der Welt selbst zu beeinflussen. Um all die teils lokal bedingten Ungerechtigkeiten auf globale ökonomische Strukturen

27 Siehe Barbara Mäke: Fragen der Bewusstseinsbildung, in: INKOTA-Brief 5, 1976, in: BStU MfS BV Halle, Abt. XX 00429, S. 7-18, S. 15.

28 Spendenaufruf der IHN Jena, undatiert, in: BStU MfS BV Gera X 619/77, Teil I, Bd. I, S. 224.

29 Editorial, in: Wiwilí-Info 1, Juli 1988, S. 1, in: Informationsbüro Nicaragua (IN), RVI Städte außer Jinotega und Matagalpa.

30 Vgl. Lucas: »Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«, S. 59.

31 Werner Balsen/Karl Rössel: Neun ketzerische Thesen zur internationalen Solidarität, in: HR, 3.8.1988, in: IN Brigaden La Paz del Tuma 1987 + Frauen Chinaudega 1987.

zurückzuführen, bedurfte es einer neomarxistisch geprägten Weltsicht. In der IHN Leipzig gab man »imperialistische[n] Konzerne[n] und Vermarktungsgesellschaften« die Schuld an den »Herrschaftsmethoden der dünnen Oberschichten« in den »Ländern der südlichen Erdhalbkugel« und somit auch an den Menschenrechtsverletzungen der Somoza-Diktatur.³²

Die politische Ökumene in der DDR zeichnete das »durch kapitalistische Mechanismen geprägte internationale Wirtschafts- und Finanzsystem«³³ verantwortlich für die weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit, wie es 1988 in der *Dokumentation der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* von INKOTA³⁴ hieß. Die sozialistischen Länder seien Teil dieses Problems und gleichzeitig dessen Opfer und Nutznießer – die Lösung sei solidarisches Handeln, das sich in Spenden, Information und eigener politischer Arbeit umsetzen lasse.³⁵ Eine ähnliche Einstellung zeigt sich in einem Flyer des Städtepartnerschaftsvereins Freiburg-Wiwilí von 1987, in dem es heißt:

Völkerverständigung wird über-lebenswichtig in einer Zeit, in der die Zukunft der ganzen Menschheit durch atomare Aufrüstung, fortschreitende Umweltzerstörung und die zunehmende Kluft zwischen armen und reichen Ländern bedroht ist.³⁶

Auch der Gedanke der Hoffnung spielt im globalen Kontext eine große Rolle. »Nicaragua braucht keine Waffen zu exportieren, Nicaragua exportiert Hoffnung für ganz Lateinamerika«, hieß es 1985 in einem Gewerkschaftsblatt zur Solidaritätsarbeit.

Die Hoffnung für die Völker der Dritten Welt darf nicht kaputt gemacht werden. Dem Beispiel Nicaragua muß die Chance bleiben, Schule zu machen. Oder die Lage für die Millionen Unterdrückten

32 Text der Eröffnungsveranstaltung der Hallischen Missionskonferenz am 3.3.1985, Operativ-Information Nr. 23/85 der BV für Staatssicherheit Leipzig, Abt. XX/9, 9.3.1985, in: BStU MfS BV Lpz Abt XX 0306, Bd. 2, S. 69-84, hier S. 72 f.

33 Dokumentation Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Magdeburg, 8.-11.10.1988, in: INKOTA-Brief 11/12, 1988, S. 20-22, hier S. 20, BStU, MfS BV Lpz AKG 02627, S. 21-23, hier S. 21.

34 Die entwicklungspolitische NGO INKOTA (INformation, KOordination, TAGungen) wurde 1971 als ökumenischer Arbeitskreis in der DDR gegründet und arbeitet seit 1990 als unabhängiger gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin. Vgl. <https://www.inkota.de/ueber-uns/>, letzter Aufruf am 28.6.2018.

35 Vgl. ebd., S. 21 f.

36 Flyer Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwilí, undatiert (ca. 1987), in: IN RVI Städte außer Jinotega und Matagalpa.

dieses Erdballs wird hoffnungslos. Da bleiben dann nur ›Afrikatage‹, die nichts verändern.³⁷

Mit dem Verständnis, dass Förderung zur Entwicklung nur in gerechten Gesellschaften eine echte Chance hätte, rückte INKOTA die Frage nach den gesellschaftlichen Verhältnissen in den Vordergrund.³⁸ Die NGO förderte bevorzugt Regionen, die sich ihrer Meinung nach aus kolonialen und neokolonialen Strukturen heraus befreit hatten.³⁹ Es seien insbesondere solche Länder interessant, heißt es in einer Selbstdarstellung, die ein nichtkapitalistisches Gesellschaftssystem entwickeln, denn hier könne Reichtum einer größeren Zahl an Menschen zugutekommen.⁴⁰ Diese Voraussetzung traf auf das sandinistische Nicaragua zu wie auf kein zweites Land.

Als *dritte Motivation* war die Erwartung, dass *Nicaragua Sandinista* nach einer gelungenen Revolution als Beispiel für Europa dienen könne, in den Solidaritätsgruppen östlich wie westlich des Eisernen Vorhangs präsent. Viele ostdeutsche ChristInnen hatten nach der sandinistischen Revolution die Hoffnung, dass das nicaraguanische Modell auch auf die DDR ausstrahlen könnte.⁴¹ Wer erinnere sich angesichts der reaktionären Positionen der katholischen Hierarchie in Nicaragua, hieß es 1984 in der ökumenischen Zeitschrift *Information*, »nicht eigener Standpunkte in unseren Kirchen, die alles daransetzen, gesellschaftliche Veränderungen zu verhindern. Insofern geht es gar nicht nur um ein fernes Land. Alles, was dort geschieht, ist gleichzeitig immer auch ein Spiegel für uns.«⁴² In der Bundesrepublik lieferte die Zusammenarbeit der Regierung und westdeutscher Konzerne mit dem Somoza-Regime »den scheinbaren Beweis für eine internationalistische Perspektive der Solidarität mit Nicaragua insofern, daß mit der Unterstützung Nicaraguas indirekt auch die Legitimität westdeutscher Herrschaftsverhältnisse infrage gestellt werden könnte«, so die soziologische Analyse von Werner Kosak.⁴³

37 Walter Schütz: Nicaragua verteidigt Hoffnung Lateinamerikas, in: Nicaragua-Info 3 (Juli 1985), S. 1.

38 Vgl. Selbstdarstellung INKOTA, Oktober 1974, in: BStU MfS BV Halle, Abt. XX 00429, S. 1-3, hier S. 3.

39 Vgl. ebd.

40 Vgl. ebd.

41 Vgl. Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1997, S. 456.

42 Rundbrief des Ökumenischen Jugenddienstes, *Information*, November 1984, in: Archiv der DDR-Opposition, RHG/HJ 294/10.

43 Werner Kosak: Zur soziologischen Einschätzung der Arbeitsbrigaden in Nicaragua, Diplomarbeit, Soziologisches Institut der FU Berlin, 1986, in: IN AZ, Zur soziolog. Einschätzung Brigaden, S. 20.

Die Interessen anti-imperialistischer Befreiungsbewegungen wie der FSLN überschritten sich stark mit der Motivation ihrer west- und ostdeutschen UnterstützerInnen, Kontrollregime in ihren Heimatstaaten abzubauen. Kolonialistische und imperialistische Herrschaft, Bürokratie und Autoritarismus wurden gemeinsam verdammt. Akteure der »Dritten Welt« betreten in den Industriestaaten eine Bühne, die ihnen einen neuen Handlungsspielraum eröffnete.⁴⁴ Die neue Linke, marginalisiert in ihren Heimatländern, fühlte sich mit dem neuen Revolutionsbegriff der Dekolonialisierung endlich zugehörig zu etwas Größerem.⁴⁵ Der Begriff erlaubte die Kritik bestehender Machtsysteme und bot radikale Alternativen an.⁴⁶ Dies war die Geburtsstunde eines neuen Typus' globaler Akteure: Solidaritätsorganisationen, die mittels moderner Medienkommunikation für öffentliche Spenden und ideologische Unterstützung warben.⁴⁷

Die in der Forschung gebräuchliche These der »Dritten Welt« als Projektionsfläche der »Dritte Welt«-Bewegung⁴⁸ ist insofern für die deutschen Nicaragua-Gruppen zu differenzieren. Vielmehr ist von einer beiderseitig beeinflussten Projektion zu sprechen, wobei die *Sandinistas* einen großen Teil der politischen Ideologie vorgaben. Bei der Umsetzung ihrer Visionen war der reale Gestaltungsspielraum der Solidaritätsgruppen zwar begrenzt, aber sie konnten vor Ort helfen und damit das Gefühl erlangen, selbst an einer besseren Welt mitzuarbeiten. Die aktive Unterstützung des Sandinismus gab ihnen eine erfahrungsgesättigte Hoffnung, ihrer Unzufriedenheit über die nationale und globale Situation entgegenzuwirken und Selbstwirksamkeit zu erleben. Ihre eigenen politischen und moralischen Werte projizierten sie hingegen in der Regel nur geringfügig auf das Land. Der Respekt vor den kulturellen Unterschieden und ihr Hunger nach dem Anderen, das die FSLN ausstrahlte,

44 Vgl. Konrad J. Kuhn: Liberation Struggle and Humanitarian Aid. International Solidarity Movements and the »Third World« in the 1960s, in: Samantha Christiansen/Zachary A. Scarlett (Hg.): The Third World in the Global 1960s, New York/Oxford 2013, S. 69-85, hier S. 70.

45 Vgl. Christoph Kalter: A Shared Space of Imagination, Communication, and Action. Perspectives of the History of the »Third World«, in: ebd., S. 23-38, hier S. 32.

46 Vgl. ebd. S. 24.

47 Vgl. Kuhn: Liberation Struggle, S. 78.

48 Siehe etwa Jürgen Dinkel: »Dritte Welt« – Geschichte und Semantiken, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 6.10.2014, URL: http://docupedia.de/zg/Dritte_Welt?oldid=96211, letzter Aufruf 29.1.2018; Kalter: A Shared Space, S. 32; Claudia Olejniszak: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland. Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung, Wiesbaden 1998, S. 419; Rucht: Distant Issue Movements, S. 77-79, 81-95 und 101 f.

waren zu groß, so dass sie viele Positionen der Sandinistas übernahmen und gar für die eigene Gesellschaft beehrten.

Als *vierte Motivation* soll hier der Kampf gegen die Hegemonialstellung der USA angeführt werden. Die USA stellten überraschenderweise kein gemeinsames Feindbild für ost- und westdeutsche Nicaragua-Gruppen dar. Während westdeutsche Linke die USA als den Hauptfeind des sandinistischen Experiments bezeichneten, äußerten sich Aktive in Ostdeutschland kaum zu diesem Thema.

Westdeutsche Gruppen warfen den USA vor, mittels der Strategie eines *Low Intensity Warfare* einen *verdeckten Krieg* gegen das sandinistische System zu führen, der neben der Ausbildung und Ausstattung von Contra-Kämpfern in Honduras auch eine internationale Medienkampagne umfasste.⁴⁹ Die USA hätten mit allen Mitteln, insbesondere einem millionenschweren CIA-Programm, versucht, das mittelamerikanische Land zu destabilisieren.⁵⁰ Außerdem kritisierten sie das von den Vereinigten Staaten eingeführte Embargo und die Verminung nicaraguanischer Häfen als ursächlich für viele wirtschaftliche Probleme des Landes.⁵¹ Diese Positionen herrschten nicht nur am äußeren linken Flügel der Solidaritätsbewegung vor, sondern wurden durchaus auch von der westdeutschen Sozialdemokratie sowie von christlichen Mitgliedern der Bewegung vertreten. Bereits im Mai 1979 machten Teilnehmende eines Solidaritätsseminars der FES den Imperialismus der USA in der Subregion auf militärischer, wirtschaftlicher und sozial-kultureller Ebene aus und entwarfen Gegenstrategien.⁵² Und im *Vorwärts* erschien 1981 ein Artikel, der den neuen US-Präsidenten Ronald Reagan für seine »[i]rrational[e] [und] verbohr[t]e« Mittelamerikapolitik scharf verurteilte.⁵³ Seine Billigung weiterer Waffenlieferungen an die Contra entgegen eines

49 Vgl. Gaby Gottwald/Barbara Lucas/Anna Mohr/Dominik Diehl/Gerd Hußmann/Sean Steinbach: Die Contra Connection. Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer, Hamburg 1988, S. 24-26.

50 Vgl. Rundbrief des IN, Juli 1982, in: iz3w, Nicaragua B 1981-82, S. 1. Reisebericht von Günter Ronagen oder Konngen: Das andere Nicaragua, 1983, in: iz3w, Nicaragua B 1982-83, S. 3.

51 Vgl. Heyne: »Das muss man gesehen haben«, S. 36.

52 Vgl. Abschlussdokument des internationalen Solidaritätsseminars für Nicaragua, 29.4.-5.5.1979, Documento Final: Consideraciones, conclusiones y recomendaciones, in: International Institute of Social History Archives (IISH) II44, Nicaragua, 1979, S. 25-31.

53 Siehe Anton-Andreas Guba: Das simple Weltbild der Auserwählten. Mit der Dominotheorie rechtfertigen die USA ihre Politik in Mittelamerika, in: Vorwärts, 19.3.1981, S. 13.

Parlamentsbeschlusses sorgte 1986 als sogenannte *Iran-Contragate-Affäre* in der gesamten Bundesrepublik für einen Aufschrei.

Das Feindbild der USA wurde von den unabhängigen Nicaragua-Gruppen der DDR überraschend selten rezipiert. 1982 erarbeitete eine Ost-Berliner Arbeitsgruppe des Ökumenischen Jugenddienstes zwar eine Dokumentation über die aktuelle politische Situation in Nicaragua, die die USA als Hauptverantwortliche für den fortgeführten Krieg skizziert.⁵⁴ Auch das Wirtschaftsembargo der USA wurde gelegentlich scharf kritisiert.⁵⁵ Das Bild eines Sieges von David gegen Goliath wurde vor allem in christlichen Kreisen bemüht. Abgesehen davon tauchten die USA in Samisdat-Rundbriefen der Solidaritätsgruppen jedoch kaum auf. Wenn sie erwähnt wurden, dann vorrangig in abgetippten Medien-erzeugnissen aus der Bundesrepublik. Vielmehr wurde abstrakter das weltweite kapitalistische Wirtschaftssystem für das Elend Nicaraguas verantwortlich gemacht. Dies lag einerseits an einer unentschlossenen Haltung, die aus der Verlegenheit entstand, sich eigene Informationen zur Mittelamerikapolitik der USA zu verschaffen. Während Gruppen aus der Bundesrepublik die kulturelle Hegemonie durch die USA am eigenen Leib wahrnahmen, hatten Gruppen in der DDR keine direkte Erfahrung damit gemacht, und der anti-US-amerikanischen Propaganda ihres Heimatlandes brachten sie wenig Vertrauen entgegen. Zudem überwog eine skeptische Haltung gegenüber der sandinistischen Regierung, die mit der DDR-Regierung kooperierte, während diese ihnen nur wenig Beachtung schenkte. Andererseits nahmen sie sicher auch wahr, dass es ihnen als semilegale Solidaritätsgruppen in der DDR gleichfalls unmöglich war, mit Protest oder scharfen Worten die Hegemonialstellung der USA anzukratzen.

Die ambivalente Haltung gegenüber den USA hatten die unabhängigen Solidaritätsgruppen aus der DDR mit vielen NicaraguanerInnen gemein. Den westdeutschen BrigadistInnen, die das Land bereisten, wurde im Rahmen des politischen Programms von der politischen Führung zwar eindeutig die Ablehnung der USA vermittelt.⁵⁶ Zu deren Überraschung herrschte diese Haltung jedoch nicht in der gesamten

54 Siehe Dokumentation Nikaragua befreit und noch kein Frieden, Ökumenischer Jugenddienst Berlin, 1982, in: Archiv der DDR-Opposition, RHG/GH 06.

55 Siehe Arbeitspapier des INKOTA-Arbeitskreises »19.7.«, betitelt Nicaragua. Krise der Wirtschaft – Gefahr für die Revolution?, undatiert (ca. 1985), in: Archiv der DDR-Opposition, RHG/GH 05.

56 Zum Anti-US-Amerikanismus in der sandinistischen Ideologie vgl. Roger Miranda Bengochea/William Ratliff: *The civil war in Nicaragua. Inside the Sandinistas*, New Brunswick/London 1993, S. 70-74, 153-163.

Bevölkerung vor. Gerade die ländliche Bevölkerung und die ethnischen Minderheiten sahen in der Supermacht auch ein Potential für Frieden und Sicherheit, und die USA galten nach wie vor als bevorzugtes Auswanderungsziel. So bemerkte Manfred Matz, der sich mehrmals länger in Nicaragua aufgehalten hatte: »Wenn ich einem Nica sage, daß die USA mir nicht gefalle, dann guckt er mich an wie ein Ochs vom Berge. USA ist eben ›modern, groß, schön perfekt«.⁵⁷

Beziehungen zwischen ost- und westdeutschen Solidaritätsgruppen

Das Potential für Konflikte zwischen ost- und westdeutschen AktivistInnen war vielfältig. Es fußte auf ihrer jeweiligen politischen Sozialisation, auf unterschiedlichen Zugängen zu Informationen über die sandinistische Revolution, auf divergierenden gesellschaftspolitischen Visionen und auf unterschiedlichen Wirksamkeitserfahrungen zu Hause sowie in Nicaragua. Dennoch wirkten sich die vermeintlichen Differenzen in der Praxis erstaunlich wenig aus. Denn erstens waren direkte Begegnungen selten und zweitens orientierten sich die ostdeutschen unabhängigen Nicaragua-Gruppen trotz des spärlichen Kontaktes oftmals stark an der westdeutschen Bewegung und adaptierten zahlreiche Ideen.

Beispielhaft sollen hier die Beziehungen der Leipziger *Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua* mit der westdeutschen Solidaritätsbewegung beleuchtet werden. In den ersten Jahren ihres Bestehens suchte die IHN verzweifelt nach einem Patenprojekt in Nicaragua, da die Staatssicherheit ihre Versuche einer direkten Kommunikation unterbunden hatte. Lösungsorientiert wandte sich die Gruppe an westdeutsche Nicaragua-Gruppen, die ein Projekt vermitteln konnten. Nach einiger Suche gelang es schließlich, den persönlichen Kontakt zu einer Schule in einem Dorf namens Monte Fresco herzustellen, die fortan mehrmals mit Hilfsgütern beliefert wurde. Dabei kam der Kontakt über das Goethe-Institut in Mexiko-Stadt zustande.⁵⁸ Das Beispiel zeigt, wie es den Gruppen in der DDR gelingen konnte, mittels Kontakten aus der Bundesrepublik die Intentionen ihres Staates zu umgehen.

57 Brief von Manfred Matz an seinen Freund Gustav vom 17.12.1980, in: Aktion 3. Welt (Hg.): Briefe aus Mittelamerika, Hameln 1981, S. 36-42, hier S. 41.

58 Operativ-Information 74/83. Feindlich-negative Pläne, Absichten und Aktivitäten der Leipziger Initiativgruppe »Hoffnung Nicaragua« zur Entwicklung einer alternativen Bewegung, BV für Staatssicherheit Leipzig, 26.9.1983, in: BStU MfS HA IX 4297, S. 35-70, hier S. 40.

Gruppen wie die IHN wären ohne westdeutsche Hilfe nicht arbeitsfähig gewesen. Rundbriefe und Veröffentlichungen des Wuppertaler *Informationsbüros* (IN) oder des Freiburger *Informationszentrums Dritte Welt* (iz3w) galten als wertvolle Schmuggelware, denn sie versorgte die ostdeutschen Gruppen mit Informationen über die Situation in Nicaragua und zum Stand der weltweiten Solidaritätskampagnen, die in den staatlichen Medien nicht vorkamen.⁵⁹ Die Verbreitung der westdeutschen Rundbriefe stellte für die Gruppen einen erheblichen Zeitaufwand dar, da die Papiere einzeln abgetippt oder heimlich weitergereicht wurden. Auch ehemalige BrigadistInnen aus der Bundesrepublik waren eine eloquente Informationsquelle zur sandinistischen Revolution und den aktuellen Solidaritätsaktionen. Die IHN empfing sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit, tauschte Kontaktadressen und bat um Übermittlung von Briefen nach Monte Fresco.⁶⁰ Manfred Matz vom christlichen Partnerschaftsprojekt *Hameln-Partner-Matagalpa* besuchte die IHN häufiger und hielt im Mai 1982 auf einem ihrer Treffen einen Dia-Vortrag über seine Tätigkeiten.⁶¹ Die Präsentation ging später in den Besitz der IHN Leipzig über und wurde zu mehreren Gelegenheiten aus zweiter Hand auf kirchlichen Veranstaltungen vorgetragen.

In den Unterlagen der Staatssicherheit sind zahlreiche weitere solcher Begegnungen sowie Briefkontakte zu Nicaragua-Gruppen in der Bundesrepublik dokumentiert: etwa zu einer kirchlichen Gruppe in Kierspe, die ebenfalls das Landschulzentrum in Monte Fresco finanziell und materiell unterstützte und die auch Spenden für die IHN übergab, zum *Ökumenischen Zentrum* in München, das sich aktiv in Nicaragua engagierte, zum *Bund der Religiösen Sozialisten* zwecks eines Erfahrungsaustausches über religiösen Sozialismus in Nicaragua, zum gewerkschaftlichen *Solidaritätskomitee Dietzenbach*, das sehr früh eigene Brigaden für Nicaragua organisiert hatte, und zum westdeutschen PERME⁶²-Koordinator Peter

59 Selbst das Solidaritätskomitee der DDR bezog Literatur vom Wuppertaler IN und bot im Gegenzug an, eine Ausstellung mit 110 Originalplakaten in die Bundesrepublik auszuleihen. Es ist mir nicht bekannt, ob dies zustande kam. Vgl. Büromitteilungen vom März 1985, in: IN Lustiges aus dem alten Infobüro.

60 Vgl. etwa Sachstandsbericht zur OPK »Ibero«, Reg.-Nr. VIII 110/85, 3.5.1985, BV Halle, Abt. XX/4, S. 5, in: BStU MfS BV Lpz AOP 681/86, Bd. 4, S. 155.

61 Vgl. Operativ-Information 74/83, 26.9.1983, BV Leipzig, Abt. XX/7, S. 7, in: BStU MfS BV Lpz AOP 681/86, Bd. 1, S. 20-28, hier S. 26.

62 Das Projekt PERME (Proyecto de Elaboración y Reproducción de Materiales Educativos) des nicaraguanischen Erziehungsministeriums diente der internationalen Zusammenarbeit zur Verbesserung des Primarschulwesens.

Dehmel, der die bundesdeutsch-nicaraguanische Zusammenarbeit im Primarschulwesen koordinierte.⁶³

Die meisten Kontakte gingen allein auf die Initiative der IHN zurück und waren kaum von langer Dauer. Nur vereinzelt nahmen westdeutsche AktivistInnen Kontakt zu den ostdeutschen Gruppen auf. Intensiv bemühte sich Hermann Schulz, Verleger und Mitbegründer des IN, um Kontakte zu unabhängigen Gruppen in der DDR. Über die gesamten 1980er Jahre hinweg hielt er seine Beziehungen zur IHN Leipzig aufrecht, besuchte die Gruppe häufig und überbrachte Briefe und Päckchen für sie bei der nicaraguanischen Partnerschule in Monte Fresco. Die Beziehungspflege war jedoch in der DDR staatlichen Repressionen ausgesetzt. Mehrfach wurde Schulz die Einreise in die DDR verweigert,⁶⁴ bis er in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Einreiseerleichterungen um die Leipziger Buchmesse für seine Besuche nutzte. Auch Gustav Begemann und Manfred Matz von der Hameln-Gruppe bemühten sich intensiv um eine Zusammenarbeit.⁶⁵ Begemann, so charakterisierte die Stasi, befürchtete die Anlehnung Nicaraguas an die Sowjetunion.⁶⁶ Sicher war er deshalb auch bestrebt, die unabhängige Nicaragua-Solidarität in der DDR kennenzulernen.

Über die Aktivitäten der unabhängigen *Zweidrittelwelt-Gruppen* war in der Bundesrepublik wenig bekannt. Von den wenigen Ausnahmen abgesehen, reflektierten westdeutsche Solidaritätsgruppen kaum über die Arbeit der ostdeutschen Gruppen, noch suchten sie gar eine Zusammenarbeit. Es ist bezeichnend, dass das IHN-Mitglied Matthias Mühlhausen,

63 Vgl. der Reihe nach Auskunftsbericht zur Initiativgruppe »Hoffnung Nicaragua« Leipzig, BV Leipzig, Abt. XX, 5.12.1988, in: BStU MfS BV Lpz Abt XX 00171, Bd. 7, S. 2-6, hier S. 4; Brief von Karim Saab (IHN) an Eva Oradesky vom 1.2.1984, in: BStU MfS BV Lpz AOP 681/86, Bd. 1, S. 224; Auskunft über die sogenannte Initiativgruppe »Hoffnung Nicaragua« (Leipzig), Hauptabteilung XX, Berlin, 24.11.1983, in: BStU MfS HA IX 4297, S. 4-18, hier S. 6; Quartalseinschätzung II/85, 26.6.1985, BV Leipzig, Abt. XX/9, S. 3, in: BStU MfS BV Lpz AOP 681/86, Bd. 1, S. 176-179, hier S. 178; Übersicht zu ausgewählten feindlich-negativen Gruppierungen/Zusammenschlüssen im kirchlichen Raum, BV Leipzig, 19.10.1987, in: BStU MfS BV Lpz Abt XX 00311, Bd. 4, S. 38-49, hier S. 49; Tonbandabschrift. Bericht von der Beratung der »IHN« vom 6.6.85, 10.6.1985, BV Leipzig, Abt. XX/9, S. 2, in: BStU MfS BV Lpz AOP 681/86, Bd. 4, S. 64-66, hier S. 65; Brief von Peter Dehmel (PERME) an die IHN Leipzig, undatiert, in: BStU MfS BV Lpz AOP 681/86, Bd. 5, S. 66.

64 Vgl. Operativ-Information Nr. 129/84, BV Leipzig, Abt. XX, 29.8.1984, in: BStU MfS BV Lpz Abt II 01936, S. 23.

65 Vgl. Operativ-Information 74/83, 26. September 1983, BV Leipzig, Abt. XX/7, S. 8, BStU, MfS BV Lpz AOP 681/86, Bd. 1, S. 20-28, hier S. 27.

66 Vgl. Anhang zur Operativ-Information 74/83 vom 26.9.1983, 27. September 1983, BV Leipzig, Abt. XX/7, S. 21, BStU, MfS HA XX/9/190, S. 15-38, hier S. 35.

als er das Wuppertaler IN um die Zusendung von Informationsmaterialien bat, eine Bezahlung in Naturalien (Bücher oder Zeitschriften) vorschlug, nicht aber stattdessen dem IN Informationen über die eigene Arbeit zu senden.⁶⁷ Ein Bericht in *ila-info* von September 1988, der auch noch »Schwerpunkte wie bei uns« feststellte, bildete eine große Ausnahme.⁶⁸ Mit der Entstehung von Solidaritätsgruppen sei erreicht, schrieb der Autor etwas eingenommen, »daß diese Leute ihre eigene Situation im ›ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden‹ nicht mehr nur neidisch an den Verhältnissen in der ›reichen‹ Bundesrepublik messen, sondern ihre Blicke auch einmal auf jene Teile unseres Globus richten, in denen es der großen Mehrheit der Bevölkerung ganz erheblich ›dreckiger‹ geht als in der DDR [...] und sie wurden sich dabei bewußt, daß sie selbst eigentlich doch zum ›reicheren‹ Teil dieser Welt gehörten und somit als Christen oder sonstwie humanistisch denkende Menschen auch eine Verpflichtung und Verantwortung gegenüber den ärmeren Menschen und Völkern auf dieser Welt hätten.«⁶⁹ Damit verkannte er allerdings die Diskussionskultur in den ostdeutschen Gruppen, in denen es weniger um die Ungleichheit von Reichtum, als um die Ungleichheit von Chancen, Bildung und Entscheidungsfreiheit ging. Die Aktiven würden Nicaragua auf dem Weg zu einem Sozialismus sehen, der nicht autoritär-bürokratisch, sondern demokratisch-partizipativ sei, heißt es in dem Artikel weiter.⁷⁰ Auch hier irrte der Autor, denn einen Sozialismus hatte sich wohl keiner der Aktiven für Nicaragua gewünscht, wohl aber einen »Dritten Weg«.

Ein entscheidender Faktor für das beschriebene Missverhältnis in der gegenseitigen Wahrnehmung und Anerkennung war die ungleiche öffentliche Bekanntheit. Viele westdeutsche AktivistInnen wussten nichts von der Existenz einer nichtstaatlichen Nicaragua-Solidarität im ostdeutschen Nachbarland.⁷¹ Die Medienberichterstattung darüber fehlte

67 Eines der wenigen Beispiele für ein Erzeugnis der Nicaragua-Gruppen in der DDR, das in der Bundesrepublik verbreitet wurde, ist ein Artikel über einen Diavortrag des Mainzer Theologieprofessors Bernd Päschke. Siehe Kerstin Wendsche: Befreiung von unten lernen. Kirchliche Soligruppen in der DDR, entnommen aus dem INKOTA-Rundbrief 1, 1988, in: *ila-info* 115, Mai 1988, S. 32.

68 Siehe Hans-Georg Koll: Schwerpunkte wie bei uns. Die ›Zweidrittel-Welt‹-Solidaritätsbewegung in der DDR, in: *ila-info* 118, September 1988, S. 19-21.

69 Ebd.

70 Vgl. ebd.

71 Dies bestätigten die westdeutschen Nicaragua-Aktiven Wolfgang Eckhardt, Erika Hausotter, Brigitte Hauschild, Klaus Heß, Werner Lüttkenhorst, Christian Neven du Mont, Matthias Schindler, Hermann Schulz und Marlu Würmell-Klaus in Interviews.

vollkommen. Noch 1977 schrieb der *SPIEGEL* in einem Artikel, dass in der DDR private Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit nicht geduldet seien.⁷² Da sich die Verbote jedoch vor allem auf die Organisationsform und die Öffentlichkeitsarbeit privater Gruppen bezogen, nicht jedoch auf deren Absichten, erweckte der Artikel einen falschen Anschein. Kirchliche und private Initiativen mit der Absicht, der staatlichen Solidarität für Nicaragua zuzuarbeiten, waren daher nicht illegal, bewegten sich aber in einem semi-legalen Raum.

Ein weiterer Grund für die westdeutsche Nichtbeachtung ostdeutscher Solidaritätsgruppen fand sich im Prinzip der *kritischen Solidarität*, auf das sich fast alle westdeutschen Nicaragua-Gruppen beriefen. Es definierte einen eigenen Standpunkt, von dem aus die Politik der Sandinistas beurteilt werden sollte. Die *kritische Solidarität* war für die Aktiven eine Möglichkeit, Verbundenheit mit der FSLN auszudrücken ohne aber all ihren Maßnahmen vorausgehend zuzustimmen. Demnach sollte die sandinistische Revolution wohlwollend, aber kritisch in Bezug auf andere linke Werte wie Meinungs- und Pressefreiheit, Gewaltenteilung oder individuelle Freiheit begleitet werden. Insbesondere fürchteten die Aktiven eine mögliche Einbindung Nicaraguas in das sozialistische Welt-system und eine damit verbundene Unterdrückung der neu erkämpften Unabhängigkeit. Das Prinzip der *kritischen Solidarität* hemmte somit Kontakte zu kommunistischen Organisationen in Westdeutschland und pauschal auch in die DDR.⁷³ Die Annahme bestand darin, dass die eigenen Visionen und die der Ostdeutschen zu weit auseinanderlagen, weshalb die Arbeit der ostdeutschen Nicaragua-Gruppen kaum Beachtung fand.⁷⁴

In den unabhängigen DDR-Gruppen förderte das westdeutsche Desinteresse bei allem Informationsdurst auch die Abgrenzung und eigene Identitätsbildung. So sehr man sich mit den »Freunden aus den sogenannten westlichen Ländern [...] Schulter an Schulter«⁷⁵ für dieselben Ziele kämpfen sah, so intensiv nahm man auch die spezifische ökonomische und politische Situation der DDR als Unterscheidungsmerkmal

72 Siehe O.A.: Zuviel Herz. Wer als DDR-Entwicklungshelfer ins Ausland gehen darf, bestimmt allein der Staat – Privataktionen werden nicht genehmigt, in: *Der Spiegel*, 26.9.1977, S. 61-63.

73 Vgl. Lucas: »Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«, S. 61.

74 Vgl. ebd.

75 Hauptreferat der INKOTA-Basisgruppe Karl-Marx-Stadt auf dem hiesigen regionalen Frühjahrestreffen von INKOTA vom 10.-12.4.1987, in: Rundbrief von INKOTA anlässlich des 30-jährigen Bestehens der AfH, Sept. 1987, S. 15-18, hier S. 15, in: Archiv der DDR-Opposition, RHG/RSch 031.

zu den westdeutschen Gruppen wahr.⁷⁶ Diese Ausführungen zeigen, dass die deutsch-deutsche Zusammenarbeit zwischen den Nicaragua-Gruppen als eher einseitiger und schwerfälliger Informationsfluss charakterisiert werden muss, der kaum Kontinuität aufwies und nur wenig kooperative Zusammenarbeit auf deutschem Boden generierte.

Anders war die Situation aber in Nicaragua, wo die Gesetzmäßigkeiten, die in Europa galten, an Bedeutung verloren. Hier entstanden Kooperationen in der Solidaritätsarbeit fast spontan und folgten eigenen Regeln. In dem Aufsatzband *Aufbruch nach Nicaragua*, in dem zahlreiche bekannte ZeitzeugInnen zu Wort kommen, suchen Erika Harzer und Willi Volks nach Begegnungen von West- und Ostdeutschen im sandinistischen Nicaragua.⁷⁷ Dazu sei es jedoch bemerkenswerterweise kaum gekommen. Aber auf sandinistische Initiative hin habe sich zuweilen eine nicht angestrebte, punktuelle Zusammenarbeit entwickelt.⁷⁸ Viele ZeitzeugInnen führen aus, dass die hiesige Bevölkerung zwischen dem »guten« (DDR) und dem »schlechten« (Bundesrepublik) Deutschland unterschied und nicaraguanische Behörden oftmals verwirrt waren ob der Präsenz bundesdeutscher Aktiver, obwohl die offizielle Kooperation mit dem anderen deutschen Staat bestand.⁷⁹ »Was hätten wir uns denn schon zu sagen gehabt«, sei ein häufiger Satz der an der Publikation beteiligten ZeitzeugInnen gewesen. Kooperationen ergaben sich aber dennoch. Im Folgenden werden einige Beispiele gelungener Zusammenarbeit quellengestützt ausgeführt.⁸⁰

Zunächst entstand ein punktueller beiderseitiger Beistand bei spontan auftretenden Problemen der Solidaritätsarbeit. Wie andere internationale HelferInnen unterstützten sich Ost- und Westdeutsche gegenseitig, ohne dass es gemeinsame Pläne darüber oder gar Projekte gegeben hätte. So entstanden die ersten Kooperationen zufällig. Etwa

76 Vgl. ebd.

77 Siehe Harzer/Volks (Hg.): *Aufbruch nach Nicaragua*.

78 Vgl. Erika Harzer/Willi Volks: *Die Mauer im Koffer*, in: Dies. (Hg.): *Aufbruch nach Nicaragua*, S. 16-18, hier S. 16.

79 Vgl. Erich Süßdorf: *Von der Kontaktsperre zum absoluten Unverständnis. Die deutsch-deutsche Kommunikation unter den Bedingungen der Blocklogik in Nicaragua*, in: Harzer/Volks (Hg.): *Aufbruch nach Nicaragua*, S. 51-55, hier S. 53; Eva Wiesenecker: *Das gute und das schlechte Deutschland. Ein schräger Blick auf das Nicaragua von 1986 bis 1990 und seine Deutschen*, in: Harzer/Volks (Hg.): *Aufbruch nach Nicaragua*, S. 102-105, hier S. 103; Eberhard Löschcke/Mischi Philippi: *Christen in »Nicaragua libre«*. *Die grenzübergreifende Projektarbeit*, in: Harzer/Volks (Hg.): *Aufbruch nach Nicaragua*, S. 87-91, hier S. 88.

80 Erika Harzer/Willi Volks: *Die Mauer im Koffer*, in: Dies. (Hg.): *Aufbruch nach Nicaragua*, S. 16-18, hier S. 16.

arbeitete die westdeutsche Anästhesistin Barbara Kloss-Quiroga vor dem Sieg der FSLN an der costa-ricanischen Südfront bei der Erstversorgung der Opfer des Bürgerkrieges und verwundeter RevolutionärInnen. Bebilderte Zeitungsartikel zeigen sie beim Sortieren von der DDR gespendeter Medikamente für die Einrichtung einer Apotheke. Die aufgeregte Nachfrage ihrer FreundInnen aus Berlin, ob sie »übergelaufen« sei, beantwortete sie so: »Diese Frage hatte auf unserer Seite der Welt und unter den Umständen, in denen wir uns befanden, für uns keine Relevanz.«⁸¹ Nach der Revolution begleitete Kloss-Quiroga auf Bitten Carlos Heims, der im nicaraguanischen Gesundheitsministerium MINSA für die Wartung aller medizintechnischen Geräte zuständig war, die Auslieferung und Installation von 30 aus der DDR erworbenen Anesthésiemaschinen. Die mitgelieferten Anleitungen waren auf Deutsch, und der begleitende Techniker sprach nicht Spanisch.

Seit den späten 1970er Jahren hatte sich die DDR offener für eine Ost-West-Kooperation in den Ländern der »Dritten Welt« gezeigt, um die technologischen Bedingungen in den Entwicklungsländern zu verbessern.⁸² Das staatliche Solidaritätskomitee und die FDJ waren bereit, in Nicaragua auf der professionellen Ebene mit der westdeutschen Solidaritätsbewegung zusammenzuarbeiten. So wurden die FDJ-Freundschaftsbrigaden im *Hospital Carlos Marx* angewiesen, im Rahmen der Gesundheitsfürsorge mit westdeutschen Nicaragua-AktivistInnen zu kooperieren. Sie behandelten auch kranke BrigadistInnen aus der Bundesrepublik und nicaraguanische ArbeiterInnen, die Westdeutsche zu ihnen brachten.⁸³ Der West-Berliner Franz Thoma aus dem Kreis der Städtepartnerschaft zwischen Berlin-Kreuzberg und San Rafael del Sur lernte einige ÄrztInnen des HCM persönlich kennen und koordinierte Materialspenden für das Krankenhaus aus West-Berlin, die unterhalb der offiziellen politischen Ebene verliefen.⁸⁴ Selbstverständlicher als in Deutschland half auch eine nahe gelegene Siemens-Werkstatt mit Mit-

81 Barbara Kloss-Quiroga: Deutsch-deutsche Begleitung einer Anesthésiemaschine. Eine außergewöhnliche Reise durch Nicaragua, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua, S. 80-84, hier S. 81.

82 Vgl. Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München 2007, S. 543; Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 267-269.

83 Vgl. Hermann Schaller/Solidaritätskomitee der DDR (Hg.): Ein Krankenhaus für Nikaragua, Berlin 1987, S. 26. Zeitzeuginneninterview mit Brigitte Hauschild, Berlin 15.4.2015.

84 Vgl. Dieter Radde: Ost-West-Kontakte in der Mauerstadt. Im Zeichen der Solidarität mit Nicaragua, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua, S. 116-119, hier S. 116-117.

arbeiterInnen aus der Bundesrepublik, als im Krankenhaus einer der Elektromotoren für die Wäscherei ausfiel.⁸⁵ So entstand zwischen dem ostdeutschen Krankenhauspersonal und westdeutschen *Internacionalistas*⁸⁶ über die Jahre ein vertrauensvolles Miteinander. Sie erkannten sich gegenseitig als internationale HelferInnen und MitstreiterInnen für die Ziele der sandinistischen Revolution an.

Die Beziehungen blieben jedoch auf der professionellen Ebene, denn ein von der DDR über die FDJ-Brigaden verhängtes Kontaktverbot behinderte einen Austausch über arbeitsbezogene Themen hinaus.⁸⁷ Ein Großteil des DDR-Personals hielt sich bei den Begegnungen mit den anderen Deutschen offenbar an das auferlegte Verbot, und auch die Westdeutschen akzeptierten diese Tatsache. »Deutsch-deutsche Gespräche fanden prinzipiell nicht statt«, schrieb Erich Süßdorf, Regionalkoordinator des DED, »unsere Informationen über die Kooperationsprojekte der DDR erhielten wir aus den Medien oder von nicaraguanischen Partnern.«⁸⁸ Auch die westdeutsche Ärztin Barbara Kloss-Quiroga beschrieb kurze Begegnungen mit Ostdeutschen, »[d]enn sobald klar war, dass wir ›von der falschen Seite‹ waren, wurden die Gespräche abgebrochen.«⁸⁹ Es »wäre eine komplett unmögliche Verständigung geworden. [...] Das Leben, das die Brigadisten aus der DDR führten, war ganz anders als die Erfahrungen unserer Brigadisten«, so Brigitte Hauschild und Erika Hausotter, die über Jahre hinweg eine nicaraguanische Frauenkooperative unterstützten.⁹⁰ Die FDJ-Brigaden galten bei den bundesdeutschen Aktiven als »kasernierte Leute, die [in Bussen als geschlossene Gruppen durch die Stadt gefahren wurden] aber mit dem realen Leben nichts zu tun hatten.«⁹¹ Dennoch berichten damalige Beteiligte davon, dass zumindest einige Mitglieder der FDJ-Brigaden die

85 Vgl. Hermann Schaller: Das Hospital Carlos Marx. Ein Solidaritätsprogramm der DDR, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua, S. 36-43, hier S. 43.

86 *Internacionalista* war die nicaraguanische Bezeichnung für einen Ausländer, der sich über mehrere Jahre im Land aufhielt. Die westdeutsche Solidaritätsbewegung übernahm diesen Begriff in das eigene Vokabular.

87 Vgl. Erich Süßdorf: Von der Kontaktsperre zum absoluten Unverständnis. Die deutsch-deutsche Kommunikation unter den Bedingungen der Blocklogik in Nicaragua, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua, S. 51-55, hier S. 53f.

88 Ebd.

89 Barbara Kloss-Quiroga: Deutsch-deutsche Begleitung einer Anästhesiemaschine. Eine außergewöhnliche Reise durch Nicaragua, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua, S. 80-84, hier S. 82.

90 Vgl. Zeitzeuginneninterview mit Erika Hausotter und Brigitte Hauschild, Berlin 15.4.2015.

91 Vgl. Zeitzeugeninterview mit Klaus Heß, Wuppertal 14.5.2014.

kollektiven Fortbewegungsmittel auch dazu nutzten, unabhängig von ihrem Arbeitsauftrag Land und Leute kennenzulernen. Im Aufsatzband *Aufbruch nach Nicaragua* finden sich zahlreiche Schilderungen dazu, wie das Kontaktverbot nicht allzu ernst genommen oder gar bewusst umgangen wurde. So kletterten ostdeutsche Mitarbeiter des HCM nachts aus den Fenstern des Hotel Mercedes, um mehr von Nicaragua mitzubekommen.⁹² Und der Physiker Klaus Kilimann, der damals an der Nationaluniversität UNAN in Managua dozierte, beschreibt, wie er mit anderen ostdeutschen Kollegen sowie sowjetischen KollegInnen bei ihren Botschaften die Erlaubnis zur Teilnahme an einer westdeutschen Feier erschlich, indem sie jeweils erklärten, die anderen gingen auch.⁹³

Strukturierte Kooperationen pflegte die FDJ in Nicaragua lediglich mit kommunistischen Organisationen aus der Bundesrepublik. Im März 1985 etwa eröffnete das *Centro de Publicaciones Los Muchachos*, das von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) mit zwei Millionen DM finanziert wurde.⁹⁴ Es war ein Kooperationsprojekt mit der sandinistischen Jugendorganisation *Juventud Sandinista* (JS), das Carlos Carrión koordiniert hatte. Die ostdeutsche FDJ-Brigade *Carlos Fonseca* hatte bei der Installation geholfen und Materialien geliefert.⁹⁵ Später beteiligte sie sich weiter an notwendigen Reparaturarbeiten. Ende der 1980er Jahre näherten sich FDJ und VertreterInnen der westdeutschen Sozialdemokratie in Managua einander an. Mit der Erklärung einer gemeinsamen Friedensinitiative von SPD und SED unter dem Titel *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* im August 1987 versuchten sie, daraus eigene Kooperationsprojekte für Nicaragua abzuleiten. Die FDJ prüfte ab 1987, ob sie gemeinsam mit den Jusos und dem *Mouvement Jeunes Communistes de France* (MJCF) ein neues Waisenhausprojekt starten wollte, das ebenso wie das IPET zunächst von Seiten der Finanziers

92 Vgl. Uschi Sieg: Händedruck mit dem Klassenfeind. Von unterkühlten und freundschaftlichen Begegnungen, in: Harzer/Volks (Hg.): *Aufbruch nach Nicaragua*, S. 148-151, hier S. 150.

93 Vgl. Klaus Kilimann: In Unkenntnis der Anweisungen. Wie gemeinsames Feiern unter Physikern möglich wurde, in: Harzer/Volks (Hg.): *Aufbruch nach Nicaragua*, S. 119-123, hier S. 121 f.

94 Vgl. O.A.: La JS inaugura su centro de publicaciones Los Muchachos, in: *La Barricada* vom 25.3.1985, in: Instituto de Historia de Nicaragua y Centroamérica (IHNCA) HEM, *Barricada*, S. 7.

95 Vgl. ebd.; Brief von Paul Zeledon (Chefredakteur von *Los Muchachos*) an den »estimado compañero« der FDJ, undatiert (ca. 1985), in: BArch DY 24/22438.

koordiniert werden sollte.⁹⁶ Das Vorhaben zog sich in die Länge, und es geht aus den Quellen nicht hervor, ob das Projekt vor 1990 noch verwirklicht werden konnte. Auf Initiative von Petra Himmelsbach, Vertreterin der Jusos in Nicaragua, war bereits am 23. März 1987 ein Gespräch mit dem FDJ-Vertreter in Nicaragua, Volker Menzel, geführt worden. Dabei begrüßte Himmelsbach die geplante gemeinsame Friedensinitiative, schränkte jedoch auch ein, »daß für die JUSO's in der BRD möglicherweise politische Nachteile entstehen, wenn sie mit den Kommunisten aus der DDR ›gemeinsame Sache‹ in Nikaragua machen«.⁹⁷

Mit dem Beginn des politischen Umbruchs in der DDR gab die Sozialdemokratie in Nicaragua jedoch ihre Vorbehalte auf und betrieb sich stärker auf das Papier. Clemens Rode, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Managua, suchte im Juni 1989 die DDR-Botschaft auf, um daran zu erinnern, dass man die im gemeinsamen Dokument der SED-SPD festgesetzten Felder der Zusammenarbeit »noch mehr nutzen«⁹⁸ solle. Im September 1989 organisierte eine Gruppe der Jusos – wieder unter der Leitung von Himmelsbach – ein Gespräch in der DDR-Botschaft in Managua und äußerte dabei auch den Wunsch, gemeinsame Projekte mit Organisationen in der DDR durchzuführen, etwa über Städtepartnerschaften, »um ›Barrieren‹ zwischen ›beiden deutschen Staaten‹ abzubauen«.⁹⁹ Botschafter Matthias Dietrich antwortete, »dass derartige Moeglichkeiten derzeit nicht gesehen werden (wie es auch der Zentralrat der FDJ gegenueber dem Bundesvorstand der Jusos deutlich gemacht hat)«.¹⁰⁰ Auch wenn die Vereinbarung somit keinerlei Konsequenzen für die Zusammenarbeit von FES, Jusos und FDJ in Nicaragua hatte, zeigt die zitierte Kommunikation doch eindrücklich, welches Kooperationspotential herrschte, das sich, gleichwohl aus den jüngsten Ereignissen der deutsch-deutschen Geschichte kommend, vor Ort noch erhöhte.

96 Vgl. Vermerk über ein Gespräch mit Volker Menzel, Beauftragter des Zentralrates der FDJ in Nikaragua, im Rahmen der Brigadeleitertagung, Januar 1987, S. 1, BArch DY 24/14037, S. 30-32.

97 Notiz über ein Gespräch mit Petra Himmelsbach, Vertreterin der JUSO's in Nikaragua am 23.3.1987, 24.3.1987, in: BArch DY 24/22358 S. 2.

98 Vermerk über ein Gespräch mit dem Leiter des Bueros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Managua, Clemes [sic] Rode, am 3.6.1989 in der Residenz des DDR-Botschafters, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) MfAA, 1938/13, S. 1.

99 Vermerk über ein Gespräch des Botschafters der DDR, Gen. M. Dietrich, mit einer Gruppe von Jungsozialisten aus der BRD im Krankenhaus »Karl Marx« in Managua, am 17.9.1989, in: ebd. MfAA, 1938/13, S. 2.

100 Ebd.

Ende der 1980er Jahre kam es zu den ersten individuellen deutsch-deutschen Begegnungen auf nicaraguanischem Boden, und es entstanden Pläne für gemeinsame Projekte. Da sich unabhängige Gruppen aus der DDR in der Regel nicht in Nicaragua aufhielten, ergab sich lange wenig Gelegenheit zur Kooperation. Im Dezember 1987 erhielten schließlich sechs Mitglieder aus kirchlichen Nicaragua-Gruppen erstmals die Erlaubnis zu einer einmonatigen Reise in das Land ihrer Hoffnungen. Dies war vor dem Mauerfall die einzige unabhängige Solidaritätsbrigade aus der DDR. Die TeilnehmerInnen hatten keinerlei Auflagen dazu bekommen, wie sie sich in Nicaragua bewegen sollten oder welche Gespräche sie führen durften. Daher bereisten sie frei das Land und unterhielten sich offen auch mit Mitgliedern der westdeutschen Bewegung. Auch die bundesdeutschen Koordinatoren ihrer Reise im ökumenischen Zentrum CAV,¹⁰¹ Eberhard Löschcke und Mischel Philippi, lernten die Delegationsmitglieder kennen. Sie berichten von offenen »Diskussionen und Hintergrundgespräche[n] abends bei uns zu Hause mit einem oder auch mehreren Gläsern Flor de Caña«.¹⁰² Die Ostdeutschen erschienen ihnen »hungriger« als die bundesdeutschen Brigaden oder Delegationen«, denn mit allem Aufwand und aller Unsicherheit, die der Staat ihnen für die Reise auferlegte, »war es eine einmalige Gelegenheit, vielleicht das einzige Mal, dass sie das Land so vieler Hoffnungen und Projektionen besuchen konnten. Waren ihre Projektionen größer als die der Westdeutschen?«, fragten sie.¹⁰³

Ein Jahr später genehmigte die DDR zudem einen sechsmonatigen Arbeitseinsatz im CAV für Willi Volks, ebenso Mitglied der unabhängigen Nicaragua-Solidarität. Die in Nicaragua aufeinandertreffenden Christen Willi Volks (IHN Leipzig) und Volker Stabel (Brot für die Welt) hatten Mitte 1989 die Idee, eine »nicaraguanisch-deutsch-deutsche Begegnung«¹⁰⁴ zu organisieren. Die von ihnen ins Leben gerufene deutsch-deutsche Brigade bereiste zwischen Juli und Oktober 1990 Nicaragua und arbeitete in verschiedenen Projekten. Beispielsweise bereitete sie Weideland in der baptistischen Gemeinde in Diriamba vor und baute

101 Das Centro Ecuménico Antonio Valdivieso (CAV) ist ein ökumenisches Begegnungszentrum, das in den 1980er Jahren vielfältige Beziehungen zu religiösen Organisationen auf der ganzen Welt pflegte. Es war für die Koordination christlicher Brigaden verantwortlich und somit auch für die unabhängige Brigade aus der DDR.

102 Vgl. Eberhard Löschcke/Mischel Philippi: Christen in »Nicaragua libre«. Die grenzübergreifende Projektarbeit, in: Harzer/Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua, S. 87-91, hier S. 88.

103 Vgl. ebd. S. 90.

104 Vgl. Willi Volks: Vorwort, in: INKOTA-Brief 1, 1991, in: IN, INKOTA, S. 2.

ein Wohnhaus.¹⁰⁵ Auch schlossen sich 1990 (ehemalige) StaatsbürgerInnen der DDR eigenständig den westdeutschen Arbeitsbrigaden an. Bei den Diskussionen mit ihnen »haben zum ersten Mal Westleute mitbekommen, dass es auch in der DDR Leute gibt, die nicht die typische Auffassung vertraten. Für mich war das ein Labsal für meine Seele«, berichtete ein westdeutsches Mitglied einer Gewerkschaftsbrigade in einem Interview.¹⁰⁶ Erst durch solche Begegnungen wurde vielen westdeutschen Nicaragua-Bewegten bewusst, dass es auch unabhängige ostdeutsche Gruppen gegeben hatte, die sich für die sandinistische Revolution engagiert hatten. Der politische Umbruch in der DDR hob die Reisebeschränkungen der DDR-Bürger schlagartig auf und erleichterte es kooperationsbereiten Aktiven aus beiden deutschen Staaten, gemeinsame Projekte zu planen. Die Wahlniederlage der Sandinistas im Februar 1990 setzte diesen und vielen anderen Unternehmungen jedoch ein baldiges Ende, da die mit *Nicaragua Sandinista* verknüpften Hoffnungen sich auflösten und dem Land seine Anziehungskraft als Sehnsuchtsort nahmen.

Fazit

»Alemán, aquí no es Berlín« (»Alemán, das hier ist nicht Berlin«) war im Juni 1990 auf den Mauern zu lesen, die das prächtige Privathaus des abgewählten sandinistischen Regierungschefs Daniel Ortega umgaben.¹⁰⁷ Wegen Selbstbereicherung und Vetternwirtschaft während seiner Amtszeit stand er zunehmend in der öffentlichen Kritik. Der neue Bürgermeister Managuas, Arnoldo Alemán, hatte in einer Ansprache angekündigt, alle Mauern der alten Regierung einzureißen.¹⁰⁸ Das Graffiti demonstriert die Auseinandersetzung der nicaraguanischen Gesellschaft mit dem Einzug von Dynamiken der bipolaren Weltordnung in das kleine Land: Nach der neuen politischen Führung solle Ortegas Mauer wie in Deutschland symbolisch fallen und die versprochene Gleichrangigkeit in der Gesellschaft erreicht werden. Die sandinistische Utopie, die

105 Vgl. Michael Maruschke: Diriamba und Umgebung, in: INKOTA-Brief 1, 1991, in: IN, INKOTA, S. 11-13, hier 11.

106 Vgl. Zeitzeugeninterview mit Jacob (Pseudonym), Berlin 15.5.2015.

107 O.A.: Con amor, para Daniel, in: La Barricada vom 3.6.1990, in: IN, AZ, Div. Briefe aus Nica. + LA, Brigaden + internes.

108 Arnoldo Alemán bekleidete 1990-1995 das Amt des Bürgermeisters Managuas und war zwischen 1997 und 2002 Staatspräsident. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt wurde er selbst wegen der Veruntreuung von Staatsgeldern zu 20 Jahren Haft verurteilt.

auf eine dynamische Basisdemokratie ohne soziale Hierarchien abzielte, schien mit dem Ziehen von Mauern in der nicaraguanischen Gesellschaft gescheitert. Die Debatte lässt auch auf das nicaraguanische Bild von den deutschen EntwicklungshelferInnen schließen, die die Mauern und Grenzen ihrer nationalen Wahrnehmungen mit nach Nicaragua gebracht hatten.

Eine Beschreibung ost- und westdeutscher Solidarität als Dialektik der dualen Weltordnung ist jedoch im Falle des sandinistischen Nicaragua nicht zielführend, da sich zugleich die Eigenlogiken der Solidaritätspraktiken vor Ort entfalteten. Denn wie dieser Artikel zeigte, galten die Prinzipien der Blockzugehörigkeit zwar in den Heimatländern der deutschen Helfer, aber in Mittelamerika verwischten sich die Grenzen.

Die Motive west- und ostdeutscher Nicaragua-Initiativen korrespondierten häufig miteinander. Übereinstimmende Beweggründe waren die Enttäuschung über die gesellschaftliche Situation im eigenen Land, eine gefühlte Machtlosigkeit gegenüber der globalen Situation und die Erwartung, dass das *Nicaragua Sandinista* als Beispiel für Europa und Deutschland dienen könnte. Langlebige Kooperationen zwischen Nicaragua-Gruppen aus beiden deutschen Staaten entwickelten sich in Europa jedoch nicht. Das Beispiel der Leipziger IHN zeigt, wie sich die ostdeutschen Gruppen an der westdeutschen Bewegung orientierten, von ihrer Mithilfe und Informationen abhängig waren und ständig versuchten, Kontakte anzubahnen, während Letztere nur wenig Interesse an ihnen zeigte. Dies lag insbesondere an der Anonymität der *Zweidrittelwelt*-Gruppen in der DDR sowie an den westdeutschen Vorbehalten gegenüber dem Nachbarstaat und seinen BürgerInnen. Wohl aber entstand eine unbestimmte Partnerschaftlichkeit in Nicaragua, wo durch die gemeinsame Solidaritätsarbeit die Schwelle für Kommunikation und Austausch niedriger war. So boten Arbeiten im und um das DDR-Solidaritätskrankenhaus *Carlos Marx* Anlass für Begegnungen. Dort leiteten das Solidaritätskomitee und die FDJ Maßnahmen ein, um auf der professionellen Ebene mit der westdeutschen Solidaritätsbewegung zusammenzuarbeiten – und jene nahm positiv Notiz von den Tätigkeiten der DDR in Nicaragua.

Wie sehr sich die Grenzen verwischten, zeigen die Anfragen von VertreterInnen der Sozialdemokratie nach mehr Kooperation mit der FDJ, die diese jedoch ablehnte. Viele Mitglieder der westdeutschen Solidaritätsbewegung hatten im Sinne der gemeinsamen Solidarität einen Schritt auf die ostdeutschen EntwicklungshelferInnen zu gemacht. Die BrigadistInnen aus der DDR agierten wegen eines Kontaktverbotes jedoch lediglich im Rahmen ihres Arbeitsauftrages, so dass ein persönlicher

Austausch zumeist ausblieb. ZeitzeugInnenberichte belegen, dass Ost- und Westdeutsche trotzdem vereinzelt gemeinsam feierten oder Ausflüge unternahmen. Zu den Mitgliedern der autonomen Solidaritätsgruppen hatten die Westdeutschen lange keine Beziehungen aufbauen können, weil sich diese bis auf wenige Ausnahmen nicht in Nicaragua aufhielten. Als es Ende der 1980er Jahre in Nicaragua zu den ersten Begegnungen zwischen westdeutschen und unabhängigen ostdeutschen Aktivisten kam, entstanden alsbald die ersten Pläne für gemeinsame Projekte.

Der deutsch-deutsche Systemwettstreit bestimmte das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Nicaragua-Gruppen aus beiden Staaten entscheidend, da er Zeitpunkt und Form der Beziehungsaufnahme reglementierte und somit als Grenze fungierte. Die im Artikel dargelegten Verbindungen und Kooperationen zeigen jedoch, dass Solidaritätsgruppen aus beiden Staaten trotz dieser Begrenzungen einander zugeneigt waren, auch wenn sich nur wenige gemeinsame Projekte ergaben. Die Nicaragua-Solidarität war ein integrativer Prozess auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Gruppen beider Länder. Dies gilt sowohl für die heterogenen Beteiligten innerhalb der bundesdeutschen Bewegung als auch für die transnationalen Beziehungen ost- und westdeutscher Nicaragua-Gruppen untereinander, auch wenn Letztere nicht besonders umfangreich waren. Ost- und Westdeutsche arbeiteten in Nicaragua an ähnlichen – wenn auch nicht identischen – Zielen, die sich voneinander nicht stärker unterschieden als die Ziele innerhalb ihrer jeweiligen nationalen Solidaritätsräume. Die Arbeit für und in Nicaragua war für diese Gruppen auch ein Anreiz, sich am gemeinsamen Ziel orientierend mit dem anderen Deutschland auseinanderzusetzen. Gleichwohl beschäftigten sich ostdeutsche AktivistInnen intensiver mit der anderen deutschen Solidarität als Westdeutsche und leisteten einen Großteil für die Verständigung. Sie durchbrachen die Gesetzmäßigkeiten des Systemwettstreits, indem sie die westdeutsche Nicaragua-Bewegung ergänzen statt mit ihr konkurrieren wollten.

Von zentraler Bedeutung erscheint auch die Rolle der *Sandinistas* und gesellschaftlicher Akteure im Land. Die deutschen Solidaritäts-Gruppen waren selbstverständlich nicht die Hotspots der Nicaragua-Solidarität,¹⁰⁹ sondern Teil eines globalen Netzes, dessen Mittelpunkt *Nicaragua Sandinista* selbst war. Für die Solidaritätsbewegten standen nicht die Beziehungen des sandinistischen Regimes zu anderen internationalen HelferInnen

109 Zur Lokalität von Industrienationen siehe auch: Angelika Epple: Lokalität und die Dimension des Globalen. Eine Frage der Relationen, in: Dies./Felix Brahm/Rebekka Habermas (Hg.): Historische Anthropologie 21,1 (2013), S. 4-25, hier S. 25.

im Vordergrund. Ein Wettbewerb zwischen west- und ostdeutscher Solidarität oder um die Gunst Nicaraguas war nicht der Anlass für die Entstehung der deutschen Solidarität. Ihre Motivation kam in Ost wie West vielmehr von einer Frustration über die eigene Machtlosigkeit, einer Hoffnung auf den Modellcharakter des sandinistischen Systems und dem Drang, selbst daran mitzuwirken. Eine deutsch-deutsche Rivalität war anderen Motiven der Solidarität untergeordnet.

Die neue politische Führung und mit ihr zusammenarbeitende gesellschaftliche Institutionen boten den Engagierten konkrete Möglichkeiten zur Mitgestaltung auf der lokalen Ebene. Diese lokalen Verbindungen und ihre Handlungslogiken wirkten sich vor Ort stärker auf die Solidaritätspraktiken aus als auf die dualistische Dynamik zwischen beiden deutschen Staaten.

Christliche Solidarität mit Chile

Helmut Frenz und der
transnationale Einsatz für Menschenrechte nach 1973

CAROLINE MOINE

Der Staatsstreich vom 11. September 1973 in Chile ist von der Geschichtswissenschaft bereits vielfältig untersucht worden. Neben dessen Entwicklung im Kontext des Kalten Krieges und den Schicksalen der Exilanten rückte in den letzten Jahren auch vermehrt die internationale Solidaritätsbewegung mit ihren vielfältigen Aktivitäten in das Blickfeld der Forschung.¹ Betrachtet wurden dabei in erster Linie die Aktionen von politischen Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die vor allem im nationalen Rahmen stattfanden.² Seltener analysiert wurde die globale oder transnationale Ebene der Solidaritätsbewegung, etwa in der Perspektive einer vergleichenden Geschichte oder »Histoire croisée«.³ Wendet man jedoch sein Augenmerk den Akteuren zu, treten in der Tat die Räume und Praktiken stärker in Erscheinung, die sowohl von nationalen Logiken und transnationalen Netzwerken geprägt waren.⁴

Dieser Beitrag untersucht das Aufkommen globaler Solidarität in Deutschland deshalb ausgehend von einem zentralen grenzüberschreitenden Akteur der Menschenrechtsbewegung, dem Pfarrer Helmut

- 1 Für einen Forschungsüberblick siehe Olivier Compagnon/Caroline Moine (Hg.): *Chile 1973, un événement mondial*, in: *Monde(s). Histoire, Espaces, Relations* 8 (2015), Sondernummer; Tanya Harmer/Alfredo Riquelme Segovia (Hg.): *Chile y la Guerra Fria Global*, Santiago 2014; zum Thema der Exilanten siehe vor allem José del Pozo (Hg.): *Exiliados, emigrados y retornados. Chilenos en América y Europa, 1973 a 2004*, Santiago 2006.
- 2 Eine Forschungsbilanz über die politischen Mobilisierungen in Europa anhand einer Serie von Fallstudien zu den nationalen Fällen bietet Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris/Magaly Rodriguez Garcia (Hg.): *European Solidarity with Chile (1970s-1980s)*, Frankfurt/M. 2014.
- 3 Kim Christiaens/Magaly Rodriguez Garcia/Idesbald Goddeeris: *A Global Perspective on the European Mobilization for Chile (1970s-1980s)*, in: Christiaens u. a. (Hg.): *European Solidarity with Chile*, S. 7-46; Caroline Moine: »Votre combat est le nôtre«. *Les mouvements de solidarité internationale avec le Chili dans l'Europe de la Guerre froide*, in: *Monde(s)* 8 (2015), S. 83-104.
- 4 Vgl. Margaret E. Keck/Kathryn Sikkink: *Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, London 1998, S. 95; Sydney Tarrow: *The New Transnational Activism*, Cambridge 2005; Carol C. Gould: *Transnational Solidarities*, in: *Journal of Social Philosophy* 38,1 (2007), S. 148-164.

Frenz. Gefragt wird, welche Beziehungen zwischen individuellen und kollektiven Akteuren bestanden, die zwar vielfach unabhängig vom Staat handelten, gleichzeitig aber enge Kontakte zu den ausländischen Gruppen und Regierungen hielten.⁵ Eine solche akteurszentrierte Perspektive kann deutlich machen, wie komplex das Verhältnis von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren der internationalen Solidarität war und wie eng öffentliche und private Initiativen miteinander verbunden waren.⁶

Der vorliegende Beitrag untersucht die transnationalen Logiken der Mobilisierung für Chile am Beispiel deutscher Menschenrechtsaktivisten, vor allem anhand von Mitgliedern der protestantischen Kirche.⁷ Dieser Einzelfall gestattet es, einige Elemente hervorzuheben, die bislang weder in der breiten Forschung über die internationale Chile-Solidaritätsbewegung der 1970er Jahre⁸ noch in den allgemeinen Studien über die Problematik der Menschenrechte nach 1945⁹ genauer in den Blick genommen wurden. Deutlich werden vor allem eine Reihe von Besonderheiten der Menschenrechtsmobilisierung im deutschen Kontext, die sich aus den ebenso engen wie komplexen transnationalen Vernetzungen mit Lateinamerika, aber auch aus der spezifischen Kultur und Vergangenheit des deutschen Protestantismus und der ökumenischen Bewegung ergaben.¹⁰ Ebenso rückt auf diese Weise die komplexe Rolle der Kirchen

- 5 Vgl. Johanna Siméant: *La transnationalisation de l'action collective*, in: Olivier Fillicieule/Éric Agrikoliansky/Isabelle Sommier (Hg.): *Penser les mouvements sociaux*, Paris 2010, S. 121-144.
- 6 Vgl. Guillaume Devin (Hg.): *Les solidarités transnationales*, Paris 2004, S. 13. Anders als G. Devin halte ich hier am Begriff der »Internationalen Solidarität« fest, da es sich um ein in den zeitgenössischen Quellen verbreitetes Konzept handelt.
- 7 Der Aufsatz nutzt Material aus einem aktuellen Forschungsprojekt der Verfasserin über die transnationalen Solidaritätsbewegungen mit Chile in Europa, zwischen Ost und West, Nord und Süd, insbesondere am französischen und deutschen Beispiel (Bundesrepublik und DDR).
- 8 Vgl. Patrick William Kelly: *The 1973 Chilean Coup and the Origins of Transnational Human Rights Activism*, in: *Journal of Global History* 8 (2013), S. 165-186; Jessica Stites Mor: *Critical Human Rights. Human Rights and Transnational Solidarity in Cold War Latin America*, Madison 2013.
- 9 Vgl. Jan Eckel: *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen 2014; Samuel Moyn: *The Last Utopia. Human Rights in History*, Cambridge 2010; Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.): *Human Rights in the Twentieth Century*, New York/Cambridge 2011; zur Bundesrepublik siehe: Lora Wildenthal: *The Language of Human Rights in West Germany*, Philadelphia 2013.
- 10 Dieser Aufsatz stützt sich auf laufende Forschungen in Berlin im Evangelischen Zentralarchiv der EKD (EZA), im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft/ Archiv der DDR-Opposition (RHG), im Archiv des Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile und Lateinamerika (FDCL), im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), in den Archiven der BStU, im Bundesarchiv in

in den Vordergrund, die angesichts der Fokussierung auf die Neuen Sozialen Bewegungen bislang vergleichsweise wenig Beachtung fanden.¹¹

Der Fall des westdeutschen Pfarrers Helmut Frenz ist hier besonders interessant, da seine Biographie chilenische wie auch deutsche Dimensionen verknüpft. Die transnationale Mobilisierung für die Menschenrechte erweist sich dabei als ein vielschichtiges Geflecht verschiedener Räume und Ebenen mit lokalen, nationalen und internationalen Bezügen, welche das komplexe Mit- und Ineinander der Grenzen und Zirkulationen des Kalten Krieges, von West und Ost, Norden und Süden, deutlich werden lässt.

In einem ersten Abschnitt wird im Folgenden dargestellt, wie sich die Solidaritätsbewegung mit Chile aus dem Kreis der deutschen Kirchen vor und nach dem 11. September 1973 entwickelte und in welcher Beziehung sie zu den Deutschen in Chile stand. In einem zweiten Schritt wird dann gezeigt, wie stark die unterschiedlichen politischen Kontexte in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR zu Beginn der 1970er Jahre die Art und Weise prägten, mit der das Thema der Menschenrechte und ihre Anwendung in der protestantischen Kirche wie in der Öffentlichkeit wahrgenommen und umgesetzt wurden. Und schließlich wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen die kirchliche Solidaritätsbewegung vor dem Hintergrund der spezifischen deutschen Vergangenheit und Gegenwart sowohl in den beiden deutschen Staaten als auch in Chile aufwies.

1. Die deutsche protestantische Kirche und Chile

Die recht große Präsenz einer deutschsprachigen Bevölkerung in Chile, die zu Beginn der 1970er Jahre etwa 50.000 Menschen umfasste, hat über die Zeiten hinweg die Beziehungen der Länder stark beeinflusst, und zwar unabhängig von den jeweiligen Regierungen. Die deutsch-chilenische *community* bestand weitgehend aus den Nachkommen jener deutschen Siedler, die sich im späten 19. Jahrhundert vor allem im Süden des Landes niedergelassen hatten, um sich dort als Bauern und Händler am Aufbau des Landes zu beteiligen. Den Glauben und

Berlin-Lichterfelde, in Genf im Archiv des Ökumenischen Rates der Kirchen (WCC), sowie auf Interviews mit ehemaligen westdeutschen Aktivisten der Chile-Solidaritätsbewegung.

11 S. zum Beispiel Georg Dufner: West Germany: Professions of Political Faith, the Solidarity Movement and New Left Imaginaries, in: Christiaens u. a. (Hg.): European Solidarity with Chile, S. 163-186.

die kirchliche Praxis prägte meist ihre Identität, eng verbunden mit dem Gebrauch und der Verteidigung der deutschen Sprache.¹² In dem katholischen Land gründete sich unter den deutschen Siedlern, die verschiedenen Konfessionen angehörten, daher auch eine eigene deutsch-chilenische lutherische Kirche.¹³ Die Reaktionen der verschiedenen Kirchen auf den Staatsstreich vom 11. September 1973 müssen vor dem Hintergrund dieser spezifischen Geschichte der Deutsch-Chilenen verstanden werden.

1.1 Von der kirchlichen Entwicklungspolitik zur Solidarität mit Chile?

In den 1960er Jahren entwickelten sich die katholischen und die protestantischen Kirchen (West-)Deutschlands zu wichtigen Akteuren auf der politischen Bühne Chiles, vor allem nach dem Sieg der Christdemokraten im Jahr 1964 unter Eduardo Frei Montalva.¹⁴ Erste persönliche Kontakte ergaben sich im Kontext von Projekten, die etwa von Brot für die Welt oder MISEREOR in den verschiedenen Regionen des Landes aufgebaut wurden.¹⁵ Mit der Wahl des Sozialisten Salvador Allende im September 1970 kamen hierzu auch vermehrt Akteure aus der DDR, die die Volksfront-Regierung im April 1971 offiziell anerkannte.¹⁶ Chile wurde fortan ein Terrain für wirtschaftliche und politische Entwicklungsprojekte des Bunds der Evangelischen Kirchen in der DDR, vor allem in Gestalt von Projekten von Brot für die Welt – DDR.¹⁷

12 1964 gab es 46 deutsche Schulen in Chile sowie neun evangelische und zwölf katholische deutschsprachige Gemeinden. Vgl. Nicolaus Barbian: *Auswärtige Kulturpolitik und »Auslandsdeutsche« in Lateinamerika 1949-1973*, Wiesbaden 2014, S. 201f, 223, 371.

13 Vgl. Fritz Mybes: *Die Geschichte der aus der deutschen Einwanderung entstandenen lutherischen Kirchen in Chile. Von den Anfängen bis zum Jahre 1975*, Düsseldorf 1993.

14 Vgl. Georg Diefner: *Partner im Kalten Krieg. Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile*, Frankfurt/M. 2014, S. 14.

15 Vgl. Antje Schnoor: *Gehorchen und Gestalten. Jesuiten zwischen Demokratie und Diktatur in Chile, 1962-1983*, Frankfurt/M. 2016, S. 190-191.

16 Die Versuche der DDR, in Chile auf kulturpolitischem Gebiet Fuß zu fassen, gingen bereits auf die 1960er Jahre zurück, wie die Öffnung der Kulturinstitute der DDR in Santiago im Jahr 1961 und 1965 in der Provinz von Temuco und Valparaiso zeigt. Siehe Barbian: *Auswärtige Kulturpolitik*, S. 386.

17 Vgl. zum Beispiel das Projekt zur Lieferung ostdeutscher Traktoren nach Chile, dessen Vorbereitung im Dezember 1972 in Angriff genommen wurde, auch wenn es letztlich erst nach dem Putsch umgesetzt werden sollte und daher nicht verwirklicht wurde. Siehe Bestand *Brot für die Welt – DDR*, in: *Archiv für Diakonie und Entwicklung ADE, BfdW DDR 203*.

Der Staatsstreich des 11. Septembers 1973 stellte dieses eher entwicklungspolitische Engagement der west- und ostdeutschen Kirchen vor große Herausforderungen. Die offizielle Reaktion der katholischen Kirche in der Bundesrepublik kam von der Deutschen Bischofskonferenz, die sich vom 24. bis zum 27. September 1973 in Fulda traf. Sie verurteilte »Gewalttat und Terror in der Welt«, ohne allerdings explizit Chile zu erwähnen.¹⁸ Der Text erklärte aber, »jede Folterung verstößt gegen fundamentales Menschenrecht«. Daher forderte die Bischofskonferenz unter Verweis auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die UNO müsse »unabhängige Kommissionen« einrichten, welche die Untersuchungen in den »Gefängnissen, Arbeitslagern und Irrenhäusern« durchführen sollten.¹⁹ Diese ambivalente Erklärung macht deutlich, wie gespalten die katholische Kirche der Bundesrepublik in den ersten Wochen nach dem Putsch war – nicht anders als die katholische Kirche Chiles. Dabei ging es auch um die Frage, welche politische Rolle der Bewegung der »Christen für Sozialismus« zukam, die sich im September 1971 unter Verweis auf die lateinamerikanische Befreiungstheologie gegründet hatte.²⁰ Dabei bestanden tiefe Differenzen zwischen den Stellungnahmen der kirchlichen Hierarchie, die der Bewegung insgesamt eher kritisch gegenüberstand, und denjenigen auf Gemeindeebene, in denen eher die Bereitschaft bestand, die soziale Dimension des pastoralen Auftrags zu akzeptieren. Tatsächlich ergaben sich in den 1960er und 1970er Jahren im Kontext der Debatten, die vom Zweiten Vatikanischen Konzil aufgeworfen worden waren, in den deutschen Gemeinden große Spannungen um die Frage von Autorität und Gehorsam in der Kirche.²¹

Aufgrund dieser Entwicklungen der 1960er und 1970er Jahre waren es in der ersten Phase nach dem Putsch in Chile vor allem individuelle Akteure, die den tiefgehenden Wandel der kirchlichen Politik im Bereich der Menschenrechtspolitik einleiteten. Eine zentrale Rolle spielte dabei der Aufruf des Kardinals Raúl Silva Henríquez, seit 1961 Erzbischof von Santiago, der in den Tagen nach dem Putsch öffentlich dazu aufrief, den Opfern des neuen Regimes zu helfen. In der katholischen Kirche Chiles, die sich zunächst gegenüber dem Putsch eher neutral bzw. wohlwollend

18 Düfner: Partner im Kalten Krieg, S. 344.

19 Die deutschen Bischöfe: Gegen Gewalttat und Terror in der Welt, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 27.9.1973, S. 4, 6f.

20 David Fernandez: Historia Oral de La Iglesia Católica En Santiago de Chile Desde El Concilio Vaticano II Hasta El Golpe Militar de 1973, Cadiz 1996.

21 Vgl. Schnoor: Gehorchen und Gestalten, S. 19; Thomas Großbölting: »Der verlorene Himmel«. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013.

gezeigt hatte, erhob er damit eine anfänglich noch minoritäre Stimme, die im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewann.²²

Eine institutionelle Antwort auf die Repression der Militärjunta entstand nach dem Aufruf des Kardinals eher auf der lokalen Ebene im Rahmen einer ökumenischen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gemeinden. Gleichzeitig entwickelte sich parallel dazu sehr schnell eine internationale Dynamik, zumal es in der angespannten Situation nach dem Putsch auch darum ging, jenen politischen Flüchtlingen zu helfen, die in der Regierungszeit Salvador Allendes aus den anderen lateinamerikanischen Ländern (u. a. Brasilien, Uruguay, Peru) nach Chile gekommen waren. Dies brachte die lokalen Kirchen in engen Kontakt mit den internationalen Partnern, die dann wiederum zu wichtigen Schnittstellen für die Hilfsaktionen wurden.²³ Die sich auf diese Weise entwickelnde Dynamik stützte sich stark auf bereits bestehende Kontakte, die etwa in der Zeit der Volksfront-Regierung aufgebaut worden waren. Der Fall der deutschen Kirchengemeinden im Rahmen dieses Prozesses ist hierbei besonders interessant, demonstriert er doch das Gewicht des Erbes aus den Jahren vor 1973 für die komplexe Logik, die zu den Aktionen der internationalen Solidarität führten.

1.2 Die Rolle des deutschen Pfarrers Helmut Frenz in Chile

Im September 1973 kamen die Nachrichten von dem Staatsstreich in Chile vor allem durch die Medien in die Bundesrepublik. Fernsehen, Radio, aber auch die Presse verfügten über Korrespondenten im Land bzw. in Lateinamerika, die über die Ereignisse berichteten. Daneben bestanden andere Kanäle im alternativen Milieu. So hatte sich das erste Solidaritätskomitee mit Chile in Westberlin bereits im Juni 1973 gebildet, zunächst noch mit dem Ziel, die Volksfront-Regierung unter Allende zu stützen. Es versammelte dabei Personen, die sich »für die in Chile ablaufenden politischen Entwicklungen interessierten« und »die vor

22 Vgl. Brian H. Smith: *The Catholic Church and Politics in Chile*, in: Dermot Keogh (Hg.): *Church and Politics in Latin America*, New York 1990, S. 321-343, hier: S. 328.

23 Vgl. Manuel Saavedra: *Sociedad civil en Dictadura. Relaciones transnacionales, organizaciones y socialización política en Chile*, Santiago 2013; Kelly: *The 1973 Chilean Coup*, S. 165-186; Ders.: »Derechos humanos y responsabilidad cristiana«: *Activismo cristiano transnacional, Derechos humanos y violencia del Estado en Brasil y Chile en los años 70*, in: Alexander Wilde (Hg.): *Las iglesias ante la violencia en América Latina*, Mexico City 2015.

kurzem in Chile waren bzw. dorthin gehen wollten«. ²⁴ Gegründet wurde es von zwei Soziologen, Clarita Müller-Plantenberg (geb. 1943) und ihrem Ehemann Urs Müller-Plantenberg (geb. 1937), die sich der neuen Linken Westdeutschlands zugehörig fühlten und wie andere Mitglieder des Komitees bereits mit den internationalen bzw. internationalistischen Mobilisierungen der Jahre 1967 und 1968 im studentischen Milieu in Westberlin oder anderswo in der Bundesrepublik in Kontakt gekommen waren. Das Komitee wurde daher zu einer Drehscheibe des Austauschs von Informationen zu den Geschehnissen in Chile, die von der anderen Seite des Atlantiks kamen. ²⁵ Die ersten Treffen fanden in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde an der Technischen Universität Berlin statt, die logistische Unterstützung bot. In der Tat war die Evangelische Kirche eine zentrale Relaisstation für die erste Phase der Mobilisierung in der Bundesrepublik, und zwar vor allem dank ihrer direkten Kontakte vor Ort. Diese liefen vor allem über einige Leute wie den Pastor Helmut Frenz, der seit 1970 als Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Chile vorstand.

Um nachzuvollziehen, wie Helmut Frenz zu seiner zentralen Rolle für die Hilfe der Opfer der Diktatur seit Oktober 1973 kam, ist ein Blick auf seinen vorherigen Lebensweg hilfreich. 1964 hatte der damals 31 Jahre alte evangelisch-lutherische Pfarrer bereits mit seiner Familie seine Gemeinde auf der Ostseeinsel Fehmarn verlassen, um – wie er später schrieb – ein Zeichen der Solidarität mit der »Dritten Welt« zu setzen. Seinen Memoiren zufolge war der junge Pastor, ohne politisch aktiv zu sein, unzufrieden mit der Politik Konrad Adenauers und der Wiederbewaffnung:

Im Jahre 1964 befindet sich die BRD mitten im Wirtschaftswunder. Doch gleichzeitig gelangen zu uns die Informationen über eine Welt voller Elend und Armut. Neue Begriffe entstehen wie ›Unterentwicklung‹ und ›Dritte Welt‹. ²⁶

Frenz' Öffnung für Lateinamerika in dieser ersten Hälfte der 1960er Jahre entsprang insofern weniger einer eigenen Sensibilität oder einer tiefen Kenntnis der dortigen Verhältnisse, als vielmehr dem Willen, einige Zeit Westdeutschland und Europa zu verlassen.

²⁴ Liste der interessierten Personen, Beilage zum Brief vom 1.5.1973 von Clarita und Urs Müller-Plantenberg, in: Archiv FDCL/Chile-Komitee West-Berlin.

²⁵ Vgl. Gespräch der Autorin mit Urs Müller-Plantenberg, Berlin, 12.6.2014.

²⁶ Helmut Frenz: »... und ich weiche nicht zurück«. Chile zwischen Allende und Pinochet. Ein Pfarrer und Menschenrechtler erinnert sich, Leipzig 2010, S. 26 f.

Das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) schickte Frenz in die deutsche Gemeinde in Concepcion in der südchilenischen Provinz, wo er im November 1965 mit seiner Frau und seinen vier Kindern eintraf. Wie er in seinen Memoiren notierte, wartete dort die erste Überraschung auf ihn, seine neue Gemeinde:

Nach einer langen und anstrengenden Reise von Europa nach Südamerika müssen wir feststellen, dass wir gar nicht in Chile angekommen sind. Wir befinden uns wieder in Deutschland, [sogar] in einem Teil Deutschlands, von dem wir geglaubt hatten, dass es ihn überhaupt nicht mehr gäbe, weil er in den Trümmern des Nazireiches endgültig untergegangen ist.

Frenz unterstrich damit die spezifischen Beziehungen, die seit der ersten Auswanderungswelle im 19. Jahrhundert zwischen Chile und Deutschland bestanden.²⁷ Er stellte dabei gleichzeitig zwei Konzeptionen der Stellung des Deutschtums in der chilenischen Gesellschaft einander gegenüber: Als Frenz sich entschloss, Spanisch zu lernen und wie einige andere Pfarrer einige Gottesdienste nicht auf Deutsch, sondern auf Spanisch abzuhalten, erhob sich Widerstand in seiner Gemeinde, die damit ihre spezifische Identität gefährdet sah. Seine Spanisch-Kenntnisse öffneten Frenz jedoch auch über die »deutsche Kolonie« hinaus Kontaktmöglichkeiten gegenüber der übrigen Bevölkerung der Stadt Concepcion und seiner Region und ließen ihn die starken sozialen Spannungen des Landes bewusst werden. In seinem Engagement für Jugendliche aus sozial schwachen Familien oder für Bauern, die Land besetzten, wandte sich Frenz im Namen seines Pfarramtes immer mehr der Sozialarbeit zu. In der Gemeinde stießen seine Aktivitäten jedoch mehr und mehr auf Unverständnis, ja sogar auf die Feindschaft vieler Gemeindemitglieder, die ihn als den »roten Pastor« beschimpften.

Nahezu zeitgleich zur Wahl Salvador Allendes zum Präsidenten der chilenischen Republik im Oktober 1970 wurde Helmut Frenz zum Präsident der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile (*Iglesia Evangélica Luterana en Chile – IELCH*) gewählt, da vor allem die spanischsprachigen Gemeinden ihn unterstützten. Als neuer »Bischof« musste er seine Provinz verlassen, um Anfang 1971 in die Hauptstadt Santiago zu ziehen. Dort setzte er sein soziales Engagement fort und kümmerte sich unter anderem aktiv um die Hilfe für jene lateinamerikanischen Flüchtlinge, welche aus den Nachbarländern vor der Diktatur nach Chile geflohen waren: Mehr als 20.000 derartige Flüchtlinge erreichten das Land nach

27 Vgl. ebd., S. 38.

1970.²⁸ Die Flüchtlingshilfe wurde von Allendes linkem Wahlbündnis, der *Unidad popular*, politisch unterstützt, indem die Regierung die Kirchen im Lande explizit aufforderte, die Flüchtlinge und damit den Staat bei seiner Arbeit zu unterstützen. Doch auch andere internationale Verknüpfungen waren für Frenz' Engagement in der Flüchtlingshilfe von Bedeutung: Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Chile, die Frenz leitete, war eine Partnerkirche der EKD wie auch der Evangelischen Kirche in den USA. Beide Institutionen waren darauf aus, ihre Präsenz im katholischen Lateinamerika zu festigen. Das für die Entwicklungshilfe mobilisierbare Budget war daher nicht gering. Der Fall Chile bot der EKD insofern eine wichtige Gelegenheit, um sein Engagement in der Region auszubauen.²⁹ Seine Funktion als Bischof bot Frenz auch die Gelegenheit für ein persönliches Treffen mit Allende im April 1973: Frenz beeindruckte die Persönlichkeit des Präsidenten sehr, der sich selbst als Agnostiker und nicht als Atheist bezeichnete und gegenüber den Fragen der Ökumene sehr offen schien.³⁰

Trotz des Zusammentreffens mit Allende reagierte Frenz beim Staatsstreich des 11. Septembers 1973 zunächst wie die Mehrzahl seiner deutschen Gemeindemitglieder.³¹ Ein erster Bericht an die EKD, datiert auf den 15. September, lässt das Gefühl der Erleichterung nach einer Periode der starken Unruhe und Unsicherheit deutlich zu Tage treten: »Im August 1973 befindet sich Chile in einem totalen Chaos auf wirtschaftlichem, politischem wie auf moralischem Gebiet.«³² In einem Brief vom 20. September insistierte Frenz besonders auf diesen Punkt und beklagte die sehr tendenziöse und falsche Berichterstattung der ausländischen Presse, von der er sich distanzierte: »Für viele im Ausland sieht es so aus, als ob Chile jetzt einen faschistischen Weg eingeschlagen hat.«³³ Aus-

28 Vgl. Frenz: »... und ich weiche nicht zurück«, S. 114-116.

29 Der Umstand, dass der Lutherische Weltbund im Mai 1973 in Santiago de Chile tagte, ist daher auch stark in diesem breiteren Kontext zu werten, und nicht etwa als eine einfache Unterstützung der Politik der Unidad popular Allendes. Owen Chadwick: *The Christian Church in the Cold War*, London 2002 (wo der Fall Chile jedoch nur am Rande anlässlich des Besuchs von Johannes Paul II. in Santiago thematisiert wird, S. 198); Dianne Kirby (Hg.): *Religion and the Cold War*, Basingstoke 2003/2013; Philip E. Muehlenbeck (Hg.): *Religion and the Cold War, A Global Perspective*, Nashville 2012.

30 Vgl. Frenz: »... und ich weiche nicht zurück«, S. 130 f.

31 Wie viele konservative Beobachter in anderen Ländern. S. z. B. Raymon Aron: *La tragédie chilienne*, in: *Le Figaro*, 14.9.1974.

32 H. Frenz, Bericht über die Lage in Chile, Santiago, 15.9.1973 (geschr. zwischen dem 11. und dem 14.9.1973), in: EZA 793/4.

33 Brief von H. Frenz an alle Kirchenvorstände, an alle Mitglieder des Synodalrates, an alle Pastoren der IELCH, Santiago, 20.9.1973, in: EZA 793/4.

druck seiner letztlich unentschlossenen persönlichen Haltung und einer gewissen Vorsicht gegenüber der offenen Situation im Land ist jedoch die Anmerkung: »Wir werden uns für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen. Wir werden protestieren, wenn die Menschenrechte in Chile mit Füßen getreten werden sollen.« Er fügte jedoch sofort hinzu, dass ihm die Informationen fehlten, um die Situation korrekt und endgültig einschätzen zu können. Ein Nachwort, mit dem Frenz seinen Bericht von Mitte September 1973 abschloss, drückte seine Furcht aus, von allen unverstanden zu sein, von den Freunden »zur Linken« und den Freunden »zur Rechten«. Der Christ in ihm zog daraus den Schluss:

Ihnen allen muss ich antworten, dass ich niemals den Sozialismus zu meiner ureigenen Sache gemacht habe. Mein Anliegen war stets der Mensch als mein Bruder. [...] Der Extremismus, der mit allen Mitteln die Sache des Menschen vertreten will, verdreht unser eigenes Engagement.³⁴

1.3 Als Protestant die Menschenrechte verteidigen

Frenz fand sich an diesem Punkt vor der schwierigen Wahl zwischen zwei Interpretationen der politischen Lage und seiner Haltung, die er dabei einnehmen sollte. Angesichts der großen Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung spielte der Einfluss des konservativen Milieus der deutschen Kolonie, in der er sich bewegte, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Menschenrechtsfrage ließ ihn aber in das Lager der Opposition gegen das Regime umschwenken. Entscheidend war dabei ein Treffen mit dem Kardinal von Santiago, Raúl Silva Henríquez, der Frenz am 15. September zu einem ökumenischen Treffen einlud und ihm das ganze Ausmaß der ersten Repressionsmaßnahmen eröffnete.

Das Treffen stand dabei ganz in der Kontinuität der ökumenischen Zusammenarbeit, die bereits vor dem Putsch begonnen hatte.³⁵ So war das Te Deum, das jedes Jahr am 18. September, dem chilenischen Nationalfeiertag, in der Kathedrale von Santiago abgehalten wurde, auf Wunsch Allendes als ökumenische Feier abgehalten worden. Der Austausch mit den anderen kirchlichen Führern, die in gleicher Weise mit der neuen Situation konfrontiert waren, besaß insofern eine entscheidende Bedeutung für die Haltung von Helmut Frenz gegenüber den

34 H. Frenz, Bericht über die Lage in Chile, Santiago, 15.9.1973, in: EZA 793/4.

35 Vgl. Gespräch der Autorin mit Axel Becker, Pfarrer in Chile von März 1973 bis 1981, Bergisch Gladbach, 14.7.2017.

neuen Machthabern. Eine wichtige Rolle spielte aber auch der direkte Kontakt mit den ersten lateinamerikanischen Flüchtlingen, die vor den Militärs in der Gemeinde des deutschen Pfarrers Schutz suchten. Von ihnen, »Terroristen« nach den Worten der Junta, hörte der Pastor aus erster Hand die Berichte über die physischen und psychischen Gewalttaten der Militärs.³⁶

Vor diesem Hintergrund entschloss sich Helmut Frenz, sich zu engagieren und den ausländischen Flüchtlingen zu helfen, so schnell wie möglich das Land zu verlassen – eine Forderung, die auch die Junta selbst verlangte. Dies war seine erste Teilnahme an einer internationalen Solidaritätsaktion, die in Chile selbst ihren Ausgang nahm.³⁷ Der Hohe Kommissar für Flüchtlinge der UNO, der sogenannte UNHCR, ernannte ihn hierfür zum Präsidenten des neuen *Comité Nacional de Ayuda a los Refugiados* (CONAR), das er selbst mitgegründet hatte. Frenz arbeitete dabei eng mit dem Vertreter des Zentralbüros des Hohen Kommissars für Lateinamerika zusammen, der in Buenos Aires in Argentinien stationiert war, dem Tschechen Oldrich Haselman.³⁸ Wie Frenz wiederholt unterstrich, war die Motivation des Komitees »weder politisch, noch ideologisch, sondern evangelisch, christlich, humanitär«.³⁹ Die direkte Unterstützung durch den UNHCR schützte das CONAR vor dem Vorwurf seitens der Regierung, im Dienste Moskaus zu stehen. Damit erhielt es eine größere Legitimität und einen breiteren Handlungsspielraum, in Chile wie auch im Ausland.

Weitere zentrale Akteure in dem Spiel waren die internationalen kirchlichen Institutionen, allen voran der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) mit Sitz in Genf, der bereits ab dem 24. September 1973 eine Delegation nach Chile entsandte.⁴⁰ Gegründet 1948 durch die protestantischen Kirchen Nordamerikas und Europas, hatte der ÖRK die Mission, die internationale ökumenische Zusammenarbeit zwischen den

36 Frenz: »... und ich weiche nicht zurück«, S. 157 f.

37 Vgl. Saavedra: *Sociedad civil en Dictadura*, S. 43-88.

38 Haselman hatte sein Land nach der Machtübernahme der Kommunisten im Jahr 1948 verlassen und sich zunächst in Frankreich niedergelassen: Ihm kann kaum eine pro-kommunistische Haltung vorgeworfen werden. Siehe *Československé dokumentační středisko*, URL: <http://www.csds.cz/cs/g6/413-DS.html> (letzter Zugriff am 4.4.2016).

39 Testimonio del Obispo H. Frenz, in: *Chile-America* 16-18, (März-April-Mai 1976), S. 81-86.

40 Die Holländerin Annie Went und der Schweizer Reverend Theo Tschuy fuhren zunächst nach Argentinien und Peru und waren vom 18. September bis 4. Oktober 1973 in Chile. Vgl. *Early missions to Chile. 1973-1974*, in: *Archiv WCC – HR-ROLA*, 429.1.05/WCC.

christlichen Kirchen zu fördern. In den 1960er Jahren wurde sein Einfluss immer größer, denn die wachsende Präsenz der Mitgliedskirchen aus der »Dritten Welt« öffnete die Debatten gegenüber den politischen Anliegen aus diesen Regionen. Auch einige Lateinamerikaner arbeiteten am Sitz des ÖRK in Genf. Angesichts des verstärkten Einflusses der Befreiungstheologie sah es der Rat als seine Aufgabe an, sich noch stärker auch für Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu engagieren.⁴¹ Die Debatten ließen dabei mehr und mehr die Frage der religiösen Freiheit hinter sich, um noch stärker die individuellen und kollektiven bürgerlichen und politischen Rechte und Freiheiten in den Blick zu nehmen.

Als Helmut Frenz am 10. Oktober 1973 einen neuen Bericht an die EKD und an die Kirchen im Ausland schickte, hatte sich daher auch seine Position deutlich gewandelt:

Im Augenblick geht es gar nicht darum, die Demokratie in Chile zu retten, es geht darum, einige tausend Menschen vor dem Schlimmsten zu bewahren. Unser guter Ruf geht dabei vielleicht verloren. Doch das ist dann der Preis, den wir für die Rettung des Menschenbruders zahlen müssen. Der Maßstab für unser Handeln ist Jesu Christus und keine Ideologie.⁴²

Die Bedeutung dieses Perspektivenwechsels wurde auch von der EKD-Leitung eindeutig erkannt, die zunächst den Putsch nicht problematisiert hatte: »Die Briefe und der Bericht ergänzen und korrigieren das Bild, das durch Tagespresse und Medien geprägt wurde. Sie geben vor allem einen wichtigen Einblick in die Aufgabe der Kirchen angesichts der veränderten Situation«, notierte der Präsident der EKD, Adolf Wischmann, am 23. Oktober 1973.⁴³

Der Blick auf die Ereignisse in Chile um den 11. September 1973 macht deutlich, welche entscheidende Rolle zu Beginn einzelne Personen und Institutionen spielten, und zwar nicht nur als Informationsquellen für ihre Vermittler in Europa, sondern auch als Akteure, welche in engem Kontakt miteinander die ersten Stränge für das Netzwerk der internationalen Solidarität aufbauten. Ebenso zeigen sie, dass auch die Akteure vor Ort erst langsam ihre Position finden mussten, obgleich in der globalen Presse bereits Kritik kursierte. Die Aktionen des Pfarrers Helmut Frenz

41 Vor dem Hintergrund des Zweiten Vatikanischen Konzils organisierte der ÖRK eine Reihe von internationalen Konferenzen in Genf, unter anderem jene von 1966 zum Thema des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft.

42 H. Frenz, 2. Bericht über die Lage in Chile, 10.10.1973, in: EZA 793/4.

43 Wischmann an Mitglieder des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Frankfurt/M., 23.10.73, EZA 87/234.

ließen dabei einige Weichenstellungen und Positionen erkennen, die ihrerseits wieder in Deutschland, sowohl im Westen als auch im Osten, heftige Debatten über die konkrete Bedeutung des Kampfes um die Menschenrechte auslösten.

2. Die Verteidigung der Menschenrechte in Chile im Schatten der deutschen Geschichte

Die Verteidigung der Menschenrechte in Chile korrespondierte mit zahlreichen nationalen Debatten: die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur und das Schicksal der deutschen Flüchtlinge während und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die Verteidigung der Menschenrechte in der DDR im Kontext des Kalten Krieges und die politische Gewalt sowohl der RAF als auch des international aufkommenden Terrorismus. Diese Grundfragen der aktuellen Politik und der nationalen Geschichte wurden von Helmut Frenz und seinen Gesprächspartnern immer wieder angesprochen, da sie sich sehr bewusst waren, welche zentrale Bedeutung sie für die deutsche Öffentlichkeit bei der Wahrnehmung der Ereignisse in Chile spielten.

2.1 Von den Exilanten des Zweiten Weltkriegs zu den chilenischen Exilanten

Eine der Konstanten des internationalen Diskurses zur Kritik am Pinochet-Regime war die Parallele zwischen der als faschistisch deklarierten chilenischen Militärjunta und dem Regime der Nationalsozialisten. Insbesondere die deutschen Menschenrechtsaktivisten in West wie Ost bezogen sich immer wieder auf diesen Vergleich. Auch der Theologe Helmut Gollwitzer, Professor an der Freien Universität Berlin und Mitglied des Ehrenkomitees des Chile-Solidaritätskomitees Westberlins, erinnerte in einem offenen Brief vom Dezember 1973 an den Kanzler Willy Brandt und an den Innenminister Hans-Dietrich Genscher an die »jungen Erfahrungen der Diktatur« in Deutschland und an das Schicksal der politischen Exilanten, welche vor dem NS-Regime ins Ausland geflohen seien.⁴⁴ Er forderte die rasche Aufnahme von mindestens 1300 chilenischen Flüchtlingen durch die Bundesrepublik. Der Brief wurde in Westberlin durch *Amnesty International Deutschland* weit verbreitet.

44 Berliner Theologe macht sich für Chile-Flüchtlinge stark, in: *Süddeutsche Zeitung*, 5.12.1973.

Auch wenn in vielen zeitgenössischen Texten damit eine nationale Lektüre der Ereignisse Chiles dominierte, wurde gleichzeitig doch auch ihre universelle Bedeutung herausgehoben. Ein anderer Text Gollwitzers, *Lehrstück Chile*, der dazu aufrief, die Gegner der Militärjunta bedingungslos zu unterstützen, erhielt vor diesem Hintergrund ein besonders breites internationales Echo. Hervorgegangen war er aus einer Rede anlässlich eines Sit-ins, das seit dem 14. September 1973 im Haus der Kirche in West-Berlin stattfand. Bei der Publikation des Textes in den Vereinigten Staaten im Mai 1974 in *Christianity & Crisis. A Christian Journal of Opinion* unterstrich die Redaktion den besonderen Kontext der ursprünglichen Veröffentlichung: »Although Gollwitzer speaks out of a West German context, we believe his remarks have significance for all Christians, concerned with relating political reality and spiritual questions.«⁴⁵

Auch für Helmut Frenz führte der Appell an die internationale Solidarität über die Erinnerung an die Opposition und den Widerstand gegen das NS-Regime. Am 27. Oktober 1973 schrieb der Pfarrer daher einen direkten Brief an Bundeskanzler Willy Brandt: »Ihre Haltung gegenüber dem 3. Reich ist mir bekannt, aus diesem Grund schreibe ich Ihnen.«⁴⁶ Er stellte seine Aktion explizit unter das Vorzeichen der Menschenrechte. Neben dem CONAR war am 6. Oktober gerade ein zweites »Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte« gegründet worden, das allerdings einen etwas »weniger aggressiven« Namen trug: »Komitee für die Kooperation für den Frieden in Chile« (*Comité de Cooperacion para la Paz en Chile*). Das vordringlichste Ziel sei es, den verfolgten Menschen zu helfen: »Unser Schweigen und Nichtstun macht uns schuldig!« Das Schicksal der Opfer der Diktatur rückte damit in den Mittelpunkt des Diskurses von Frenz, der nun nicht mehr allein den ausländischen Flüchtlingen, sondern auch allen Chilenen seine Unterstützung versprach.

Im Dezember 1973 unternahm Helmut Frenz eine Reise nach Europa, darunter auch in die Bundesrepublik, um den Verantwortlichen in Politik und Kirchen die Situation in Chile zu erläutern und auf die dringende Not der Flüchtlinge aufmerksam zu machen.⁴⁷ Kurz vor seiner Rückkehr nach Lateinamerika adressierte er am 13. Dezember 1974 einen Brief an den späteren Bundesminister für Forschung und Technologie, Hans Matthöfer, in welchem er ihn erneut an die Notwendigkeit erinnerte, Flüchtlinge aus Chile in der Bundesrepublik aufzunehmen.

45 *Christianity & Crisis. A Christian Journal of Opinion* 8 (1974), S. 98-100.

46 Brief von H. Frenz an Bundeskanzler W. Brandt, 27.10.1973, in: EZA 87/234.

47 Vgl. Brief von Hans-Otto Hahn, Das Diakonische Werk. Innere Mission und Hilfswerk, EKD, an Jürgen Vahlberg, MdB, Stuttgart, 7.12.73, in: EZA 87/234.

Frenz stellte auch die Frage, welche Rolle die Kirchen, Katholiken wie Protestanten, für die Hilfsmaßnahmen übernehmen könnten. Dabei unterstrich er, es sei ihm »im Diakonischen Werk in Stuttgart versichert worden, dass ebenfalls bei der Repatriierung der Ostflüchtlinge die Kirchen in den einzelnen Ländern sehr tatkräftig mit den Regierungsstellen zusammengearbeitet haben«.48 Mit dieser historischen Parallele wollte Frenz zweifellos die parteiübergreifende Wichtigkeit der Flüchtlingshilfe betonen: Gleichgültig ob Vertriebene, die vor dem Vormarsch der sowjetischen Truppen flohen, oder chilenische Sozialisten und Kommunisten – die Aufgabe der Kirchen sei es, jeder Person in Not zu helfen! Ganz in diesem Sinne gedacht war auch die Verleihung des Fridtjof-Nansen-Flüchtlingspreises des UNHCR an Helmut Frenz im September 1974. Der Preis war 1955 unter dem Eindruck der Bevölkerungsverschiebungen in der Nachkriegszeit geschaffen worden, um außergewöhnliche Leistungen für das Anliegen der Flüchtlinge auszuzeichnen.49

2.2 Die Verteidigung der Menschenrechte und die Angst vor Extremismus in Deutschland

Eines der wichtigsten Ziele von Helmut Frenz war es in den ersten Wochen und Monaten nach dem Staatsstreich, die finanzielle und moralische Unterstützung im Ausland zu erreichen. Er reiste viel, um als Nicht-Chilene der ganzen Welt von den Ereignissen in Chile zu berichten. Hierfür erschien es vor allem notwendig, »negative Klischees« über die lateinamerikanischen und chilenischen Gegner Pinochets in den europäischen Öffentlichkeiten zu zerstreuen.50 Denn, wie Frenz im Februar 1974 notierte, das größte Hindernis stellte nicht das chilenische Regime dar, das die Oppositionellen so schnell wie möglich loswerden wolle, sondern eher die sehr misstrauischen Aufnahmeländer in Europa.51

Äußerst ambivalent war bereits die begriffliche Bezeichnung des Geschehens. Der Begriff des »politischen Gefangenen«, der die Unterstützung von NGOs wie Amnesty International oder von kirchlichen Stellen überhaupt erst ermöglichte, besaß nämlich in der politischen Debatte der

48 Brief von H. Frenz an Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, BMZ, Dr. Hans Matthöfer, 13.12.1974, in: EZA 87/234.

49 Vgl. Annonce du service information des Nations unies, communiqué de presse n° REF/1182, 23 septembre 1974: »Attribution de médaille Nansen à l'évêque Helmut Frenz pour son action en faveur des réfugiés au Chili«, in: Archiv WCC – HR-ROLA, 429.3.07/01/01.

50 Brief von H. Frenz an Dr. Hans Matthöfer, Stuttgart, 13.12.1973, in: EZA 87/234.

51 Vgl. H. Frenz, Notizen, San Pedro, 21.2.1974, in: EZA 793/4.

Bundesrepublik jener Jahre einen deutlichen politischen Beigeschmack. Umkämpft war er, da die Sympathisanten der RAF ihn ebenfalls für ihre verhafteten Mitglieder beanspruchten. Ihre Festnahme im Juni 1972 und die Debatten um die Umstände ihrer Inhaftierung waren noch allgemein in Erinnerung: Konnte man sie als »politische Gefangene« bezeichnen, auch wenn sie bei ihren Aktionen Gewalt angewendet hatten? Im Oktober 1972 kam der Verantwortliche für die internationalen Beziehungen der EKD, Reinhart Müller, auf diese Frage anlässlich eines Flugblattes von Amnesty International zu sprechen, das das Schicksal der »politischen Gefangenen« in Brasilien anklagte. Dieser Begriff sei problematisch, denn:

Bei der Verfolgung der Baader-Meinhof-Gruppe haben wir ja die Brandbreite der Urteile auch hierzulande kennengelernt und haben seither etwas mehr Verständnis dafür, dass auch politisch urteilsfähige Brasilianer Bankraub, Entführung und Ermordung fremder Diplomaten, Bombenanschläge und Terrorakte gegen Zivilisten als Mittel des politischen Kampfes ablehnen.⁵²

Wie das Beispiel zeigt, war die Position des Verantwortlichen der EKD weit entfernt von der deutlich kritischeren Position von Amnesty Deutschland, die ihrerseits auch erst nach langen internen Debatten über die konkrete Definition des »politischen Gefangenen« und die Frage des Rückgriffs auf die Gewalt als Mittel des politischen Kampfes gefunden worden war.⁵³

Helmut Frenz war sich des sensiblen Charakters dieses Themas sehr bewusst – und zwar nicht nur in Bezug auf die eigene Kirche, sondern auch mit Blick auf die bundesdeutsche Regierung. In seinem Schreiben an den SPD-Politiker Hans Matthöfer unterstrich er daher den Umstand, dass unter den 4000 Personen, die von dem CONAR als Wartende auf die Aufnahme in ein Gastland registriert seien, »keine [...] in politischen Aktivitäten in Chile verwickelt« sind. Zudem betonte er: »Es handelt sich nicht [unterstrichen im Original] um Ostagenten, es handelt sich in keiner Weise um Menschen, die die politische Sicherheit der Bundesrepublik gefährden können.«⁵⁴ Und er wiederholte: »Ich bin ein entschiedener Gegner des Extremismus [...]. Heute muss ich aber die Extremisten schützen, weil sie verfolgt werden und auf sie Folter

52 Brief vom OKR Dr. Reinhart Müller (Außenamt der EKD) an Hans Otto Hahn (Das Diakonische Werk), 23.10.72, in: EZA 6/9810.

53 Gespräch der Autorin mit Wolfgang Heinz, ehemaliges Mitglied des Boards von ai Sektion BRD, Berlin, 19.6.2014.

54 Brief von H. Frenz an Dr. Hans Matthöfer, Stuttgart, 13.12.1973, in: EZA 87/234.

und Tod warten.« Insofern entsprach seine Position 1973 eher der von Amnesty International als den offiziell von der EKD vertretenen Anschauungen.

2.3 Die Menschenrechte in Chile als ostdeutscher Christ verteidigen?

Der Appell an die Solidarität mit Chile, wie er gleich im September 1973 in der DDR von Seiten des Staates propagiert wurde,⁵⁵ stellte die kirchlichen Kreise vor eine Gewissensfrage, wie die die Debatten innerhalb des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK oder Bund) zeigen. Das Beispiel der Mobilisierung der Kirchen erlaubt es, die dominierende historiografische Perspektive zu ergänzen, die DDR-Initiativen in erster Linie als staatlich gelenkte Mobilisierung betrachtet,⁵⁶ und die Solidaritätsaktionen in der Bundesrepublik und in der DDR in einer »Histoire croisée« gleichzeitig zu analysieren.⁵⁷

Denn ähnlich wie auf der bundesdeutschen Seite wurde auch in der DDR die Situation in Chile ganz unter dem Vorzeichen des Ost-West-Konflikts interpretiert. Die eigene Lage in der DDR wie auch die deutsche Vergangenheit dienten gewissermaßen als Folie für die Wahrnehmung der politischen Situation in Lateinamerika. Das »Chile-Problem« wurde im Bund der Evangelischen Kirche vor allem in der Gruppe »Weltverantwortung und Nachbarstaaten« debattiert, die vom Erfurter Pfarrer Jürgen Michel geleitet wurde.⁵⁸ Die Entwicklung des Engagements der Gruppe machen deutlich, wie sehr die Aktivisten neben den Formen der politischen Aktionen auch ihre grundsätzliche Legitimation

55 Siehe dazu Inge Emmerling: Die DDR und Chile: Außenpolitik, Außenhandel und Solidarität, Berlin 2013.

56 Siehe zum Beispiel, Sebastian Koch: Zuflucht DDR? Chilenische Flüchtlinge und die Ausländerpolitik der SED, Paderborn 2016; Dufner: Partner im Kalten Krieg, S. 286-292; Emmerling: Die DDR und Chile, S. 351-359; Jadwiga E. Pieper Mooney: East Germany: Chilean Exile and the Politics of Solidarity in the Cold War, in: Christiaens u. a. (Hg.): European Solidarity with Chile, S. 275-299. Und über den chilenischen Fall hinaus Quinn Slobodian (Hg.): Comrades of Color: East Germany and the Cold War World, New York 2015.

57 In dieser Perspektive s. das Buch über die Mobilisierung der Filmschaffenden zwischen Chile, der Bundesrepublik und der DDR von Isabel Mardones/Monica Villarroel: Senales contra el olvido. Cine chileno recobrado, Santiago 2012.

58 Brief von Jürgen Michel an den Bund der Evangelischen Kirche in der DDR, Ökumenische Kommission zu Hd. Herrn OKR Pabst, Erfurt, 24.1.1976, in: EZA 101/1520. Michel war als Christ und als Sozialist sehr stark kirchenreformerisch orientiert und sehr interessiert an Kontakten mit politischen Opponenten, ohne aber – wie man ihm nachsagte – dem Antikommunismus zu verfallen (Gespräch der Autorin mit Probst Heino Falcke, Erfurt, 1.9.2017).

bewegte. Im Juni 1974 forderte die Gruppe von den Verantwortlichen der Kirchenprovinz Sachsen deutlichere und zahlreichere Akte der Solidarität, eine klare Stellung gegen die Junta und ein Bekenntnis zur Unterstützung der Opfer.⁵⁹ Der Erfurter Propst Heino Falcke stellte ihnen hierauf die Frage nach dem Sinn und der realen Bedeutung dieses Appells zur Solidarität.⁶⁰ Die Antwort der Gruppe vom Oktober 1974 war eindeutig: Als Christen in der DDR, welche »eigene Probleme der Vergangenheit und Gegenwart belasten«, hätten sie durchaus das Recht, Position zu den Ereignissen in Lateinamerika zu beziehen. Das Anliegen hätte eine so große Bedeutung für einen ganzen Kontinent, dass sie ihre Zurückhaltung aufgeben müssten, selbst wenn der Eindruck entstehe, sie würden von der Mobilisierung um Chile profitieren, um »Kritik gegenüber der eigenen gesellschaftlichen Situation zu artikulieren«.⁶¹ Diese Position wurde von dem Konsistorium der Kirchenprovinz Sachsen im Januar 1975 abgelehnt. Es würden sich »sehr kritische Stimmen« melden, wenn die geforderten Solidaritätsgottesdienste in der ganzen Provinz abgehalten würden.⁶²

Der Briefwechsel offenbart die vielfältigen Zwänge, die Mitte der 1970er Jahre bei allen politischen Stellungnahmen zu Menschenrechtsfragen auf dem Kirchenbund in der DDR lagen. Gleichzeitig unterstreicht er aber auch die Kraft des Wunsches der Gemeinden, sich in diesen Fragen deutlich und laut zu äußern. Dies spiegelt sich auch in der Furcht der Stasi wider, die misstrauisch alle Kontakte der Kirchen und der chilenischen Exilanten beäugte, da sie das Aufkommen von Kritik am ostdeutschen Regime befürchtete.⁶³ Die Spannungen des Kalten Krieges kamen auf diese Weise zur Last der deutschen Vergangenheit hinzu und erschwerten die Debatten um die Verteidigung der Menschenrechte in Chile noch weiter.

59 Vgl. Brief von Jürgen Michel an den Bund der Evangelischen Kirche in der DDR, Ökumenische Kommission zu Hd. Herrn OKR Pabst, Erfurt, 24.1.1976, Anlage 1, 1.6.1974, in: EZA 101/1520. Die Erklärung wird veröffentlicht in: Information des Ökumenischen Jugenddienstes, Nr. 8 (August 1974), in: RHG/ HL (Nachlass Heiko Lietz) 204/09.

60 Vgl. Ders., Anlage 3, August 1974, in: EZA 101/1520.

61 Ders., Anlage 4, 18.10.1974, in: EZA 101/1520.

62 Ders., Anlage 5, 20.1.1975, in: EZA 101/1520.

63 Zwei katholische Priester aus Zwickau und ein Mitglied der Aktion Sühnezeichen aus Jena hätten, so die Stasi, versucht, Chilenen für ihre Treffen zu mobilisieren, was aber vergeblich gewesen sei (vgl. BSTU HA II/19). Die Stasi warf den drei Kirchenmitgliedern vor, die chilenischen Exilanten im Sinne einer Kritik der DDR zu beeinflussen. Auch in Cottbus hatte ein Mitglied der Jungen Gemeinde gute Kontakte zu den Chilenen, die berichteten, dass gegen die DDR gerichtete Äußerungen gefallen seien. S. Emmerling: Die DDR und Chile, S. 460.

Dennoch wäre es falsch, die Debatten in der DDR und in der Bundesrepublik als völlig voneinander getrennte Diskurse zu betrachten. Das Bulletin *Information des Ökumenischen Jugenddienstes* der evangelischen Kirche Ostdeutschlands, das an alle Pfarrgemeinden der DDR geschickt wurde, war dafür bekannt, Artikel aus dem Westen wie dem Osten zu veröffentlichen. Die Mitglieder des Ökumenischen Jugenddienstes, 1967 gegründet und mit Hauptsitz in Ost-Berlin, waren sehr engagiert, sogar mit Initiativen in der sogenannten Dritten Welt – unterstützt von dem ÖRK in Genf.⁶⁴ Im November 1974 wurde eine ganze Nummer der *Information* der Frage der Menschenrechte gewidmet. Dabei veröffentlichte das Blatt unter anderem Auszüge aus einem Interview des Evangelischen Pressedienstes in der Bundesrepublik mit Dwain Epps, dem Verantwortlichen für die Konsultation über die Menschenrechte in der Kommission für Internationale Angelegenheiten des ÖRK.⁶⁵ Auf die Frage, ob »Kirchen des Westens stellvertretend für Kirchen aus dem Osten in der Frage der Menschenrechte sprechen dürfen, können oder sollen«, antwortete er:

Die Kirchen [in Westeuropa] können [Folgendes] tun: sorgfältig auf die Stimmen der Kirchen in Osteuropa hören. Gewissenhaft zu verstehen suchen, wie sie ihre Position einschätzen. Und die Art von Solidarität mit ihnen zum Ausdruck bringen, um die sie selbst bitten. Das gilt sowohl angesichts der Situation in Osteuropa als auch in Südkorea und Chile.

Der chilenische Fall wurde von Epps damit explizit in eine globale Geographie der Menschenrechte eingebunden, welche sowohl die West-Ost- als auch die Nord-Süd-Spannungen überschritt.

Gegenüber einem solchen Universalismus der Menschenrechte stellte sich die Realität natürlich deutlich komplexer dar: Die Mobilisation für die Solidarität, wie sie Akteuren wie Helmut Frenz vorschwebte, wurde nämlich vor allem durch die Attacken der Gegner erschwert, in Deutschland ebenso wie in Chile, wo sich ebenfalls die deutschen Gemeinden über der Menschenrechtsfrage zerstritten.

64 Es gab aber Krisen innerhalb des Ökumenischen Jugenddienstes, z. B. als klar wurde, dass Mitglieder mit der Stasi kooperiert hatten. Gespräch der Autorin mit Heino Falcke, Erfurt, 1.9.2017.

65 Vgl. *Information des Ökumenischen Jugenddienstes*, November 1974, in: GRH/HL 204/09.

3. *Eine Identitätsfrage zwischen West und Ost, Nord und Süd*

Die internationale Solidarität, die sich direkt nach dem Staatsstreich organisierte, formierte sich in erster Linie in Chile selbst. Die Kirchen waren hierbei die wichtigsten Protagonisten, wobei die konfessionellen Unterschiede nur eine geringe Rolle spielten. Waren sie in den ersten Monaten noch Gesprächspartner des Staates, gewannen sie doch im Laufe der Zeit mehr und mehr Distanz zu diesem, vor allem nach dem Januar 1974, als sich die Solidarität mit den nicht-chilenischen Flüchtlingen auf die Gesamtheit der Bevölkerung ausweitete. Die Junta löste im November 1975 das Friedenskomitee auf. Schon ab dem 1. Januar 1976 übernahm das *Vicaría de la Solidaridad* unter der Leitung des katholischen Bischofs Raúl Silva Henríquez die Führung. Weiterhin aber blieben die Mitglieder verschiedener Kirchen in der Flüchtlingshilfe aktiv.⁶⁶

Der von ihnen vertretene Gedanke, dass jeder Mensch auch Bruder in Christus sei, bildete die Grundlage der kirchlichen Menschenrechtsaktivitäten. Dies stellte aber nicht nur der chilenische Staat, sondern auch zahlreiche Mitglieder der deutschen Gemeinde in Chile in Frage. Für die weitere Entwicklung der transnationalen Solidaritätsbewegung besaßen sie eine sehr wichtige Rolle, deren Einfluss auf die Ereignisse nicht unterschätzt werden darf.

3.1 Die Spaltung der evangelischen Kirche Chiles

Mit seinen Aktivitäten in der Flüchtlingshilfe sah sich Helmut Frenz tatsächlich sehr schnell einer immer lauter werdenden Kritik in der deutschsprachigen Gemeinde in Chile ausgesetzt. Diese besaß nicht nur ein starkes Gewicht in der Politik und der Wirtschaft des Landes, sondern verfügte auch über einen großen Einfluss auf die westdeutsche Regierung. Der Vertreter des Bundeskanzleramts in Bonn, Dr. Schauer, schrieb ganz in diesem Sinne in einem Brief vom 27. September 1973 an Clarita Müller-Plantenberg vom Chile-Solidaritätskomitee in West-Berlin, dass ein Abbruch der Beziehungen zum neuen Regime ausgeschlossen sei. Dies sei »insbesondere zum Schutz der in Chile lebenden Deutschen notwendig«.⁶⁷ Die Ambivalenz der Position Bonns in dieser Frage ist mit Händen zu greifen: Das Argument, die Deutschen im Land

66 Vgl. Charles Harper: *A Acompanhamento. Oecumenical Action for Human Rights in Latin America (1970-1990)*, Genf 2006, S. 27-45.

67 Brief von Dr. Schauer an Komitee Solidarität mit Chile, Bonn, 27.9.1973, in: EZA 87/234.

nicht ohne Schutz lassen zu wollen, brachte den sozialdemokratischen Bundeskanzler und ehemaligen Exilanten Willy Brandt dazu, die diplomatischen Beziehungen mit dem diktatorischen Regimes Pinochets und mit einer deutschsprachigen Gemeinde, die der aktuellen deutschen Politik weitgehend ablehnend gegenüberstand, nicht abzurechnen.

Wie explosiv die Lage in der deutschen Gemeinde Chiles war, zeigte sich im Januar 1974, als Reinhart Müller, verantwortlich für die Beziehungen mit Lateinamerika in der EKD, in das Land reiste, um die Situation vor Ort zu beobachten und sich vor allem ein Bild von den Spannungen innerhalb der evangelischen Kirche zu machen. In einem Artikel des internen Bulletins der EKD berichtete er von heftigen Diskussionen, wobei die Anhänger Pinochets die Argumente des Menschenrechtsdiskurses umdrehten: »Wer hat gegen die Gewalttaten und das Unrecht protestiert, das während der vergangenen Jahre unter der Unidad popular verübt wurde?«⁶⁸ Mobilisiert wurden aber auch die Ressentiments gegenüber den jungen Pastoren aus Westdeutschland: »Sind wir als Ansässige nicht noch anders mit diesem Land und seiner Zukunft solidarisch als die auf Zeit entsandten deutschen Pastoren, und müssen wir nicht die Zukunft der Kirche gemeinsam mit ihnen verantworten?« Müller fasste seine Eindrücke so zusammen:

In der deutschstämmigen Kirche in Chile wird die Spannung zwischen der Volks- und Diasporakirche, zwischen einer eingesessenen und einer fremdbestimmten Kirche, zwischen ›Tradition‹ und ›Revolution‹, Herkunft und Zukunft, heute leidvoll erfahren und zwingt sie in eine Zerreißprobe. Sie braucht jetzt nicht fremde Hilfe und überhebliche Kritik, sondern unsere Begleitung und unsere Fürbitte.

Müller weigerte sich explizit, in seinen öffentlichen Äußerungen in diesem Konflikt eine klare Position zu beziehen, und beschrieb lediglich die wechselseitigen Anschuldigungen und den tiefen Graben zwischen beiden Lagern. Tatsächlich stellte sich in der Auseinandersetzung die fundamentale Frage nach der Identität der deutschen Gemeinde in Chile und der Legitimität der Präsenz einer deutschen evangelischen Kirche im Lande.

Am Ende konnten weder Helmut Frenz noch die westdeutschen Kirchenvertreter die Spaltung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile (IELCH) und die Gründung der Lutherischen Kirche in Chile

68 Reinhart Müller: Chiles Lutheraner in der Zerreißprobe«, in: epd – Ausgabe für kirchliche Presse 5 (1974).

(ILCH) am 21. Juni 1975 verhindern.⁶⁹ Die neue Kirche stellte sich öffentlich gegen das Engagement ihres ehemaligen »roten Bischofs« und unterstützte die Junta. Eine zentrale Rolle spielte hier Julius Lajtony, der 1956 aus dem kommunistischen Ungarn geflohen war.⁷⁰ Im September 1973 zählte die IELCH noch 22.000 Mitglieder in zwölf Gemeinden (neun alte deutschsprachige Gemeinden und drei spanische Missionsgemeinden). Nach der Spaltung sah das Bild anderes aus: Es existierten im Land jetzt acht deutschsprachige Gemeinden, von denen sechs der neuen ILCH angehörten. Die beiden anderen deutschsprachigen Gemeinden weigerten sich, zwischen den beiden deutschen lutherischen Kirchen zu entscheiden. Die Solidaritätsaktionen von Helmut Frenz hatten damit zu einer wichtigen Spaltung in der deutschsprachigen Gemeinschaft Chiles geführt. Und dies, obwohl seine Stellungnahme von internationalen Gremien und auch im Allgemeinen von der EKD unterstützt wurde. Dies unterstreicht die große politische und soziale Distanz, die zwischen den sogenannten »Chile-Deutschen« und den von der EKD gesandten Pfarrern bestand, die als Vertreter der neuen Bundesrepublik angesehen wurden.⁷¹ Julius Lajtony drückte im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung* die Position der Sezessionisten dahingehend aus: »Wir brauchen keinen Frenz, sondern Seelsorger. Oder was würde man in Deutschland mit einem Gastarbeiter machen, der Baader und Meinhof hilft?«⁷²

3.2 Von der evangelischen Kirche zu Amnesty International

Die seit Ende des Jahres 1973 geführte Kampagne gegen den »roten Pfarrer« wurde 1974 immer heftiger, vor allem während der im November abgehaltenen Synode der lutherischen Kirche. Frenz' Gegner lancierten Anfang 1975 eine Petition, welche von der chilenischen Regierung seine Demission sowie den Abzug von ihm und drei weiteren Pfarrern verlangte.⁷³ Im Laufe des Jahres 1975 nahmen die Angriffe weiter an Schärfe zu. Sie führten letztlich zu seiner Ausweisung am 4. Oktober 1975, zu einem Zeitpunkt, als Frenz bei einem Studienseminar des lutherischen Weltbundes in Genf in Europa weilte. Die Junta warf ihm dabei vor, einem

69 Vgl. Daniel Lenski: Die Spaltung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile 1974/75, Köln 2012.

70 Manfred von Conta: Hirte an der kurzen Leine. Chile heute. Die Spaltung der deutsch-lutherischen Kirche, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.8.1975.

71 Gespräch der Autorin mit Axel Becker, 14.7.2017.

72 Von Conta: Hirte an der kurzen Leine.

73 Brief von Kunst an Dr. Gehoff, 20.6.1975, in: EZA 87/2257.

Komitee vorzustehen, das »eine Deckorganisation für illegale subversive Aktivitäten« sei.⁷⁴

Anfang Oktober 1975 reisten aber auch Frenz' Gegner Wagner und Lajtony nach Europa, unter anderem um in München bei der CSU politische Unterstützung für ihre Position zu suchen. Zudem waren sie auf der Suche nach Pastoren, die bereit waren, zu ihnen nach Chile zu kommen. In einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst betonten sie:

Unsere Schäfchen waren [vor dem 11.9.73] total verängstigt, verzweifelt, und die Hirten waren nicht da. Da entstand ein Riss zwischen Pfarrern und Gemeinden, eine allmählich sich entwickelnde Entfremdung. Und nach dem 11. September gerieten andere Menschen in Not. Und da haben die Pfarrer eingegriffen, und zwar mit außerordentlichem Elan. Schwerlich kann man etwas dagegen sagen, man fragt sich nur: Woher auf einmal diese Liebe für den nächsten, wo war sie denn vorher? [...] Sie helfen also ihren ideologischen Freunden.⁷⁵

Tatsächlich aber hatte sich Frenz, wie sein Pfarrerkollege Axel Becker betont, unter anderem im März 1973 noch unter der Volksfrontregierung durchaus auch gegen »das Lynchen von Landgutsbesitzern« ausgesprochen.⁷⁶ Das Zitat von Wagner und Lajtony unterstreicht aber auch einmal mehr, dass das Motiv der Verteidigung der Menschenrechte nicht allein von Frenz und den Gegnern des Pinochetregimes aufgebracht wurde, sondern auch durchaus gegen sie verwendet werden konnte, indem man ihnen die Einseitigkeit ihres Engagements vorwarf.

Frenz' Ausweisung aus Chile rief schnell ein weltweites Echo hervor: In den USA, in Europa, und nicht nur in Genf, erhoben sich Proteste im Namen der von dem Pfarrer zugunsten der Flüchtlinge geleisteten Arbeit.⁷⁷ Auch aus der DDR kamen viele Unterstützungsschreiben. Infor-

74 Die offizielle Erklärung der Junta: »Por realizar actividades antinacionales y comprometer gravemente la seguridad y tranquilidad públicas, el Supremo Gobierno ha dispuesto prohibir la entrada al país de Helmut Frenz y la revocación del permiso de permanencia definitiva« [Wegen anti-nationaler Aktivitäten und ernster Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe hat die Oberste Regierung beschlossen, die Einreise von Helmut Frenz in das Land zu verbieten und seine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu widerrufen]. S. La Iglesia y la Junta Militar de Chile: documentos, Buenos Aires 1975, S. 129.

75 Gespräch des epd mit Pfarrern Wagner und Lajtony, München 9.10.1975, in: EZA 6/2385.

76 Telefonisches Gespräch der Autorin mit Axel Becker, 14.10.2016.

77 Siehe unter anderem das Dossier der EKD »Evang.-Luth. Kirche in Chile (Juli 75-Okt 76) – Vorgänge um Helmut Frenz«, in: EZA 101/1520; sowie das Dossier

melle Kontakte bestanden in der Tat seit mehreren Jahren zwischen Frenz und Mitgliedern des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR.⁷⁸ Im Sommer 1970 hatte Helmut Frenz zudem an der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) in der Schweiz teilgenommen, wo er Kirchenleute aus dem Westen wie aus dem Osten Deutschlands traf.⁷⁹ Einige Monate später, im Januar 1971, nahm er zudem an einer Tagung der Theologischen Kommission zur Vorbereitung der 4. Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in Pressburg/Bratislava teil.⁸⁰ Die CFK, 1958 von westdeutschen und tschechoslowakischen Christen initiiert, war von Moskau und von den osteuropäischen kommunistischen Ländern finanziert und beeinflusst. Zwischen 1969 und 1978 war sie von dem Metropolit von Leningrad und Nowgorod, Nikodim, geleitet. Helmut Frenz engagierte sich auch im weiteren Verlauf der 1970er und 1980 Jahre weiter in der CFK und entwickelte u. a. in diesem Rahmen eine enge Beziehung zu Carl Ordnung, Sekretär des DDR-Regionalausschusses.⁸¹ Dabei waren es sein Engagement für den Frieden, auch außerhalb der Chile-Solidarität, sowie die Verurteilung des in seinen Augen zu virulenten und irrationalen Antikommunismus in der Bundesrepublik, die Helmut Frenz dazu führten, derartige Kontakte mit der DDR immer weiter auszubauen.

Ein Ort, an dem Helmut Frenz Kollegen aus der DDR und aus anderen osteuropäischen Ländern kennenlernen konnte, waren auch die Vollversammlungen des ÖKR. Nach seiner Ausweisung aus Chile Ende 1975 flog er weiter nach Nairobi in Kenia, wo vom 23. November bis 10. Dezember die Jahreskonferenz stattfand: Dort sprach er auch mit ostdeutschen Kollegen über einen eventuellem Besuch in der DDR, den

»Frenz expelled from Chile October 1975« der ÖRK, dabei vor allem die internationale Presseschau, die Charles Harper am 7.11.1975 zusammenstellte, in: Archiv WCC – HRROLA, 429.3.07/WCC Actions on Chile.

78 In den Zeiten der Allende-Regierung hatte der westdeutsche Pfarrer als Mittelsmann geholfen, vor Ort Entwicklungsprojekte des BEK wie den Import von Traktoren aus der DDR zu realisieren. Vgl. Brief von Brück an Bischof H. Frenz, 23.4.1973, sowie Brief von Bischof H. Frenz an Brot für die Welt – DDR in Dresden, 29.8.1973, in: ADE BfdW DDR 203.

79 Vgl. Lutheran World Federation Archives (LWF), Evian Assembly, 214.1.1.5; Frenz, »... und ich weiche nicht zurück«, S. 87-89.

80 Was ihm später vorgeworfen wurde, vor allem als Ende der 1970er Jahre konservative Mitglieder der CSU versuchten, den Generalsekretär von Amnesty zu diskreditieren. Siehe Akten um das Ermittlungsverfahren gegen Helmut Frenz im EKD, u. a. Brief von Staatsanwalt Dettman an den Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes der EKD Dr. Held, 19.2.1981, in: EZA 6/2422.

81 Vgl. Brief von Helmut Frenz an Carl Ordnung, 13.7.1986, in: BArch-Nachlass Carl Ordnung (N 2567 68).

er zu einem späteren Zeitpunkt abhalten wollte.⁸² Es waren die Kirchenstellen, die Helmut Frenz in die DDR einluden, um von den Erfahrungen seiner Menschenrechtsarbeit zu berichten. Aufgrund der zahlreichen Verpflichtungen, die auf Frenz während seines Aufenthalts in Europa zukamen, wurde allerdings das Datum der Reise beständig verschoben. Überdies unternahm der Pfarrer während der ersten Wochen zahlreiche Versuche, nach Chile zurückzukehren: Ein Besuch in der DDR wäre insofern zu diesem Zeitpunkt nicht sehr passend gewesen. Doch die Junta ließ sich auf solche Pläne nicht ein: Seine Familie, das heißt seine Frau und seine sieben Kinder, mussten ihm am Ende in die Bundesrepublik nachfolgen. Das Militärregime wollte in der Tat keine Ausländer in den Aktivitäten wie denen des *Comité pro Paz* mehr dulden. Es erklärte die Affäre daher auch zu einer einfachen innenpolitischen Angelegenheit, die nicht die Beziehungen zur Bundesrepublik berühre.⁸³

Frenz' Engagement für die Menschenrechtsfrage in Chile nahm nach der Ausweisung eine andere Form an: Am 1. November 1976 wurde er zum neuen Generalsekretär der bundesdeutschen Sektion von Amnesty International (ai) gewählt. Die im Sommer 1961 gegründete westdeutsche Sektion war eine der ältesten nationalen Sektionen von ai, benötigte aber Mitte der 1970er dringend jemanden, der ihre Missionen überzeugend nach außen vermitteln konnte, um u. a. mit Politikern in Bonn und mit anderen Akteuren auf der nationalen und internationalen Bühne reden zu können.⁸⁴ Die zahlreichen Kontakte und Erfahrungen von Helmut Frenz wie auch sein Redetalent waren insofern eine Chance für ai, die eigene Menschenrechtsarbeit weiter voranzutreiben.

Schon kurz nach seiner Amtsübernahme schrieb Frenz daher auch an den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, um anzukündigen, dass er in diesem Jahr nicht in die DDR kommen könne, da seine erste offizielle Reise aus evidenten politischen Gründen nicht dorthin führen sollte.⁸⁵ Frenz entwickelte dennoch regelmäßige Kontakte mit den Mitgliedern der protestantischen Kirche Ostdeutschlands, etwa im Kontext seines Engagements in der Solidarität für Nicaragua und die Sandinisten oder für Salvador. Seine auch politisch immer engagierteren Stellungnahmen, die sogar so weit gingen, den Gebrauch von Gewalt zu verteidigen oder zumindest zu rechtfertigen, provozierten regelmäßig Spannungen

82 Vgl. Auszug aus dem Protokoll der 59. Sitzung des Vorstandes des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, am 27.11.1975 in Halle, in: EZA 101/1520.

83 Vgl. Telegramm der deutschen Botschaft in Santiago an Bonn, 13.10.1975, in: MfAA PA 101784.

84 Vgl. Gespräch der Autorin mit Wolfgang Heinz, Berlin, 19.6.2014.

85 Vgl. Brief von Frenz an Bischof Schönherr, 16.9.1976, in: EZA 101/1520.

in der bundesdeutschen Sektion von ai, so dass andere Mitglieder der Organisation seine Äußerungen zum Teil ängstlich und gespannt verfolgten.⁸⁶ Die wachsenden Meinungsverschiedenheiten in der ai-Sektion wie auch die Notwendigkeit, nach seiner langen Abwesenheit seinen Pfarrerstatus nicht zu verlieren, brachten Frenz im Jahr 1985 dazu, die Nichtregierungsorganisation wieder zu verlassen und eine Pfarrstelle bei Hamburg anzunehmen.

3.3 Lehrstück Chile

Das Engagement für die internationale Chile-Solidarität veränderte aber nicht nur den Lebensweg des Pfarrers Helmut Frenz. Die Erfahrungen aus dieser Zeit hatten auch eine besondere Resonanz im Innern der EKD, wo sie einen wichtigen Prozess der Bewusstseinsfindung über den Aktionsradius der Kirche in Gang setzten. Im September 1976 schrieb der Leiter des kirchlichen Außenamts in diesem Sinne an Dr. Schütze, den Referenten für Ausländerrecht im Vorstand von Amnesty Deutschland:

Die EKD wird sich in Zukunft verstärkt der Frage der Menschenrechte zuwenden. Bei der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der EKD ist ein Sekretariat für politisch Verfolgte eingerichtet worden. Weitere Schritte im Hinblick auf die Wahrung der Menschenrechte werden in nächster Zeit von den damit befassten kirchlichen Stellen abgesprochen.⁸⁷

Schon kurz darauf antwortete Frenz als neuer Generalsekretär von Amnesty International in der Bundesrepublik dem Oberkirchenrat und Ausländerreferenten im Kirchlichen Außenamt der EKD, Jürgen Micksch, und drückte seine Hoffnung aus, nicht zuletzt in Fragen des Ausländer- und Asylrechts mit ihm eng zusammenarbeiten zu können. Mickschs Antwort war positiv, zumal die Frage der Menschenrechte zukünftig in seinen Kompetenzbereich fiel.⁸⁸

Wie man sieht, hatte sich die Position der EKD seit der Stellungnahme von Reinhart Müller im Jahr 1972 mehr und mehr der Frage des Schutzes der politischen Gefangenen und allgemein der Menschenrechtsproblematik zugewandt. Die Erfahrungen der Chile-Solidarität, aber auch

86 Vgl. Gespräch der Autorin mit Dieter Maier, ehemaliger Leiter der Koordinationsgruppe Chile von ai in Frankfurt, Paris, 6.9.2017.

87 Brief von Gerhard Beyse, kirchliches Außenamt der EKD, an Dr. Schütze, AI Deutschland, 8.9.1976, EKD, in: EZA 6/98II.

88 Vgl. Briefwechsel zwischen Helmut Frenz (21.10.1976) und Jürgen Micksch (1.11.1976), in: EZA 6/98II.

allgemein des Engagements für die Opfer der anderen Diktaturen in Lateinamerika, waren hierbei ein entscheidender Wendepunkt gewesen. Im Fall Frenz führten sie dazu, dass sich der Einsatz für Menschenrechte in Chile in ein generelles Engagement für Menschenrechte von der Bundesrepublik aus verwandelte.

Ein nicht zu unterschätzender Einfluss in diesem Wandlungsprozess ist zweifellos auch dem ÖRK zuzuschreiben. Der Kirchenrat schuf 1975 ein »Büro der Menschenrechte in Lateinamerika« (HRROLA),⁸⁹ dessen Leitung dem amerikanischen Pfarrer Charles Harper übertragen wurde. Geboren wie Frenz im Jahre 1933 als Sohn von Missionaren in Brasilien, wo er 17 Jahre seines Lebens verbracht hatte, hatte Harper (neben Englisch und Portugiesisch sprach er perfekt Spanisch und Französisch)⁹⁰ einen entscheidenden Anteil am Engagement des Weltkirchenrats in Lateinamerika und für die Mobilisierung der Kirchen in Deutschland und anderswo in Europa.⁹¹ Nach dem Putsch übernahm er die Leitung der »Chile Task Force«, die am 2. Oktober 1973 in aller Eile im Ökumenischen Rat der Kirchen gegründet wurde.⁹² Harper und Frenz arbeiteten eng miteinander zusammen, da sie die Einstellung teilten, die Fragen der Menschenrechte nicht nur im individuellen Fall, sondern auch auf einer kollektiven Ebene zu behandeln.⁹³ Das HRROLA-Büro, als neue Instanz im Herzen des Weltkirchenrates, verbreitete ohne Unterbrechung sein Plädoyer für die Menschenrechte, auch jenseits der konkreten Fälle wie denen Brasiliens oder Chiles, und trat für eine »neue Antwort der Kirchen« in diesen Fragen ein. Ein weiteres Zeichen für den Meinungswandel im protestantischen Milieu war im gleichen Jahr 1975 auch die Gründung eines »Büros zur Verteidigung der Menschenrechte in Lateinamerika« (*Bureau de défense des droits de l'homme en Amérique latine*) durch das französische »Komitee zur Bewegung der Flüchtlinge« (Cimade).⁹⁴ Seine Aufgabe war es, für die Gefangenen einzutreten, gegen

89 HRROLA: Human Rights Resources Office for Latin America.

90 Nach 17 Jahren in Brasilien studierte Charles Harper (1933-2016) in den Vereinigten Staaten und arbeitete nach dem Abschluss in Frankreich bei der Cimade. Danach ging er zum COE nach Genf, wo er bis 1992 das Human Rights Resource Office for Latin America leitete.

91 Siehe auch sein Engagement bei der Cimade in Frankreich: Harper: A Acompañamiento, S. 27-45.

92 Innerhalb der Commission on Interchurch Aid, Refugee and World Service (CICARWS).

93 Vgl. Brief von Charles Harper an Herrn C.[anonymisiert], Genf, 14.9.1975, in: Archiv WCC – HRROLA/WCC 429.7.25.

94 Brief von Ruby Bois, Generalsekretär der Cimade, an alle Mitglieder, 22.9.1975, in: Archiv CIMADE F delta 2149/1006.

das Verschwinden und die Folterung von Aktivisten zu protestieren und Personen zu helfen, die in ihrer physischen und moralischen Integrität verletzt waren, etwa auch bei Hungerstreiks von Frauen und Angehörigen der Familien der Opfer.

Das Jahr 1976 und der Machtantritt der Militärjunta in Argentinien waren hierbei ebenso entscheidend.⁹⁵ Formal begann die Menschenrechtsarbeit im Rahmen der EKD im Januar 1977 mit der Einrichtung des Referates für politische Verfolgte und Flüchtlinge unter der Leitung von Werner Lottje.⁹⁶ Die öffentlichen Kampagnen und Hilfsaktionen für die Opfer der lateinamerikanischen Diktatoren führten daher tatsächlich in der Bundesrepublik ebenso wie in anderen Ländern zur Entwicklung neuer Instrumente und Institutionen der weltweiten Verteidigung der Menschenrechte. Ob es dabei eher die Arbeit von Amnesty International in London und in den nationalen Sektionen war, oder jene des Weltkirchenrates in Genf, die diesen Wandel der Solidarität zum Diskurs über die Menschenrechte auslöste, bleibt eine offene Frage.⁹⁷ Das Beispiel von Helmut Frenz, der am Scheideweg zwischen beiden Organisationen stand, weist auf jeden Fall darauf hin, wie eng verflochten die Aktionsformen und die Öffentlichkeitsarbeit der einen wie auch der anderen miteinander waren.

Fazit

Der Lebensweg des westdeutschen Pfarrers Helmut Frenz zeigt, wie allmählich, anfangs nur zögerlich, ein Menschenrechtsaktivismus innerhalb der deutschen Minderheit in Chile entstand, der dann auf die Bundesrepublik zurückwirkte. Von entscheidender Bedeutung waren in dieser Zeit seine Kontakte mit der deutschsprachigen und dann auch mit der nichtdeutschen Bevölkerung Chiles sowie eine Reihe von ökumenischen Zusammenkünften mit Vertretern anderer Kirchen vor Ort. Als Mittler zwischen Chile und Europa spielte Helmut Frenz beim Staats-

95 Siehe den Aufsatz von Felix Jiménez Botta in diesem Band.

96 Vgl. Werner Lottje: Die Arbeit des Referates Menschenrechte im Diakonischen Werk der EKD, in: Lothar Brock: Menschenrechte und Entwicklung, Hannover 1996, S. 204-222, hier S. 204.

97 Bastiaan Bouwman: Universal Human Rights in a Divided World: The Human Rights Engagement of the World Council of Churches, 1968-1975, Seminar Paper, Seminar: From »responsible society« to »all rights for all people«: The World Council of Churches and human rights, 1948-1980, 1.3.2017, SciencesPo Paris/LES International History Seminar, S. 23.

streich der Junta sowie in den folgenden Monaten eine zentrale Rolle bei der Produktion und Verbreitung von Informationen über die politische Situation im Land. Er befand sich auf diese Weise im Zentrum eines Solidaritätsnetzwerks zwischen Lateinamerika, Nordamerika und Europa (West wie Ost), das von seinen konfessionellen Bezügen, aber auch von einer Reihe von sehr individuellen und institutionellen Verbindungen geprägt war. Gleichzeitig blieben seine Gedanken und seine Aktionen durch und durch geprägt von dem sehr spezifischen Kontext der deutschen Geschichte und der aktuellen Politik in den beiden Deutschlands. Sein Engagement befand sich damit gewissermaßen an einem Knotenpunkt nationaler und transnationaler Logiken.

Drei Punkte sind aus dieser Fallstudie festzuhalten: Erstens zeigten sich bei der Mobilisierung der internationalen Solidarität die besonderen Beziehungen zwischen Chile und dem geteilten Deutschland, die sich aus der deutschstämmigen Minderheit im Land ergaben. Dabei herrschte eine nationale Lesart der Ereignisse in Chile vor. Zweitens verdeutlicht die Fallstudie, dass wir künftig noch stärker die spezifische Geschichte der Akteure der internationalen Solidarität und ihrer Netzwerke in den Vordergrund rücken sollten. Denn erst der Blick auf die biographischen Lebenswege erlaubt es, auch die Entstehung eines ebenso persönlichen wie kollektiven und institutionellen Engagements zu verstehen. Drittens demonstriert das Beispiel die zentrale Rolle der Kirchen, insbesondere auch der Evangelischen Kirche, für die Bewegungen der internationalen Solidarität während des Kalten Kriegs. Untersucht werden sollten auf einer lokalen, regionalen und nationalen, aber auch transnationalen Ebene die Mechanismen ihrer Mobilisierung und die Rückwirkungen auf ihre interne Organisation, wie sie hier am Beispiel der Aktivitäten von Helmut Frenz deutlich zu Tage treten.

Solidarität und Menschenrechte

Amnesty International, die westdeutsche Linke
und die argentinische Militärjunta, 1975-1983

FELIX A. JIMÉNEZ BOTTA

Im Frühling 1978 schrieb ein in Hamburg ansässiger Argentinier einen frustrierten Bericht über die westdeutsche Solidarität mit seinem Land. Die »Solidarität mit Argentinien ist sehr schwach und wenig entwickelt«, konstatierte Mario Weitmann.¹ Ein »Vergleich zu Chile oder Vietnam ist absurd«. Als Trotzist war Weitmanns Konzept von Solidarität durchaus eng: Für ihn war Solidarität verknüpft mit den Massendemonstrationen gegen den Vietnamkrieg in den 1960er Jahren oder den politischen Solidaritätskundgebungen gegen die chilenische Militärjunta in den frühen 1970er Jahren. Gegen den »schmutzigen Krieg« der argentinischen Streitkräfte gegen die Linke waren keine großen Kundgebungen in der Bundesrepublik Deutschland ausgerufen worden. Nach Weitmanns Ansicht hatten sich lediglich Gruppen von Aktivisten zusammengefunden, die mit ganz anderen Mitteln agierten und mit menschenrechtsbasierten Argumenten ihren Einsatz begründeten – also nur »petites bourgeois«, die keine sozialistische Ausrichtung besaßen und daher als sektiererische Elemente zu betrachten seien.

Weitmanns Haltung zeugt von einer wichtigen Wandlung, die in der westdeutschen Solidaritätsbewegung Mitte der 1970er Jahre stattfand. Damals zogen sich zahlreiche westdeutsche Solidaritätsaktivisten von den Straßen zurück und begannen sich anderweitig für die Probleme der »Dritten Welt« zu engagieren. Nicht länger war eine Revolution von zentraler Bedeutung oder gar der wichtigste Anspruch. Vielmehr erlangten Menschenrechte einen wichtigen Platz in der Argumentation linker Aktivisten. Trotz der Opposition der immer kleiner werdenden autoritären Kommunistischen Gruppen (K-Gruppen) entwickelte sich der Menschenrechtsaktivismus zur Alternative zum revolutionären Internationalismus der früheren Jahre. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits in der Chile-Solidaritätsbewegung ab, erreichte ihren Höhepunkt aber in der Mobilisierung gegen die Gewaltherrschaft des argentinischen Militärs. In diesem Artikel wird untersucht, weshalb dieser Wandel

¹ Mario Weitmann: Los fundamentos o el marco de solidaridad con el pueblo argentino, 1978, in: Ordner Argentinien Solidarität, 1976-1977, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Berlin.

innerhalb der Solidaritätskampagne für Argentinien zwischen 1975 und 1983 stattfand, wie er sich vollzog und welchen Einfluss dies auf die Haltung der Bundesregierung gegenüber Argentinien hatte.

Die deutsche Bundesregierung befürwortete lange die Bekämpfung der Regimegegner durch die argentinischen Streitkräfte, wie dieser Artikel auch anhand von Akten des Auswärtigen Amtes belegt. Um diesen außenpolitischen Kurs zu ändern, so meine These, eigneten sich die linken Argentinien-Aktivist*innen Menschenrechtsdiskurse an und arbeiteten intensiv mit Amnesty International zusammen. Die Kampagne war demnach eines der frühen Beispiele, bei denen Menschenrechtsargumentationen im linksgerichteten Milieu Westdeutschlands als Hauptlogan auftauchten. Allerdings kam die Benutzung der Menschenrechtssprache durch linke Aktivist*innen fast ausschließlich Amnesty International zugute, weswegen sich ihre Wege in den 1980er Jahren trennten.

Dieser Befund deckt sich nur bedingt mit der Historiographie der Menschenrechte. Samuel Moyn zufolge gab es 1977 eine definitive Hinwendung zu den Menschenrechten in Europa und in Amerika, weil Menschen eine neue Utopie benötigten.² Jan Eckel argumentiert ebenso für die Zentralität der 1970er Jahre bei der Entstehung eines weltweiten Menschenrechtssystems.³ Stefan-Ludwig Hoffmann hat allerdings die Frage aufgeworfen, ob die 1970er Jahre wirklich für diese These dienlich seien. Seiner Meinung nach war das Konzept der Menschenrechte in den 1970er und 1980er Jahre zu sehr mit anderen Bedeutungen vermischt, so dass die beiden Jahrzehnte wohl kaum als »Durchbruch« eines Menschenrechtsverständnisses angesehen werden dürften, das die supranationalen Rechte des Individuums über die souveränen Rechte der Staaten hervorhebt. Denn,

in the 1970s and 1980s ›human rights‹ coexisted und overlapped with other moral and political idioms like ›solidarity‹ and included competing notions of rights, which were in many ways still indebted to the legacies of socialism and anti-colonialism, as in, for example, the transnational movement against apartheid.⁴

2 Siehe Samuel Moyn: *The Last Utopia: Human Rights in History*, Cambridge, Mass. 2010; Ders.: *The 1970s as a Turning Point in Human Rights History*, in: Jan Eckel/Ders. (Hg.): *The Breakthrough: Human Rights in the 1970s*, Cambridge 2014, S. 1-14.

3 Vgl. Jan Eckel: *The Rebirth of Politics from the Spirit of Morality: Explaining the Human Rights Revolution of the 1970s*, in: Eckel/Moyn (Hg.): *The Breakthrough*, S. 227-259.

4 Stefan-Ludwig Hoffmann: *Human Rights and History*, in: *Past and Present* 232 (2016), S. 279-310, hier S. 282.

Daher sieht Hoffmann in der Zeit nach 1990 den eigentlichen Durchbruch der liberalen Menschenrechtssprache in der Weltpolitik. Allerdings vermeidet er eine strikte Trennung der Zeit vor sowie nach dieser Zäsur und versucht dagegen die Menschenrechtsforschung auszudehnen, insbesondere auf das 19. Jahrhundert.

Dieser Artikel hat nicht das Ziel, einen präzisen Durchbruch der Menschenrechte in der westdeutschen Linken festzustellen. Er folgt insbesondere Robert Briers Plädoyer gegen die Suche nach einem bestimmten Anfangspunkt in der Historiographie. Er teilt auch Hoffmanns Ansicht, dass Menschenrechtsargumente mit anderen koexistierten, was die von Moyn postulierte »Wende« von 1977 infrage stellt.⁵ Bei vielen Aktivisten bedeuteten der Gebrauch von Menschenrechtsbegriffen oder eine Verbindung mit Amnesty International keineswegs eine Aufgabe revolutionärer Träume oder gar einen ideologischen Wechsel vom Sozialismus zum Liberalismus, oder wie Patrick Merziger meint, eine definitive Wendung zum »humanitarianism« im Jahr 1979.⁶ Für viele in der Argentinienkampagne waren menschenrechtliche Rhetorik und eine Assoziierung mit Amnesty durchaus kompatibel mit den Träumen von einem sozialistischen Argentinien.

Bei anderen Aktivisten, insbesondere langjährigen Amnesty-Mitgliedern, war der Gebrauch der Menschenrechtssprache seit längerem üblich. Erst mit der Argentinienkampagne konnten sie sich von konkurrierenden Richtungen in der Solidaritätsbewegung abheben. Amnesty International wurde seitens des Auswärtigen Amtes und konservativer Kreise als linkslastig eingeschätzt, trotz seiner neutralen Menschenrechtssprache und Kritik von Menschenrechtsverletzungen sowohl in der »Dritten Welt« als auch im Westen wie im Osten. Nichtsdestotrotz konnten sich Behörden Menschenrechtsargumenten nicht komplett widersetzen. Die Akzeptanz von Menschenrechtsargumenten in der Bundesregierung, wengleich zögernd, öffnete linken Aktivisten Türen, die sonst verschlossen geblieben wären. Somit spielte die Menschenrechtssprache eine ähnliche Rolle wie die Umweltschutzrhetorik. Auch sie war eine neutrale Sprache, die pragmatische Allianzen und neue Kommunikationskanäle ermöglichte, ohne dass die Aktivisten ihre politischen Überzeugungen

5 Vgl. Robert Brier: Beyond the Quest for a »Breakthrough«: Reflections on the Recent Historiography on Human Rights, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte/ Yearbook for European History 16 (2016), S. 155-173.

6 Patrick Merziger: The »Radical Humanism« of »Cap Anamur«/»German Emergency Doctors« in the 1980s: A Turning Point for the Idea, Practice and Policy of Humanitarian Aid, in: European Review of History/Revue Européenne d'histoire 23,1-2 (2016), S. 171-192, hier S. 174.

verraten mussten – obgleich diese sehr oft in andere Richtungen gelenkt wurden.⁷

Bundesdeutsche Reaktionen auf den Militärputsch

Der »Kalte Krieg« in Lateinamerika war auf vielfache Art und Weise eine ziemlich »heiße« und blutige Auseinandersetzung zwischen Linken, Liberalen und Rechten. Argentinien war eines der Länder, die am schwersten von diesen Konfrontationen in den 70er Jahren heimgesucht wurden. Von 1976 bis 1983 kostete hier das Vorgehen der argentinischen Militärjunta, getragen von rechten Politikern und Gewerkschaftsführern, gegen die »linke Subversion« bis zu 30.000 Opfer. Allerdings wurde der Konflikt nicht, anders als in Pinochets Chile, bei Tageslicht und vor den Fernsehkameras ausgetragen, sondern heimlich in Folterkellern und Wehrkasernen.⁸

Den Fehler der Chilenen, die das Land seit dem Putsch von 1973 zu einem internationalen Pariastaat und zur Zielscheibe internationaler Kritik gemacht hatten, wollte die argentinische Militärregierung möglichst vermeiden.⁹ Der Chef der Militärjunta, Heeresgeneral Jorge Rafael Videla, wollte nicht als »Falke«, sondern als »Tauben« wahrgenommen werden, der einzig sein Land vom linken Terrorismus und peronistischen Populismus befreien und den Weg zu einer Marktwirtschaft ebnen wollte.¹⁰

Diese Strategie war in den ersten Monaten seit der Machtergreifung am 24. März 1976 durchaus erfolgreich. In der Bundesrepublik reagierte die mediale Berichterstattung mit Gelassenheit auf die Nachricht vom Sturz der Regierung von Isabel Perón. Nicht nur konservative Zeitungen wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* strotzten vor Optimismus hinsichtlich Argentiniens wirtschaftlicher und politischer Zukunft. Auch die

7 Vgl. Stephen Milder: *Greening Democracy: The Anti-Nuclear Movement in West Germany and Beyond, 1968-1983*, Cambridge 2017.

8 Siehe Hal Brands: *Latin America's Cold War*, Cambridge, Mass. 2010, Kap. 4. Die Zahl der Toten ist noch umstritten. 30.000 ist die von Menschenrechtsgruppen angegebene Höchstzahl. Siehe: Emilio Crenzel: *Toward a History of the Memory of Political Violence and the Disappeared in Argentina*, in: Eugenia Allier/Ders.: *The Struggle for Memory in Latin America: Recent History and Political Violence*, New York 2015, S. 15-33.

9 Zu Chile siehe Jan Eckel: »Under a Magnifying Glass«. *The International Human Rights Campaign against Chile in the Seventies*, in: Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.): *Human Rights in the Twentieth Century*, Cambridge 2011, S. 321-341.

10 Zu den Ansichten der Militärjunta und General Videla siehe: Marcos Novaro/Vicente Palermo: *La Dictadura Militar (1976-1983): Del Golpe de Estado a la Restauración Democrática*, Barcelona 2003.

sozialdemokratisch orientierte *Frankfurter Rundschau* zeigte wenig von dem Pathos, den man in ihren Artikeln zum Militärputsch in Chile 1973 hatte herauslesen können.¹¹ Überhaupt hatte sich die Berichterstattung im Vergleich zu der negativen und emotionsgeladenen Reaktion auf den chilenischen Putsch weniger als drei Jahre zuvor deutlich gewandelt. Der ehemalige Bischof der Lutherischen Kirche in Chile, Helmut Frenz, war Ende 1975 von der chilenischen Junta aufgrund seiner Menschenrechtstätigkeit verbannt worden. 1976 zeigte er sich »erschrocken« darüber, »wie ahnungslos in der deutschen Öffentlichkeit dieser Putsch in Argentinien kommentiert wird, als wäre dort weiter nichts Schlimmes geschehen, als hätte man dort nur größeres Chaos vermieden«.¹²

Die westdeutsche Linke war dagegen wie gelähmt angesichts der Situation in Argentinien. Das lose Bündnis gegen die chilenische Militärjunta hatte sich zwischen 1975 und 1976 aufgrund zahlreicher interner Streitereien aufgelöst.¹³ Kommunisten, die sich nach der Politik Moskaus und Ost-Berlins richteten, waren an die kooperative Außenpolitik des Ostblocks gegenüber Buenos Aires gebunden. Insbesondere für die DDR galt General Videla als ein Gemäßigter, der unterstützt werden musste, um einen gefürchteten Rechtsruck zu verhindern. Für die Sowjetunion war Argentinien ein nicht zu unterschätzender Handelspartner.¹⁴

Für alle anderen war es schwer, die Situation eines unbekanntes Landes mit komplizierten politischen Verhältnissen zu bewerten. Eine Sondernummer der linken West-Berliner Schrift *Chile-Nachrichten* versuchte mit einer grundlegenden Analyse der Hintergründe des Putsches dieses scheinbare Desinteresse des linken Spektrums zu erklären:

Der Putsch in Argentinien richtete sich gegen ein scheinparlamentarisches Regime, das institutionell, politisch und repressiv nicht mehr in der Lage war, die Interessen der herrschenden Klassen und des Auslandskapitals wahrzunehmen, das jegliche Repräsentativität und

11 Die argentinische Junta festigt ihre Macht: Linksextreme Parteien verboten, in: FAZ, 27.3.1976; Romeo Rey: Ende einer Legende, in: Frankfurter Rundschau, 26.3.1976.

12 Manche Kirchen scheuen sich vor der Chile-Solidarität: Interview mit Bischof Frenz in Westberlin, in: Berliner Extradienst, 13.4.1976.

13 Vgl. Georg Dufner: West Germany: Professions of Political Faith, the Solidarity Movement and New Left Imaginaries, in: Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris/Magaly Rodriguez Garcia (Hg.): European Solidarity with Chile, 1970s–1980s, Frankfurt/M. 2014, S. 163–186.

14 Vgl. Angela Abmeier: Kalte Krieger am Rio de la Plata? Die beiden deutschen Staaten und die argentinische Militärdiktatur (1976–1983), Düsseldorf 2017, S. 65–67.

Legitimation verloren hatte, aber ideologisch den putschenden Militärs sehr nahe stand.¹⁵

Anders als nach dem Sturz des demokratisch gewählten Salvador Allende in Chile 1973 war die deutsche Linke nicht geneigt, das gefallene Regime unter Perón zu unterstützen.

Die Situation in Argentinien wurde jedoch nicht komplett ignoriert. Eine, wenn auch kleine, Gemeinschaft von Aktivisten kannte die Probleme des Landes. Diese Gruppen hatten sich bereits 1974, als die erste große Repressionswelle noch vor dem Putsch ausbrach, mit Appellen gemeldet und Briefe an bundesdeutsche Stellen verschickt. Diese lose Bewegung war höchst heterogen und speiste sich hauptsächlich aus Komitees, die sich bereits für Chile formiert und ihr Arbeitsfeld erweitert hatten, als klar wurde, dass die Probleme Chiles ganz Lateinamerika betrafen.¹⁶ Eine der ersten Gruppen, welche die argentinischen Verhältnisse sogar noch vor dem Putsch geißelten, bildete sich aus lateinamerikanischen studentischen Kreisen und ihren deutschen Kommilitonen. Einige der noch bestehenden Chile-Komitees engagierten sich nun auch für Argentinien, ebenso kirchliche Gruppen, die sich ohnehin mit lateinamerikanischen Menschenrechtsverletzungen befassten. Diese Gruppen verwendeten verschiedene Diskurse, die zwischen sozialistischer Solidarität und einem politisch neutralen Menschenrechtsdiskurs rangierten. Eine führende Rolle in der Argentinienmobilisierung nahm im besonderem Maße Amnesty International ein. Anders als in der viel größeren Solidaritätsbewegung für Chile, musste Amnesty nicht länger das Feld mit einer Vielzahl von Solidaritätsgruppen teilen. Auch dank ihres wachsenden Ansehens weltweit und ihrer zunehmenden Größe in der internationalen Amnesty Bewegung – 1976 gab es bereits 520 aktive Bezirke mit 6000 Mitgliedern bundesweit – erlangte die deutsche Sektion Amnesty eine führende Rolle in der Argentinienbewegung der Bundesrepublik, wenn nicht sogar weltweit.¹⁷

Die lateinamerikanische Studentengemeinschaft *Asociación de Estudiantes Latinoamericanos* (AELA) der Universität Heidelberg begann bereits im November 1975, auf die Militäraktion der argentinischen Streitkräfte, gegen das *Revolutionäre Volksheer* (Ejército Revolucionario del Pueblo, ERP), eine gewaltbereite und von Che Guevaras »Foco-Theorie« inspirierte trotzkistische Guerrillagruppe, in den Bergen der Provinz Tucumán

15 Ein Jahr Militärdiktatur, Argentinien, in: Sondernummer der Chile-Nachrichten, 24.3.1977, S. 4.

16 Vgl. Editorial: Lateinamerikaarbeit, in: Chile-Nachrichten, Nr. 39 (1976), S. 3.

17 Vgl. Thomas Claudius/Franz Stepan: Amnesty International: Portrait einer Organisation, München/Wien 1977, S. 217-220.

hinzuweisen. Dabei sympathisierten die linksgerichteten Heidelberger Studenten offenkundig mit dem ERP. Sie betrachteten die gewaltsame Auseinandersetzung in Tucumán als Ausdruck des »entschlossenen Kampf[es] des heldenhaften Volkes [...] gegen die proimperialistische Regierung« und verstanden ihr Engagement als einen Lernprozess aus der Chile-Solidarität. Nicht länger sollten Linke »eine neue Niederlage des Proletariats und des Volkes abwarten, um uns dann zu solidarisieren«, sondern »wir müssen uns jetzt mit denen, die kämpfen, mit denen, die auf dem Weg zum Sozialismus voranschreiten, solidarisieren«. Daher galt es als »unerlässlich«, die deutsche Öffentlichkeit über die Gewalt der argentinischen Regierung zu informieren und implizit die ERP-Kämpfer ausschließlich als Opfer darzustellen. Eine »Kampagne gegen die Repression in Tucumán« wurde als Ausdruck »praktischer Solidarität« gesehen, denn »jeder Protest, jede Postkarte oder Unterschriftenliste gegen die argentinische Regierung wird mindestens in dem Monatsbericht des Botschafters an den Außenminister in Buenos Aires erwähnt werden«. Die Studenten hofften, durch eine »Welle des Protestes« Argentinien zu einem ähnlichen Pariastaat zu machen wie Chile.¹⁸ Die »Welle des Protestes« kam nicht – weder in der Öffentlichkeit noch in der Politik. Zum einen war durch die lange Protestbewegung gegen die chilenischen Militärs sicherlich ein Stück Verdrossenheit im Spiel. Zum anderen lag es an der Tatsache, dass das ERP eine gewaltbereite Organisation war. Aufgrund der zeitgleichen Terroraktionen der Roten Armee Fraktion (RAF) stieß die Solidarisierung mit gewaltbereiten Befreiungsbewegungen in Argentinien bei der Mehrheit der westdeutschen Gesellschaft nicht auf Begeisterung, geschweige denn bei den bundesdeutschen Behörden oder Parteien.

Die SPD hatte sich als Regierungspartei unter Willy Brandt stark für Chile engagiert und Waffenverkäufe sowie Entwicklungshilfe an das Pinochet-Regime ausgesetzt. Nach Brandts Rücktritt im Mai 1974 wurde Helmut Schmidt Kanzler. Schmidt hatte wenig übrig für die Lateinamerikasolidarität.¹⁹ Das Auswärtige Amt (AA) strebte eine Normalisierung in den Beziehungen zu Chile an und hatte Anfang 1975 bereits erste Erfolge zu verzeichnen: »Das Klima im gegenseitigen Verhältnis hat sich inzwischen leicht verbessert«, konstatierte ein zufriedener Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, der zugleich empfahl, die »Politik einer internatio-

18 Brief der Estudiantes Latinoamericanos de Heidelberg an »Liebe Freunde und Genossen«, November 1975, in: FDCL Ordner Argentinien Solidarität 1976-1977, S. 2.

19 Siehe Felix A. Jiménez Botta: *The Foreign Policy of State Terrorism: West Germany, the Military Juntas in Chile and Argentina and the Latin American Refugee Crisis of the 1970s*, in: *Contemporary European History* (Februar 2018), S. 1-24.

nen Isolation Chiles« nicht zu unterstützen.²⁰ Die Bonner Bundespartei-Zentrale im Erich-Ollenhauer-Haus erhielt Solidaritätsbriefe der Hamburger AELA mit der Bitte, sich für entführte Linksaktivisten und Gewerkschaftsführer einzusetzen. Die SPD-Zentrale leitete die Ersuche jedoch lediglich an das AA weiter, wo sie vom sozialdemokratischen Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski mit dem Hinweis, es könne »nur für deutsche Staatsbürger in Argentinien interveniert werden«, beantwortet wurden; dagegen hatte er sich 1973 erfolgreich bei Pinochet für die Freilassung verhafteter Deutscher sowie der führenden Köpfe der *Unidad Popular* eingesetzt.²¹

Am 20. Juni 1976 veröffentlichte der argentinische Poet und Journalist Juan Gelman in der Zeitung *Le Monde* einen Appell gegen die Menschenrechtsverletzungen der Militärjunta in Argentinien, die auch seinen Sohn und seine Tochter entführt hatte. Unterschrieben hatten fast alle Sozialdemokraten Westeuropas: François Mitterrand, Olof Palme, Bruno Kreisky, Anker Jørgensen, Mário Soares, Ron Hayward und Francesco De Martino. Willy Brandt, seinen Mitstreiter in der Sozialistischen Internationale, hatte Gelman nicht gewinnen können. Brandt war von seinem Sekretär von dem Appell informiert worden, behauptete aber im Nachhinein, seine fehlende Unterschrift sei ein Versehen gewesen. Ausschlaggebend waren allerdings eher Bedenken der SPD und des AA gegenüber Gelmans politischer Ausrichtung und Geldgebern. Wie sich herausstellte, war der Exilant Gelman nicht nur Vertreter der *Argentine National Solidarity Commission for the Release of Political Prisoners and against Repression, Torture, Shooting and Kidnapping in Rome*, sondern auch Mitglied der peronistischen Guerrillatruppe *Montoneros* und quasi zuständig für deren Lobbyarbeit in Europa. Das AA warnte fortan noch intensiver vor dem terroristischen Charakter dieser Organisation: »Die Guerrillaaktivitäten der ›Montoneros‹ sind unbestritten. Die Bewegung zeichnet sich bis heute durch [...] Gewaltmaßnahmen und Morde aus.« Jegliche »Aufwertung der ›Montoneros‹ [...] liegt weder im Interesse der

20 Dokument Nr. 301-383.26/I, Betr.: Chile, Bonn 3.6.1975, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) ZA, 101787.

21 Siehe handgeschriebene Notizen des Sekretärs Gerhard Kleipsties im Brief des Hamburger AELAs an die SPD-Partei-Zentrale in Bonn, Betr.: Ex Akte No.1/76 – Entführung von dem Rechtsanwalt Dr. Roberto Quieto, Juli 1976, in: Archiv der Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg (AdSD), Akte 12057; Wischniewskis Chile-Reisen werden in seinen Memoiren anschaulich dargestellt, vgl. Hans Jürgen Wischniewski: *Mit Leidenschaft und Augenmaß: In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren*, München 1989, S. 277-281.

deutsch-argentinischen Beziehungen noch in unserem ureigenen nationalen Interesse.«²²

*Das Auswärtige Amt, die Solidaritäts- und Menschenrechtsbewegung
und die Fälle verschwundener Deutscher*

Die Haltung der Bundesregierung gegenüber den Geschehnissen in Argentinien resultierte aus den Berichten des AA. Die Botschaft in Buenos Aires vermittelte ein überaus düsteres Bild Argentinien. Schuld an den Unruhen sei vor allem der Linksterrorismus, angeführt von den linksradikalen peronistischen *Montoneros* sowie den Trotzisten des ERP. Deutsche Diplomaten waren einerseits überzeugt von der Notwendigkeit des »anti-terroristischen« Kampfes der argentinischen Streitkräfte. Andererseits wahrten sie eine »diskrete Diplomatie«, um die Misshandlungen deutscher Staatsbürger anzusprechen, ohne die guten Beziehungen zu Argentinien zu beeinträchtigen. Zudem waren sie äußerst misstrauisch gegenüber Menschenrechtsaktivisten, die sie nicht ganz unberechtigt politisch in eine linke Ecke drängten.

Bereits im Sommer 1975 bemängelte Botschafter Jörg Kastl, dass es keine »willensstarken Politiker« gebe, die der Regierung Isabel Peróns »das Heft aus der Hand [...] nehmen« könnten, um die »immer frecheren Herausforderungen der Guerillas und das Schwinden staatlicher Autorität« in den Griff zu bekommen.²³ In ihren monatlichen Berichten an das Bundeskriminalamt in Bonn bezeichnete die Sicherungsgruppe der Botschaft das Vorgehen der Terroristen als »grausam und bestialisch«.²⁴ Für Kastl war ein rechtzeitiges Eingreifen der Streitkräfte unabdingbar: »In Europa müssen wir uns darüber klar sein«, berichtete er im November 1975, »dass die Demokratie wenigstens für heute ihre Chance in diesem Land verspielt hat [...] Wahrscheinlich ist eine rechtzeitige Machtübernahme durch das Militär die einzige Chance für das Land, über eine schonungslose Kur zu normalen Verhältnissen zurückzukehren«.²⁵ Als der Putsch dann tatsächlich kam, war der Botschafter überaus froh darüber. Das militärische Eingreifen sei

22 AA (von Haeften) an Parteivorstand der SPD, Abt. Internationale Beziehungen (Kleipsties), 4.8.1977, in: AdSD Bestand SPD-Parteivorstand, Ordner 12053.

23 Botschaft (Kastl) an AA, 9.10.1975, in: PA AA, B33, 102.011.

24 Botschaft (Sicherungsgruppe) an das Bundeskriminalamt, 2.4.1976, in: PA AA, B33 103.578.

25 Botschaft (Kastl) an AA, 13.11.1975, in: PA AA, B 33, 102.011.

der einzig gangbare Ausweg aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Chaos, in das Argentinien Unfähigkeit und Korruption des peronistischen Regimes geführt haben. Die Militärs haben die Macht nicht gesucht, sie wurde ihnen aufgedrängt.²⁶

Die Militärjunta war für den Botschafter »von hohem sittlichem Ernst, fachlich befähigt und sich [...] voll bewusst, dass mit ihrem Erfolg oder Scheitern das Land am La Plata gefestigter ersteht oder noch tiefer fällt«. ²⁷

Daher erstaunt es nicht, dass vor allem die Botschaft Versuchen, die Militärs für die Gewalt verantwortlich zu machen, äußerst kritisch gegenüberstand:

Wir schieben leicht Schuld an gegenwärtigem ekelhaftem Schauspiel bürgerkriegsähnlichen Kampfes heutiger Militärregierung in die Schuhe, doch nicht unter ihr verfiel Argentinien in Chaos und Terror [...] Argentinien war Freistätte vieler aus Nachbarländer vertriebener Linkskräfte einschließlich Terroristen und duldet breite marxistische Unterwanderung in alle Bereiche der Gesellschaft.²⁸

Die Abneigung deutscher Diplomaten gegenüber Solidaritätsgruppen erstreckte sich auch auf die neutrale und unabhängige Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die sich weltweit für die Freilassung politischer Gefangener einsetzte, sich jedoch in den 1970er Jahren ganz stark auf Rechtsdiktaturen in Lateinamerika fokussierte.²⁹

Als die argentinische Militärjunta den Kampf gegen ihre Gegner nach dem Putsch intensivierte, erhielt Amnesty immer häufiger extrem verstörende Berichte über Folter, Vergewaltigung und Mord. Amnesty versuchte das AA von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu Argentinien von der Menschenrechtslage abhängig zu machen. Daran zeigte man im AA nicht nur kein Interesse, man betrachtete den Vorschlag als kontraproduktiv für die deutsche Außenpolitik. Dies erstaunt nicht, da die Schmidt-Genscher-Regierung wenig von einer menschenrechtsbezogenen Außenpolitik hielt. Trotz Kritik der christdemokratischen Opposition war man gegenüber dem Ostblock

26 Botschaft (Kastl) an AA, 2.4.1976, in: PA AA, B 33, 103.579.

27 Botschaft (Kastl) an AA, 29.4.1976, in: PA AA, B 33, 103.579.

28 Botschaft (Kastl) an AA, Betr.: Terror und Gegenterror in Argentinien, 26.8.1976, in: PA AA, B 33, 103.579.

29 Zu Amnesty in den 1970er Jahren siehe Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten: Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2014, S. 371-423 (Kindle Loc. 9221-10297).

nicht geneigt, offenkundig Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, um die Entspannungspolitik nicht zu beeinträchtigen.³⁰

Amnestys Ersuche wurden zunächst als unangebrachte Einmischung in die inneren Probleme Argentiniens abgelehnt. Als die Hartnäckigkeit der Amnesty-Vertreter nicht nachließ, versuchte das AA durch persönliche Gespräche seine Ohnmacht gegenüber der argentinischen Führung zu erläutern. Das Referat 330, das die Beziehungen mit den südlichsten Staaten Südamerikas regelte, erklärte dem Amnesty-Vertreter Konstantin Thun,

dass Argentinien keine nennenswerte Entwicklungshilfe erhalte, der Hermes-Fonds sehr gering sei, die argentinischen Rindfleisch-Importe gestoppt [wurden] und die Wirtschaftsbeziehungen überhaupt darniederliegen.³¹

Dass die Entscheidung, argentinische Rindfleisch-Importe kurzzeitig auszusetzen, von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und nicht von Bonn getroffen wurde, ließ das Referat unerwähnt. Ebenso dass die Hermes-Bürgschaften für Argentinien eigentlich auf zehn Millionen DM nach dem Putsch angehoben worden waren (1977 sogar auf 20 Millionen), dass die Waffenverkäufe an Buenos Aires erheblich gestiegen waren und auch dass sonstige Wirtschaftsverträge mit Argentinien auf der Prioritätenliste des AA an oberster Stelle standen.³² Das AA riet Amnesty ab, offene Kampagnen für Gefangene der Junta zu starten, weil dies deren Leben »eher gefährden« als »nützen könnte«.³³ Als Amnesty weiterhin auf eine deutsche Reaktion auf die Menschenrechtsverletzungen drängte, verschlechterten sich die Beziehungen. Ein unsignierter Bericht, vermutlich vom Leiter des Referats 330, Karl Alexander Hampe, spricht von der »Aggressivität und Arroganz der Mitglieder von AI« und von der Notwendigkeit, das »Verhältnis zu dieser Organisation zu überdenken«.³⁴

30 Matthias Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975-1983: Die Umkehrung der Diplomatie, Berlin 2015, S. 206-211.

31 Karl A. Hampe an Leiter des Ministerbüros, Betr.: Amnesty International und Argentinien, 26.7.1976, in: PA AA, ZA, 103.581.

32 Zu den Wirtschaftsbeziehungen Bundesrepublik-Argentinien siehe Abmeier: Kalte Krieger, S. 104-108, sowie Jiménez Botta: Foreign Policy, S. 19-20. Konstantin Thun veröffentlichte 1985 selbst ein Buch, in dem er argumentierte, die Bundesregierung habe gegenüber Argentinien eine weiche Linie geführt wegen der wirtschaftlichen Verflechtungen und insbesondere der Waffenverkäufe. Siehe Konstantin »Tino« Thun, Menschenrechte und Außenpolitik: Bundesrepublik Deutschland-Argentinien 1976-1983, Bad Honnef 2006 [1985].

33 AA (Eberhard) an Gabrielle Eissenberger, 28.4.1976, in Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin (AGG), Ordner Gabi Eissenberger Argentinien.

34 Unsignierter Vermerk [verm. Karl Alexander Hampe], ohne Titel, undatiert [verm. Juli 1976], in: PA AA, ZA, 103.581.

Der Versuch des AA, eine »diskrete Diplomatie« gegenüber der Militärregierung zu führen, wurde durch die Fälle verschwundener Personen mit deutscher oder deutsch-argentinischer Staatsangehörigkeit hart auf die Probe gestellt.³⁵ Insbesondere die Fälle Klaus Zieschank und Elisabeth Käsemann vertieften aufgrund ihrer medialen Resonanz die Gräben zwischen der Regierung und den Solidaritätsgruppen. Auf der einen Seite musste sich das AA energisch gegen Vorwürfe verteidigen, dass es mit dem Militärregime sympathisiere. Auf der anderen Seite mussten Solidaritätsgruppen wie Amnesty International ihre apolitische Haltung unter Beweis stellen, indem sie vor allem ihre Menschenrechtssprache intensivierten. Die Auseinandersetzung um den Schutz deutscher Staatsbürger in Argentinien ebnete den Weg für eine neue Argumentationsgrundlage.

Der Verlauf der Fälle Zieschank und Käsemann zeigt, wie Aktivisten immer mehr auf Menschenrechtsrhetorik zurückgreifen mussten, um ihre Anliegen vorzutragen. Der in Argentinien geborene 24-jährige Klaus Zieschank hatte auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Zieschank wurde am 26. März 1976, nur zwei Tage nach dem Putsch, entführt. Seine Mutter Annemarie beobachtete die Entführung, benachrichtigte die Botschaft und die argentinische Polizei, die tatsächlich bestätigte, dass ihr Sohn verhaftet worden war. In den darauffolgenden Tagen änderten allerdings die Behörden ihre Haltung und wussten plötzlich nichts mehr über Zieschanks Aufenthaltsort. Als auch ein anderer Deutscher, Peter Falk, unter ähnlichen Umständen verschwand, befürchtete Botschafter Kastl das Schlimmste und zeigte sich zunächst entschlossen, die Sache aufzuklären: »Gleich ob beide noch leben oder tot sind, müssen wir noch energischer werden [...] um sie zu retten [und] um andere zukünftige deutsche Opfer der Terrorbekämpfung zu verhindern.«³⁶

Zieschanks Kommilitonen an der TU München organisierten unverzüglich eine Kampagne für seine Freilassung. Seine Mutter flog nach Deutschland, um die Kampagne zu unterstützen, die deutschen Bundesbehörden vor Ort zu unterrichten und Druck auszuüben. Die Münchner Studenten sowie zahlreiche andere Allgemeine Studierendenausschüsse (AStA) bundesweit verlangten »entschlossene Proteste bei der argen-

35 Thun gibt eine Liste von 72 Deutschen und Deutschstämmigen an, allerdings wurden nur wenige von ihnen tatsächlich als Deutsche von der Bundesregierung betrachtet. Siehe Thun: Menschenrechte und Außenpolitik, S. 169-175; Sachstand: Menschenrechtslage in Argentinien, 18.10.1978, in: PA AA, ZA, 111049; Betr.: Verhaftete und vermißte deutsche Staatsangehörige in Argentinien, 20.10.1978, in: Ebd.

36 Botschaft (Kastl) an AA, Betr.: Verschwinden deutscher Staatsangehöriger; hier: 1. Klaus Manfred Zieschank, 2. Peter Falk, 22.4.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

tinischen Militärregierung für die sofortige Freilassung unseres Kommilitonen Klaus Manfred Zieschank«. ³⁷ Die Studenten veranstalteten Mahnwachen vor der argentinischen Botschaft und Demonstrationen durch die Bonner Innenstadt. Da ihre Forderungen und ihre offenkundig linke Solidarität erfolglos blieben, gingen die Aktivisten zusammen mit Zieschanks Mutter in einen Hungerstreik, der die Gesundheit der älteren Dame zunehmend beeinträchtigte. Der ganze Vorfall drohte zum Skandal zu werden. ³⁸

Die Angelegenheit illustrierte das Problem des eingeschränkten Handlungsspielraums im Rahmen der »diskreten Diplomatie«: Im Juli 1976 sprach Staatsminister Karl Moersch bei einem Besuch in Argentinien neben Wirtschaftsfragen auch das Thema der beiden verschwundenen Deutschen an. Dasselbe machte Staatssekretär Hermes bei einem Treffen mit dem argentinischen Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz. Keiner von beiden hatte Erfolg. Argentinische Regierungsmitglieder und Behörden wiederholten auf alle Anfragen, dass Zieschank und Falk nicht von Staatsorganen aufgegriffen worden seien und man nichts über ihren Verbleib wisse. Ein öffentlicher Protest seitens der Bundesregierung, geschweige denn wirtschaftliche Sanktionen oder der Abzug des Botschaftspersonals, wurde weiterhin von Kastl und vom AA abgelehnt, da die Diplomaten davon ausgingen, dass »die Rechtstaatlichkeit nicht bewusst und nicht von oben gesteuert mißachtet wird«. Aus der Sicht der deutschen Diplomatie durften die bilateralen Beziehungen auf keinen Fall beeinträchtigt werden. ³⁹

Sämtliche sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten kritisierten, dass das AA unter Hans-Dietrich Genscher (FDP) an der »diskreten Diplomatie« festhielt. 27 Sozialdemokraten unter der Führung Jürgen Vahlbergs schickten ein Protesttelegramm an den argentinischen Botschafter in Bonn, um die Freilassung der beiden zu erwirken. Da auch dies erfolglos blieb, schaltete Vahlberg Bundeskanzler Helmut Schmidt ein. ⁴⁰ Nur ungern entsprach dieser Vahlbergs Bitte und unterzeichnete am 7. Juli 1976 – fast dreieinhalb Monate nach Zieschanks Verschwinden – einen Brief an Heeresgeneral Videla. Die Wortwahl entsprach immer noch der

³⁷ AstA Gießen an Hans-Dietrich Genscher, 24.6.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

³⁸ Vgl. Ulrich Lücke: Im März wurde Klaus Zieschank in Argentinien verhaftet. Die verzweifelte Mutter droht Bonn mit Hungerstreik, in: Die Welt, 22.6.1976; H. Lülhöffel: Fall Zieschank: Bonns Maßnahmen. Das Rätsel des weißen Dreiecks, in: Süddeutsche Zeitung, 31.7.1976; Hungerstreik!! Hungerstreik!! Hungerstreik!! Appell an die Bonner Bevölkerung, Juli 1976, in: PA AA, B 83, 1139.

³⁹ Kastl, Verhältnis der neuen argentinischen Machthaber zum Rechtsstaat, 10.6.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

⁴⁰ Vgl. Jürgen Vahlberg an Helmut Schmidt, 3.6.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

»diskreten Diplomatie«, denn die Angelegenheit wurde lediglich als ein »humanitäres Anliegen« bezeichnet, und man erwarte eine Antwort als Zeichen des »guten Willens«. Schmidt mahnte allerdings, dass die Fälle die »freundschaftlichen Beziehungen« belasten würden.⁴¹ Die Antwort Videlas kam einen Monat später. Obwohl der General weiterhin die Verhaftungen leugnete, gab er zu verstehen, dass die beiden linksterroristische Machenschaften zu verantworten hätten.⁴² Nachdem ein Kassiber Zieschanks auftauchte, der belegte, dass der junge Mann tatsächlich in den argentinischen Untergrund verwickelt war, machte Kastl eine Kehrtwende und empfahl Schmidt, die Sache sein zu lassen, da Videla »alle [...] Karten auf den Tisch gelegt hat.«⁴³

Die Wende zu den Menschenrechten in der Argentinienbewegung

Herkömmliche Argumentationsmuster innerhalb der Solidaritätsbewegung waren, zumindest für Argentinien, unbrauchbar geworden. Dies wird besonders im Falle des Hamburger Komitees zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika (*Comité de Solidaridad con Argentina y Latinoamerica*, COSAL) klar. Noch im August 1976 veröffentlichte das Komitee in seinem Informationsblatt einen Nachruf auf Mario Roberto Santucho, den gefallenen Oberkommandanten des ERP. Unter der Überschrift »Revolutionäre sind gestorben, es lebe die Revolution« wurde darin das Ziel Santuchos – die »Einheit zwischen dem sozialistischen Lager, dem Kampf der Arbeiterklasse in den industrialisierten Ländern und den nationalen Befreiungsbewegungen« – wohlwollend aufgegriffen.⁴⁴ Januar 1977 änderte sich die Rhetorik. Jetzt wurde es als »notwendig« angesehen, »der öffentlichen Meinung deutlich zu machen, daß es nicht angeht, wenn Regierungen, die mit Menschenleben so umgehen, wie es die argentinische Militärdiktatur tut, noch finanzielle oder militärische Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Gerade die Bundesrepublik ist eine der wichtigsten Stützen der Diktaturen Lateinamerikas.« Allerdings werde »die Frage der Menschenrechte [...] allzu oft in eine »unpolitische« Ecke gedrängt [...] Es ist aber [...] die Zeit gekommen, wo die Bewah-

41 Helmut Schmidt an Jorge Rafael Videla, 3.7.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

42 Vgl. Botschaft Buenos Aires an AA, Betr.: Falk und Zieschank, 6.8.1976, in: AdSD Bestand Helmut Schmidt, HSAA006576.

43 Botschaft Buenos Aires (Kastl) an AA, Betr.: Faelle Falk und Zieschank, hier: Bewertung der Antwort Videlas, 6.8.1976, in: AdSD Bestand Helmut Schmidt, HSAA006576.

44 COSAL, Informationsblatt Nr. 2, 20.8.1976. S. 5-6.

rung der Menschenrechte einen anderen, wichtigeren Stellenwert erhalten« muss, denn die Diktaturen hätten begriffen, dass Sie »nur durch Mord, Folter und Verfolgung« die Macht behielten.⁴⁵

Dieses Umdenken war sicherlich auch dem Agieren des bereits erwähnten Helmut Frenz geschuldet. Frenz war ein lutherischer Pastor, der 1965 im Auftrag der Evangelischen Kirche Deutschlands nach Chile gegangen war. Dort stieg er zum Kirchenführer »Probst« auf, wurde aber 1970 unbeliebter in seinem rechtsgerichteten Kirchenvolk aufgrund seines Engagements für die Opfer der Verfolgungen des Pinochet-Regimes. Im Oktober 1975 wurde Frenz schließlich von der chilenischen Junta verbannt.⁴⁶ Nach seiner Rückkehr aus Chile hatte sich Frenz als Verfechter der Rechte südamerikanischer Flüchtlinge und auf Asylfragen in der Bundesrepublik spezialisiert.⁴⁷ Hierfür musste er viele Anfeindungen seitens konservativer und rechtsradikaler Medien hinnehmen, die mehr oder weniger ähnlich argumentierten: Frenz sei ein linker Wolf im menschenrechtlichen Schafspelz.⁴⁸ Frenz erwiderte gegen die Beschuldigungen, dass sein Engagement neutral und menschenrechtlich basiert sei, dass er sich ebenso energisch gegen Übergriffe engagiert hätte, wäre eine Linksdiktatur in Chile errichtet worden.

Frenz witterte eine von Chile aus gesteuerte Kampagne, um ihn zu diskreditieren.⁴⁹ Daher plädierte er innerhalb der Solidaritätsbewegung gegen Sektierertum und für Einheit, musste allerdings nach drei Monaten in der Bundesrepublik konstatieren, dass es schlecht für die Chile-Solidarität aussehe. Die Solidaritätsbewegung habe »sich verzettelt in hunderten von Grüppchen«, die sich »in egoistischen internen Rivalitätskämpfen« aufgebraucht hätten. »Eine Unidad Pro Chile gibt es in der BRD nicht«, schrieb er an »Freunde und Mitstreiter« im Februar 1976. Um die Bewegung wieder zu einen, müsse man »einen neuen Stil

45 COSAL, Informationsblatt Nr. 6, 20.1.1977, S. 2.

46 Siehe Helmut Frenz: *Mi Vida Chilena: Solidaridad con Los Oprimidos*. Aus dem Deutschen übersetzt von Sonia Plaut, Santiago 2006, S. 18-28, 68, 92 f., 245-272; Daniel Lenski: *La División de la Iglesia Evangélica Luterana en Chile*, Köln 2006, S. 36-44.

47 Mehr Flüchtlinge aufnehmen, in: *Frankfurter Rundschau*, 6.2.1976; »Ich darf nicht nachgeben.« Gespräch mit Helmut Frenz, früher Bischof in Chile, in: *Lutherische Monatshefte* (März 1976).

48 Frenz in die SBZ, in: *National-Zeitung*, 30.7.1976; Eine Gefahr, in: *FAZ*, 16.9.1976; Neues von Frenz, in: *FAZ*, 5.1.1977; Leserbrief: Der Propst aus Concepcion, in: *Die Welt*, 25.2.1977; Wolfgang Vogelgesang: Frenz: Selbstgemachter Bischof, in: *Bayernkurier*, 17.12.1977.

49 Udo Leuschner: Faschismus: Warum Bischof Frenz in der Bundesrepublik Herzbeklemmungen bekommt, in: *Berliner Extra-Dienst*, 12.3.1976; Helmut Frenz: Aus dem Sekretariat: In eigener Sache (Helmut Frenz), in: *Ai-Info* 5 (1978), S. 17.

entwickeln und einem neuen, humanitär engagierten Geist unter uns Raum geben«. Frenz beteuerte, dass er nicht nur mit Kirchen arbeiten wolle, denn »unser Einsatz für die Menschenrechte und für die Befreiung der politischen Häftlinge in Chile hat auch eine eminente politische Dimension«. Allerdings unterstrich Frenz, dass die Sprache unbedingt neutral klingen müsse. »Unsere Motivation soll humanitär sein mit allen politischen und moralischen Implikationen. Sie soll frei sein von Eigeninteressen und Parteipolitik.«⁵⁰

Als jemand, der in Chile gewesen war und gute Kontakte zu wichtigen ökumenischen Organisationen unterhielt, darunter der Ökumenische Rat der Kirchen, der Lutherische Weltbund sowie der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, von dem er 1974 die Nansenmedaille für besondere Verdienst für Flüchtlinge erhalten hatte, wurde Frenz von der westdeutschen Sektion Amnestys als Generalsekretär angeworben.⁵¹ Urs M. Fietchner, ein Amnesty-International-Mitarbeiter, erinnerte sich, dass Amnesty »sehr beeindruckt« von Frenz' Arbeit in Chile war. »Er hatte den Amnesty Spirit, noch bevor er von Amnesty gehört hatte.«⁵² Für Wolfgang Heinz, damals im Amnesty-Vorstand, war die Entscheidung für Frenz eindeutig: Wenn er »über Menschenrechtsverletzungen [sprach], dann wusste er wovon er sprach [...] er war dort, er war dabei, und das hat ihm, überwiegend, eine positive Resonanz gegeben.«⁵³ Obwohl sich Frenz mit seinem Plädoyer anfangs nur auf Chile bezog, stellte er bald die Weichen für eine neue Argentinien-Solidarität, als die konjunkturabhängige Solidaritätsbewegung mit Chile kontinuierlich nachließ und gleichzeitig das Morden in Argentinien zunahm.

Im März 1977 verschwand erneut eine deutsche Staatsangehörige, Elisabeth Käsemann. Sie war in den 1960er Jahren aktiv in der Studentenbewegung gewesen und hatte sich für Argentinien entschieden. Hier sah sie die Heimat von Lateinamerikas am besten organisierter Arbeiterschaft.⁵⁴ Allerdings wurde nach ihrem Verschwinden nicht wie 1976 für Zieschank eine Kampagne für ihre Befreiung mit den üblichen linken Solidaritätstö-

50 Helmut Frenz an Liebe Freunde und Mitstreiter, 18.2.1976, in: FDCL, Ordner Aktion Zur Befreiung der Politischen Gefangenen in Chile.

51 Vgl. Office of the United Nations in Geneva, Comunicado de Prensa No. Ref/1182, La medalla Nansen al Obispo Frenz por su papel en la ayuda a los refugiados de Chile, 23.9.1974, in: Archiv Ökumenischen Rats der Kirchen, Genf, Akte 249.3.07.

52 Zeitzeugeninterview mit Urs M. Fietchner, Ulm, 9.8.2016.

53 Zeitzeugeninterview mit Wolfgang Heinz, Berlin, 30.5.2016.

54 Vgl. Dorothee Weitbrecht: Aufbruch in die Dritte Welt: Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2012, S. 328-340.

nen geführt. Bürger aus der ganzen Bundesrepublik drängten die Bundesregierung, sich energischer für Käsemanns Überleben einzusetzen. »Das deutsche Volk braucht Akzente der Menschlichkeit, wenn es sich nicht in Maßstäben verlieren will, die nur noch materiell orientiert sind«, meinte Heinz P.⁵⁵ Käsemanns Vater, der emeritierte Tübinger Theologe Ernst Käsemann, nahm prominent Stellung in der öffentlichen Kritik an der Haltung des AA und der deutschen Botschaft in Buenos Aires.⁵⁶

Ähnlich wie im Fall Zieschanks hatte Botschafter Kastl versucht, Käsemanns Aufenthaltsort auffindbar zu machen, allerdings ohne dabei die Grenzen der »diskreten Diplomatie« zu verletzen. Besonders schwer wog es für die Öffentlichkeit, dass, während Käsemann noch verschwunden war, die deutsche Fußballnationalmannschaft ein Freundschaftsspiel in Buenos Aires gegen die argentinische Auswahl austrug. Erst nach dem Spiel kam ans Tageslicht, dass die Deutsche bei einer Schießerei umgekommen war. Die Obduktion ihrer Leiche in Tübingen ergab jedoch, dass sie von hinten exekutiert worden war.⁵⁷ Im AA wurde Käsemanns Tod als Resultat ihres Engagements im argentinischen Untergrund interpretiert.⁵⁸ Die Bundesregierung bemühte sich um Beschwichtigung. Der Hamburger SPD-Kreis Wandsbek – Helmut Schmidts Wahlkreis – schrieb an den Kanzler über seine »Ratlosigkeit«, dass die Regierung der Bundesrepublik nicht in der Lage sei, »wenigstens ihren eigenen Staatsangehörigen Schutz vor staatlich geduldeten oder sogar angeordneten Terrormaßnahmen zu garantieren [...] Die glaubwürdige Androhung und ggf. die konsequente Anwendung politischer Reaktionen könnten zu einem höheren Schutz für das Leben bedrohter Personen führen.«⁵⁹ Der Bundeskanzler antwortete, dass Käsemanns Tod zwar bedauernswert, allerdings selbstverschuldet sei, denn »keine Regierung [kann] für den Schutz der eigenen Staatsangehörigen in anderen Ländern eine absolute Garantie geben«, dies gelte »vor allem dann, wenn sich Deutsche in voller Kenntnis und bewußter Inkaufnahme eines Risikos für Leib und Leben in die innenpolitischen und vielleicht bewaffneten Auseinandersetzungen ihres Gastlandes begeben«.⁶⁰ Die sich

55 Heinz P. an Bundespräsident Scheel, Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher, Mord und Folter in Argentinien/Ermordung der Tochter Prof. Käsemanns (Tübingen), 28.6.1977, in: Bundesarchiv Koblenz (BArch K.) B 122/ 37297.

56 Vgl. Thun: Menschenrechte und Außenpolitik, S. 158-166.

57 Vgl. Abmeier: Kalte Krieger, S. 145. Ausführliche Details liefert der ARD-Dokumentarfilm von Eric Friedler, »Das Mädchen – Was geschah mit Elisabeth K.?« (2014).

58 Siehe Jiménez Botta: Foreign Policy, S. 18.

59 SPD-Landesorganisation Hamburg, Kreis Wandbek, Distrikt Jenfeld an Helmut Schmidt, 24.8.1977, in: BArch K., B136 17561.

60 Helmut Schmidt an SPD, Landesorganisation Hamburg – Kreis Wandsbek, Distrikt Jenfeld, 21. November 1977, in: BArch K., B136 17561.

zuspitzende Auseinandersetzung zwischen RAF und deutschem Staat, die im »Deutschen Herbst« im November 1977 ihren Höhepunkt erreichte, half den Anliegen der Aktivisten nicht weiter.⁶¹

Der Mord an Käsemann beflügelte eine Argentinien-solidaritätsbewegung, die sich voll auf Menschenrechtsarbeit konzentrierte. Der Frenzsche Impuls zeigte sich 1977 am stärksten in der positiven Reaktion von bis dato individuell arbeitenden Argentinienaktivisten auf einen Appell der *Argentinischen Kommission für die Verteidigung der Menschenrechte* (CADHU): 1978 sollte die XI. Fußballweltmeisterschaft ausgerechnet in Argentinien stattfinden. Die CADHU nahm dies zum Anlass, alle westeuropäischen sowie süd- und nordamerikanischen Solidaritätsgruppen für eine weltweit koordinierte Kampagne zu gewinnen, welche die Verbrechen der Militärdiktatur vor und während des Großereignisses aufdecken sollte.⁶²

Im Dezember 1977 trafen sich Argentinienaktivisten für zwei Tage in Königswinter bei Bonn. Die zehn anwesenden Solidaritätsgruppen wurden angeführt von der deutschen Sektion Amnesty International, den verschiedenen AELAs, der Informationsstelle Lateinamerika aus Bonn (ILA) sowie dem Hamburger COSAL. Die CADHU hatte vier Minimalforderungen aufgestellt, die von den deutschen Aktivisten übernommen wurden:

- Ausreise für alle politischen Gefangenen in Argentinien, denen die Junta die Ausreise gestatten würde, wenn ein Land sie aufnimmt.
- Befreiung aller in ausländischen Botschaften in Buenos Aires feststehenden Flüchtlinge.
- Veröffentlichung einer vollständigen Liste aller politischen Gefangenen durch die arg.[entinische] Regierung.
- Internationale Untersuchung aller arg.[entinischen] Gefängnisse und KZs.⁶³

Die Aktivisten hatten die Ideen von Frenz beherzigt und waren bemüht, die humanitäre Natur ihres Anliegens hervorzuheben. Während der Kampagne sollte betont werden, »dass die CADHU nicht aus Organisationen bestehe, da sie eine Menschenrechts- und keine politische Or-

61 Siehe Stefan Aust: Baader-Meinhof: The Inside Story of the RAF, New York/Oxford 2008.

62 Siehe Felix A. Jiménez Botta: »Yes to Football, No to Torture!« The Politics of the 1978 Football World Cup in West Germany, in: Sport in Society 20,10 (2017), S. 1440-1456.

63 Fußball und Folter – Kampagne 1978, Protokoll des Treffens der Argentinien-Solidaritätsgruppen in Königswinter vom 16.-18.12.1977, in: FDCL, Folder Argentinien Solidarität, 1976-1977.

ganisation sei [...] Ihr Ziel ist die Verwirklichung der Menschenrechte in Argentinien.« Die Kampagne hatte die Absicht, durch pragmatische Allianzen und realistische Sichtweisen ihre Ziele zu erreichen. Die Parole »Forderungen sind realisierbar, deshalb müssen sie realisiert werden« wurde immer wieder wiederholt. Pragmatismus und nicht Dogmatismus lautete die Devise. Die Organisatoren der Argentinienkampagne waren sich im Klaren, dass es »um die Inhalte der vorgeschlagenen Kampagne« gehen müsse »und nicht um Organisationen«. Um das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an der Lage in Argentinien zu wecken, bedürfe es sehr viel Überzeugungsarbeit in den Bundesländern, Kommunen, Gewerkschaften und bei den Sozialdemokraten. Nur so könne man genügend »öffentlichen Druck auf die Bundesregierung« erzeugen.⁶⁴

Ähnlich wie Umweltaktivisten engagierten sich Menschenrechtsaktivisten mit transnationalen Netzwerken in der Bundesrepublik sowohl auf Bundesebene als auch auf lokaler Ebene. Dabei betonten sie, dass man zusammen Menschenrechtsarbeit betreiben könne, egal wofür man ansonsten privat stehe. Nur so konnten Aktivisten der AELA, die kurz zuvor noch zur Solidarität mit dem ERP aufgerufen hatten, mit Amnesty zusammenarbeiten, ohne ihre Gesinnung aufgeben zu müssen. Die wachsende Zusammenarbeit mit linken Gruppierungen missfiel beispielsweise Amnesty-Vorstandsmitglied Dietrich Böttcher: »Je energischer wir ein System wegen seiner Menschenrechtsverletzungen anprangern«, schrieb Böttcher im Januar 1976 in der *ai Information*, umso mehr würde es versuchen, »uns politisch dem jeweils anderen Lager zuzuordnen. Wir sollten ihnen dabei nicht auch noch helfen.«⁶⁵ Böttchers Ansicht wurde allerdings von vielen Bezirken Amnestys nicht geteilt, und er wurde wegen »ängstlicher Imagepflege« kritisiert.⁶⁶ Die Bereitschaft von Amnesty zur Zusammenarbeit mit vielen Gruppierungen, die nach der Einstellung von Frenz noch zunahm, sowie die neutrale Qualität der Menschenrechtssprache gaben dem Anliegen linker Argentinienaktivisten eine universelle humanitäre Gesinnung, die von Behörden nicht länger ignoriert werden konnte.

Die westdeutsche Kampagne »Fußball ja, Folter nein!« wurde zum Erfolg. Trotz Anfeindungen seitens des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und der Ablehnung der Bundesregierung konnten die Aktivisten die Meinungshoheit in der öffentlichen Debatte erobern. Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung war geweckt. Wohl kaum einer glaubte noch an die

64 Ebd.

65 Dietrich Böttcher: Unser Image ist verletzlich, in: *ai Information* 1 (1976), S. 11.

66 Doris Oberlander/Cornelia Werr: »Frankfurter Buchmesse«, in: *ai Information* 2 (1976), S. 19 f.

Propaganda von Argentinien als Paradies der Señoritas und Steaks, als die Verbrechen der Militärdiktatur für etliche Monate ins Rampenlicht gerieten. Die Kampagne erreichte auch deutsche Bürger, die sich nun für die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien insgesamt zu interessieren begannen und nicht nur allein für die Morde an deutschen Staatsbürgern. Kuno S. erinnerte in einem Schreiben Bundeskanzler Schmidt an die deutsche Vergangenheit, aus der »große Verpflichtungen erwachsen [sind,] die wir, so meine ich, im Fall Argentinien zum Teil nach besten Kräften erfüllen müssen«. ⁶⁷ Die Evangelische Studentengemeinschaft Aachen forderte in einem Brief an die Bundesregierung ein »klares Engagement für die Verwirklichung der internationalen Menschenrechte«. ⁶⁸ Es war dieser öffentliche Protest und weniger Druck von sozialdemokratischen Abgeordneten – nur die linksstehenden SPD-Bundestagsabgeordneten Klaus Thüssing, Erich Meinike, Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen hatten sich für die Aufnahme von Argentinern ausgesprochen –, was die Bundesregierung nötigte, eine Aufnahmeaktion für 500 argentinische Flüchtlinge ins Leben zu rufen. ⁶⁹

Die Freude währte allerdings nur kurz. Die Zusage der Bundesregierung war in erster Linie ein Versuch, die Kritik an ihrer restriktiven Aufnahmepraxis gegenüber Flüchtlingen aus Argentinien zu unterbinden. Deutsche Diplomaten wussten, dass die argentinische Militärjunta, gestärkt durch eine nationalistische Welle nach der gewonnenen Weltmeisterschaft 1978, ihre strikte Haltung gegenüber der Ausweisung potentieller »Terroristen« nicht lockern würde. Die bundesdeutschen Behörden beharrten zudem auf einer genauen Überprüfung der Inhaftierten, was die Aufnahme der Flüchtlinge erheblich verzögerte. Bis zum Kollaps der Militärjunta 1983 und dem Ende des Flüchtlingsprogramms wurden lediglich 74 Argentinier aufgenommen. ⁷⁰ Ferner zeigte sich, dass die Einstellung der Bundesregierung und einiger SPD-Politiker gegenüber Argentinien sich nicht grundlegend geändert hatte.

67 Kuno S. an Bundeskanzler Schmidt, 27.5.1978, in: PA AA, B 33, Bd. 111057.

68 ESG Aachen an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 7.3.1978, in: PA AA, B 33, Bd. 111057.

69 Siehe Deutscher Bundestag, 8. WP, 10. Sitzung, (2.2.1977): Sten.Ber., S. 448; 8. WP, 50. Sitzung, (20.10.1977): Sten.Ber., S. 3799; 8. WP, 88. Sitzung, (27.4.1978): Sten.Ber., S. 7007; Staatssekretär im Auswärtigen Amt an Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, 14.4.1978, in: BArch K., B 106 69049.

70 Vgl. Referat VII 4, Betr.: Aufnahmeaktion zugunsten politisch verfolgter Personen aus Chile und Argentinien; hier: Verfahren Bezug: Fernmündlicher Auftrag vom 26.5.1978, 31.5.1978, in: BArch K., B 106 69049; Botschaft Buenos Aires (Verbeek) an AA, Betr.: Aufnahmeaktion Argentinien; hier: Abschluss der Aufnahmeaktion, 20.10.1983, in: PA AA, AV, 32470.

Im Herbst 1979 organisierte die Arbeitsgruppe Menschenrechte in der SPD eine Reise nach Argentinien, um die Menschenrechtszustände vor Ort zu überprüfen. Da die Abgeordneten als Vertreter der SPD und nicht der Bundesregierung antraten, genehmigte Argentinien die Einreise.⁷¹ Zudem war kurz zuvor eine größere Delegation der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte vor Ort gewesen, die die Menschenrechtsverletzungen der Militärjunta offengelegt hatte.⁷² Die Mitglieder Willfried Penner, Horst Jungmann und Eckhart Kuhlwein sollten das Land zwei Wochen lang bereisen und Interviews mit Militärs, Regierungsmitgliedern, Politikern, Gewerkschaftsführern und Menschenrechtsaktivisten führen. Die deutschen Argentinien-Aktivisten setzten große Hoffnungen in diese Reise. Kuhlwein hatte immerhin die Kampagne »Fußball ja, Folter nein!« unterstützt und DFB-Präsident Hermann Neuberger kritisiert.⁷³ Die fundierte Kritik dreier anerkannter SPD-Abgeordneter sollte den Druck auf Kanzler Schmidt erhöhen, einen härteren Kurs gegen die Junta einzuschlagen. Die deutsche Botschaft in Argentinien und das AA sprachen sich energisch gegen die Reise aus, konnten sie aber nicht verhindern.⁷⁴

Trotz unbequemer Beschattung seitens der argentinischen Behörden erfuhren die Abgeordneten aus erster Hand von mehreren Quellen über die Menschenrechtsverletzungen seitens der Militärregierung. Reporter des liberalen *Buenos Aires Herald* sagten ihnen, dass die Junta mit »illegalen Methoden« regierte, und Oppositionspolitiker sprachen von »Staatsterrorismus«.⁷⁵ Argentinische Menschenrechtsorganisationen informierten die Abgeordneten über illegale Gefängnissschiffe und Lager, in denen Personen ohne Haftprüfung gefangen gehalten wurden, und dass die argentinischen Streitkräfte mit anderen Diktaturen in Paraguay und Uruguay zusammenarbeiten. Die Menschenrechtsaktivisten legten

71 Vgl. Brigitte Erler: Vorplanung einer Delegationsreise der SPD-Bundestagsfraktion nach Argentinien und Uruguay, 2.6.1978, in: AdSD, Ordner 2698.

72 Vgl. Ulises Gorini: *La Rebelión de Las Madres: Historia de Las Madres de Plaza de Mayo*, Buenos Aires 2015, S. 315-335; Patrick William Kelly: *Sovereignty and Salvation: Transnational Human Rights Activism in the Americas in the Long 1970s*, PhD Dissertation, University of Chicago 2015, Kapitel 7.

73 Vgl. Eckart Kuhlwein: In Argentinien leider nur vornehme Zurückhaltung: Präsident Neuberger auf dem Rückzug, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 24.5.1978.

74 Vgl. Botschaft Buenos Aires an AA, A. Z.L POL 300.25, Betr.: Reise einer SPD-Delegation nach Buenos Aires, 20.10.1979, in: AdSD, Ordner 2699.

75 Horst Jungmann/Eckhart Kuhlwein/Willfried Penner: Bericht über die Reise einer Delegation der Fraktion der SPD nach Argentinien und Uruguay vom 21.10.-4.11.1979, in: AdSD, Akte 2699, S. 8, 15.

ihnen nahe, die westdeutsche Bevölkerung zu informieren, ihre Solidarität mit den Verschwundenen zu erklären und direkte Moralappelle an die argentinische Regierung zu entsenden.⁷⁶ Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland relativierten die SPD-Abgeordneten allerdings in einer Pressemeldung die Gewalt in Argentinien als »Entgleisungen« in »der notwendigen Bekämpfung von terroristischer Gewaltkriminalität«. Der Öffentlichkeit rieten sie »eine gewisse Zurückhaltung«.⁷⁷ Die Entrüstung war groß bei den Aktivisten, zumal die argentinische Botschaft die Aussage der Abgeordneten zu ihren Gunsten nutzte.⁷⁸ Es war klar geworden, dass das Menschenrechtsverständnis der bundesdeutschen Außenpolitik kaum im Einklang mit dem der Aktivisten stand.

Menschenrechtsaktivismus für Argentinien, 1980-1983

Die langfristigen Folgen der Kampagne für Argentinien dürfen nicht an den geringen Flüchtlingszahlen oder an der Reise der SPD-Abgeordneten gemessen werden. »Fußball ja, Folter nein!« konnte erst stattfinden und zum Erfolg werden, weil sich für linke Aktivisten – trotz konkurrierender oder entgegengesetzter politischer Ausrichtungen – mithilfe der Menschenrechtssprache neue Einflussmöglichkeiten erschlossen hatten. Allerdings bedeutete dies auch, dass Menschenrechtsargumente auf Minimalforderungen reduziert werden mussten, um von der Regierung überhaupt wahrgenommen zu werden. Historiker wie Patrick William Kelly und Jan Eckel argumentieren, dass Menschenrechte deshalb als entpolitisierend angesehen werden müssen. Menschenrechtsaktivismus der 1970er Jahre, so Kelly, hatte wenig von früheren Maximalforderungen nach sozialer Gleichheit und fokussierte »not on the starving but on the tortured victim«. Menschenrechtsaktivisten mussten eine »politics of revolution« für eine »politics of salvation« umtauschen.⁷⁹ Nicht länger konnten Politiker Menschenrechtsaktivisten einfach ignorieren, aber deren Forderungen wurden auch weniger gewagt.

76 Vgl. ebd., S. 25-28.

77 Horst Jungmann/Eckhart Kuhlwein/Willfried Penner: Betr.: Argentinien/Uruguay, in: Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 8.II.1979.

78 Walter Zielke: Offener Brief an die Mitarbeiter der argentinischen Solidaritätsgruppen, 22.2.1980, in: Archiv Amnesty International, Bezirk Ulm (AAI Ulm), Ordner Bezirk 8/4 Aufnahmeaktion für Argentinien.

79 Kelly: Sovereignty and Salvation, S. 14; Jan Eckel: Ambivalenz des Guten, S. 415 (Kindle Loc. 10123-25).

Dies geschah zu einem gewissen Grad auch in Westdeutschland, allerdings nicht in dem Ausmaß, wie Kelly und Eckel argumentieren. Das Politik- und Menschenrechtsverständnis der westdeutschen Linken in den 1980er Jahren kann nicht auf eine Minimalpolitik der humanitären Hilfe reduziert werden. Die 1980er Jahre bildeten schließlich den Höhepunkt der Solidaritätskampagnen mit der salvadorianischen Guerilla (*Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional*, FMLN) und mit den Sandinisten in Nicaragua.⁸⁰ Als Revolutions- und Solidaritätssprachen zurückkamen und als US-Präsident Ronald Reagan die Menschenrechte für seine Konfrontationspolitik mit der Sowjetunion verwendete, wandten sich linksstehende Menschenrechtsaktivisten von Amnestys Minimalforderungen ab, ohne jedoch auf Menschenrechtsargumentationsmuster zu verzichten.

Die Bundesregierung konnte Menschenrechtsargumente nicht ignorieren, weil sie keine linke Erfindung waren und deshalb als neutral angesehen werden mussten. Wie Samuel Moyn und Marco Duranti gezeigt haben, wurden Menschenrechtsargumente in der frühen Nachkriegszeit meistens von christlichen Antikommunisten verwendet.⁸¹ Lora Wildenthal zeigt auch, wie Menschenrechtsdiskurse in der frühen Bundesrepublik von konservativen Juristen wie Rudolf Laun angewandt wurden, um das »Volksgruppenrecht« der aus dem Osten vertriebenen Volksdeutschen auf ihre Heimat zu begründen.⁸² In den 1970er Jahren formierte sich die konservativ ausgerichtete Internationale Gesellschaft für Menschenrechte 1972 als rechtes Gegenstück zur »linken« Amnesty.⁸³ Zudem drängten die Junge Union, die Christlich Demokratischen Arbeitnehmer und der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) die CDU/CSU dazu, Menschenrechtsverletzungen in Chile anzuklagen, um junge

80 Zur westdeutschen Nicaragua-Solidarität der 1980er siehe Christian Helm: Booming Solidarity: Sandinista Nicaragua and the West German Solidarity Movement in the 1980s, in: *European Review of History/Revue Européenne d'histoire* 21,4 (2014), S. 597-615, und Friederike Apelt: Between Solidarity and Emancipation? Female Solidarity and Nicaraguan Revolutionary Feminism, in: Jan Hansen/Christian Helm/Frank Reichherzer (Hg.): *Making Sense of the Americas: How Protest Related to America in the 1980s and Beyond*, Frankfurt/M./New York, 2015, S. 176-196.

81 Vgl. Samuel Moyn: *Christian Human Rights*, Philadelphia 2015; Marco Duranti: *The Conservative Human Rights Revolution: European Identity, Transnational Politics, and the Origins of the European Convention*, Oxford/New York 2016.

82 Lora Wildenthal: Rudolf Laun and the Human Rights of Germans in Occupied and Early West Germany, in: Hoffmann (Hg.): *Human Rights in the Twentieth Century*, S. 125-146.

83 Siehe Jürgen Wüst: *Menschenrechtsarbeit im Zwielicht: Zwischen Staatssicherheit und Antifaschismus*, Bonn 1999.

Mitglieder anzuwerben und die sozial-liberale Koalition für ihr scheinbares Desinteresse gegenüber der Menschenrechtslage in Osteuropa anklagen zu können. Junge Konservative erhielten dabei die Unterstützung Helmut Kohls, Heiner Geißlers und Norbert Blüms.⁸⁴ 1977 gab die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Weißbuch über Menschenrechtsverletzungen an Volksdeutschen im Ostblock heraus, um die Bundesregierung dazu zu drängen, ihre Außenpolitik zu ändern.⁸⁵ Zudem hatten CDU-Politiker sich für vietnamesische Bootsflüchtlinge Ende der 1970er Jahre engagiert und hierfür Menschenrechtsargumente benutzt.⁸⁶ Für den Staatsrechtslehrer Martin Kriele war »die Realisierung der Menschenrechte« sogar die »politische Substanz, aus der die Bundesrepublik als demokratischer Verfassungsstaat lebt«.⁸⁷

Da Menschenrechtsargumentation von beiden Seiten des politischen Spektrums benutzt wurden, galten sie als neutral. Das Chile-Komitee Stuttgart beispielsweise erlangte die Aufmerksamkeit des CDU-Bürgermeisters Wolfgang Rommel, indem es für Wohnungen für Argentinienflüchtlinge mittels menschenrechtsbasierter Argumentation agierte. Rommel wollte wegen der Wohnungsnot in Stuttgart keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, dennoch konnte er sich der Logik der Unteilbarkeit der Menschenrechte nicht entziehen, als die Aktivisten ihn mit der Tatsache konfrontierten, dass immerhin Wohnraum für die Vietnamflüchtlinge geschaffen worden sei.⁸⁸ Menschenrechtsvertreter professionalisierten sich auch zunehmend. Im Fall der Argentinienbewegung kamen Amnesty-Mitglieder immer häufiger in Situationen, wo sie konstruktiv mit staatlichen Behörden zusammenarbeiten mussten. Gleichzeitig wurde Amnesty sogar im konservativ regierten Baden-Württemberg nicht länger als Störfall betrachtet, sondern von den Behörden mehr und

84 Vgl. Günter Buchstab (Hg.): Kohl: »Wir haben alle Chancen«: Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973-1976, 2. Bd.: 1975-1976, Düsseldorf 2014, S. 1312, 1700; Rede des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl auf der Großversammlung des Bundesverbandes der Jungen Union anlässlich der Aktion Menschenrechte, Gelsenkirchen 10.4.1976, in: Archiv für Christlich Soziale Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Agustin, Bestand Junge Union 04-007, Signatur 469/3, S. 22; Carlos Huneeus Madge: La Oposición en el Autoritarismo: El Caso del PDC Durante el Régimen del General Pinochet en Chile, in: Revista Mexicana de Ciencias Políticas y Sociales 227, LXI (2016), S. 247-272.

85 Vgl. Peter: Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 211-216.

86 Vgl. Frank Bösch: Engagement für Flüchtlinge. Die Aufnahme vietnamesischer »Boat People« in der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 14,1 (2017), S. 13-40.

87 Martin Kriele: Die Menschenrechte zwischen Ost und West, Köln 1977, S. 8.

88 Vgl. Dimo Haith: Chile Komitee Stuttgart an die Teilnehmer des Argentinien-Seminars, 12.10.1979, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 2.

mehr als Partner gesehen.⁸⁹ Amnesty erzielte einen Etappensieg, indem sie die Landesbehörden überzeugen konnte, argentinische Flüchtlinge nicht im berüchtigten Flüchtlingscamp Zirndorf unterzubringen. Man überließ der Organisation, die Flüchtlinge in Städten mit anderen Argentinern unterzubringen, um das Exil erträglicher zu machen.⁹⁰ Obwohl Amnesty die Sicherheitskontrollen bemängelte und nur wenig gegen die Verkopplung von Flüchtlingen und potentiellen Gefahren für die innere Sicherheit ausrichten konnte, punktete sie an anderer Stelle. Durch ihr neu erlangtes Ansehen konnte Amnesty mit dem Wohlwollen mehrerer Städte und Kommunen rechnen. Sogar im CSU-regierten Bayern, welches sich nicht an der Aufnahmeaktion beteiligt hatte, erklärten sich etliche Kommunen und Städte bereit, argentinische Flüchtlinge aufzunehmen und auf eigene Kosten zu unterhalten.⁹¹

Auch war es der westdeutschen Amnesty-Sektion nun möglich, Beziehungen mit argentinischen Menschenrechtsorganisationen aufzubauen. Diese hatten sich nach 1977 gebildet, um die Schicksale ihrer verschwundenen Angehörigen zu ermitteln. Die wichtigsten Organisationen waren die *Madres* und *Abuelas de la Plaza de Mayo* und die *Familiares de los Desaparecidos*. Da sie ständig von der argentinischen Regierung angefeindet wurden, war nicht nur die finanzielle Unterstützung ausländischer Zivilgesellschaften und Regierungen notwendig, sondern auch offenkundige Solidarität. Amnesty setzte sich bei der Bundesregierung sowie auf Landesebene dafür ein, diesen und anderen ausländischen Menschenrechtsgruppierungen den Rücken zu stärken. 1979 begann die westdeutsche Sektion Amnesty Rundreisen mit den *Madres* und den *Abuelas* durch die Bundesrepublik Deutschland zu organisieren. Beide Gruppen nutzten diese Reisen, um ihre Geschichten zu erzählen. Die *Madres* sparten dabei die politische Haltung ihrer Angehörigen aus und hoben stattdessen deren Menschlichkeit hervor.⁹² Zusammen erreichten

89 Vgl. Protokoll der Besprechung im Innenministerium B. W., 27.9.1978, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 7.

90 Vgl. Axel Dessecker (ai) an Solidaritätsgruppen in Baden-Württemberg, ila, NaS, 10.5.1979, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 7.

91 Vgl. Thomas (ILA), Betr.: Argentinienkampagne. Brief der westdeutschen Solidaritätsgruppen an den Internationalen Kongress der Argentinien-Solidaritätsgruppen in New York vom 20.-24.3.1979, 8.3.1979, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 2.

92 Vgl. Sie geben die Hoffnung nicht auf: Nachrichten-Interview mit Großmüttern der Plaza de Mayo in Buenos Aires, in: Blickpunkt 117 (1982). Die entpolitizierende Wirkung des Aktivismus der Madres wird erläutert in Ari Gandsmann: The Limits of Kinship Mobilizations and the (A)politics of Human Rights in Argentina, in: The Journal of Latin American and Caribbean Anthropology 17,2 (2012), S. 193-

die Aktivist:innen, dass Politiker von der SPD sowie von der CDU die Mütter einladen und ihnen gegenüber die »Anteilnahme am Schicksal der verschwundenen Kinder und ihrer Angehörigen zum Ausdruck« brachten.⁹³ Dies sicherte den Müttern internationale Anerkennung, die ihnen Zuhause gewisse Sicherheit gewährte. Die Behörden gingen anfangs noch sehr bedacht mit der offiziellen Unterstützung der Mütter um. Zum Beispiel lehnte der Berliner Senatsdirektor Hermann Schmid eine direkte Patenschaft der Mütter durch die Stadt Berlin ab, weil er »die Bemühungen der ›stillen Diplomatie‹ der Bundesregierung, unter Verzicht auf öffentliche Erklärungen« unterstütze.⁹⁴

Als es kurz vor dem Fall der Militärdiktatur zu vermehrten Bedrohungen der *Madres* und *Abuelas* durch verängstigte Militärs kam, veranlassten westdeutsche Aktivist:innen eine Kampagne, bei der bekannte Persönlichkeiten, Bundes- und Landesregierungsvertreter sowie Zivilgesellschaftsorganisationen für die argentinischen Frauen offizielle Patenschaften übernehmen sollten, die auf Schildern zur Abschreckung außerhalb der Räumlichkeiten der *Abuelas* aufgehängt werden sollten. Obwohl Außenminister Genscher sich persönlich gegen die Patenschaftsschilder engagierte, gelang es Amnesty, Organisationen wie *Terre des Hommes*, die *Evangelische Studentenorganisation Essen* und sogar die Stadt Kiel zu gewinnen, was die Frauen schützte. Wenn die argentinische Polizei die Räumlichkeiten der *Abuelas* durchsuchte, zeigten sie stolz ihre Patenschaftsplaketten und vermieden weitere Schikanen: »Wir zeigten ihnen zuerst die Bilder von unseren deutschen Paten. Sie warfen einen Blick drauf und schauten dann zu Boden; sie weigerten sich demonstrativ, die Schilder zu lesen«. Dann »gingen sie bald wieder, ohne Schaden angerichtet zu haben«.⁹⁵ Im November 1982 unterzeichneten 150 Politiker der drei im Bundestag vertretenen Fraktionen einen Aufruf an die Militärjunta in der argentinischen Tageszeitung *Clarín*, wo sie forderten, das Schicksal der fünfzig deutschen und deutschstämmigen Vermissten unverzüglich aufzuklären. Willy Brandt, Egon Bahr, Herbert Wehner

214. Kritischer ist Emmanuel Nicolás Kahan: »Memories That Lie a Little.« *New Approaches to the Research into the Jewish Experience during the Last Military Dictatorship in Argentina*, in: Adriana Brodsky/Raanan Rein (Hg.): *The New Jewish Argentina: Facets of Experience in the Southern Cone*, Leiden/Boston 2013, S. 293-313.

93 Besuch der »Großmütter von der Plaza de Mayo« bei Senatsdirektor Hermann Schmid, Rathaus Schöneberg, 24.5.1982, in: Landesarchiv Berlin B Rep 002 Nr. 21729.

94 Ebd.

95 Brochüre: Schutz für die *Abuelas*. Jetzt erst recht: Schirmherrschaften für das Büro der Großmütter gesucht!, in: Privatarchiv Urs M. Fietchner, Ulm, S. 7.

(alle SPD), Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Franz Ludwig Graf Stauffenberg (CSU) und Richard von Weizsäcker (CDU) waren unter den Unterzeichnern.⁹⁶

Diese Netzwerkverbindungen kamen auch den angeschlagenen Kassen der argentinischen Menschenrechtsorganisation zugute. Dank der Vermittlung des Amnesty-nahen Aktivisten Ulf Baumgärtner zum Beispiel, der einen Bericht über die Tätigkeiten der verschiedenen Menschenrechtsorganisationen in Buenos Aires an das evangelische Hilfswerk *Brot für die Welt* weiterleitete, entschied sich das Hilfswerk, den *Familiares* eine tatkräftige Hilfe von 100.000 DM zu erteilen. Die Zusammenarbeit zwischen der westdeutschen Sektion Amnesty Internationals und den argentinischen Menschenrechtsorganisationen endete nicht mit dem Fall der Diktatur 1983, sondern blieb bestehen und mündete 2004 in der Entscheidung der Bundesregierung, die noch lebenden Führer der argentinischen Junta für den Mord an Elisabeth Käsemann 1977 anzuklagen.⁹⁷

Die Argentinien-Kampagne wirkte sich vor allem positiv auf das Image und den Bekanntheitsgrad von Amnesty International in der Bundesrepublik aus. Am Ende von »Fußball ja, Folter nein!« beschwerten sich etliche Teilnehmer, dass die Kampagne in der Öffentlichkeit allein Amnesty zugeschrieben wurde. Helmut Frenz antwortete, dass Amnesty wohl kaum die Berichterstattung kontrollieren könne.⁹⁸ Linke Aktivisten mussten dagegen hinnehmen, dass linke Themen und Positionen ihrer Gruppen nicht durch ihre Zusammenarbeit mit Menschenrechtsaktivisten aufgewertet worden waren.

Daher wurden diejenigen, die ihre Revolutionsträume nicht aufgegeben hatten, misstrauisch gegenüber Amnesty und deren neutraler Sprache der Menschenrechte. Der am Anfang genannte Mario Weitmann hatte trotz seiner Bedenken mit COSAL bei »Fußball Ja, Folter Nein!« mitgearbeitet, konnte aber nicht verstehen, warum die *compañeros* »den Fußball im Kopf haben« und nicht den Slogan »Solidarität mit den Arbeitern Argentiniens« verwendeten.⁹⁹ Für Dieter Maier, Amnesty-Mitglied seit den frühen 1970er Jahren, hatten menschenrechtsbasierte Argumente eine große Schwachstelle: Jeder konnte sie für die eigenen

96 Deutsche Politiker fordern Aufklärung über Verschwundene, in: SZ, 22.II.1982.

97 Siehe Wolfgang Kaleck: Mit Recht gegen die Macht: Unser weltweiter Kampf für die Menschenrechte, München 2015, S. 59-71.

98 Vgl. Helmut Frenz an alle Bezirke, Adoptions-Gruppen mit Argentinien-Fällen und Argentinien-Koordinationsgruppen, Tübingen, 14.7.1978, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 7.

99 Mario [Weitmann] a los compañeros del partido, 20.4.1978, in: Archivo Leo Trotsky – El Archivo de la Revolución, URL: <https://www.archivoleontrotsky.org/home.php> (Zugriff: 10.4.2018).

Zwecke, verwenden, sogar Augusto Pinochet oder Jorge Rafael Videla. Nachdem US-Präsident Jimmy Carter sich öffentlich für die Menschenrechte aussprach, war Maier klar, was dies bedeutete: »Jeder Oppositionelle, der sich bisher für die Menschenrechte eingesetzt hat, muß sich selbstkritisch klarmachen, daß er jahrelang eine Idee vertreten konnte, die sich das Bürgertum nun triumphal zurückgeholt hat.« Minimalrechte zu verlangen, war nicht genug. »Die weltweit gestiegene Sensibilität gegenüber Menschenrechtsverletzungen ist ein Fortschritt. Aber dieser Fortschritt hat seine Kehrseite.« Jetzt werde Folter nicht mehr als Instrument der Gewaltherrschaft der Bourgeoisie, sondern als eine Art Naturkatastrophe, eine Tragödie angesehen. »Die Art wie Folter von den Massenmedien vermarktet wird, macht die Empörung über Menschenrechtsverletzungen zur halben Heuchelei.«¹⁰⁰

Die Kinderhilfe Lateinamerika aus Köln, die bei ihrer Gründung 1976 als »unpolitische Initiative« herabgesetzt worden war, wurde in den späten 1970er Jahren immer militanter und begann Gelder für Widerstandsgruppen in Argentinien zu sammeln.¹⁰¹ 1978 fing die Kinderhilfe an, sich auch für Nicaragua zu interessieren. Ein Aktivist erinnert sich, dass es »für uns schon eine Selbstverständlichkeit [war], daß ein Volk, das über Jahrzehnte versucht hatte, gewaltfrei Widerstand zu leisten, dann mit Waffen kämpft«. 1980 besetzte die Gruppe den Kölner Dom als Zeichen der Solidarität mit der Guerilla in El Salvador, denn »bestimmte gesellschaftliche Veränderungen kann man nur erreichen, wenn man auch ›ja sagt zum bewaffneten Kampf«. Die Aktivisten wurden gewaltsam von der Polizei entfernt, und kirchliche Gruppen, die mit ihnen bis dahin zusammengearbeitet hatten, zogen sich zurück.¹⁰²

Für Urs Müller-Plantenberg, Mitbegründer der *Chile-Nachrichten*, war es zwar wichtig, dass »die moralische Komponente der internationalen Solidarität [...] nicht einfach geringgeschätzt oder mißachtet« wurde, man dürfe aber auch nicht vergessen, dass es »noch längst nicht genug [ist], um eine effektive Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Chile herbeizwingen zu helfen«.¹⁰³ Auch Ulf Baumgärtner erkannte, dass Menschenrechtsargumente sich leicht von

100 Dieter Maier: Thesen zu einer Kritik der Menschenrechte, in: Latein Amerika Projekte: Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Chile 6 (1979), S. 15-21, hier S. 15 f.

101 Werner Balsen/Karl Rössel: Hoch die Internationale Solidarität: Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 481.

102 Ebd., 490 f.

103 Urs Müller-Plantenberg: Vorschläge: Ausgewählte politisch-soziologische Arbeiten, 1961-1996, Münster 1997, S. 262.

Politikern instrumentalisieren ließen. Er stand sehr kritisch gegenüber den Versuchen der CDU/CSU, sich für Argentinien zu profilieren. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte sich im Zuge des Falkland-Malwinenkriegs gegen den Waffenverkauf an Argentinien geäußert, was Baumgärtner als »maßlos[e] Scheinheiligkeit« eines Mannes empfand, »der nie ein Wort über den Terror des argentinischen Militärs verloren hat«. ¹⁰⁴ Sogar Helmut Frenz war sich nicht ganz sicher, ob man Menschenrechtsarbeit von vollkommener Befreiung trennen sollte: »Der unvermeidliche Befreiungskampf kann nur eine Notlösung sein, denn jeder Krieg ist unmenschlich«, schrieb er 1983 noch als Generalsekretär Amnesty. »Wer den Krieg verherrlicht, opfert das Volk. Wer jedoch deshalb die Unterdrückung schweigend hinnimmt, demütigt das Volk«. ¹⁰⁵ Hinsichtlich des nicaraguanischen Bürgerkriegs zeigte Frenz eine differenzierte Haltung gegenüber Menschenrechtsfragen. Einerseits verpönte er die USA für ihre Instrumentalisierung der Menschenrechtssprache, um den Contra-Krieg zu finanzieren. Andererseits tadelte ihn der Staatsrechtslehrer Martin Kriele für seine eher positive Haltung gegenüber den Sandinisten: »Frenz [...] läßt jetzt die in Nicaragua leidenden Menschen, die vielleicht ihre letzte verzweifelte Hoffnung auf die Hilfe von Amnesty International setzte, im Stich.« ¹⁰⁶ Das Menschenrechtsverständnis von Frenz, das auch Maximalforderungen wie das Ende der Armut und Arbeitslosigkeit beinhaltete, hob sich von Amnestys Minimalforderungen ab. 1985 trat seine Nachfolge als Generalsekretär Brigitte Erler an, die als SPD-Politikerin ein ziemlich anderes Menschenrechtsverständnis hatte als der Aktivist Frenz. ¹⁰⁷

104 Ulf Baumgärtner: Späte Anklage gegen die Junta, in: Stuttgarter Zeitung, 2.6.1982.

105 Helmut Frenz: Ich glaube an Chile und an seine Zukunft, in: Medico International, Rundschreiben 3 (1983), S. 14.

106 Martin Kriele: Nicaragua – Das Blutende Herz Amerikas: Ein Bericht, München 3. Aufl. 1986, S. 175.

107 Siehe Helmut Frenz: Vorwort, in: Informationsstelle Guatemala e.V. (Hg.): Guatemala: Der lange Weg zur Freiheit, Wuppertal 1981, S. 7 f.; Helmut Frenz/Norbert Greinache/Ursula Junk/Bern Päsche: El Salvador – Massaker im Namen der Freiheit, Hamburg 1981. Unter Erlers Aufsicht wurde die Chile-Koordinationsgruppe unter großen Protesten ihrer Mitglieder 1988 geschlossen. Siehe: Protokoll der Sitzung des Vorstandes vom 19./20.11.1988, in: AAI Ulm, Ordner Korrespondenz NAS + IS + Vorstandsprotokolle Anfang bis 1988.

Fazit

Verglichen mit der Chilebewegung der frühen 1970er Jahre verlief die Argentinienbewegung der späten 1970er nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ anders. Nach dem Putsch im März 1976 waren die Voraussetzungen für eine Solidaritätsbewegung für Argentinien nach dem chilenischen Muster in Westdeutschland nicht gegeben. Inmitten des Terrors der RAF war die Bereitschaft in der Bevölkerung und Politik gering, sich für vermeintlich linke Terroristen in Argentinien einzusetzen. Die Bundesregierung und die bundesdeutsche Botschaft in Argentinien waren von der Notwendigkeit des harten Durchgreifens der argentinischen Militärjunta überzeugt und verwehrten argentinischen Flüchtlingen das politische Asylrecht in der Bundesrepublik. Anders als in Chile setzte sich die sozialdemokratische Regierung kaum für die Inhaftierten und Verschwundenen, ein und auch die deutsche Außenpolitik tat wenig, um deutsche Staatsbürger vor dem Tod in argentinischen Gefängnissen zu retten.

Erst nachdem linke Aktivisten und Amnesty International anfangen zusammenzuarbeiten und die neutrale Sprache der Menschenrechte zu gebrauchen, konnten sie das Interesse der Bevölkerung wecken, wenn auch nur für kurze Zeit. Die Kampagne »Fußball ja, Folter nein!« war das Resultat einer Koalition von linken Aktivisten und Menschenrechtlern, deren Erfolg auf der humanitären Sprache gründete. Allerdings verfehlte die Kampagne eine langfristige Wirkung auf die bundesdeutsche Außenpolitik gegenüber der argentinischen Militärregierung. Diese wurde unter Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher weiterhin nach den Grundsätzen der Realpolitik geführt.

Ein »Durchbruch« einer liberalen Menschenrechtsprache aus Politikverdrossenheit oder Entpolitisierung lässt sich bei linken Aktivisten in der Argentinienkampagne nicht erkennen. Deren Gebrauch von Menschenrechtsargumenten war im Einklang mit ihrer sozialistischen Solidarität mit der verfolgten Linken in Lateinamerika. Allerdings förderte die Argentinienkampagne das Image von Amnesty International auf Kosten linker Gruppierungen, die ebenfalls an der Kampagne beteiligt waren, ihren Einfluss aber darüber hinaus nicht ausweiten konnten. Als linke Aktivisten sich ab Ende der 1970er Jahre der Solidarität mit zentralamerikanischen Revolutionären widmeten, verwandelte sich Amnesty immer mehr in eine professionelle NGO und verlor dabei einiges von ihrer früheren »Graswurzel«-Dynamik.

Solidarität und ihre Grenzen

Die »Brigaden der Freundschaft« der DDR¹

ERIC BURTON

Forderungen an den Partner zu stellen und von ihnen zu verlangen, es so zu machen wie bei uns in der DDR, sind hier fehl am Platze.

Leiter der Brigade der Freundschaft »Ernst Thälmann« in Kuba, 1976²

Das fällt nicht leicht, manchmal möchte man schon aus der Haut fahren, aber gerade das darf es nicht geben, das schafft kein Vertrauen. Und, liebe Genossen, Vertrauen setzen die äthiopischen Freunde in uns!

Leiter der Brigade der Freundschaft »Werner Lamberz« in Äthiopien, 1981³

Zwischen 1964 und 1989 entsandte die DDR über 60 »Brigaden der Freundschaft der FDJ« in 26 Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.⁴ Die Brigaden waren ein Konglomerat aus neuen Entsendungsmodi der globalen Entwicklungspolitik und DDR-Arbeiterbrigaden. Bei den DDR-internen Arbeiterbrigaden handelte es sich um von oben verordnete »kolonnenähnliche Arbeitsgruppen« nach sowjetischem Vorbild, die das Ziel hatten, die Produktivität und Produktqualität in industriellen

- ¹ Die Forschung wurde durchgeführt im Rahmen des Forschungsprojektes »Entsandte Expert/inn/en von Entwicklungshilfe und Sozialistischer Hilfe in Zeiten der Systemkonkurrenz« (finanziert vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, FWF) unter der Leitung von Univ. Doz. Dr. Berthold Unfried am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Ich danke Frank Bösch, Jan-Holger Kirsch, Caroline Moine, Stefanie Senger, Berthold Unfried sowie den Teilnehmern des Workshops für hilfreiche Anmerkungen und Immanuel Harisch für Diskussionen und das zur Verfügung gestellte Material.
- ² Wie wird der Prozess der Durchsetzung der sozialistischen Lebensweise ideologisch geführt?, o. D. [ca. 1976], in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch Berlin) DY 24/19187.
- ³ Leiter der FDJ-Freundschaftsbrigade »Werner Lamberz« R., Diskussionsbeitrag auf der Parteiaktivtagung der GO Addis Abeba am 25.11.1981, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19086, S. 2.
- ⁴ Vgl. Ulrich van der Heyden: FDJ-Brigaden der Freundschaft aus der DDR – die Peace Corps des Ostens?, in: Berthold Unfried/Eva Himmelstoss (Hg.): Die eine Welt schaffen: Praktiken von »Internationaler Solidarität« und »Internationaler Entwicklung«, Leipzig 2012, S. 99-122, hier S. 114.

Betrieben zu erhöhen.⁵ Vorerst nur auf Betriebe beschränkt, wurden schließlich alle Werktätigen in der DDR in solchen Brigaden organisiert. 1959 trat zu den wirtschaftlichen Motiven auch das gesellschaftspolitische Ziel hinzu, demzufolge die Brigademitglieder »nicht mehr nur auf sozialistische Weise arbeiten, sondern auch noch ›sozialistisch lernen und leben sollten«.⁶ Die meist bis zu 20 Mitglieder starken Brigaden sollten mit ihrer »kameradschaftlichen Hilfe« die Arbeitsmoral erhöhen, die Produktivität optimieren und die Persönlichkeitsentwicklung in Richtung eines sozialistischen Bewusstseins fördern.

Dieses gesellschaftspolitische Konzept kollektiver Arbeit wurde auch auf die Brigaden der Freundschaft übertragen, die 1963 auf SED-Beschluss explizit als »Instrumente unserer Außenpolitik« ins Leben gerufen wurden. Der Zentralrat der FDJ organisierte die Entsendung. Mitglieder der Brigaden waren junge Männer und Frauen mit technischen, handwerklichen, landwirtschaftlichen und medizinischen Ausbildungen. Sie waren in der Regel zwischen 21 und 30 Jahre alt und blieben meist für einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren im Einsatzland. Im Gegensatz zu westlichen Entwicklungshelfern, die oft einzeln oder in kleineren Gruppen entsandt wurden, wurden die FDJ-Mitglieder immer in ganzen »Kollektiven« eingesetzt, deren Mitglieder sich im Zeitverlauf ablösten. In einer FDJ-internen historischen Übersicht wurden die 55 Brigaden, die zwischen 1964 und 1984 in 22 Ländern im Einsatz waren, folgenden (einander nicht ausschließenden) Einsatzzwecken zugeordnet:

- Bauvorhaben der Industrie, Landwirtschaft und andere Bereiche (21 Brigaden)
- Lehrlingsausbildung in Ausbildungszentren (16)
- Aufbau und Inbetriebnahme von Berufsausbildungszentren (12)
- Landwirtschaftliche Produktion (Feld- und Viehwirtschaft, Erntekampagnen) (12)
- Industrie und Transportwesen, v. a. Reparatur und Instandhaltung (10)⁷

5 Rüdiger Soldt: Zum Beispiel Schwarze Pumpe: Arbeiterbrigaden in der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 24, 1998, S. 88-109, hier S. 90.

6 Thomas Reichel: »Sozialistisch arbeiten, leben und lernen«. Die Brigadebewegung in der DDR (1959-1989), Köln 2011, S. 9.

7 Vgl. FDJ, Abteilung »Brigaden der Freundschaft«: Historische Übersicht – 20 Jahre Brigaden der Freundschaft der FDJ, Berlin, April 1984, S. 8. Das Dokument wurde freundlicherweise vom ehemaligen Abteilungsleiter H.J. Hagenmüller übergeben und befindet sich in der Projektdokumentation.

Als »Botschafter im Blauhemd« hatten die Brigaden der Freundschaft im Vergleich zu den DDR-internen Brigaden allerdings einen schwereren Überbau zu schultern. Ihr dreifacher Auftrag lautete, den gerade unabhängig gewordenen »jungen Nationalstaaten« bei der Überwindung des Imperialismus, »beim Beschreiten des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges« und bei der Vermittlung von DDR-Erfahrungen behilflich zu sein.⁸ Global betrachtet waren die Freundschaftsbrigaden damit die Antwort der DDR auf westliche Freiwilligendienste wie das US-amerikanische Peace Corps oder den Deutschen Entwicklungsdienst (DED), die ebenfalls Anfang der 1960er Jahre entstanden.⁹ Für die Staaten in Ost und West waren diese Jugendorganisationen entwicklungspolitische Instrumente, um eigene Interessen in der postkolonialen Welt durchzusetzen und die Universalisierung des eigenen Gesellschaftssystems voranzutreiben. Auch der Komsomol, die Jugendorganisation der KPdSU, entsandte seine Mitglieder nun zunehmend in den globalen Süden.¹⁰ Die westlichen Entwicklungshelferdienste wie auch die DDR-Brigaden vertraten den Anspruch, sich im Gegensatz zu den westlichen »Entwicklungsexperten« durch idealistische Motive auszuzeichnen und »auf Augenhöhe« mit lokalen Partnern zu arbeiten. Gleichzeitig diskreditierte die DDR aber sämtliche westlichen Entsendungspraktiken als Instrumente des Imperialismus und grenzte sie somit von der eigenen Personalentsendung unter der Überschrift der »sozialistischen Hilfe« oder »Solidarität« ab.¹¹

Die offiziellen Motive deckten sich freilich nicht immer mit der Lebenswelt und den Vorstellungen der Beteiligten. Dieser Artikel untersucht entsprechend die Motive und Praktiken der »Solidarität« bei den Freundschaftsbrigaden der FDJ, die in bisherigen Studien recht unterschiedliche Bewertungen erfahren haben. So erachtete Ulrich van der Heyden die Freundschaftsbrigaden mit einem Blick auf ihre fachliche

- 8 Direktive für die Auswahl und den Einsatz von Mitgliedern der »Brigaden der Freundschaft« der Freien Deutschen Jugend, Berlin, 1.7.1968, in: SAPMO BArch Berlin, DY 24/19239, S. 1.
- 9 Siehe dazu allgemein: Fritz Fischer: *Making them like us. Peace Corps volunteers in the 1960s*, Washington/London 1998; Ingo Haase: *Zwischen Lenkung und Selbstbestimmung. Geschichte und Gegenwart des Deutschen Entwicklungsdienstes*, Berlin 1996; Bastian Hein: *Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959-1974*, München 2006; Elizabeth Hoffman: *All you need is love. The Peace Corps and the spirit of the 1960s*, Cambridge, Mass. 1998.
- 10 Vgl. Robert Hornsby: *The post-Stalin Komsomol and the Soviet Fight for Third World Youth*, in: *Cold War History* 16,1 (2015), S. 83-100.
- 11 Vgl. Berthold Unfried: *Instrumente und Praktiken von »Solidarität« Ost und »Entwicklungshilfe« West: Blickpunkt auf das entsandte Personal*, in: Unfried/Himmelstoss (Hg.): *Die eine Welt schaffen*, S. 73-98, hier S. 77.

Arbeit als Erfolg, da sie u. a. durch Ausbildungsprogramme wirksame Unterstützung leisteten und »entwicklungspolitisch[e] Selbstläufer« schafften.¹² Den Entsandten bescheinigte van der Heyden idealistisch motiviertes Aufopferungsvermögen, das ihnen geholfen habe, »Solidarität« unter ungewohnten und oft fordernden Bedingungen in die Realität umzusetzen. Hubertus Büschels Befund hingegen fiel anhand einer »dichten Beschreibung« einer Brigade auf Sansibar sehr kritisch aus: Trotz der antirassistischen und antiimperialistischen Rhetorik der DDR sei diese Brigade am Widerspruch von »infrastruktureller, in kolonialer Tradition stehender Planung einerseits und de[m] Anspruch postkolonialer Hilfe zur Selbsthilfe andererseits« gescheitert; der Widerspruch zwischen autoritärer Planung und egalitärer Partnerschaft habe »eine jede Möglichkeit zu einer ›echten‹ Entwicklungszusammenarbeit« unterlaufen.¹³ Damit akzentuiert Büschel letztlich eine strukturelle Erklärungsweise und lässt so Handlungsstrategien und -optionen zurücktreten, wie auch Achim von Oppen jüngst kritisch bemerkt hat.¹⁴

Im Folgenden steht jedoch nicht die Frage nach Erfolg oder Scheitern der Solidaritätspraxis der Freundschaftsbrigaden im Vordergrund, sondern die Frage der Einsatzmotive und Deutungen sowie der Aushandlungsprozesse und Dynamiken in den sozialen Beziehungen.¹⁵ Auf all diesen Ebenen ist die Spannung zwischen moralpolitischen Anforderungen und Ergebniszwang zu konstatieren, ohne dass damit jedoch die Interaktionsdynamiken und Ergebnisse vorbestimmt gewesen wären. Die hier vorgenommene kombinierte Analyse von Makro- und Mikro-Aspekten der Freundschaftsbrigaden soll dementsprechend die Potentiale

12 Van der Heyden, *FDJ-Brigaden*, S. 109. Von »Selbstläufern« lässt sich jedoch kaum sprechen. Tatsächlich wurden Absolventen der Ausbildungsprogramme zum Ärgernis der DDR-Vertreter oft nicht fach- oder statusgerecht eingesetzt, siehe z. B. APO-Sekretär G. M. und Brigadeleiter J. P. an Leiter der Abt. BdF im ZR der FDJ Böhme, Sansibar, 13.10.1970, in: SAPMO BArch Berlin, DY 24/19211, S. 5.

13 Hubertus Büschel: *Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika, 1960-1975*, Frankfurt/M. 2014, S. 481 (Formatierung im Original). Vgl. auch Hubertus Büschel: *In Afrika helfen. Akteure westdeutscher »Entwicklungshilfe« und ostdeutscher »Solidarität« 1955-1975*, in: Anja Kruke (Hg.): *Dekolonisation: Prozesse und Verflechtungen 1945-1990*, Bonn 2009, S. 333-365.

14 Vgl. Achim von Oppen: »Hilfe zur Selbsthilfe« als Geschichte und Anti-Geschichte. *Deutsch-deutsche Entwicklungshilfe im postkolonialen Afrika*, in: *Neue Politische Literatur* 2, 2015, S. 185-202, hier S. 197, 199.

15 Zu Aushandlungsprozessen in der Entwicklungsarbeit siehe Monica M. van Beusekom: *Negotiating development. African farmers and colonial experts at the Office du Niger, 1920-1960*, Portsmouth 2002; Sara Elmer/Konrad J. Kuhn/Daniel Speich Chassé: *Handlungsfeld Entwicklung. Schweizer Erwartungen und Erfahrungen in der Geschichte der Entwicklungsarbeit*, Basel 2014.

und Grenzen der Solidarität aufzeigen. Zuerst werden dafür historisch wechselhafte Rahmenbedingungen der Entsendung abgesteckt. Auf der Ebene staatlicher Interessen wird deutlich, dass die Brigaden stets eng an die außenpolitischen Interessen der DDR gebunden waren und ab Mitte der 1970er Jahre immer häufiger als »flankierende« Maßnahmen zu Projekten fungierten, die auch für die DDR von wirtschaftlicher Bedeutung waren. Zweitens geht es um Handlungsstrategien in der Praxis und die Aushandlung des konkreten Arbeitsalltags. Wie Berichte und Interviewaussagen von Entsandten in mehreren Ländern und Einsatzzeiträumen belegen, gestalteten sich die Beziehungen zu den »Partnern« und »Freunden« nicht immer reibungsfrei. Ein Kernproblem der Zusammenarbeit war die Arbeitsdisziplin. Für dieses Problem standen verschiedene Deutungs- und Handlungsoptionen bereit, aber da die Brigaden »freundschaftliche Beziehungen« aufbauen sollten, war die Abhängigkeit von den Partnern im Gastland hier besonders groß. Dabei ist festzuhalten, dass die Partner, die mit den Brigaden der Freundschaft kooperierten, keine homogenen Akteure waren, sondern heterogene Gruppen, die in vielfältigen Konstellationen und mit unterschiedlichen Interessen mit den DDR-Akteuren zusammentrafen. Damit sind sowohl Erfolge wie auch Scheitern nicht einfach als Resultat idealistischen Engagements oder asymmetrischer Hilfsbeziehungen zu verstehen, sondern nur durch die Analyse historischer Kontexte, Handlungsspielräume und Grenzen der »Solidarität«. Schließlich wird auf die persönlichen Motive von Brigademitgliedern eingegangen, sich an den Einsätzen zu beteiligen, die ihrerseits durch Einschränkungen und die Disziplinierung durch DDR-Autoritäten gekennzeichnet waren.¹⁶

Für die Argumentation werden Beispiele aus vier Brigaden herangezogen: ein Bau- und Ausbildungsprojekt in Bambi (Sansibar, 1965-1971), ein Zementwerk in Nuevitas (Kuba, 1975-1989), der Bau eines Facharbeiterausbildungszentrums nahe dem Steinkohletagebau in Matundo (Mosambik, 1980-1985) sowie die Bau- und Ausbildungsaktivitäten im ANC-Flüchtlingscamp in Dakawa (Tansania, 1987-1990). Diese vier Brigaden waren in verschiedene Arrangements eingebettet, etwa im Hinblick auf die Partnerorganisation oder politische und kommerzielle Motive. Die Vergleichsperspektive erlaubt es, fallübergreifend Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu identifizieren, auch in Bezug zu anderen Brigaden. Als

¹⁶ Siehe hierzu Berthold Unfried: *Scènes de la vie quotidienne des coopérants de la RDA en Afrique: normes de comportement et transgressions*, in: *Outre-Mers. Revue d'histoire* 384-385 (2014), S. 247-266.

Quellen dienen, je nach fallspezifischer Überlieferung, schriftliche Ego-dokumente, Archivmaterialien und Interviewaussagen.¹⁷

Solidarität im Geflecht politischer und wirtschaftlicher Interessen

Die DDR-Entwicklungspolitik war kein klar abgegrenzter Politikbereich. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass hier »ein Instrumentarium entgeltlicher und unentgeltlicher Leistungen, wechselseitiger und einseitiger Ressourcenflüsse, je nach Land und politischen Prioritäten, unterschiedlich zusammen[gemischt]« wurde.¹⁸ Die Brigaden der Freundschaft, die ab 1963 ein integraler Teil dieses Gemischs waren, waren für die Zielländer zwar generell unentgeltlich, aber eng mit anderen politischen, ökonomischen und kulturellen Transfers der DDR verknüpft.

Die Entsendung der Brigaden ging auf Abkommen zwischen der FDJ und »Bruderorganisationen« sowie staatliche Stellen in den Partnerländern zurück; oft wurde die Anfrage für Fachpersonal und Ausbildungsprojekte an die DDR herangetragen, die dann prüfte, ob und zu welchen Bedingungen eine Brigade entsandt werden sollte. Die Verhandlungen über die Einsatzbedingungen, z. B. die Frage, welche Leistungen das Partnerland aufzubringen hatte, wurden bisweilen durchaus hart geführt, so dass es in manchen Fällen gar nicht erst zu einer Entsendung kam.¹⁹

1964 rückten die ersten Brigaden aus der DDR nach Mali und Algerien aus, um dort Bau- und Erntevorhaben zu unterstützen. Die Ausbildung lokaler Fachleute sollte, so die Selbstbeschreibung im Rückblick, dazu beitragen, die »schweren Folgen imperialistischer Kolonialherrschaft zu überwinden.«²⁰ Die DDR kämpfte zu dieser Zeit – und noch bis 1972 – gegen die Isolationspolitik der Bundesrepublik und rechnete sich Chancen auf diplomatische Anerkennung insbesondere in afrikanischen

17 Konsultiert wurden vor allem die Berichte der Brigaden und Korrespondenzen sowie Grundlagendokumente im Bestand der FDJ (SAPMO BArch Berlin DY 24). Insgesamt wurden 16 DDR-Auslandskader sowie weitere Personen in Funktions- und Diplomatenpositionen interviewt. Die Interviewpartner wurden – mit Ausnahme eines hochrangigen FDJ-Funktionärs – anonymisiert.

18 Unfried: Instrumente, S. 79.

19 So scheiterte zum Beispiel 1968 ein Steinbruchprojekt in Tansania an ökonomischen Erwägungen, vgl. Leiter der Abt. Afrika im MfAA Kern, Stellungnahme zum Bericht über die Resultate der Tätigkeit der Delegation des Zentralrates der FDJ in Tansania-Festland, Berlin, 28.8.1968, in: SAPMO BArch Berlin DY 30 IV A 2/20961.

20 Karl Heinz Jahnke u. a.: Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Berlin 1982, S. 395.

Ländern wie Algerien und Mali aus, die nach der Unabhängigkeit eine sozialistische Richtung eingeschlagen hatten. Für die Brigade in Sansibar galt als oberstes Ziel, einen »Beitrag zur weiteren allseitigen Stärkung der DDR und ihres internationalen Ansehens zu leisten«.²¹ Ausbildungserfolge und ökonomische Ergebnisse der Brigaden waren für die international isolierte DDR kein Selbstzweck, sondern Mittel, um diese Anerkennung zu erreichen. Nur so ist erklärbar, dass der Brigadeführer in Sansibar 1970 meinte, die Brigade laufe Gefahr, ihren Zweck zu verfehlen, weil die sansibarische Führung jegliche politische Tätigkeit der Brigaden (»Auslandsinformation«) untersagt hatte. Die fachlichen Ergebnisse seien kein Erfolg, wenn die sansibarischen Jugendlichen nicht mehr mit der DDR vertraut gemacht werden könnten.²² Aus Ostberlin kam die Anweisung, mit dem Politikverbot »kreativ« umzugehen und die »uns von der Partei gestellten Aufgaben auf auslandsinformatorischem Gebiet unbedingt durchzusetzen«.²³ Erst mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen DDR und Bundesrepublik im Jahr 1972 und der daraus resultierenden internationalen Anerkennungswelle für die DDR nahm diese Fokussierung ab, ohne dass außenpolitische Motive damit bedeutungslos geworden wären.

Bei der Brigade »Ernst Thälmann«, die ab 1975 zu Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten im Zementwerk »26. Juli« in Nuevitas (Kuba) eingesetzt wurde, bestand das Hauptziel erstmals darin, die Produktion in einem industriellen Kontext zu erhöhen und quantitative Planziele zu erreichen.²⁴ Wenig später folgte eine zweite Brigade in einem anderen Zementwerk, das mit DDR-Hilfe aufgebaut worden und mit DDR-Maschinen ausgestattet war. Der Zement sollte den kubanischen Eigenbedarf decken. Kuba war als Zielland ein Sonderfall, da es als Brigadestation als einziges Land dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe angehörte.

Mehrere Autoren haben konstatiert, dass sich in der DDR-Entwicklungspolitik 1977 eine Schwerpunktverschiebung von politischen zu ökonomischen Motiven vollzogen habe. Dies lag an der wirtschaftlichen Krisensituation der DDR, die durch Technologieimporte aus kapita-

21 Leiter der Abt. BdF im ZR der FDJ Böhme an BdF Sansibar, Berlin, 12.6.1970, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19211.

22 Vgl. ebd.

23 Leiter der Abt. BdF im ZR der FDJ Böhme an BdF Sansibar, Berlin, 22.7.1970, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19211.

24 Vgl. Brigadeführer L.P. und Parteisekretär W.P., Zwischenbericht über die Erfüllung des Kampfprogramms, Nuevitas, 9.7.1975, in: SAPMO BArch Berlin, DY 24/19186, S. 4.

listischen Ländern nicht gelöst, sondern nur verschleppt und mit der wachsenden Verschuldung weiter verschärft wurde. Die SED-Führung verstärkte bereits 1977 ihre Bemühungen, neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu erschließen und Devisen einzusparen oder zu generieren.²⁵ Es folgte die Konzentration der knappen Solidaritätsmittel auf die politischen Schwerpunktländer und die Ausrichtung von Warenlieferungen auf eine Entlastung der volkswirtschaftlichen Bilanz der DDR. Die Beziehungen zu Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika wurden nun stärker von einer neu eingerichteten Kommission bestimmt, die in erster Linie das Instrument zur Umsetzung von Günter Mittag's wirtschaftsorientierten Anweisungen war.²⁶ In der von dieser Kommission koordinierten »Exportoffensive«, die sich in Afrika insbesondere auf die neuen Schwerpunktländer Angola, Mosambik und Äthiopien konzentrierte (also im Sinne der ökonomisch-politischen Doppelstrategie auf jene Länder, die zu diesem Zeitpunkt den Marxismus-Leninismus zur Staatsideologie erhoben hatten), wurden Solidaritätsleistungen nach 1977 enger an Vorhaben wirtschaftlicher Zusammenarbeit gekoppelt.

Analog lässt sich auch beim außenpolitischen Instrument »Freundschaftsbrigade« eine Verschiebung hin zu wirtschaftlichen Motiven erkennen.²⁷ Das bedeutete jedoch nicht, dass die Brigaden direkten ökonomischen Profit brachten oder in dieser Logik operierten. Der von 1980 bis 1986 für die FDJ-Brigaden zuständige Abteilungsleiter wies im Interview nachdrücklich darauf hin, dass mit dem Instrument der Brigadeeinsätze »nichts zu verdienen« gewesen sei und ausnahmslos politische Gründe für die Entsendung ausschlaggebend blieben.²⁸ Politisch-symbolische Prestigeprojekte wie die Errichtung der ersten Marx-Statue Afrikas in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba unterstrichen dies. Als Ergebnis von Günter Mittag's Vorgabe, Solidaritätsleistungen gezielt in kommerzielle Abkommen und Verträge einzubinden und »eine bessere Übereinstimmung zwischen dem Ausbildungsprofil und den Export-

25 Vgl. Hans-Joachim Döring: Es geht um unsere Existenz. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien, Berlin 1999; Hans-Georg Schleicher: Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik der DDR, in: Hans-Jörg Bücking (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Berlin 1998, S. 95-110.

26 Vgl. Ulf Engel/Hans-Georg Schleicher: Die beiden deutschen Staaten in Afrika: Zwischen Konkurrenz und Koexistenz, 1949-1990, Hamburg 1998, S. 147.

27 Grundlage für die folgenden Ausführungen ist das 1984 von der FDJ erstellte Dokument »Zeittafel. Die Geschichte der Brigaden der Freundschaft der FDJ« aus dem Privatbesitz des ehemaligen FDJ-Funktionärs Heinzjürgen Hagenmüller. Eine Kopie befindet sich in der Projektdokumentation.

28 Interview mit Heinzjürgen Hagenmüller, Strausberg, 29.12.2015.

interessen der DDR« zu erreichen, waren viele Brigaden aber in der einen oder anderen Weise in wirtschaftliche Beziehungen eingebunden.²⁹

Die Brigade in Matundo in Mosambik etwa sollte Wohnhäuser für die Arbeiter errichten, die in dem renovierten Steinkohletagebau Moatize tätig waren. Die Matundo-Brigade entsprach damit der von Ilona Schleicher erwähnten »sozialen Flankierungsmaßnahme«³⁰ eines größeren Wirtschaftsprojekts »zum gegenseitigen Vorteil«, das nicht nur der Energieversorgung Mosambiks zugutekommen, sondern auch den Kohlebedarf der DDR decken sollte.³¹ In Angola wurden Brigaden zur Wartung des LKW-Exportschlagers W 50 eingesetzt; diese Maßnahme zum »Aufbau des Transportwesens« wiederum ermöglichte die Vermarktung der Kaffeeernte, bei der ebenfalls Brigadisten eingesetzt wurden. Die Kaffeelieferungen aus Angola dienten dann dazu, die Kaffeekrise in der DDR zu beheben, die zu großem Unmut in der Bevölkerung und Legitimationsnöten der Eliten geführt hatte.³²

Brigaden, die ab Mitte der 1980er eingesetzt wurden, entsprachen wieder häufiger dem Muster von Ausbildungszentren und Bauprojekten. Hatten einflussreiche Kreise 1977 in Ostberlin noch geglaubt, dem Prozess der Weltrevolution in Afrika einen entscheidenden Schub verleihen und dabei auch wirtschaftliche Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil knüpfen zu können, setzte sich in den 1980er Jahren zunehmend die Ansicht durch, dass diese Beziehungen für die DDR vor allem in ökonomischer Hinsicht mehr Belastungen als Vorteile mit sich brachten und die objektiven Bedingungen für eine sozialistische Entwicklung in den Schwerpunktländern nicht gegeben waren.³³ Ein Aspekt in der Brigadeentsendung hatte sich im Vergleich zu den 1960er Jahren jedoch

29 Bericht über die Verwirklichung der Konzeption für die Gestaltung der Arbeit der Brigaden der Freundschaft der FDJ, Berlin, 5.1.1982, in: SAPMO BArch Berlin DY 3023/994, Bl. 253; siehe auch ebd., Bl. 113.

30 Ilona Schleicher: Das Solidaritätskomitee der DDR und Mosambik: Unterstützung des Befreiungskampfes und Entwicklungshilfe, in: Ulrich van der Heyden/Ilona Schleicher/Hans-Georg Schleicher (Hg.): Die DDR und Afrika: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken, Münster 1993, S. 192-208, hier S. 203, 206.

31 Vgl. Heide Künanz: Das Steinkohleprojekt Moatize zwischen solidarischer Hilfeleistung und kommerziellem Anspruch, in: van der Heyden/Schleicher/Schleicher (Hg.), Die DDR und Afrika, S. 174-191.

32 Zum Einfluss der internen Kaffeekrise auf die DDR-Handels- und Entwicklungspolitik siehe Anne Dietrich: Kaffee in der DDR – »Ein Politikum ersten Ranges«, in: Christiane Berth/Dorothee Wierling/Volker Wunderlich (Hg.): Kaffeewelten: Historische Perspektiven auf eine globale Ware im 20. Jahrhundert, Göttingen 2015, S. 225-248.

33 Vgl. Ulf Engel/Hans-Georg Schleicher: Thesen zur Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten, Hamburg 1997, S. 6.

verändert: Die DDR positionierte sich nunmehr als professioneller Dienstleistungsanbieter im globalen Feld der Entwicklungspolitik. Die Brigade »75. Jahrestag des ANC« war ab 1987 in einem ANC-Camp in Dakawa tätig, das 1980 mit Unterstützung der UNO-Kommission für menschliche Siedlungen (UNCHS/HABITAT) gegründet worden war.³⁴ Die DDR hoffte, den »Einsatz von Kadern innerhalb der FDJ-Brigade als auch kommerziell« zu realisieren und durch die Brigadeaktivität weitere Finanzquellen zu erschließen.³⁵ Zu solchen anzapfbaren Quellen zählten in erster Linie UN-Organisationen.

Die Dakawa-Solidaritätsaktion für den ANC versprach der DDR dringend benötigte Devisen, einerseits – tatsächlich realisiert – durch den UN-finanzierten Experteinsatz eines Architekten, andererseits – größtenteils nur erhofft – durch den Export von DDR-Fertigbauteilen. Dakawa allein versprach US\$ 300.000 einzuspielen. Darüber hinaus wurde die Nutzung der eigens neu entwickelten Leichtbauweise in weiteren ANC-Exilcamps von ANC-, UN- und DDR-Seite für möglich gehalten. Die DDR versuchte, das Camp in Dakawa als »überzeugendes Referenzobjekt für die WPC [Wood-Plastic-Composites]-Bauweise« zu nutzen, das »die Leistungsfähigkeit des Bauwesens der DDR für die Entwicklungsländer sichtbar« machen und »politisch[e] und ökonomische[e] Effektivität« verbinden sollte.³⁶ Es blieb allerdings bei der »Exportanbahnung«, denn 1989 wurde deutlich, »daß die in Dakawa tätige FDJ-Brigade nicht in der Lage« war, das Projekt »erfolgreich und für den ANC überzeugend zu handhaben«.³⁷ Wenngleich die wirtschaftlichen Effekte oft ausblieben, ist das Motiv, dass die Entsendung von Brigaden nicht nur politische, sondern auch ökonomische Dividenden einbringen sollte, damit deutlich belegbar – für die Zielländer ebenso wie für die DDR. Trotz sich wandelnder Rahmenbedingungen blieb die Art und Weise, wie die Brigaden zusammengestellt wurden, über die Jahrzehnte hinweg weitgehend gleich.

34 Vgl. Achim Reichardt: Nie vergessen – Solidarität üben! Die Solidaritätsbewegung in der DDR, Berlin 2006, S. 80.

35 Handschriftliche Notiz von R. an DDR-Botschaft Dar es Salaam, 24.6.1989, in: SAPMO BArch Berlin DZ/290.

36 »Bericht über die Durchführung der Solidaritätsaktion der DDR zur Unterstützung des Aufbaus des ANC-Flüchtlingslagers Dakawa/Tansania als Beitrag der DDR zum Internationalen Jahr »Unterkünfte für die Obdachlosen«, Berlin, 24.5.1988, in: SAPMO BArch Berlin DZ 8/346, S. 8, 12.

37 Vgl. Handschriftliche Notiz von R. an DDR-Botschaft Dar es Salaam, 24.6.1989, in: SAPMO BArch Berlin DZ/290.

Die Zusammensetzung der Brigaden: Selektion und Vorbereitung

In der Forschungsliteratur wurde betont, dass Bewerbungen für eine Auslandsbrigade nicht möglich waren.³⁸ In Interviews hoben ehemalige Entsandte hingegen hervor, dass zumindest einige Personen sich durchaus erfolgreich beworben hätten.³⁹ Die Möglichkeit der Initiativbewerbung war auch formell gegeben, wenn diese von der jeweiligen SED-, FDJ- und Betriebsleitung befürwortet wurde; spätestens ab Ende der 1970er Jahre startete die FDJ auch gezielte Anwerbungskampagnen und produzierte sogar Werbeflyer.⁴⁰

Die Leiter der Freundschaftsbrigaden befanden sich in der einflussreichen, aber gleichwohl prekären Position, zwischen Vor-Ort-Erfahrungen und dem FDJ-Zentralrat vermitteln zu müssen. Gleichzeitig waren sie, gemeinsam mit den jeweiligen Parteisekretären der Brigaden, die Hauptverantwortlichen für die Disziplinierung und politische Anleitung der Brigademitglieder. Oft im Tandem, manchmal im Zwiestreit mit den Parteisekretären hatten sie als Übersetzer zwischen Botschaft, FDJ-Zentrale in der DDR und dem konkreten Einsatzort die heikle Aufgabe, den Spagat zwischen Freundschaft und Produktivität zu vollbringen.

Bei Brigadeführern handelte es sich um erfahrene Funktionäre und – im Gegensatz zu den Brigademitgliedern – ausschließlich um Männer.⁴¹ Die Überprüfung durch die Staatssicherheit war jedoch bei allen DDR-»Auslandskadern« ein gleichermaßen unumgänglicher Teil des intransparenten Auswahlprozesses. Zu den Kriterien für Brigademitglieder zählten neben der fachlichen Qualifikation, was eine abgeschlossene Berufsausbildung und mehrere Jahre Arbeitserfahrung umfasste, auch politische »Verlässlichkeit«, stabile Familienverhältnisse sowie nach Möglichkeit ein abgeleiteter Wehrdienst und eine SED-Mitgliedschaft; Brigadeführer hatten einen besonders »festen Klassenstandpunkt« vorzuweisen.⁴² Die Auslandskader mussten somit ihre Loyalität zum Regime bewiesen und möglichst wenige Gründe zur »Republikflucht« haben, aktive Westkon-

38 Vgl. van der Heyden, *FDJ-Brigaden*, S. 101f.

39 Vgl. Interview #119, Ehemaliger Brigadeführer (ANC-Camp in Tansania) und ehemalige Brigadistin (Einsätze u. a. in der VR Jemen und Tansania).

40 Vgl. Direktive für die Auswahl und den Einsatz von Mitgliedern der »Brigaden der Freundschaft« der Freien Deutschen Jugend, Berlin, 1.7.1968, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19239, S. 6; Interview #21, DDR-Berater im tansanischen Planungsministerium.

41 Zumindest ließen sich keine Gegenbeispiele finden.

42 Direktive für die Auswahl und den Einsatz von Mitgliedern der »Brigaden der Freundschaft« der Freien Deutschen Jugend, Berlin, 1.7.1968, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19239.

takte waren daher ein Ausschlusskriterium.⁴³ Die Zielstellung, dass in den Brigaden »mindestens 60 % der Partei der Arbeiterklasse angehören« sollten, scheint in vielen Fällen erreicht worden zu sein.⁴⁴ In manchen Brigaden waren sogar fast alle Teilnehmer »kampferprobte FDJler« und Mitglieder oder zumindest Kandidaten der SED; zusätzlich versuchten Brigadeleiter und Parteisekretäre während des Einsatzes mehr oder weniger erfolgreich, auch die parteilosen Brigadisten in Vieraugengesprächen von den Vorteilen einer Mitgliedschaft zu überzeugen.⁴⁵

Zur Einsatzvorbereitung und Einübung der politischen Repräsentationshaltung absolvierten Brigademitglieder einen fünfmonatigen Lehrgang an der FDJ-Jugendhochschule »Wilhelm Pieck« nahe Berlin.⁴⁶ Sprachkenntnisse wurden nur in einer »Schnellbesohlung«⁴⁷ vermittelt, so dass gerade erstmals ausreisende Brigadisten nur rudimentäre Kenntnisse in Englisch, Portugiesisch, Spanisch oder Swahili aufwiesen. Das begrenzte die Interaktionen mit den »Freunden« und Möglichkeiten theoretischer wie ideologischer Wissensvermittlung zwangsläufig, selbst wenn die Brigaden über Dolmetscher verfügten.

Wo es die Sicherheits- und Versorgungslage erlaubte, reisten Brigademitglieder mit ihrer Familie aus. Zwar wurden auch viele Frauen für fachliche Tätigkeiten entsendet, die Arbeitsteilung in den Brigaden war aber dennoch oft nach überkommenen Geschlechterrollen organisiert: während die Männer für das jeweilige Projekt arbeiteten, waren die »mitausreisenden Ehefrauen« in der Regel für reproduktive Aufgaben wie Kinderbetreuung, Kochen, Putzen und Waschen zuständig.

Detaillierte Informationen über die Einsatzrealitäten der FDJ-Brigaden gab es in der DDR-Öffentlichkeit kaum. Erst 1984 veröffentlichte die

43 Siehe hierzu Jens Niederhut: Die Reiskader. Auswahl und Disziplinierung einer privilegierten Minderheit in der DDR, Leipzig 2005, S. 48-53; Iris Christina Obernhummer: Macht und Herrschaft des MfS in der DDR – wie eigenständig war das MfS? Analyse anhand der Bestätigung oder Ablehnung von Auslandskadern, Diplomarbeit, Wien 2011.

44 Direktive für die Auswahl und den Einsatz von Mitgliedern der »Brigaden der Freundschaft« der Freien Deutschen Jugend, Berlin, 1.7.1968, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19239, S. 5; Leiter der FDJ-Freundschaftsbrigade »Werner Lamberz« R., Diskussionsbeitrag auf der Parteiaktivtagung der GO Addis Abeba am 25.11.1981, in: ebd. DY 24/19086.

45 APO-Sekretär und Vors. der Kommission, Einschätzung des politisch-ideologischen Bewusstseinsstandes der APO auf der Grundlage der Gespräche zum Umtausch der Parteidokumente, November 1970, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19211.

46 Vgl. »Einleitung« des Bundesarchivs Berlin zum Archivbestand DY 24, URL: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy24/index.htm> (Zugriff: 15.3.2016).

47 Interview #114, Ehemaliger Brigadeleiter in Tansania.

DDR-Presse erstmals ausgewählte Einblicke in das Alltagsleben der Brigaden.⁴⁸ Erwartungshaltungen wurden also vor allem durch überkommene Wissensbestände und Reiseliteratur, Spendenaufrufe und mündliche Berichte von Rückkehrern geprägt.

*Beziehungstypen: »Partner« und »Freunde«
auf verschiedenen Ebenen*

Entgegen anderslautender Bekundungen war das Bild der »Partnerschaft« oft hierarchisiert: Dem fortschrittlichen Selbst standen die rückständigen Anderen gegenüber, die nun mit DDR-Unterstützung den Eintritt in die sozialistische Moderne vollbringen sollten. In Mosaik-Comics etwa handelte es sich bei den DDR-Helfern »stets [um] von den Afrikanern bewunderte, regelrechte Alleskönner«.⁴⁹ Ein ehemaliger Dolmetscher der Brigade erinnerte sich an das Engagement der DDR in Sansibar als ein »Hau-ruck, um die Bevölkerung in die Moderne zu bringen«.⁵⁰

Fortschrittsanalogien wurden dabei nicht gleichermaßen auf alle Partner, sondern vor allem auf die Arbeiter und Angehörigen der Jugendorganisationen projiziert. So schrieb ein Brigadeleiter aus Äthiopien angesichts von Schwierigkeiten, den sachgemäßen Umgang mit den DDR-Maschinen zu vermitteln: »Für viele Farmarbeiter ist eben der Schritt vom ochsengezogenen Hakenpflug zum 100-PS-starken Mähdrescher so schwierig, wie sicher für uns der Schritt vom Agrotechniker zum Kosmonauten von Bajkonur.«⁵¹ Trotz dieser angenommenen Schwierigkeiten glaubten viele Brigadisten vor ihrem Einsatz an ihre Handlungsmacht und die Möglichkeiten, Veränderungen zu bewirken. Ein Brigadeleiter berichtete aus Nuevitas, dass einige Mitglieder »erwarteten, dass ihre Hilfe dringend gebraucht wird« und »ihren Einsatz so auf[fassten], hier im Zementwerk mit großen Taten entscheidend den Produktionsprozess beeinflussen zu können«.⁵² Die Formulierung deutet bereits darauf hin, dass diese Projektionen der eigenen Wirksamkeit

48 Vgl. van der Heyden, *FDJ-Brigaden*, 107.

49 Thomas Kramer: *Atze und Mosaik. Geschichte und Politik zwischen 1914 und 1989 in DDR-Comics*, Berlin 2014.

50 Interview #23, Ehemaliger Dolmetscher einer FDJ-Brigade auf Sansibar.

51 Leiter der FDJ-Freundschaftsbrigade »Werner Lamberz« R., Diskussionsbeitrag auf der Parteiaktivtagung der GO Addis Abeba am 25.11.1981, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19086, S. 2.

52 Parteisekretär der BdF »Ernst Thälmann« R. E. an Abt. Jugend des ZK der SED, Nuevitas, 3.1.1977, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19189, S. 3f.

nach der Ankunft empfindliche Dämpfer erfuhren und in Frustrationen mündeten. In Nuevitas zweifelten einige Brigademitglieder daran, »dass wir hier wirklich internationalistische Hilfe leisten«, und vermuteten stattdessen, dass »[wir] hier sind, weil Leute gebraucht werden, die die Arbeit machen«.⁵³ Das schnöde Stopfen von Arbeitskraftlöchern vermochte den Sendungsgedanken jedoch kaum zu erfüllen.

Als ein zentrales strukturelles Problem der Solidarität zeigen sich die nicht immer vereinbaren Imperative, gleichzeitig fachlich wirksam zu sein und Freundschaft zu üben. Ein Brigadeleiter aus Nuevitas resümierte etwa 1977, den FDJ-Brigademitgliedern müsse zunächst klargemacht werden, dass die erste Priorität die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen sei, »und nicht die unbedingte und kompromisslose Lösung der uns im Werk übertragenen Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten. Dabei traten viele Widersprüche auf. Für die Freunde war es äußerst schwer, die neue Situation so zu nehmen wie sie ist und nicht alles mit den Augen eines DDR-Bürgers zu sehen, aber trotzdem Höchstleistungen trotz aller Probleme zu erreichen. Hier ein richtiges Maß von Verhältnis zum Partner und kontinuierlicher Erfüllung der im Werk stehenden Aufgaben zu erreichen, war bei vielen Freunden ein langwieriger Entwicklungsprozess.«⁵⁴

Dieses Spannungsverhältnis ist auch für andere Formen der Entwicklungsarbeit unter Begriffen wie »Partnerschaft« vs. »Ergebnisorientierung« kennzeichnend.⁵⁵ Hubertus Büschel hat diese »strukturellen Paradoxien« für das Konzept der »Hilfe zur Selbsthilfe« expliziert und darüber hinaus postuliert, dass sie »oft [in] autoritäres Gehabe, psychische oder gar physische Gewalt« mündeten.⁵⁶ Die Bambi-Brigade, die von 1965 bis 1971 auf Sansibar in einem Bau- und Ausbildungsprojekt tätig war, hat Büschel als zunehmend desillusioniertes und zerfallendes

53 Brigadeleiter L. P. und Parteisekretär W. P., Zwischenbericht über die Erfüllung des Kampfprogramms, Nuevitas, 9.7.1975, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19186, S. 12.

54 Brigadeleiter L. P. und Parteisekretär R. E., Abschlusseinschätzung zur Erfüllung des Kampfprogrammes der Brigade der Freundschaft »Ernst Thälmann« im Zeitraum vom Juli 1976-Juni 1977, Nuevitas, 23.6.1977, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19192.

55 In Anlehnung an den Anthropologen Richard Rottenburg (der sich wiederum auf James Scott bezieht) könnte man auch von zwei verschiedenen Skripten sprechen: Einerseits gibt es das offizielle Skript der Partnerschaft (hier: des sozialistischen Internationalismus) auf Augenhöhe, andererseits das inoffizielle Skript, laut dem eine hierarchische Hilfsbeziehung besteht. Vgl. Richard Rottenburg: Weit hergeholte Fakten. Eine Parabel der Entwicklungshilfe, Stuttgart 2002, S. 51 f.

56 Büschel: Hilfe zur Selbsthilfe, S. 525. Siehe für die Ausführung der Paradoxien ebd., S. 179-181.

Kollektiv dargestellt, in dem Rassismus und Gewalt an der Tagesordnung waren.⁵⁷ Ulrich van der Heyden hingegen bewertete die Bambi-Brigade diametral entgegengesetzt als »mustergültiges Kollektiv«, das für den guten Ruf der DDR in Ostafrika entscheidend mitverantwortlich gewesen sei.⁵⁸ Hier lohnt es, dem konkreten historischen Kontext mehr Bedeutung beizumessen und ein komplexeres Bild der sozialen Beziehungen zu zeichnen, die in den Einsatzorten bestanden.

Tatsächlich galt die Bambi-Brigade, im Gegensatz zu den problembehafteten DDR-Industrieprojekten in Sansibar, in fachlicher Hinsicht beidseitig weitgehend als Erfolg. Sansibar und Tansania fragten um Neuauflagen an.⁵⁹ Das Ende der Bambi-Brigade erklärt sich weniger aus strukturellen Paradoxien der Hilfe zur Selbsthilfe oder Konflikten im direkten Brigadeumfeld,⁶⁰ sondern aus einem Bündel kontingenter Faktoren, die über bilaterale Beziehungen zwischen der DDR und Sansibar zum Teil weit hinaus gingen. Dazu zählten die Machtkämpfe in der sansibarischen Elite, die Auseinandersetzungen zwischen Sansibar und der tansanischen Unionsregierung, die starken Nationalisierungstendenzen in Sansibar und Ostafrika allgemein, sowie die gesunkene außenpolitische Bedeutung Sansibars in der außenpolitischen Strategie der DDR. Die Industrieprojekte der DDR waren reihenweise gescheitert und hauptverantwortlich für den Meinungswandel des Präsidenten Karume. Während dieser 1965 noch von der DDR als »bestem Freund« Sansibars geschwärmt hatte, beschwerte er sich zwei Jahre später intern über die schlechte Qualität und hohen Preise von DDR-Technologie und wetterte 1970 in einer öffentlichen Rede gegen ausländische Experten.⁶¹ Damit meinte er offensichtlich nicht die zahlreich anwesenden Fachkräfte aus

57 Vgl. ebd., S. 481.

58 Van der Heyden: FDJ-Brigaden, S. 106. Van der Heydens methodischer Vorwurf in Richtung Büschel, nur zwei Berichte herangezogen und diese »selektiv« interpretiert zu haben, bezieht sich dabei auf den oben zitierten Artikel von 2012. Das verwendete Material in der Monographie von 2014 ist deutlich breiter, während die Selektivität der Interpretation als grundlegender methodologischer Streitpunkt bestehen bleibt.

59 So fragte Sansibars Führung 1969 um ein weiteres Bambi-Projekt auf der Nachbarinsel Pemba an (siehe DDR-Konsulat an Stv. des Vorsitzenden des Ministerrats Weiss, Sansibar, 20.6.1989, in: BArch Berlin DC 11525, Bl. 201-203). Es war die DDR-Seite, die hier aufgrund gesunkener Erwartungen ablehnte; 1988 wurden auf Anfrage Tansanias aber tatsächlich zwei weitere Brigaden in einer Art Bambi-Neuauflage aufs Festland und nach Sansibar entsandt.

60 So Büschel: Hilfe zur Selbsthilfe, S. 477-481, 527 f.

61 DDR-Konsulat Sansibar, Zusammenfassende Nachschrift der Rede des 1. Vizepräsidenten der VRT, A.A. Karume, am 30.5.1970, Sansibar, 2.6.1970, in: BArch Berlin DC 20/11525, Bl. 74, 80.

der Volksrepublik China, sondern jene aus der DDR, die zu dieser Zeit immer noch als zweitgrößter – aber angesichts der chinesischen Konkurrenz verzichtbar gewordener – Geber Sansibars fungierte.⁶² Diese politischen Dynamiken mussten sich auch auf die Beziehungen in Bambi auswirken – etwa im bereits erwähnten Verbot politischer Aktivität.

Häufig tummelten sich, wenn nicht (wie im Falle gelegentlicher multilateraler Kooperationen) im Projekt selbst, dann zumindest in der näheren Umgebung, nicht nur Angehörige der Partnerorganisationen und der lokalen Bevölkerung, sondern auch Brigadisten und Kader aus anderen sozialistischen Staaten oder Freiwillige aus westlichen Ländern. Der Sammelbegriff »Partner« bezog sich auf heterogene Gruppen. Einerseits umfasste er die Jugendorganisationen der jeweiligen Einheitsparteien, etwa die *Union de Jóvenes Comunistas* in Kuba, die *Afro-Shirazi Youth League* (ASYL) in Sansibar oder die mosambikanische *Organização da Juventude Moçambicana* (OJM). Zu den Angehörigen dieser Organisationen, die mit ihrer Tätigkeit wohl meist sozioökonomische Aufstiegserwartungen und Ausbildungspläne verfolgten,⁶³ mochten sich in manchen Fällen tatsächliche Freundschaften entwickeln. Oft standen dem aber auch sprachliche Verständigungsprobleme, Altersunterschiede, Gefälle im sozioökonomischen Status und der hierarchische Charakter der Beziehung zwischen Meister und Lehrling im Weg: »Das ging kameradschaftlich zu, endete aber im Wesentlichen an der Schwelle an unserer Tür«, erinnerte sich ein Dolmetscher der Bambi-Brigade auf Sansibar.⁶⁴ Partielle Kontaktverbote, wie in der Brigadeordnung in Nuevitas, wo der private Aufenthalt kubanischer Bürger in der Brigadeunterkunft explizit untersagt war, taten ihr Übriges, wengleich sie auch oft übertreten wurden.⁶⁵ Funktionäre sahen die nie völlig zu unterbindenden Liebes- und Sexualbeziehungen von DDR-Frauen und -Männern mit Einheimischen als »unsaubere Verhältnisse« und »moralische Verfehlungen«, erst recht wenn die Einheimischen der Partnerregierung angeblich »illoyal gegenüberstanden«. ⁶⁶ Die staatlich gewollte »Freundschaft« hatte

62 Einen guten Einblick in alle genannten Aspekte geben die von Büschel nicht verwendeten Dokumente in BArch Berlin DC 20/11525. Siehe auch Ludger Wimmelbücker: Architecture and city planning projects of the German Democratic Republic in Zanzibar, in: *The Journal of Architecture* 17,3 (2012) S. 407-432.

63 Siehe z. B. für den Fall Sansibar G. Thomas Burgess: To Differentiate Rice from Grass. Youth Labor Camps in Revolutionary Zanzibar, in: Andrew Burton/Hélène Charton-Bigot (Hg.): *Generations Past: Youth in East African History*, Athens, Ohio 2010, S. 221-236.

64 Interview #29, Ehemaliger Dolmetscher einer FDJ-Brigade auf Sansibar.

65 Vgl. Brigadeordnung, 26.9.1977, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19190, S. 2.

66 Zit. nach Büschel: *Hilfe zur Selbsthilfe*, S. 476.

ähnlich wie die Beziehungen zu den Vertragsarbeitern in der DDR rein platonisch-distanzierter Natur zu sein, was sich auch daran zeigte, dass DDR-Männer, die Ehen mit kubanischen oder sansibarischen Frauen eingehen wollten, von diesen Vorhaben abgebracht wurden.⁶⁷

Einen signifikanten Einfluss auf den Arbeitsalltag hatten die Kontakte auf Funktionärebene. Eine gute Beziehung des Brigadeleiters zu den lokalen Autoritäten war nicht nur politischer Imperativ, sondern unerlässlich, um Probleme des Alltags zu lösen und geeignete Arbeitskräfte und Lehrlinge gestellt zu bekommen, ohne die keine Freundschaftsbrigade auskam. Grundsatz der DDR war, dass die Leiter der »Objekte« von der Partnerorganisation kommen sollten. Im Falle des Camps in Dakawa setzte die ANC-Führung Oswald »Ossie« Dennis (in DDR-Quellen auch: Dennis Oswald) als Baustabsleiter ein. Der engagierte und effektive Oswald hatte in der DDR eine Ausbildung zum Zivilingenieur absolviert und zuvor bereits das benachbarte Camp in Mazimbu geleitet.⁶⁸ Von weiteren zwölf ANC-Bauleitern, die eigens im Rahmen der Solidaritätsmaßnahme in Bautzen ausgebildet worden waren, arbeiteten immerhin fünf später tatsächlich in Dakawa.⁶⁹ Auch an vielen anderen Orten bekamen ausgewählte »Partner« vor oder nach Brigadeinsatz die Möglichkeit, in der DDR Ausbildungen zu absolvieren, oder hatten anderweitige internationale Erfahrungen – eine Tatsache, die beim oft bemühten, aber trügerischen Terminus »lokaler Partner« gänzlich aus dem Blick gerät. Die bereits in der DDR ausgebildeten »Vorarbeiter« konnten nicht zuletzt dank ihrer interkulturellen Erfahrungen in Ostdeutschland und ihrer Sprachkenntnisse Brücken zwischen Deutsch und Zulu (und anderen Sprachen) schlagen und so die Arbeitsabläufe verbessern.⁷⁰

Neben der FDJ und dem ANC gab es aber noch weitere Akteure im Camp. Wegen eines akuten Mangels an Fachpersonal beauftragte der

67 Vgl. Brigadeleiter L.P. und Parteisekretär R.E., Information über die Situation zu Günter R., Nuevitas, 9.5.1977, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19189. So galt die Heiratsabsicht nicht als gültiger Grund für einen Ausreiseantrag, und für die Bearbeitung eines Antrags, der die Einreise der Kubanerin ermöglicht hätte, wurden eineinhalb Jahre Bearbeitungszeit in beiden beteiligten Ländern in Aussicht gestellt.

68 Vgl. Sean Morrow/Brown Maaba/Loyiso Pulumani: Education in exile. SOM-AFCO, the African National Congress school in Tanzania, 1978 to 1992, Cape Town 2004, S. 19. Die Geschichte der ANC-Camps in Dakawa und Mazimbu ist in diesem Werk ausführlich beschrieben.

69 Vgl. Bericht über die Durchführung der Solidaritätsaktion der DDR zur Unterstützung des Aufbaus des ANC-Flüchtlingslagers Dakawa/Tansania, Berlin, 24.5.1988, in: SAPMO BArch Berlin DZ 8/346, S. 6.

70 Interview #119, Ehemaliger Brigadeleiter im ANC-Camp in Tansania.

ANC auch norwegische und tansanische Baufirmen – somit waren auch zahlreiche tansanische Arbeiter im Camp aktiv.⁷¹ 1989 beklagte sich der DDR-Brigadeleiter einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zufolge, dass es keine ANC-Jugendsektion in Dakawa gebe; zudem bevorzuge der Direktor des Ausbildungszentrums Hilfe aus kapitalistischen Ländern und versuche gar, »die FDJ-Brigade aus dem Lager [zu] drängen«.⁷² Anfang 1989 stagnierten die DDR-Bauaktivitäten, und jede Fortsetzung hing der DDR-Botschaft zufolge »wesentlich von den weiteren Entscheidungen des ANC« ab.⁷³ Laut MfS wussten die Brigademitglieder kaum etwas über die zu dieser Zeit schwelenden internen Machtkämpfe des ANC, die dafür sorgten, dass zunehmend nur noch »Problemfälle« nach Dakawa geschickt wurden.⁷⁴ Als Zielort für Disziplinierungsmaßnahmen und aufgrund der harten Lebensbedingungen hatte Dakawa an der ANC-Basis einen Ruf als »place of punishment«, »dumping ground« und »penal settlement«.⁷⁵ Wie im Nachbarcamp Mazimbu waren die meisten ANC-Kader nicht an mittelfristig orientierten Aufbauarbeiten interessiert, sondern versuchten, das Camp so schnell wie möglich wieder zu verlassen und in europäische Länder oder den aktiven Befreiungskampf delegiert zu werden.⁷⁶

71 Vgl. Bericht über die Durchführung der Solidaritätsaktion der DDR zur Unterstützung des Aufbaus des ANC-Flüchtlingslagers Dakawa/Tansania, Berlin, 24.5.1988, in: SAPMO BArch Berlin DZ 8/346, S. 7.

72 Leiter der Abt. Int. Verbindungen Bubl an Sekretariat Klembalski, Information über den Aufenthalt einer Delegation des Zentralrats der FDJ anlässlich des 10. Jahrestages des tansanischen Jugendverbandes und des Freedom Torch Days, o. O., Oktober 1988, in: Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU, MfS) HA XX 14849, Bl. 42.

73 Sekretär der GO Botschaft der VRT Michel an Leiter der Abt. Int. Verbindungen im ZK der SED, Dar es Salaam, 18.1.1989, in: SAPMO BArch Berlin DY 30/15208, Bl. 4.

74 Botschafter Schunke an Sieber (ZK), Burkert (SCH), Hauke (OZA), Willerding (FDJ-ZR), Dar es Salaam, 2.5.1989, in: BStU, MfS HA II 28716, Bl. 105.

75 Sean Morrow: Dakawa Development Centre: An African National Congress Settlement in Tanzania, 1982-1992, in: African Affairs 97,389 (1998), S. 497-521, hier S. 504, 506.

76 Vgl. Staatlicher Leiter der Lehrergruppe Mazimbu an ZK der SED, Jahresbericht 1/89, Mazimbu, 17.2.1989, in: BArch Berlin DR 2/13851; siehe auch, im selben Bestand, die Gesprächsprotokolle mit dem Secretary of Education des ANC, Seretse Choabi.

Freundschaft und Disziplinierung

An den Einsatzorten befanden sich also, wie das Beispiel Dakawa zeigt, Gruppen mit verschiedenem Status. Oft koexistierten und überschnitten sich Arbeitsregimes mit unterschiedlichen Anreiz- und Disziplinierungsstrukturen. Der Alltag aller Brigaden war von dieser Koexistenz geprägt. Die Deutung der bestehenden Arbeitsbedingungen und -leistungen beeinflusste dabei auch die Art und Weise, wie DDR-Brigadisten die Partner in eigene Arbeitsabläufe und Vorstellungen von Arbeitsdisziplin einbinden wollten. Vier Interpretationen tauchen in den Dokumenten und Interviews immer wieder auf.

Das erste Deutungsmuster erachtete als ungenügend erachtete Arbeitsleistungen als Funktion der Arbeitsbedingungen, darunter Entlohnung und Arbeitslast. Bambi etwa war eines von mehreren Jugendcamps (*kambi za vijana*) in Sansibar, in denen nationalistischen Durchhalteparolen ausgesetzte junge Männer und Frauen auf eine disziplinierte und genügsame Arbeitshaltung getrimmt werden sollten.⁷⁷ 1967 klagten die 50 Campinsassen darüber, dass sie für Wochen weder Verpflegung noch Bezahlung erhalten hatten. Die Arbeitsmotivation war entsprechend gering und der Handlungsspielraum der FDJ-Brigadisten in solchen Fällen stark begrenzt. Die Leiter versuchten, für diejenigen, die sie als besonders fleißig erachteten, Ausbildungsaufenthalte in der DDR zu organisieren oder bei Funktionären und Politikern der Partnerseite bessere Entlohnungen für alle anzustoßen – in Sansibar wurde diese Bitte sogar dem Präsidenten Karume persönlich vorgetragen.⁷⁸ Gerade die Einführung solcher Leistungsanreize und Einkommensunterschiede unterwanderte aber die lokalen Disziplinierungsmodi, die auf Gleichheit abzielten bzw. eher Loyalität denn Leistung belohnten.

Anderswo boten ungleiche, parallel nebeneinander existierende Entlohnungsmodi tatsächlich Konfliktstoff. Angehörige der Jugendorganisationen in Mosambik und Kuba beschwerten sich über die Ungerechtigkeit, dass die Arbeiter, die genau wie sie mit der FDJ-Brigade gemeinsam tätig waren, einen Lohn ausgezahlt bekämen, sie selbst aber nicht.⁷⁹

77 Vgl. Burgess: *To Differentiate*, S. 226-228.

78 Vgl. DDR-Konsulat Sansibar, Vermerk über ein Gespräch d. Konsuls Konieczny mit Karume am 11.6.1966, Sansibar, 22.6.1966, in: BArch Berlin DE1/52555, S. 2.

79 Vgl. Landolf Scherzer: *Das Camp von Matundo. 132 Tage Afrika*, Berlin 1986, S. 26, 88, 144; Brigadeleiter L. P. und Parteisekretär R. E., Abschlusseinschätzung zur Erfüllung des Kampfprogrammes der Brigade der Freundschaft »Ernst Thälmann« im Zeitraum vom Juli 1976-Juni 1977, Nuevitas, 23.6.1977, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19192, S. 4.

Wenn Arbeiter gegen die allgemeinen Arbeitsbedingungen, unbezahlte Überstunden und verordnete »Subbotniks« (freiwillige Arbeitseinsätze) sogar offen streikten, wie 1981 auf mindestens fünf Staatsfarmen in Äthiopien, war die Weisung an die FDJ-Brigadisten, »sich auf keinerlei Diskussionen bzw. Meinungsäußerungen bezüglich der Forderungen der Arbeiter einzulassen, da dies innere äthiopische Angelegenheiten seien, die sie nicht klären können. Nur durch ihre tägliche Arbeit kann ein Beispiel für die Arbeiter gegeben werden.«⁸⁰ Einfache Brigademitglieder waren in solchen Konfliktsituationen also auf ihre positive Beispielwirkung reduziert.

Eine zweite Option boten Deutungen, die auf kulturelle Eigenheiten oder manchmal sogar biologische Differenzen abhoben. Ein ehemaliger Brigadeleiter in Tansania erinnerte sich, dass ihm manchmal das Gefühl »Kopferbrechen bereitet hat«, dass alles zusammenbrechen würde, »sowie der weiße Mann sich umdreht«: »Wenn der Schwarze Pause macht, dann macht er Pause.« Die Lösung in diesem Fall sei gewesen, immer »dahinterzustehen«.⁸¹ Bei solchen Deutungen handelte es sich um nach DDR-Sprachregelungen tabuisierte Erklärweisen,⁸² gegen die Brigade- und Parteiführung aktiv vorzugehen hatten. Im offiziellen Skript der Berichte tauchen kulturessentialistische Deutungen, rassistische Denkweisen und sonstige »Erscheinungen der Überheblichkeit [...] gegenüber dem Partner« daher in der Regel als eigentlich »wesensfremdes« und überwundenes, »erfolgreich bekämpft[es]« Fehlverhalten auf.⁸³ Aus Nuevitas wurde zum Beispiel berichtet, dass »[a]bfällige Bemerkungen zu Handlungen von Kubanern, die völlig überflüssigerweise von einigen Jugendlichen in unserer Muttersprache gemacht wurden, [...] durch eine Aussprache abgestellt [wurden]«.⁸⁴ Inhärent essentialistische Deutungen und rassistische Denkweisen ließen sich aber nicht einfach »abstellen«. Aus Sansibar hieß es, dass »Erscheinungen von Überheblichkeit, wonach wir die Fachleute sind, nach denen sich der Partner gefälligst zu richten

80 FDJ-Beauftragter Schwoppe, Aktennotiz vom 20.11.81 zu besonderen Vorkommnissen im Gebiet Assasa, Arssi-Region (Einsatzgebiet FDJ-Brigade), in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19086.

81 Interview #119, Ehemaliger Brigadeleiter.

82 Vgl. Brigadeordnung, 26.9.1977, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19190, S. 2.

83 APO-Sekretär und Vors. der Kommission, Einschätzung des politisch-ideologischen Bewußtseinsstandes der APO auf der Grundlage der Gespräche zum Umtausch der Parteidokumente, November 1970, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19211, S. 4.

84 Brigadeleiter L. P. und Parteisekretär W. P., Zwischenbericht über die Erfüllung des Kampfprogramms, Nuevitas, 9.7.1975, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19186, S. 12.

hat«, nicht nur zu zwischenmenschlichen Problemen führten, sondern auch die Effizienz beeinträchtigten, weil Ratschläge immer wieder missachtet wurden:

Die Erfahrungen afrikanischer Bauleute werden noch zu wenig genutzt. Das betrifft sowohl die Technologie mit den hier vorhandenen primitiven Mitteln, als auch die Arbeitsorganisation. So mußten wir feststellen, daß auf der Baustelle Shani unter ähnlichen Bedingungen schneller und bei mindestens gleicher Qualität gebaut wird.⁸⁵

Die Annahme eigener Überlegenheit und inferiorer Andersartigkeit war jedoch für manche schwer abzulegen.

Eine dritte Interpretation verwies auf Arbeitsbedingungen im weiteren Sinne: Nicht das konkrete Arbeitsregime, sondern externe, scheinbar nicht direkt beeinflussbare Faktoren wurden hier betont. Dazu zählen etwa die Hinweise auf körperliche Erschöpfung, sei es nun durch Hitze, Unterernährung, Krankheit, ungenügende Ausrüstung oder schlicht die Beschwerlichkeit der Arbeit, was eben viele Pausen erzwingt und nur ein bestimmtes Arbeitstempo erlaube.⁸⁶ Nur selten schlossen DDR-Entsandte externe Faktoren völlig aus und meinten, auf die zweite Deutungsweise zurückgreifend, dass eine als »ungenügend« wahrgenommene Arbeitseinstellung »nicht auf Hunger bei dem Personal, [...] sondern auf die Mentalität« zurückzuführen sei.⁸⁷ Eine derartige Einschätzung war freilich nur im inoffiziellen Skript möglich, in diesem Fall handelte es sich um einen individuellen Abschlussbericht. Im gerade von Funktionsseite immer wieder bemühten Partnerschaftsdiskurs hingegen war der Verweis auf externe Faktoren die bevorzugte, weil konsensfähigste und am wenigsten kontroverse Sichtweise, schob sie doch keiner Seite die Schuld zu, weil Akteure und Verantwortung verschleiert blieben – außer, wenn es sich dabei um gemeinsame Feinde handelte. Neben Klima und Mangelernährung war die Bedrohung durch Sabotageakte und Angriffe von Rebellen, insbesondere in Mosambik, ein weiterer externer Faktor, der über die Wirkungsmöglichkeiten der Brigade weit hinausging.

Eine vierte Deutungsweise suchte die Erklärung der Arbeitsweise weder in externen Bedingungen noch in spezifischen kulturellen Faktoren,

85 APO-Sekretär und Brigadeleiter BdF Sansibar an Abt. BdF im ZR der FDJ, Sansibar, 18.8.1970, in: SAPMO BArch DY 24/192II, S. 4.

86 Vgl. Günter Mosler: Als DDR-Auslandskader in Mosambik (1979-1982): Zwischen Dschungel, Taiga, Savanne, Wüste und Heimat, Leipzig 2013, S. 65, 143; Interview mit Heinzjürgen Hagenmüller, Strausberg, 29.12.2015.

87 U.L., Abschlussbericht nach einem Auslandseinsatz, o.O., o.D. [ca. 1988], in: BArch Berlin DQ 1/11585.

sondern in der individuellen Motivation. Diese Erklärweise bezog sich meist auf die DDR-Brigadisten, von denen ja die richtige (kulturelle) Arbeitshaltung sowie ein selbstaufopfernder Umgang mit schwierigen materiellen Bedingungen erwartet und eingefordert wurde. War diese Haltung nicht anzutreffen, so musste es sich um ideologische Probleme oder eine reaktionäre Haltung handeln, bei deren Auftreten Vorgesetzte und Kameraden mit den richtigen Worten erzieherisch auf die Einstellung der Individuen einzuwirken hatten.

Wie sollten die Brigademitglieder den erfahrenen Herausforderungen dann begegnen? Bei Problemen in den Partnerbeziehungen legten die Vorgesetzten oft Ausweichstrategien nahe, die in erster Linie auf eine Selbstdisziplinierung und emotionale Arbeit statt auf die Relation zu den Counterparts abzielten: Brigadisten sollten Geduld und Toleranz üben und ihre Ansprüche senken. Bei manchen führte die Änderung der eigenen Maßstäbe aber auch einfach nur zu Resignation. Am unproblematischsten, weil weder Sprachkenntnisse noch Konfrontation fordernd, war in allen Fällen die bereits erwähnte »Beispielfunktion«, also die Hoffnung darauf, dass die eigene (als vorbildlich imaginierte) Arbeitsweise sich gleichwohl selbsterklärend als besser erweisen und nachgemacht würde.⁸⁸ In vielen Fällen waren diese Hoffnungen freilich ungenügend.

Ein Beispiel aus der Matundo-Brigade nahe dem Steinkohletagebau illustriert, wie das Arbeitsregime in Auseinandersetzung mit DDR- und mosambikanischen Kollegen ausgehandelt wurde. Der Schriftsteller (und gelernte Maurer) Landolf Scherzer erzählte in seinem ausführlichen, auf Tagebucheinträgen basierenden Erfahrungsbericht, wie er von seinen mosambikanischen Partnern gleich bei der ersten Begegnung als »*Senhor chefe*« angesprochen wurde – eine Rolle, die ihm anfangs missfiel. Scherzer schilderte mit dokumentarischem Anspruch, griff dabei aber mitunter auch auf dramatisierende und fiktionalisierende Stilmittel zurück, was insbesondere in den »erinnerten« Dialogen deutlich wird. Die zeitliche Nähe zwischen Einsatz (1983) und Veröffentlichungsjahr (1986) gibt dem Buch einen besonderen Quellenwert, zumal Scherzer sich auch nicht scheute, wenn schon nicht die sozialistischen Leitbilder an sich, so doch Modus und Zweck der DDR-Solidarität vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen kritisch zu hinterfragen.

Gerade die Zweifel über seine eigene Rolle machen seine Ausführungen markant. Ihn quälte der Mangel an erprobten Modellen für den Umgang mit den Partnern und der Zwiespalt darüber, einerseits vom

88 Vgl. Parteisekretär der BdF »Ernst Thälmann« an Abt. Jugend des ZK der SED, Nuevitas, 3.1.1977, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19189, S. 4.

Kolonialhabitus und dessen Zwangselementen abzusehen, andererseits aber effektiver zu arbeiten – die Blocksteine zum Hausbau müssten schließlich rechtzeitig fertig werden. Scherzers DDR-Kollegen sahen jedoch andere Probleme als dringender an: »Mitarbeiten oder nur anleiten? Mitarbeiten würde die Autorität sinken lassen, und Autorität sei das wichtigste, sagen Allround und Rainer«, zwei andere DDR-Brigadisten.⁸⁹ Neidisch blickte Scherzer auf die in Baustellennähe tätigen Minenarbeiter, die »den strengen Rhythmus unter Tage gewohnt« waren und nur kurze Pausen einlegten.⁹⁰ Als er von seiner Brigade forderte, schneller zu arbeiten, und vorschlug, dafür nach DDR-Vorbild einen »sozialistischen Wettbewerb«⁹¹ zwischen fünf Dreiergruppen innerhalb der Brigade zu veranstalten, habe ihn einer der mosambikanischen Arbeiter unterbrochen: »Wir haben uns von der Ausbeutung des weißen Mannes befreit. Mein Vater hat die Peitsche gespürt, mit der ihn der weiße Mann beim Mauern antrieb. Nein, wir werden nicht schneller arbeiten, auch wenn du es befiehlst.«⁹² Scherzers Erinnerungsbericht ist von weiteren Passagen durchzogen, die die Aushandlung von Arbeitsregimen beschreiben. Die Arbeiter einer anderen Brigade widersetzten sich danach den geschrieenen Befehlen ihres Leiters Matavells so lange, bis dieser auf materielle Anreize – in diesem Fall die »Bezahlung« mit Seife – zurückgreifen musste, um sie zu umzustimmen.⁹³

Die Einführung des »Wettbewerbs«, ursprünglich als eher symbolischer Akt gedacht, gelang Scherzer schließlich nur, weil die Arbeiter das Wettbewerbssystem modifizierten, indem sie Siegprämien forderten: Seife, Tabak, Brot und *Novidades*, die DDR-Illustrierte in portugiesischer Sprache.⁹⁴ Sie nahmen in ihrer Argumentation positiv und explizit Bezug auf das *tarefa*-Anreizsystem, das während der portugiesischen Kolonialherrschaft weit verbreitet war und nun in dem Wettbewerb Anwendung

89 Scherzer: Camp, S. 38.

90 Ebd., S. 54.

91 Dieser wurde z. B. auch in Äthiopien verfolgt. Siehe Leiter der FDJ-Freundschaftsbrigade »Werner Lamberz« R., Diskussionsbeitrag auf der Parteiaktivtagung der GO Addis Abeba am 25.11.1981, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19086, S. 3.

92 Scherzer: Camp, S. 55.

93 Vgl. ebd., S. 66 f.

94 Vgl. ebd., 82. Wie Büschel für die sansibarische Jugendorganisation zeigt, waren die Partnerinstitutionen keinesfalls immer einverstanden, wenn von DDR-Seite materielle Anreize wie Geschenke und Geldprämien für fleißige Lehrlinge eingeführt wurden. Siehe Büschel: Hilfe zur Selbsthilfe, S. 472. Als Grund lässt sich vermuten, dass die Partnerorganisation eher auf idealistische Motivation und die »freiwillige« Erbringung der Arbeitsleistung Wert legte und die Entstehung von Ungleichheiten verhindern wollte.

finden sollte.⁹⁵ Scherzer organisierte die geforderten Dinge, teils unter erheblichem Aufwand und unter Ausnutzung privater Kontakte in die DDR, und hielt so den Bautermin ein – ein Erfolg. Im Nachwort erwähnt Scherzer stolz, dass dieses in Interaktion mit den Partnern eingeführte System vor Ort auch nach seiner Abreise weiter praktiziert wurde. Allerdings lagen auf diesem Weg noch mehrere Situationen, in denen die Arbeitsdisziplin nicht mehr Scherzers Vorstellungen entsprach und er die Arbeiter anschrie und gezielt verbal verletzte.⁹⁶

Man könnte diese Wutausbrüche den Thesen von Büschel folgend nun als Gewaltförmigkeit lesen und als Zeichen eines strukturell unvermeidlichen Scheiterns interpretieren, in dem der Freundschaftsimperativ am Leistungsdruck zerbrach. Man verkennt dann aber, wie die Arbeitsprozesse von den Partnern und Mitarbeitern angefochten und mitgestaltet wurden, so dass im vorliegenden Fall eine Lösung stand, die den »sozialistischen Wettbewerb« und ein Anreizsystem mit kolonialem Erbe amalgamierte. Wie der Blick auf Matundo ebenfalls zeigt, gehörten Boykotts und die offene Einforderung von Mitbestimmung und materiellen Anreizen ebenso zu den Strategien lokaler Arbeiter wie passiver Widerstand in Form von Abwesenheit oder Langsamkeit – allesamt erprobte Strategien im Umgang mit autoritären Entwicklungsregimen der Kolonial- und postkolonialen Ära gleichermaßen.

Funktionäre auf beiden Seiten navigierten mit gemischten Ergebnissen zwischen Versuchen, die eigene Belegschaft zu disziplinieren und diplomatisch auf die Partner einzuwirken, wie ein zweites Beispiel zeigt. Im Zementwerk in Nuevitas wurden die Planziele im Produktionsbereich immer wieder verfehlt. Der Brigadeleiter schob die Verantwortung dafür auf die kubanische Seite. Die Brigade sei »stark abhängig vom Partner«, der »sehr oft Absprachen nicht eingehalten« habe, so dass »unsere Bereit-

95 Portugal setzte deutlich stärker als andere Kolonialmächte in Afrika nach dem Zweiten Weltkrieg auf Zwangsarbeit. Es ist unwahrscheinlich, aber nicht ganz auszuschließen, dass Scherzer die Argumente in den Mund der Partner legte, weil ein Vorschlag, der in Kontinuität zur Kolonialherrschaft stand, nicht von ihm kommen durfte. Walter Grabner, der zwölf Jahre in Leitungsfunktionen im Steinkohlebergbau Moatize tätig war, schrieb retrospektiv deutlich unverblümt, dass zwischen kolonialem und sozialistisch-postkolonialem Arbeitsregime unter Tage keine großen Unterschiede bestanden: »Das haben die Kolonialherren so gemacht und wir ›Sozialisten‹ haben das übernommen.« Vgl. Walter Grabner: 12 Jahre Beteiligung am Projekt »Steinkohle Moatize«, in: Matthias Voß (Hg.): Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten, Münster 2005, S. 216-269, hier S. 238.

96 Vgl. Scherzer: Camp, S. 109, 164, 178.

schaft nichts nutzte, da die kubanische Seite nicht mitzog«. ⁹⁷ Durchgeführte Arbeiten seien durch Unachtsamkeit und regelrechte »Havarien« wieder zunichtegemacht worden. ⁹⁸ Wie Scherzer einen »Wettbewerb« einzuführen, stellte keine Option dar: ein solcher lief im Werk bereits, und die DDR-Brigade wurde in diesen integriert. Diskussionen mit den kubanischen Arbeitern selbst führten nur selten zu Verbesserungen. ⁹⁹ Gespräche mit Werkleitung bzw. der Leitung der Jugendorganisation in Fragen der Kaderbereitstellung für Qualifizierung blieben ebenso oft erfolglos, so dass die Brigadeleitung erst nach Gesprächen auf höchster Ebene mit der Nationalleitung der UJC eine Verbesserung konstatierte. ¹⁰⁰ Im Ernstfall musste der Umweg also über die Mächtigen vor Ort erfolgen. Für die »Freunde« vor Ort, so lässt sich am Beispiel Nuevitas ersehen, fungierten die DDR-Brigaden also manchmal wie eine zaghafte Gewerkschaft, die mit diplomatischer Vorsicht bessere Bedingungen durchsetzen wollten (wie im genannten Fall in Sansibar), manchmal aber auch als Anstoß, ein strikteres Disziplinregime zu etablieren, das zwar die Produktivität steigern mochte, aber den Arbeitenden keine spürbaren Vorteile brachte.

Um technische Fachkenntnisse zu vermitteln, setzte die FDJ-Brigade in Nuevitas mit »Patenschaften« auf fixierte Zweierbeziehungen. Jedes Brigademitglied »übernahm« einen Kubaner, der ein Mitglied der Jugendorganisation war. ¹⁰¹ In manchen Berichten wurde diese Form der Zusammenarbeit als zufriedenstellend beschrieben, in anderen hieß es, dass die Kubaner ihre Arbeitszeit oft nicht im Sinne ihrer DDR-

- 97 Brigadeleiter L. P. und Parteisekretär W. P., Bericht der BdF Kuba über den Zeitraum vom 15. Juli bis November 1975, Nuevitas, 13.11.1975, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19191, S. 9.
- 98 Brigadeleiter L. P. und Parteisekretär W. P. an Abt. BdF im Zentralrat der FDJ, Nuevitas, 3.1.1976, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19187, S. 2; Parteisekretär der BdF »Ernst Thälmann« R. E. an Abt. Jugend des ZK der SED, Nuevitas, 3.1.1977, in: ebd., DY 24/19189, S. 4.
- 99 Vgl. Brigadeleiter L. P. und Parteisekretär W. P., Bericht der BdF Kuba über den Zeitraum vom 15. Juli bis November 1975, Nuevitas, 13.11.1975, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19191, S. 13.
- 100 Vgl. Halbjahresbericht der BdF im Zementwerk »26. Juli« in Nuevitas, o. D. [1981/1982], in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19187, S. 3; Abschlusseinschätzung der Erfüllung des Kampfprogramms durch die BdF »Ernst Thälmann« im Zeitraum vom Mai 1975-Mai 1976, Nuevitas, 5.5.1976, in: ebd., S. 8; Berichterstattung der BdF aus Anlass der Beendigung des 1. Halbjahres – vor der Werkleitung, den Leitungen des UJC, den pol. Leitern des Werkes und dem Brigadeleiter, o. D. [1976], in: ebd., S. 2.
- 101 Brigadeleiter L. P., Programm der BdF aus der DDR zur Teilnahme am Wettbewerb der kuban. Jugend in Vorbereitung des I. Parteitages der KPK, o. D. [ca. 1975], in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19186.

Counterparts einteilen oder der Arbeit gänzlich fernblieben.¹⁰² Fidel Castros Forderung, »dass hinter jedem ausländischen Spezialisten ein Kubaner stehen soll«, kam die Werkleitung jedenfalls ebenso wenig nach wie dem Appell, die »Patenschaften« zu fördern.¹⁰³ Das mag nicht nur an Arbeitskräftemangel, sondern auch daran gelegen haben, dass DDR-Brigademitglieder ihre Zusagen und Terminversprechen aufgrund anderer anfallender Arbeiten oft selbst nicht einhielten.¹⁰⁴ Der Brigadeleiter prangerte auch das Verhalten der Brigademitglieder an, die er während der Arbeitszeit beim Spazieren vor dem Zementwerk oder wiederholtem Duschen ertappt hatte.¹⁰⁵ Hier wurde wiederum die Frage nach der richtigen individuellen Einstellung aufgeworfen.

Die Devisen der Solidarität

Die persönlichen Motive für einen Einsatz mit einer Freundschaftsbrigade waren vielfältig und umfassten neben dem offiziell erwünschten Interesse, praktische Solidarität zu üben, auch weniger altruistische Beweggründe. Bereits Berthold Unfried unterschied in seiner Studie verschiedene Typen der Auslandskader, darunter neben dem politisch geprägten Internationalisten und dem Abenteurer auch den »individuelle[n] Devisenverdiener«.¹⁰⁶ Unabhängig vom subjektiven Antrieb führte ein Einsatz mit einer Freundschaftsbrigade tatsächlich zu einem relativ höheren Einkommen als in der DDR. Das Gehalt im Betrieb lief weiter (gezahlt von der FDJ), es gab Tropenzuschläge von bis zu 100 Mark, weitere Zuschläge ab dem zweiten

102 Vgl. Diskussionsbeitrag zur Brigadeleitertagung Komplex 1, o. D. [ca. 1976], in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19187; Parteisekretär M. P. und Brigadeleiter R. E., Berichterstattung der Bdf »Ernst Thälmann« – Nuevitas im Zeitraum von September 1977 bis Januar 1978, Nuevitas, 2.2.1978, in: ebd. DY 24/19191, S. 7.

103 Parteisekretär M. P. und Brigadeleiter R. E., Berichterstattung der Bdf »Ernst Thälmann« – Nuevitas im Zeitraum von September 1977 bis Januar 1978, Nuevitas, 2.2.1978, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19191, S. 9; Parteisekretär D. und Brigadeleiter K. an Abt. Bdf im ZR der FDJ, »Abschlussbericht«, Nuevitas, 13.11.1979, in: ebd., DY 24/19192, S. 6.

104 Vgl. Berichterstattung der Bdf »Ernst Thälmann« Kuba für den Zeitraum von Juli bis September 1976, Nuevitas, 8.10.1976, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19188, S. 7; Berichterstattung der Bdf »Ernst Thälmann« Kuba für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 1976, Nuevitas, 27.12.1976, in: ebd., S. 5.

105 Vgl. Berichterstattung der Bdf »Ernst Thälmann« Kuba für den Zeitraum von Juli bis September 1976, Nuevitas, 8.10.1976, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19188, S. 7; Berichterstattung der Bdf »Ernst Thälmann« Kuba für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 1976, Nuevitas, 27.12.1976, in: ebd., S. 6.

106 Unfried: Instrumente, S. 83.

Einsatzjahr und meist ein Taschengeld, das in manchen Ländern sogar in harter Währung ausgezahlt wurde.¹⁰⁷ Materielle Interessen sind nicht immer leicht aufzuspüren, denn sie wurden in der DDR als Zeichen der Entfremdung von sozialistischen Idealen, als mögliches Fluchtmotiv und als Disziplinarfall gesehen. In der Überprüfung durch das MfS galt dieses Motiv als Manko. Über einen Auslandskader, der bereits einen Brigadeinsatz in der VDR Jemen absolviert hatte und für einen Einsatz 1989 in Tansania erneut überprüft wurde, hieß es im Informationsbericht, dass die »materielle Interessiertheit des Kandidaten [...] im Betrieb als ausgeprägt eingeschazt wird«, worin »auch das persönliche Interesse des Kandidaten an einem erneuten Auslandseinsatz begründet« liege.¹⁰⁸ Auch die mitausreisenden Partner erachtete die Stasi bei einer vermuteten »übersteigerten materiellen Interessiertheit« als Risikofaktoren.¹⁰⁹

Gerade auf Expertenebene, wo es eine Reihe weiterer Sonderzuschlage gab, scheinen materielle Anreize häufig ein Hauptmotiv für einen Einsatz gewesen zu sein.¹¹⁰ Selbst wenn die Entlohnung von Brigadisten im Vergleich zu Auslandskadern mit Expertenstatus deutlich niedriger gewesen sein mag (wie etwa van der Heyden betont, um den besonderen Idealismus der Brigadisten herauszustreichen),¹¹¹ so war sie doch höher als bei einem Verbleib in der DDR. Darüber hinaus konnten Ersparnisse vom »Taschengeld«, wengleich nicht in ausnahmslos allen Brigaden, in Valuta in die DDR transferiert werden. Der westdeutsche *Spiegel* rechnete 1972 am Beispiel einer Brigade in Algerien vor, dass durch die doppelte finanzielle Absicherung »für ein Ehepaar nach drei Jahren Brigade-Dienst der Gegenwert eines ›Wartburg‹-Pkw herausspringt«. ¹¹² Die Devisen waren dann aber nicht frei verfügbar, sondern konnten in Form von Valutaschecks für Luxus- und Konsumgüter eingetauscht werden, die mit DDR-Mark nur schwerlich erhältlich waren. Wie die verschriftlichten Erinnerungen des mehrmals als DDR-Auslandskader eingesetzt-

107 Vgl. »Direktive für die Auswahl und den Einsatz von Mitgliedern der ›Brigaden der Freundschaft‹ der Freien Deutschen Jugend«, Berlin, 1.7.1968, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19239, S. 15-20.

108 BV für Staatssicherheit Leipzig, Kreisdienststelle Altenburg, Auskunftsbereich zum Auslandskader und mitreisender Ehefrau, Altenburg, 21.7.1989, in: BStU, MfS HA XX 24417, Bl. 12.

109 Abt. Volksbildung 41, Politisch-operative Einschazung der Kandidaten im Ergebnis der durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen, Berlin, 27.5.1988, in: BStU, MfS HA XX/AKG 4192, Bl. 3, 5.

110 Vgl. Kunanz, Das Steinkohleprojekt Moatize, S. 188.

111 Vgl. van der Heyden: FDJ-Brigaden, S. 110.

112 Auch schon Verräter, in: Spiegel, 31.7.1972, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42853987.html> (Zugriff: 15.3.2016).

ten Günter Mosler nahelegen, wurden Delegationen ins Ausland in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung mit Zugang zu Fremdwährung und Intershop-Waren assoziiert.¹¹³

Brigadisten bekamen nur etwa die Hälfte des Geldes, das Experten und normale DDR-Dienstreisende erhielten, und führten immer wieder Diskussionen über Vergütungsfragen.¹¹⁴ Die Forderungen liefen oft darauf hinaus, auch nach Einsatzende materiellen Nutzen aus dem Aufenthalt ziehen zu können.¹¹⁵ Als Angola etwa gegen die DDR durchsetzte, dass die Brigadeteilnehmer ihr Taschengeld in der Lokalwährung Kwanza nicht transferieren durften, beschwerten sie sich (an manchen Einsatzorten hatten 50 Prozent der Belegschaft gedroht, nach dem DDR-Urlaub nicht wieder nach Angola ausreisen zu wollen) und bekamen von der DDR als Ausgleich »Mark-Geschenke« zugesichert.¹¹⁶ Auch im »Kollektiv« in Nuevitas wurde über die Transferierbarkeit des Geldes diskutiert, zusätzlich forderten Brigadisten Zuschläge für »Schwerstarbeit«. Die meisten von ihnen entschieden sich dafür, die Pesos nicht vor Ort zu konsumieren, sondern zu sparen, was angesichts von Gemeinschaftsküche, kostenloser Versorgung mit monatlich acht Flaschen Rum und gestellter Unterbringung sehr gut möglich war.¹¹⁷

Der Alltag in militärisch umkämpften Gebieten Mosambiks, Äthiopiens und Angolas erlaubte freilich weder Konsum noch touristische Bewegungsfreiheit; einige wenige DDR-Bürger und zahlreiche ihrer einheimischen Kollegen kamen an den Fronten dieser »heißen Kriege« im Kalten Krieg ums Leben. An den entsprechenden Einsatzorten herrschten restriktive Sicherheitsbedingungen, darunter besonders scharfe Ausgangs- und Kontaktverbote. Während der Alltag vieler Brigaden, insbesondere die Freizeitgestaltung, in einer gewissen Distanz zur lokalen Bevölkerung

113 Vgl. Mosler: Als DDR-Auslandskader, S. 11, 33; Interview #21, DDR-Berater im tansanischen Planungsministerium.

114 Van der Heyden: FDJ-Brigaden, S. 110; Brigadeleiter L.P. an ZR der FDJ, Nuevitas, 30.7.1975, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19186, S. 4; »IW« (HVA, Abt. VI/B/4), Information zur Situation innerhalb der FDJ-Freundschaftsbrigade Karl Marx (Managua, Nicaragua), Berlin, 24.3.1987, in: BStU, MfS HA XX 11050, Bl. 224.

115 Vgl. Abschlusseinschätzung der Erfüllung des Kampfprogramms durch die BdF »Ernst Thälmann« im Zeitraum vom Mai 1975-Mai 1976, Nuevitas, 5.5.1976, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19187, S. 22.

116 Anlage 3 zu Reisebericht der Abt. IV nach Luanda, Maputo, Dar es Salaam und Addis Abeba, Luanda, 2.11.1977, in: SAPMO BArch Berlin DY 3023/1463, Bl. 152.

117 Vgl. Brigadeleiter L.P. und Parteisekretär W.P., Zwischenbericht über die Erfüllung des Kampfprogramms, Nuevitas, 9.7.1975, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19186, S. 12; Brigadeleiter L.P. und Parteisekretär W.P. an Abt. BdF im Zentralrat der FDJ, Nuevitas, 28.1.1976, in: ebd., DY 24/19187.

abließ, war die Isolation an diesen Einsatzorten eklatant. Negative Erfahrungsberichte von Rückkehrern, darunter auch Experten, ließen den Kreis von Personen schwinden, die bereit waren, sich ins lusophone Afrika oder nach Äthiopien entsenden zu lassen.¹¹⁸ Einer der wenigen »Vorteile« der dortigen Einsatzbedingungen war, dass man von dem Taschengeld kaum etwas ausgeben und somit das heimische Valutakonto für Genex-Geschenksendungen und Intershop-Einkäufe auffüllen konnte.¹¹⁹

In anderen Ländern, wie in Tansania, bestand immerhin die Möglichkeit, mit dem Taschengeld Safaris zu unternehmen, die für andere DDR-Bürger ganz undenkbar waren. Der Konsum vor Ort war also an manchen Einsatzorten eine Möglichkeit, das Beste aus der raren Hartwährung zu machen. Der Regisseur Andreas Dresen zeigte in seinem dokumentarischen Film *Jenseits von Klein Wanzleben*, den die FDJ 1988 in Auftrag gab, aber nicht veröffentlichte, den Alltag einer FDJ-Brigade in Zimbabwe. Zu einer Szene, die volle Supermarktregale und das Einladen der Einkäufe in das brigadeneigene Auto zeigt, erklingt aus dem Off die Stimme eines Brigadisten:

Im Kapitalismus leben unter der Fürsorge eines sozialistischen Landes ist was ganz Herrliches. Denn dann treffen ja die Nachteile dieses Systems, Arbeitslosigkeit, Geldmangel [...], trifft ja für mich nicht zu. Ich kann mir ja hier die Sahneleckse raussuchen.¹²⁰

In Interviews wurde die Bedeutung materieller Motive hingegen meist zurückgewiesen. Allerdings scheinen auch die politisch erwünschten Solidaritätsmotive als Beweggründe für den eigenen Einsatz von untergeordneter Bedeutung gewesen zu sein, gerade für Entsandte, die nicht in der globalen Aufbruchsstimmung der 1960er Jahre, sondern in späteren Jahrzehnten entsandt wurden. Eine ehemalige Brigadistin und ein ehemaliger Brigadeleiter etwa erwähnten im Interview, dass sie sich vor ihren Auslandseinsätzen – vom semi-freiwilligen Kauf von

118 Vgl. Interview #121, Ehemaliger DDR-Auslandskader in Tansania und Hochschullehrer in Zwickau; Bettina Husemann/Annette Neumann: DDR – VR Angola: Fakten und Zusammenhänge zur bildungspolitischen Zusammenarbeit von 1975 bis 1989, in: Ulrich van der Heyden/Ilona Schleicher/Hans-Georg Schleicher (Hg.): Engagiert für Afrika: Die DDR und Afrika II, Münster 1994, S. 158-178, hier S. 169. Husemann und Neumann schreiben auch über harte Diskussionen mit Angola über die Einsatzbedingungen, darunter die Frage, welche Seite Kosten in Hartwährung übernehmen sollte.

119 Vgl. Leiter Abt. XIX der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin, Operativ-Information Nr. 171/82, Berlin, 14.12.1982, in: BStU, MfS HA XIX 4840, Bl. 68.

120 Andreas Dresen: *Jenseits von Klein Wanzleben* (Dokumentarfilm), 1989, 42 Minuten, hier 18:10 min.

FDGB-Solidaritätsmarken abgesehen – nicht in der Solidaritätsarbeit engagiert hätten und der Brigadeeinsatz somit der erste biographische Berührungspunkt mit internationaler Solidaritätsarbeit gewesen sei. Die Bedeutung materieller Motive wiesen beide ebenfalls stark zurück – der Reiz des Brigadeeinsatzes habe vor allem darin bestanden, aus der DDR herauszukommen und neue Kulturen kennenzulernen.¹²¹

Kollektive Frustrationen

Einen großen Teil der Zeit verbrachte man allerdings auch mit der bekannten Kultur und Landsleuten aus der DDR. Das oft beschworene »Kollektiv«, das die Entsandten bilden sollten, bestand freilich nicht als quasi-natürliche Gemeinschaft einfach von sich aus. Vielmehr musste es, nicht zuletzt aufgrund relativ kurzer Einsatzzeiten und damit hoher Fluktuation der Brigadisten, immer wieder neu hergestellt werden. Im Umkehrschluss sollte man bei Konflikten auch nicht zu rasch von einem vermeintlichen Zerfall des Kollektivs sprechen, weil damit die Existenz der Gemeinschaft vorausgesetzt wird.¹²² Eine grundlegende Differenz bestand zwischen Leitung und Brigadisten.

Botschaften und Delegationen des FDJ-Zentralrats kamen bei ihren Inspektionen nicht selten zum Schluss, dass die »Leitungstätigkeit« der Brigaden mangelhaft sei.¹²³ Mit dem Motiv ungenügender Leitungstätigkeit wurden alle möglichen Probleme erklärt, die nicht direkt mit materiellem Mangel (Unterbringungs- und Verpflegungsprobleme, fehlende Arbeitsgeräte etc.) in Zusammenhang standen, darunter insbesondere unerwünschte Verhaltensweisen unter Brigademitgliedern. Um ihre Kontrollmacht zu erhöhen, verlangte die Zentrale von den Brigadeleitern, sämtliche Vorfälle zu melden. Es darf jedoch vermutet werden, dass nur ein Bruchteil der Fälle, die zu berichten gewesen wären, tatsächlich erfasst wurden und viele Brigaden eher versuchten, einen lokalen Modus vivendi zu etablieren. Leiter wie Mitglieder mussten bei disziplinarischen Vorfällen mit ernststen Konsequenzen rechnen, die bis zum Einsatzabbruch und dem Entzug des privilegierten Auslandskaderstatus reichen

121 Vgl. Interview #119, Ehemaliger Brigadeleiter (ANC-Camp in Tansania) und ehemalige Brigadistin (mehrere Einsatzländer, u. a. VR Jemen und Tansania).

122 Vgl. Büschel: Hilfe zur Selbsthilfe, S. 274.

123 Vgl. Bericht über die Tätigkeit der FDJ-Delegation in der Demokratischen Republik Somalia vom 4.6.1974-18.6.1974, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19048, S. 3; Information über die Ergebnisse einer Inspektion bei der Brigade der Freundschaft der FDJ in der Republik Mali, Berlin, 17. Mai 1974, in: ebd., S. 9f.

konnten. Eine FDJ-Übersicht aus dem Jahr 1982/83 zählt 18 disziplinierungswürdige Vorfälle – darunter Verstöße gegen die »Kontaktordnung« und Sicherheitsbestimmungen, »politisch inaktives Verhalten«, Trunkenheit, Verkauf persönlicher Gegenstände an Partner, Beleidigung der Partner –, die zu Rügen, Verweisen oder Rückführung und dem Streichen aus der Kaderreserve führten.¹²⁴ In Berichten nach Ostberlin klagten Brigadeleiter und Parteisekretäre oft über die politische Apathie der Brigademitglieder, unter denen es anscheinend eine weit verbreitete Haltung war, an Propagandaaktivitäten und politischen Ritualen nur bis zum unerlässlichen Minimum zu partizipieren.

Als größte Gefährdung des lokalen Modus vivendi galten desillusionierte Brigademitglieder und Neuankömmlinge mit unerwünschten Erwartungen. Im ANC-Camp Dakawa handelte es sich dabei gerade um jene, die sich auf starre Parteirichtlinien oder die proklamierten politischen Ideale der Solidarität und des Antirassismus beriefen, um die vorgefundenen Praktiken zu kritisieren. Der ehemalige Brigadeleiter in Dakawa erinnerte sich an eine angespannte Beziehung zum Parteisekretär, der »da draußen Politik machen wollte«: »Dem habe ich die Schippe in die Hand gedrückt und gesagt ›Damit kannst du Politik machen.«¹²⁵ Zwei Jahre später war es der Schriftsteller (und ausgebildete Schlosser) Jürgen Leskien, der während seines Aufenthalts 1989 erstaunt feststellen musste, dass statt ANC-Angehörigen DDR-Familien in die neu errichteten Häuser einzogen. Die Brigadeleitung habe ihm gedroht, »jedweden Kritiker von der Liste der ›Reisekader‹ streichen zu lassen«, woraufhin er befand, dass der »Gedanke der Solidarität [...] zur Farce geworden« war.¹²⁶ Gemeinsam mit seiner Schriftstellerkollegin Gudrun Ott wandte sich Leskien an die Botschaft und Parteileitung in Dar es Salaam und beklagte die »falsche Führungstätigkeit« und »rassistischen Erscheinungen« in Dakawa.¹²⁷ Die Botschaft Dar es Salaam wurde eingeschaltet, kam bei einer Inspektion vor Ort jedoch zum gegenteiligen Schluss, dass die Brigade eine »verantwortungsvolle, bewusste und entbehrungsreiche Tätigkeit zur aktiven Solidarität mit dem ANC« leiste.¹²⁸ Eine damals

124 Heinzjürgen Hagenmüller, Abt. BdF, Zusammenstellung von Problemen, die es mit Kadern im Ausland gab, o. O., 6.6.1983, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/22233.

125 Interview #119, Brigadeleiter Dakawa.

126 Jürgen Leskien: Schreiben über das nahe Fremde, in: van der Heyden/Schleicher/Schleicher (Hg.): Engagiert für Afrika, S. 278-290, hier S. 288.

127 Sekretär der GO, Monatsbericht an Leiter der Abt. Int. Verbindungen im ZK der SED, Dar es Salaam, 18.2.1989, in: SAPMO BArch Berlin DY 30/15208, Bl. 35.

128 Sekretär der GO, Monatsbericht an Leiter der Abt. Int. Verbindungen im ZK der SED, Dar es Salaam, 21.3.1989, in: SAPMO BArch Berlin DY 30/15208, Bl. 39.

Involvierte befand noch 26 Jahre später, Leskien habe sich mit seiner unfundierten und hinter dem Rücken der Brigade vorgebrachten Kritik nur aufspielen und die Brigade denunzieren wollen.¹²⁹ Nach seiner Rückkehr nach Berlin musste er sich von der Zentralen Parteikontrollkommission der SED den Vorwurf gefallen lassen, einen Keil zwischen die SED und den ANC treiben zu wollen.¹³⁰

Neben Spannungen zwischen FDJ-Zentrale und Brigaden vor Ort, der Leitung und den Brigademitgliedern sowie zwischen »Alteingesessenen« und Neuankömmlingen konnte es auch zu Konfrontationen zwischen der akademischen Intelligentsia und Facharbeitern kommen. Im Zementwerk Nuevitas entfaltete sich ein Konflikt, als sich drei hochqualifizierte Brigademitglieder mit Studienabschlüssen vom Rest der Brigade absonderten und eine eigene »Gewerkschaftsorganisation« (wie sie eigentlich auch in DDR-Institutionen existierte) gründen wollten, die der bestehenden Führung in Entscheidungsfragen Konkurrenz machen konnte.¹³¹ Die Brigadeleitung stellte das als Bildungsdünkel und kollektivschädliches Distinktionsbedürfnis hin und untersagte die Gewerkschaftsgründung kurzerhand, ohne damit den Unmut zu besänftigen. Wiederholt kam es zu dünnelhaft gefärbten Beschwerden, »dass der Partner uns nicht erst nimmt« und man nur da sei, um »die Dreckarbeiten zu machen, die die kubanischen Arbeiter nicht machen möchten«.¹³² Die Brigade habe direkt in Projektierung und Planung einzugreifen, statt nur zu reparieren, um das Potential der Fachkräfte voll zu nutzen; die Leitung sollte zu diesem Zweck bessere Einsatzbedingungen aushandeln und so die Wirksamkeit des Einsatzes sicherstellen. Der Brigadeleiter allerdings zog es vor, diplomatische (Zurück-)Haltung gegenüber der kubanischen Seite zu wahren. Er stellte sich gegen das Ansinnen der Brigademitglieder, dass man »glasharte Forderungen zur Überwindung von Unzulänglichkeiten [an den Partner] stellen« sollte.¹³³ Das Ziel der Wirksamkeit blieb hier also dem politischen Partnerschaftsanspruch – im Verständnis von Partnerschaft als »Freundschaft« ohne offene Konflikte – untergeordnet.

129 Vgl. Interview #119, Ehemalige FDJ-Verwaltungskraft vor Ort in Tansania.

130 Vgl. Leskien: Schreiben, S. 288.

131 Vgl. »Wie wird der Prozess der Durchsetzung der sozialistischen Lebensweise ideologisch geführt?«, o. D. [ca. 1976], in: SAPMO BArch Berlin DY 19187/24.

132 Berichterstattung der Bdf »Ernst Thälmann« Kuba für den Zeitraum von Juli bis September 1976, Nuevitas, 8.10.1976, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19188, S. 6; Berichterstattung der Bdf »Ernst Thälmann« Kuba für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 1976, Nuevitas, 27.12.1976, in: ebd., S. 7.

133 Parteisekretär Bdf »Ernst Thälmann« R. E. an Abt. Jugend des ZK der SED, Nuevitas, 3.1.1977, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19189, S. 4.

Fazit

Im Zuge der Wiedervereinigung 1990 wurden jene FDJ-Brigadisten, deren Tätigkeit das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit als »entwicklungspolitisch sinnvoll« einstuft, vom westdeutschen Deutschen Entwicklungsdienst übernommen.¹³⁴ Mit Ausnahme Kubas haben alle Länder, in denen die FDJ-Brigaden aktiv waren, den »nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg« wieder verlassen. Die übergeordneten politischen Ziele der Brigaden, wie die Bekämpfung des Imperialismus, Unterstützung beim Aufbau des Sozialismus und Vermittlung von DDR-Erfahrungen, wurden somit langfristig verfehlt. Ulrich van der Heyden, der auch auf die Bedeutsamkeit dieser politischen Ziele hingewiesen hat, stellte den Brigaden nichtsdestoweniger ein sehr gutes Zeugnis aus und verwies auf die tausenden im Rahmen der DDR-Solidarität ausgebildeten Lehrlinge und Facharbeiter. Diese Quantifizierung der Brigadetätigkeiten und ihres Erfolgs stellt nicht nur die politischen Oberziele in den Hintergrund, sie sagt auch wenig über die tatsächliche Anwendung der Ausbildung¹³⁵ und die alltägliche Praxis aus. Hubertus Büschel hingegen sah mit Blick auf den Brigadealltag ein Scheitern, das ihm zufolge in den Konzepten begründet lag, auf denen die Praxis aufbaute: der Versuch, geplanten Fortschritt zu erreichen, stand unweigerlich in der Tradition kolonialer Denkweisen und Praktiken und führte zu Exklusion, der Perpetuierung rassistischer Beziehungsmuster und Gewalt. Versuche der »Hilfe« und »Solidarität« stehen damit unter dem Generalverdacht, pathologisch zu sein.

Hier wurden Prozesse untersucht, die zu verschiedensten Ergebnissen – ob nun Erfolg oder Scheitern – führten. Der Blick auf die Komplexität und Uneindeutigkeit der Praktiken bringt gerade dann neue Erkenntnisse, wenn die strukturellen Widersprüche als wichtiger Referenz-, aber nicht zwangsläufig Endpunkt der Analyse dienen. Anderenfalls vernachlässigen wir den aktiven und kreativen Umgang mit den Widersprüchen und die vielen Aushandlungsmomente, von denen die Solidaritätspraktiken geprägt waren: Weltanschauliches Engagement

134 Anette Stoll: Mashayamombe: Von der FDJ-Brigade zum DED-Projekt, in: van der Heyden/Schleicher/Schleicher (Hg.): Engagiert für Afrika, S. 141-146, hier S. 145.

135 So hieß eine erfolgreiche Ausbildung noch lange nicht, dass die Ausgebildeten tatsächlich auch im vorgesehenen Fachbereich tätig wurden bzw. werden durften. Siehe z. B. APO-Sekretär G. M. und Brigadeleiter J. P. an Leiter der Abt. BdF im ZR der FDJ Böhme, Sansibar, 13.10.1970, in: SAPMO BArch Berlin DY 24/19211, S. 5.

und materielle Interessen, idealistische Hilfe und rassistisch geprägte Stereotype, pragmatische Kooperation und sozialistische Freundschaftsrhetorik gingen oft Hand in Hand.

Die Widersprüche sind hier durch drei analytische Prismen betrachtet worden: die Solidarität im Geflecht staatlicher Interessen, Arbeitsbeziehungen an den Einsatzorten sowie persönliche Motive und Debatten in den »Kollektiven«. Deutlich wurde zunächst die Verbindung diplomatischer und außenwirtschaftlicher Motive, die über die diffusen politischen Ziele hinausging. In den Beziehungen zu den Partnern zeigte sich dann, wie beschränkt die Disziplinierungsmittel der Brigadisten waren – und welchen Einfluss sie doch ausüben konnten. Die Diskussion persönlicher Einsatzmotive und Konflikte im »Kollektiv« schließlich offenbarte, dass Solidaritätsvorstellungen ebenso eine Rolle spielen konnten wie die Chance, zeitweise aus den engen Grenzen der DDR auszubrechen und Zugang zu Devisen zu erlangen. Manche Brigadisten testeten die disziplinarischen Grenzen, die das Verhalten der Auslandskader regulieren sollten. Bei allen Ähnlichkeiten zu westlichen »Entwicklungshelfern« bestand gerade in diesem engen Verhaltenskorsett ein wichtiger Unterschied. Darüber hinaus blieben alle Versuche, DDR-Modelle von Arbeitsdisziplin zu übertragen oder zu adaptieren, nicht nur durch diesen politischen Rahmen beschränkt, sondern hingen auch von den Interessen und Handlungsspielräumen der verschiedenen Partner ab.

So lassen sich auf mehreren Ebenen Grenzen der Solidaritätspraktiken erkennen, die mit einer Spannung zwischen moralpolitischen Anforderungen und Ergebniszwang verknüpft waren. Das verweist auf die entwicklungspolitische Gretchenfrage, der sich jede Untersuchung von Entwicklungsarbeit und internationaler Solidarität stellen muss: Welche Mittel waren verfügbar und galten als legitim, um vorzeigbare Ergebnisse zu erreichen? Wer übte im Rückgriff auf welche Legitimationsstrategien welchen Einfluss aus, und wer profitierte von den Maßnahmen? Idealistische Beweggründe und symbolische oder wirtschaftliche Anreize konnten hier ebenso eine Rolle spielen wie stärker manipulative und autoritätsgetränkte Disziplinierungsmethoden, die auf Forderungen, Zwang oder Einschüchterung basierten. Diese Fragen zum Verhältnis von Mitteln, Zielen und tatsächlichen Konsequenzen stellen sich keinesfalls nur für die Praxis der Freundschaftsbrigaden der DDR, sondern für die Solidaritäts- und Entwicklungsarbeit in Vergangenheit und Gegenwart ganz allgemein.

Solidarität und Alltag der DDR aus der Sicht exilierter Mitglieder des African National Congress

ANJA SCHADE

Vielen Mitgliedern des African National Congress (ANC) galt der Sozialismus als ein alternatives zukünftiges Gesellschaftsmodell für das befreite Südafrika. In deren Augen hatte sich der Westen und mit ihm das kapitalistische Wirtschaftssystem aufgrund seiner die Apartheid unterstützenden Politik diskreditiert. Dem gegenüber standen die sozialistisch ausgerichteten und den ANC unterstützenden afrikanischen Staaten wie Tansania, Sambia oder Angola und der Ostblock selbst, der dem ANC als südafrikanischer Befreiungsbewegung moralischen, diplomatischen und materiellen Beistand in seinem Kampf gegen die Apartheid gab.

Untersuchungen zur Solidarität der sozialistischen Staaten respektive der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sind jedoch nach wie vor randständig in der Forschungslandschaft. Bei der Bearbeitung des Themas in Bezug auf die DDR wird der Fokus in der Regel auf Aspekte wie die Unterstützung bestimmter Länder und Regionen,¹ die Stipendienvergabe für Studierende,² das politische Asyl- und Ausländerrecht³ oder auf die Zusammenarbeit im (para-)militärischen Bereich⁴ gerichtet.

- 1 Vgl. Ilona Schleicher/Hans-Georg Schleicher: Die DDR im südlichen Afrika. Solidarität und Kalter Krieg, Hamburg 1997; Inga Emmerling: Die DDR und Chile (1960-1989). Außenpolitik, Außenhandel und Solidarität, Berlin 2013; Günter Wernicke, »Solidarität hilft siegen!«. Zur Solidaritätsbewegung mit Vietnam in beiden deutschen Staaten Mitte der 60er bis Anfang der 70er Jahre, Berlin 2001.
- 2 Vgl. Damian Mac Con Uladh: Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Christian T. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, Köln 2005, S. 175-220; Frank Hirschinger: Der Spionage verdächtig. Asylanten und ausländische Studenten in Sachsen-Anhalt 1945-1970, Göttingen 2009; Sara Pugach: African Students and the Politics of Race in the German Democratic Republic, in: Quinn Slobodian (Hg.): Comrades of Color. East Germany in the Cold War World, New York 2015, S. 131-156.
- 3 Vgl. Eva Maria Elsner/Lothar Elsner: Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949-1990, Rostock 1994; Detlev Brunner: DDR transnational. Die internationale Solidarität der DDR, in: Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.): Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2015, S. 64-80; Patrice G. Poutrus: »Teure Genossen«. Die »politischen Emigranten« als »Fremde« im Alltag der DDR-Gesellschaft, in: Müller/Poutrus (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise, S. 221-266.
- 4 Vgl. Klaus Storkmann: Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in die »Dritte Welt«, Berlin 2012.

Die Rezipient_innen der Solidarität rückten bisher selten in den Mittelpunkt der Betrachtung.⁵ Dabei sind sie selbst Erinnerungsträger_innen dieser Solidarität sowie Zeitzeug_innen des Alltags der SED-Diktatur und haben ihre ganz eigene Perspektive auf die DDR. Vereinzelt ziehen neuere Forschungen zu Chilen_innen und Griech_innen in der DDR inzwischen Interviews ehemaliger Exilant_innen hinzu, um die akten- und dokumentenbasierten Darstellungen bisheriger Forschungen aufzubrechen, mit Erfahrungen der jeweiligen Exilant_innengruppen zu untermauern oder zu kontrastieren.⁶ Im Zentrum der Untersuchungen stehen sie indes auch in diesen Publikationen nicht.

In dem vorliegenden Aufsatz soll der Perspektive von Solidaritätsempfänger_innen Raum gegeben und der Frage nachgegangen werden, wie ANC-Exilant_innen – als Rezipient_innen der Unterstützung und als Akteur_innen innerhalb des Staatssozialismus – die DDR wahrgenommen haben. Auf Ergebnisse meiner Untersuchungen⁷ rekurrierend werde ich aufzeigen, dass die Erinnerung an die DDR durch ANC-Exilant_innen vor allem aus dem Kontext der geopolitischen Konstellation des Kalten Krieges und der Exilsituation verstanden werden muss. Die erlebte Solidarität stellt dabei nur ein einzelnes – jedoch maßgebliches – Krite-

5 Eine der wenigen Ausnahmen bildet hier Andrea Schmelz mit ihrem Interviewprojekt, siehe: Andrea Schmelz: Bildungsmigranten aus Afrika und Asien. Interkulturalität, Umbrüche und Neuorientierungen im geteilten und wiedervereinigten Deutschland, Frankfurt/M. 2004.

6 Vgl. Maria Panoussi: Die griechischen politischen Immigranten in der DDR, in: Deutschland Archiv, 29.7.2014, URL: <http://www.bpb.de/189030> (letzter Zugriff: 30.5.2017); Sebastian Koch: Zufluchtsort DDR? Chilenische Flüchtlinge und die Ausländerpolitik der SED, Paderborn 2016.

7 In den Untersuchungen zu meiner Dissertation über das Exil des ANC in der DDR nehmen die Einschätzungen und Erinnerungen südafrikanischer Exilant_innen zu ihrer Exilzeit in der DDR einen zentralen Stellenwert ein. Insgesamt habe ich elf Interviews mit ehemaligen Exilant_innen durchgeführt, davon neun Männer und zwei Frauen, im Alter zwischen 43 und 85 Jahren. Hinzu kommen drei Informationsgespräche mit Frauen, die als DDR-Bürgerinnen ihre südafrikanischen Partner in der DDR kennengelernt haben. Die Interviews fanden sowohl in Südafrika als auch in Deutschland in englischer und deutscher Sprache statt. Meine Interviews werden ergänzt durch Interviews mit ANC-Exilant_innen von Bohne/Schleicher: Andreas Bohne/Ilona Schleicher (Hg.): Solidarität gegen Apartheid – für ein freies Südafrika. Reflektieren und Reflexionen über DDR-Solidarität mit dem ANC, Berlin 2012 (vgl. Fließtext zu Fußnote 10 dieses Aufsatzes); sowie durch Interviews von Hilda Bernstein, die mir entweder durch ihre Publikation: Hilda Bernstein: The Rift. The Exile Experience of South Africans, London 1994, oder in Transkriptform vorliegen (vgl. Fließtext zu Fußnote 12 dieses Aufsatzes). Insgesamt ziehe ich für die Analyse Interviews mit 33 verschiedenen ANC-Exilant_innen oder deren Partner_innen heran sowie fünf Autobiographien ehemaliger ANC-Exilant_innen und eine weitere Biographie.

rium dar. Ich werde argumentieren, dass folgende weitere und miteinander in Korrelation stehende Faktoren einen Einfluss auf das jeweilige Gesamturteil hatten:

- die geopolitische Situation des ANC im Kontext des Kalten Krieges,
- der Zeitpunkt der Einreise in die DDR,
- das Alter des/der Exilant_in resp. die Zugehörigkeit zur ersten oder zweiten Exil-Generation,
- die oft mit dem Status des ANC-Mitgliedes innerhalb der Befreiungsbewegung zusammenhängenden Handlungsräume sowie die daraus resultierenden Erfahrungshintergründe.

Für das dem Aufsatz zugrunde liegende Thema sind die Autor_innen Hans-Georg und Ilona Schleicher, Ulrich van der Heyden sowie Hans-Joachim Döring maßgeblich.⁸ Ihre Schwerpunkte liegen auf der dokumentenbasierten Darstellung der Außenpolitik und der Solidarität der DDR gegenüber den Befreiungsbewegungen und Ländern des südlichen Afrikas. Aufgrund ihrer eigenen Einblicke in das Arbeitsfeld und ihrer Kenntnisse hinsichtlich interner Abläufe nehmen sie eine würdigende, aber durchaus kritische Grundhaltung zur DDR-Solidarität ein.⁹ Die Perspektive der Solidaritätsempfänger_innen wird bei ihnen partiell eingeflochten. Eine von Bohne und Schleicher veröffentlichte Interviewsammlung zur DDR-Solidarität mit dem ANC umfasst sowohl DDR-Akteur_innen als auch ANC-Mitglieder, die in der DDR lebten. Hier werden neben der er- und gelebten Solidarität auch erste Einblicke in die Alltagserfahrungen der ANC-Exilant_innen in der DDR thematisiert.¹⁰ Diese stehen jedoch nicht im Zentrum der Untersuchungen – der Fokus liegt, entsprechend dem Buchtitel, auf den vielfältigen Aspekten der Solidarität. Dabei ist gerade das Spannungsverhältnis zwischen

8 Die Autor_innen waren mitunter selbst in verschiedenen Feldern der DDR-Außenpolitik bzw. Solidarität aktiv. So war Hans-Georg Schleicher u. a. Mitarbeiter an der Ständigen Vertretung der DDR bei den Vereinten Nationen in New York sowie DDR-Botschafter in der Republik Simbabwe. Ilona Schleicher war gemeinsam mit ihrem Ehemann insgesamt selbst neun Jahre im südlichen Afrika, und Hans-Joachim Döring war von 1987 bis 1994 Geschäftsführer des ökumenischen Netzwerkes INKOTA. Ulrich van der Heyden arbeitete als Historiker an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

9 Vgl. Ulrich van der Heyden/Ilona Schleicher/Hans-Georg Schleicher (Hg.): Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken, Hamburg 1993; Ulrich van der Heyden/Ilona Schleicher/Hans-Georg Schleicher (Hg.): Engagiert für Afrika. Die DDR und Afrika II, Hamburg 1994; Hans-Joachim Döring: Es geht um unsere Existenz. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien, Berlin 1999.

10 Vgl. Bohne/Schleicher (Hg.): Solidarität gegen Apartheid.

der entgegengebrachten Solidarität und Völkerfreundschaft einerseits und den jeweiligen Erfahrungen im DDR-Alltag andererseits prägnant. Insbesondere an dieser Stelle verdeutlicht sich erstens, inwiefern sich ein systemisch verankerter Anspruch im tatsächlichen gesellschaftlichen Miteinander widerspiegelt – oder eben nicht –, und zweitens stellt sich unter dem Blickpunkt der DDR-Geschichtsaufarbeitung die Anschlussfrage, wie die Solidaritätsempfänger_innen andere Aspekte der DDR erinnern und beurteilen.

Die Kontakte zwischen ANC und DDR seit Mitte der 1950er Jahre sowie die umfangreiche Unterstützung der DDR führten dazu, dass sich in Publikationen zur ANC-Geschichte, in Autobiographien ehemaliger Exilant_innen und in der südafrikanischen exilbezogenen Oral History Bezüge zur DDR finden.¹¹ Diese bilden eine weitere Grundlage meiner Untersuchungen. Insbesondere sind hier die Interviews Hilda Bernsteins zu erwähnen, die sie, selbst ANC-Exilantin, mit anderen exilierten ANC-Mitgliedern in den Jahren 1990/1991 in verschiedenen Ländern, darunter im Jahr 1990 auch in der DDR, durchführte. Einige sind auszugsweise in einer Publikation veröffentlicht,¹² die gesamte Sammlung ist in Form von Transkripten und Tonbandaufnahmen überliefert.¹³ Da zum Verständnis der Untersuchungsergebnisse das Wissen um die Rahmenbedingungen des Exils des ANC hilfreich ist, sollen im Folgenden zunächst Eckpunkte des ANC-Exils sowie der ANC-Kontakte zur DDR dargestellt werden.

Der ANC im Exil und die Unterstützung der DDR

Das Verbot des ANC in Südafrika bestand von 1960 bis 1990 – über einen ebenso langen Zeitraum bestand für viele Aktivist_innen die Notwendigkeit, ins Exil zu gehen. Hans-Georg Schleicher benennt für Südafrikaner_innen vier Exil-Wellen: (1.) nach dem Massaker von Sharpeville im Jahr 1960 und dem Verbot von ANC und dem Pan African Congress (PAC), (2.) im Zusammenhang mit dem Rivonia-Prozess in

11 Siehe u. a.: Thomas Scott: *The Diplomacy of Liberation. The foreign Relations of the ANC since 1960*, New York 1996; Ronnie Kasrils: *Steckbrieflich gesucht. Undercover gegen Apartheid*, Essen 1997; Indres Naidoo: *Robben Island. Insel in Ketten*, Göttingen 2003.

12 Bernstein: *The Rift*.

13 Die Tonbandaufnahmen sowie ein Teil der Transkripte befinden sich im Historical Papers Research Archive an der Witwatersrand University, Johannesburg/Südafrika. Ein weiterer Teil der Manuskripte befindet sich in den Mayibuye Archives, Bernstein-Collection, Belleville/Südafrika.

den Jahren 1963-64, (3.) nach dem Soweto-Aufstand 1976 sowie (4.) Mitte der 1980er Jahre im Kontext der township-Unruhen. Während in den ersten beiden Wellen vor allem aktive Mitglieder und Funktionäre der South African Communist Party (SACP), des ANC und des PAC ins Exil gingen, folgten in den beiden darauffolgenden Wellen 1976 und Mitte der 1980er Jahre die jüngeren, radikalisierten Nachwuchsaktivist_innen, häufig noch im Jugend- und Studierendentalter.¹⁴

Die Gesamtzahl der Geflüchteten und Exilsuchenden¹⁵ aus Südafrika ist nicht bekannt. Die Schätzungen hierzu gehen weit auseinander. So ging Tom Lodge im Jahr 1999 von insgesamt 15.000 ANC-Exilant_innen aus, in Bezug auf die Zahl der Exilant_innen in den Camps und Siedlungen der Frontline-States¹⁶ schätzte der ANC im Jahr 1989 die Zahl auf 10.000 und Mark Israel bezifferte 1991 die Zahl der in Großbritannien lebenden Südafrikaner_innen auf 68.000 – wobei mit dieser Zahl nicht nur Exilant_innen, sondern alle Südafrikaner_innen, unabhängig von ihrer politischen Orientierung und dem Hintergrund der Migration, erfasst wurden.¹⁷

Eine Vielzahl ins Ausland geflüchteter ANC-Mitglieder verbrachte gänzlich oder teilweise ihr politisches Exil in der Sowjetunion, der Volksrepublik Ungarn oder der DDR. Genaue Zahlen sind bisher nicht erhoben. Ronnie Kasrils, der als ANC-Mitglied im Jahr 1977 selbst als Ausbilder in der DDR fungierte, schätzt allein diejenigen, die im Zeitraum von 1976 bis 1989 ein militärisches Training in der DDR absolvierten, auf

14 Vgl. Hans-Georg Schleicher: Südafrikas neue Elite. Die Prägung der ANC-Führung im Exil, Hamburg 2004, S. 31-33.

15 In der deutschsprachigen Literatur zum (südafrikanischen) Exil trifft man auf den Umstand, dass insbesondere die Begriffe Flüchtling und Exilant_in nicht eindeutig definiert und synonym verwendet werden. Vgl. Hans-Georg-Schleicher: Die Bedeutung des Exils für die Herausbildung der politischen Elite des neuen Südafrika, Leipzig 2001, S. 18. Da Untersuchungen zum Selbstverständnis derer, die in den ANC-Camps in den Frontline-States untergebracht waren, fehlen, wird dieser indifferente Terminus Flüchtling an Stellen, an denen die Gesamtsituation beschrieben wird, übernommen.

16 Die Frontline-States waren eine Vereinigung von Staaten des südlichen Afrika. Sie wurde im Jahr 1970 gegründet, um eine gemeinsame Politik gegen das Apartheid-Südafrika und gegenüber dem ANC zu koordinieren. Zu den Frontline-States gehörten Angola, Botswana, Lesotho, Mosambik, Swasiland, Tansania, Sambia und ab 1980 Simbabwe, vgl. South African History Online, URL: <http://www.sahistory.org.za/article/frontline-states> (letzter Zugriff 20.9.2017).

17 Vgl. Schleicher: Südafrikas neue Elite, S. 30. Aus einem Interview mit Joan Oehme geht hervor, dass auch (weiße) Südafrikaner_innen nach Großbritannien gegangen sind, um dort zu arbeiten und zu leben – ohne Südafrika aus politischer Motivation heraus verlassen zu haben. Vgl. Interview mit Joan Oehme und Elisabeth Quart, 16. März 2012, Berlin, hier: Aussage von Joan Oehme.

etwa 1000.¹⁸ Thomas Auerbach beziffert in seinen Untersuchungen die Teilnehmenden des ANC an einem militärischen Training für das Jahr 1980 auf insgesamt 94 Personen, für das Jahr 1981 sogar auf 98¹⁹ und untermauert somit die Schätzungen Kasrils, wenn man die Zahlen für die Zeit von 1976 bis 1989 hochrechnet. Indres Naidoo, ehemals stellvertretender ANC-Repräsentant in der DDR und Zuständiger für die Studierenden und Auszubildenden, benennt die Zahl der jährlich in der DDR zur Verfügung gestellten Stipendien mit 100,²⁰ Untersuchungen Ilona Schleichers belegen allein für das Solidaritätskomitee eine Bereitstellung von im Durchschnitt 46 Plätzen pro Studienjahr an Fach- und Hochschulen im Zeitraum 1983/84 bis 1987/88 sowie im Durchschnitt knapp 20 Plätze pro Jahr von 1978 bis 1990 für eine Facharbeiter_innen-Ausbildung für ANC-Mitglieder.²¹ Hinzu kommen noch Ausbildungsplätze und Studienstipendien, die bspw. durch den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und die SED zur Verfügung gestellt wurden.

Die Unterstützung des ANC durch die DDR fußte auf den Verbindungen, die sich seit Mitte der 1950er Jahre zwischen der South African Communist Party (SACP) und der Sozialistischen Einheitspartei (SED), dem South African Congress of Trade Unions (SACTU) und dem FDGB sowie dem ANC und dem »Komitee der DDR für die Solidarität mit den Völkern Afrikas« – dem späteren Solidaritätskomitee²² – etabliert hatten. Der Kontakt weitete sich zudem auf weitere DDR-Organisationen wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ) oder den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) aus. Die Unterstützung des Anti-Apartheid-Kampfes erfolgte seitens der DDR zum einen in konzentrierten Solidaritätsaktionen und zum anderen durch kontinuierliche Unterstützungsleistungen. Kurzfristige »Notprogramme« setzten bspw. ein, um den ANC im Jahr 1984 bei einer Meuterei in seinen eigenen

18 Vgl. Ulf Engel/Hans-Georg Schleicher: Die beiden deutschen Staaten in Afrika: Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990, Hamburg 1998, S. 375.

19 Vgl. Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 82.

20 Vgl. Interview mit Indres Naidoo, 18. August 2006, Kapstadt, S. 6f.

21 Vgl. Ilona Schleicher: Statistische Angaben zur Solidarität mit Befreiungsbewegungen und Staaten im südlichen Afrika, in: van der Heyden u. a. (Hg.): Engagiert für Afrika, S. 147-157, hier S. 155-157.

22 Das Solidaritätskomitee wurde am 22.7.1960 zunächst als »Komitee der DDR für die Solidarität mit den Völkern Afrikas« gegründet, im Jahr 1963 umbenannt in »Afro-Asiatisches Solidaritätskomitee« und erhielt 1973 seine endgültige Bezeichnung »Solidaritätskomitee der DDR«. Vgl. Schleicher/Schleicher: Die DDR im südlichen Afrika, S. 3, hier Fn. 3.

Camps in Angola mit Materiallieferungen zu unterstützen. Die fortlaufende Unterstützung umfasste die Ausbildung von Rekrut_innen für den bewaffneten Kampf des ANC, die Stipendienvergabe an Studierende und Auszubildende, die Finanzierung einer ANC-Vertretung mit diplomatischem Status, den monatlichen Druck der »Sechaba« als internationalem Sprachrohr des ANC, die medizinische Versorgung Verwundeter sowie die Entsendung von FDJ-Brigaden und Lehrpersonal in die ANC-Camps. Auch DDR-Kirchengruppen unterstützten den ANC in seinem Kampf mit Spenden, durch das Verbreiten von Informationsmaterial, in der Organisation von Informationsveranstaltungen und der Bereitstellung einiger weniger Stipendienplätze.²³

Der Zeitraum der Unterstützung des ANC durch die DDR umfasste nahezu 30 Jahre. In dieser Zeitspanne waren die (geo-)politischen Umstände, innerhalb derer sowohl der ANC als auch die DDR agierten, durch markante Veränderungen geprägt. Dies hatte Auswirkungen auf die Erfahrungen von ANC-Exilant_innen in der DDR sowie auf deren Beurteilung. In den 1960er Jahren rang der ANC um internationale Anerkennung und Unterstützung für den bewaffneten Kampf. Vergebens waren die Versuche Oliver Tambos, Unterstützung in den westlichen Staaten zu finden.²⁴ Auch die Möglichkeiten, bei den Vereinten Nationen auf Gehör zu stoßen und Südafrika aufgrund seiner Apartheidpolitik international zu isolieren, waren in den 1960er Jahren gering. Der Versuch, auf UN-Ebene ökonomische Sanktionen gegen Südafrika zu erwirken, misslang zunächst ebenfalls.²⁵ Die Frontline-States und die neuen unabhängigen afrikanischen Staaten waren für den ANC wichtig, jedoch reichten deren finanzielle Ressourcen nicht aus, um den ANC in dem Umfang zu unterstützen, wie er es u. a. für den Aufbau eines eigenen bewaffneten Flügels benötigte.²⁶ Zusätzlich geschwächt durch den Rivonia-Prozess, bei dem der Großteil der politischen Führung des ANC und des militärischen Arms Umkhonto we Sizwe im Juni 1964 in Pretoria verurteilt wurde, waren der ANC und die eng mit ihm verbündete South

23 Für einen umfassenden Überblick über die Solidaritätsleistungen gegenüber dem ANC siehe bspw.: van der Heyden u. a. (Hg.): *Zwischen Klassenkampf*; van der Heyden u. a. (Hg.): *Engagiert für Afrika*; Naidoo: *Robben Island*, hier insbesondere S. 288-294; Hans-Joachim Döring: *Bibliographie zur entwicklungspolitischen Bildungs-, Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen und staatlichen Stellen in der ehemaligen DDR*, Berlin 2004.

24 Vgl. Sifiso Mxolisi Ndlovu: *The ANC and the World*, in: *The Road to Democracy in South Africa*, Vol. I (1960-1970), Cape Town 2004, S. 541-571, hier S. 547.

25 Vgl. Scott: *The Diplomacy of Liberation*, S. 150.

26 Vgl. Ndlovu: *The ANC and the World*, S. 547.

African Communist Party (SACP) mehr denn je von der Unterstützung durch die UdSSR und andere Ostblockstaaten abhängig.²⁷

Dies spiegelt sich in den Aussagen derer wider, die bereits kurz nach dem Verbot des ANC am 8. April 1960 ins Exil in die DDR sowie in andere sozialistische Staaten gingen oder auf repräsentativer Ebene Kontakte zu diesen Ländern pflegten. Die Anerkennung und Legitimation ihres Kampfes seitens des Ostblocks wurde bereits daran deutlich, dass man sie dort als »Befreiungsbewegung«, im Westen hingegen als »terroristische Vereinigung« einstufte.²⁸ Diese Haltung manifestierte sich entsprechend in der jeweiligen Möglichkeit, als Mitglied des ANC einzureisen und als solches empfangen zu werden: »If we want to go to Moscow, they will meet us at the airport. If we want to go to New York, we will have to beg for a visa, if we can get one at all.«²⁹ Arnold Selby, der mit seiner Frau Jeanette Selby kurz nach dem Mauerbau 1961 auf Einladung des FDGB für eine Augenoperation in die DDR kam und bis zu seinem Tod im Jahr 2002 in Ost-Berlin blieb,³⁰ hebt in seinen Erinnerungen an diese erste Zeit in der DDR den herzlichen Empfang und die zuvorkommende Behandlung hervor, die darin mündete, dass er und seine Frau jeweils eine Anstellung erhielten.³¹ Mac Maharaj³² erinnert sich an die optimistische Stimmung und eine Atmosphäre des ökonomischen

27 Vgl. Stephen Ellis: *External Mission. The ANC in Exile 1960-1990*, London 2012, S. 44.

28 Telefoninterview Indres Naidoo, 28. November 2003, Kapstadt; siehe auch: Christoph Sydow: *Nelson Mandelas Gegner – »Dieser schwarze Terrorist«*, Spiegel Online, 6.12.2013, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nelson-mandela-war-bei-thatcher-strauss-und-reagan-verhasst-a-937612.html> (letzter Zugriff 20.9.2017), oder siehe als Zeitdokument: Keith Campell: *Terrorismus in Südafrika. ANC-Handlanger der Sowjetunion?*, Bern 1988.

29 Zit. nach: Scott: *The Diplomacy of Liberation*, S. 171 f.

30 Vgl. Eric Singh: *Death of a South African Freedom Fighter in Germany*, 6.9.2002, URL: <http://www.sacp.org.za/docs/biography/2006/aselby1.html> (letzter Zugriff 26.5.2017).

31 Vgl. Interview Arnold Selby in Ost-Berlin, 1990, in: *Mayibuye Archives, Bernstein-Collection MCA7-1681*, Vol. 14, S. 68-78, Belleville/Südafrika.

32 Mac Maharaj war als Mitglied der SACP und des ANC von 1961 bis 1962 in der DDR und erhielt hier sowohl ein militärisches Training als auch eine Druckerausbildung. Zurück in Südafrika, wurde er aufgrund seiner politischen Tätigkeiten gegen die Apartheid im Jahr 1964 zu zwölf Jahren Haft auf Robben Island verurteilt. In der Zeit von 1994 bis 1999 diente Maharaj im Kabinett Mandelas als Verkehrsminister. Vgl.: Padraid O'Malley: *Shades of Difference. Mac Maharaj and the Struggle for South Africa*, New York 2007, S. 89 f.; Beitrag zu Satyandranath »Mac« Maharaj, in: *South African History online*, URL: <http://www.sahistory.org.za/people/satyandranath-mac-maharaj> (letzter Zugriff 20.9.2017).

Wiederaufbaus und des gleichzeitigen Ausbaus des sozialen Systems zu Beginn der 1960er Jahre.³³

Solcherlei Eindrücke und Erinnerungen aus den 1960er und frühen 1970er Jahren wurden von den ANC-Exilant_innen der »ersten Stunde« an die jüngere Generation weitergegeben. Bartholomew La Guma, der 1978 für eine Ausbildung in die DDR kam, war bereits geprägt von den Erzählungen seines Vaters Alex La Guma. Dieser war als Mitglied des ANC und der SACP selbst in die DDR gereist und hatte sich dort auf Parteebene mit Funktionären getroffen,³⁴ zudem sind seine Publikationen in der DDR gedruckt worden.³⁵ Diese positiven Erfahrungen gab er an seinen Sohn weiter. Für Bartolomew La Guma entstand so das Bild von einem »fantastischen Ort, einem Paradies für Arbeiter«.³⁶ Diese Weitergabe positiver Erinnerungen und Bilder spielte auch für andere jüngere ANC-Exilant_innen eine Rolle. Viele ANC-Mitglieder, die in den späten 1970er und 1980er Jahren in die DDR kamen, hatten bereits eigene Vorstellungen davon, wie es in der DDR sein würde, oder hatten zumindest schon von der DDR gehört als einem der Länder, welche den Anti-Apartheid-Kampf aktiv unterstützten: durch Gespräche mit Exilant_innen der ersten Stunde, durch aus der DDR zurückgekehrte ANC-Studierende, aus Publikationen oder durch den direkten Kontakt mit DDR-Bürger_innen, die bspw. als Lehrer_innen oder im Einsatz mit FDJ-Brigaden in den ANC-Camps waren.³⁷ Bei einigen entstand hierdurch ausdrücklich der Wunsch, selbst in die DDR zu reisen und zu erfahren, wie sich das Leben in diesem Land gestaltete.³⁸ Der Ruf, der der DDR vorauseilte, basierte auf der Solidarität gegenüber dem

33 Vgl. O'Malley: *Shades of Difference*, S. 91.

34 So wurde er vom ZK der SED zur Uraufführung einer Oper in die Deutsche Staatsoper eingeladen, vgl. ANC-Delegation in der DDR 12.-18.11.1973: Schreiben an P. Markowski, Leiter der Abt. Internationale Verbindungen des ZK der SED von Röhner, Solidaritätskomitee der DDR am 8.10.1973, in: SAPMO BArch DZ/8/166; siehe auch: Schleicher/Schleicher: *Solidarität und Kalter Krieg*, S. 247.

35 So findet sich in einem 1972 veröffentlichten Band Alex La Gumas der Nachweis »printed in GDR«, vgl.: Alex La Guma (Hg.): *Apartheid. A Collection of Writings on South African Racism by South Africans*, London/New York/Berlin 1972.

36 Interview Bartholomew La Guma in Ost-Berlin, 1990, in: *Mayibuye Archives, Bernstein-Collection MCA7-1546*, Vol. 5, S. 47-59, Belleville/Südafrika.

37 Vgl. Seán Morrow/Brown Maaba/Loyiso Pulumani: *Education in Exile. SOMAFSCO, the ANC School in Tanzania, 1978 to 1992*, Cape Town 2004, S. 19; Interview Gandhi Maseko, 14.11.2008, Johannesburg; Interview Mbatha, 2008, Pretoria.

38 Vgl. Interview Mbatha, 2008, Pretoria; Ilona Schleicher: Interview mit Sacks Stuurman und Bartolomew La Guma: »Wir waren hier, weil es Solidarität gab«, in: Böhne/Schleicher (Hg.): *Solidarität gegen Apartheid*, S. 101-110, hier S. 109.

ANC seit den 1950er Jahren. Wie im Folgenden sichtbar wird, ist dies ein entscheidender Faktor bei der Einschätzung der DDR durch beide Exilgenerationen.³⁹

»Everybody knew, who Nelson Mandela was« – Das Erleben der Solidarität der DDR-Bevölkerung durch ANC-Mitglieder

Der ANC war eine durch die SED-Politik offen unterstützte Befreiungsbewegung, der zu entsprechenden Anlässen eine hohe Präsenz zugestanden wurde. Der ANC erhielt vielfältige Plattformen, um öffentlich auftreten und sich mit seinem Anliegen an die Bevölkerung wenden zu können. Bei den X. Weltfestspielen in der DDR im Sommer 1973 nahm der ANC bei der Eröffnungsveranstaltung mit einer eigenen Delegation teil,⁴⁰ und ein vom ANC eigens für die Festspiele geschriebenes Theaterstück wurde im Operettenhaus in der Friedrichstraße vorgeführt.⁴¹ Bei großen Veranstaltungen wie dem seit 1970 jährlich stattfindenden »Festival des politischen Liedes« waren südafrikanische Sänger_innen wie Miriam Makeba, Cynthia Nokwe, Abdullah Ibrahim oder das ANC-Ensemble regelmäßig zu Gast.⁴² Auch hatte bereits in den Jahren 1963/64 während einer groß angelegten DDR-weiten Kampagne zur Freilassung der Rivonia-Gefangenen die ANC-Prominenz die Möglichkeit, im DDR-Fernsehen aufzutreten.⁴³

39 Für meine Untersuchungen fasse ich die vier von Schleicher ausgemachten Exilwellen in zwei Generationen zusammen. Als die erste Exilgeneration bezeichne ich diejenigen, die 1960 bzw. 1963-64 ins Exil gingen bzw. zu dieser Zeit bereits politisch aktiv waren, auch wenn sie wie Indres Naidoo bspw. aufgrund langer Gefangenschaft erst in den 1970er Jahren ins Exil gingen. Die zweite Exilgeneration umfasst jene, die kurz vor oder nach dem Soweto-Aufstand bzw. Mitte der 1980er Jahre Südafrika verließen. Zu dieser zweiten Generation zähle ich zudem diejenigen, die bereits früh mit ihren Eltern ins Exil gingen, wie Bartolomew La Guma und Gandhi Maseko, aber erst Mitte der 1970er Jahre in einem Alter waren, in dem sie selbst politisch aktiv wurden.

40 Vgl. Länderinformation zu Südafrika, Information verfasst von Hauptmann Klein, Berlin, 21.7.1973, in: BStU, MfS Allg.S. 413/73, AG/AF/II/5, Bl. 35.

41 Interview Jeanette Selby, 4.11.2003, Berlin. Das Theaterstück wurde von ihrem Mann Arnold Selby geschrieben.

42 Vgl. Teilnehmer_innen-Liste des »Festival Musik und Politik«, URL: <http://www.musikundpolitik.de/archive/festivalteilnehmer-1970-1990/> (letzter Zugriff 14.5.2017).

43 Vgl. Ilona Schleicher: Die Solidarität in der DDR mit dem ANC während des Rivonia-Prozesses 1963/64, in: van der Heyden u. a. (Hg.): Engagiert für Afrika, S. 104-121, hier S. 112.

Die DDR-eigenen Interessen bei der Durchführung solch breit angelegter Solidaritätsbekundungen resp. der Proklamation der »internationalen, antiimperialistischen Solidarität« sind in diversen Publikationen hinlänglich beschrieben worden⁴⁴ und bedürfen somit an dieser Stelle keiner gesonderten Betrachtung. Bemerkenswert ist hingegen der Synergieeffekt, der sich hieraus für den ANC ergab: Er gelangte durch die breite Darstellung in der DDR-Öffentlichkeit zu einem hohen Bekanntheitsgrad. Dieser führte dazu, dass ANC-Mitglieder von verschiedenen Institutionen eingeladen wurden, um über die Situation in Südafrika zu informieren. Sowohl in ANC-Publikationen als auch in den Interviews finden sich Berichte über regelmäßige Besuche in Schulen, bei Veranstaltungen des DFD bis hin zu Informationsabenden bei Kirchengruppen. Indres Naidoo sowie die damaligen Studenten Gandhi Maseko⁴⁵ und Tokologo Maleka⁴⁶ erinnern sich, dass sie hierbei stets auf interessierte Schüler_innen trafen sowie auf Bürger_innen, die wussten, was Apartheid und wer Nelson Mandela war.⁴⁷

Im Exil zu sein bedeutete, in einer fremden Umgebung zu sein, zu meist ohne das Wissen der Familie über den eigenen Verbleib, in einer fremden Kultur mit fremder Sprache. In dieser Situation in ein Land zu kommen, dem der Ruf der Solidarität mit dem eigenen Kampf voraus-eilte, war generationsübergreifend für viele der Interviewpartner_innen von großer Bedeutung. Die DDR wurde als zweites Zuhause, gar als Zufluchtsort⁴⁸ empfunden, ein Land, in dem man als »comrade« empfangen wurde.⁴⁹ Die Auswertung der Interviews und anderer ANC-Quellen zeigt, dass die Einschätzung ehemaliger Exilant_innen hinsichtlich der Solidarität und des hohen Bekanntheitsgrades des ANC bei beiden Exilgenerationen positiv war und sie der Informiertheit und Hilfsbereitschaft der DDR-Bevölkerung einen hohen Stellenwert beimaßen.

44 Explizit mit Blick auf den Rivonia-Prozess siehe: ebd.; allgemeiner zu dieser Thematik auch: Brunner: DDR transnational, S. 13.

45 Gandhi Maseko kam im Jahr 1985 in die DDR, um an der Universität in Weimar Architektur zu studieren.

46 Tokologo Maleka kam ebenfalls im Jahr 1985 für ein Studium an der Universität Freiberg in die DDR.

47 Vgl. Interview Indres Naidoo, 18.8.2006, Kapstadt; Interview Tokologo Maleka, 31.7.2013, Wernigerode; Interview Maseko, 2008, Johannesburg.

48 Vgl. Interview Mbatha, 2008, Pretoria; Interview Singh, 1990, in: Mayibuye Archives Bernstein-Collection MCA7-1698, Vol. 15, S. 66-71.

49 Telefoninterview Naidoo, 2003, Kapstadt.

*Die Unterstützung durch die Kirche in der DDR –
ein diplomatisches Dilemma*

Neben Organisationen wie dem Solidaritätskomitee, dem FDGB oder auch dem Journalistenverband der DDR boten Kirchengruppen und kirchliche Gemeinden Begegnungsorte, wo ANC-Exilant_innen ebenfalls auf große Solidarität stießen. Diesbezügliche Kontakte gab es bereits seit den späten 1960er Jahren.⁵⁰ Aus den meinen Untersuchungen zugrunde liegenden Interviews geht hervor, dass der Besuch von Kirchengruppen und -gemeinden bei ANC-Repräsentant_innen und ANC-Studierenden neben deren Schul- und Betriebsbesuchen zu einer gängigen Form der politischen Arbeit in der DDR gehörte. So fanden neben regelmäßigen Informationstreffen über die Situation in Südafrika auch Wochenendseminare in Kirchenkreisen statt, an denen ANC-Mitglieder teilnahmen, um gemeinsam zu singen, Gedichte zu lesen und sich über Südafrika auszutauschen.⁵¹ Die ANC-Vertretung in Ost-Berlin erhielt zudem Einladungen zu mehrtägigen kirchlichen Veranstaltungen,⁵² und im Jahr 1984 stellte die Gossner Mission ein zweijähriges Stipendium für einen Theologen bereit.⁵³ Dass die Kirche nicht nur für die politische Arbeit Anlaufpunkt für ANC-Mitglieder war, zeigt die kirchliche Hochzeit eines südafrikanischen Brautpaares im September 1988 in Viernau bei Suhl.⁵⁴

Das kirchliche Engagement für das südliche Afrika brachte die ANC-Vertretung in Berlin indes zunehmend in Bedrängnis. Wenige Monate

50 So berichtet Karin Singh von Treffen ihres Mannes Eric Singh mit Kirchengruppen seit den späten 1960er Jahren, vgl. Interview mit Karin Singh, 18.12.2016, Berlin. Treffen zwischen ANC-Mitgliedern und Kirchengruppen ab 1971 belegen Dokumente des Solidaritätskomitees: Meetings, seminars and other gatherings organized either by South Africans or where South Africans spoke on the racial situation in South Africa, Ursprung und Datum unbekannt (vermutl. Ende 1971, 1972), in: SAPMO-BArch, DZ/8/33, unpaginiert.

51 Vgl. Interview Maseko, 2008, Johannesburg.

52 Vgl. Akte ANC-Vertretung 1978-1980: Brief Report of Work done since January 1979 ANC (SA) Berlin, GDR von A. Mongalo, undatiert und unpaginiert, in: SAPMO-BArch DZ/8/216; Schreiben des Ökumenisch-Missionarischen Zentrums der DDR vom 23.12.1986 an den Repräsentanten des ANC in der DDR, Sindiso Mfenyana, in: SAPMO-BArch DZ/8/548.

53 Vgl. Schreiben der Gossner Mission an die ANC-Vertretung in der DDR, Projektbeschreibung für einen Stipendiaten des ANC bei der Gossner Mission in der DDR, 24.10.1984, in: Archiv der Gossner Mission, Berlin, ohne Signatur [Privatbesitz Friederike Schulze, ehem. Mitarbeiterin der Gossner Mission].

54 Vgl. »Hochzeit in der DDR – Zwei Südafrikaner in Suhl«, eine Fernsehproduktion von Galina Breitzkreuz, 2013.

nach der Einladung zu einer mehrtägigen Konferenz des Ökumenisch-Missionarischen Zentrums (ÖMZ) der DDR im Januar 1988⁵⁵ erhielt das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Informationen über ein Treffen zwischen dem Leiter des ANC-Büros, Sindiso Mfenyana, und dem Büroleiter der namibischen South-West Africa People's Organisation (SWAPO), Skinkwatepo Haindongo. Inhalt des Gesprächs war das weitere Verhalten beider Organisationen gegenüber den Kirchengruppen. »Erhebliche Spendenergebnisse«⁵⁶ seitens der Kirchenkreise und vielfältige Aktivitäten zur Unterstützung der SWAPO und des ANC erforderten eine adäquate Reaktion seitens der Vertretungen. Das bisherige Verfahren, auf Einladungen zu Veranstaltungen mit Dankeschreiben zu reagieren, wurde als nicht mehr ausreichend eingeschätzt. Allerdings wollte man nicht den Anschein erwecken, den kirchlichen Gruppen mehr Aufmerksamkeit zu widmen als staatlichen Organisationen. Man einigte sich in dem Treffen darauf, keine Teilnahme von Mitarbeiter_innen des Büros mehr zuzulassen, sondern an ihrer Stelle jeweils Studierende oder »Ausbildungskader« zu delegieren.⁵⁷ Diese Absprachen scheinen nicht umgesetzt worden zu sein. Im Interview mit dem späteren stellvertretenden Repräsentanten der ANC-Vertretung, I. Naidoo, berichtete dieser von regelmäßigen Kontakten zu Kirchengruppen. So habe er unter anderem auf Einladung der Gossner Mission im südlichen Raum der DDR vor mehreren Kirchengruppen gesprochen.⁵⁸

Deutlich geht aus den der Staatssicherheit zugespielten Informationen hervor, dass der ANC in der DDR darauf bedacht war, seinem Gastgeber gegenüber Loyalität zu erweisen. Insbesondere das Verhältnis zwischen dem ANC und DDR-Kirchenkreisen schien ein Terrain zu sein, bei dem es Fingerspitzengefühl bedurfte. Zwar arbeiteten das Solidaritätskomitee der DDR und die Kirche in Bezug auf die Solidaritätsarbeit partiell zusammen,⁵⁹ dennoch schienen sich ANC- und SWAPO-Vertreter der Spannungen zwischen Kirche und Staat bewusst zu sein und sahen sich zu den eingangs erwähnten Abwägungen veranlasst. Die Tatsache, dass

55 Vgl. Schreiben des Ökumenisch-Missionarischen Zentrums der DDR vom 23.12.1986 an den Repräsentanten des ANC in der DDR, Sindiso Mfenyana, in: SAPMO-BArch DZ/8/548.

56 Information. Haltung der Leiter des Büros des ANC und der SWAPO in der DDR zu Kontakten zu kirchlichen Einrichtungen der DDR, 28.4.1987, in: BStU, MfS – HA II, 42084, Bl. 14.

57 Ebd.

58 Vgl. Interview Naidoo, 2006, Kapstadt.

59 Das Solidaritätskomitee übernahm beispielsweise den Transport materieller Kirchen-Spenden in die ANC-Camps. Vgl. Andreas Bohne: Kirchliche Solidarität mit dem ANC, in: Bohne/Schleicher (Hg.): Solidarität gegen Apartheid, S. 60.

sich über dieses Gespräch eine ausführliche Notiz in den Unterlagen des MfS befindet, untermauert, wie trefflich diese Einschätzung war.

Jenseits der Propaganda

Die integrierende Rolle, welche die Kirche in der DDR aufgrund ihrer offenen Haltung gegenüber Systemkritiker_innen⁶⁰ annahm, führte dazu, dass ANC-Mitglieder, die vornehmlich aufgrund ihrer politischen Arbeit Beziehungen zur Kirche pflegten, mit eben dieser Systemkritik in Berührung kamen. Kirchengruppen und Gemeinden zollten den Belangen des ANC große Aufmerksamkeit und brachten die Bereitschaft auf, selbst Unterstützungsleistungen zu sammeln. Auf großes Interesse und Mitgefühl stieß zunächst auch der ANC-Stipendiat der Gossner Mission, Ben Molathe, bei seinen Treffen mit über einhundert DDR-Kirchengruppen und Gemeinden.⁶¹ Dort geriet er jedoch auch zwischen die Fronten. In einem Tätigkeitsbericht erwähnt er, dass er sich bei diesen Treffen häufig mit Kritik an der DDR-Regierung konfrontiert sah, beispielsweise über die Intransparenz bei der Verwendung von Solidaritäts-Spendengeldern oder hinsichtlich der eingeschränkten Reisefreiheit. Zudem würden häufig kommunismus- und staatsfeindliche Ressentiments sichtbar.⁶² Mit dieser Beobachtung war Molathe nicht allein. Dass das Verhältnis zwischen Kirchengruppen und Staat zunehmend angespannt war, resümierte auch G. Maseko im Interview.⁶³ Da sich in Friedensgruppen organisierte Kriegsdienstverweigerer ebenfalls unter dem Dach der Kirche trafen, standen ANC-Exilant_innen als Vertreter_innen einer Organisation, die den bewaffneten Kampf propagierte, mitunter selbst in der Kritik.⁶⁴ Einer Kritik, der sie sonst vornehmlich

60 Einen Überblick über das (Spannungs-)Verhältnis zwischen Staat und Kirche gibt u. a.: Martin Greschat: Staat und Kirche in der DDR. Ein Überblick in Dezennien, in: Deutschland Archiv, 4,42 (2009), S. 633-644, hier: S. 643 f.

61 Vgl. Christian Front Report (DDR) covering the period 2nd Sept to 6th Dec 1985 prepared by Ben Molathe, in: Archiv der Gossner Mission, Berlin, unpaginiert [Privatbesitz F. Schulze]; ANC Church Front – Gossner Mission (GDR). Solidarity exchange assessment Sept. 1985 – Febr. 1987, verfasst von Ben Molathe, in: ebd., S. 2 [Privatbesitz F. Schulze].

62 Vgl. Christian Front Report (DDR) covering the period 2nd Sept to 6th Dec 1985 prepared by Ben Molathe, in: Archiv der Gossner Mission, Berlin, unpaginiert [Privatbesitz F. Schulze].

63 Vgl. Interview Maseko, 2008, Johannesburg.

64 Christian Front Report (DDR) covering the period 2nd Sept to 6th Dec 1985 prepared by Ben Molathe, in: Archiv der Gossner Mission, Berlin, unpaginiert [Privatbesitz F. Schulze].

seitens des Westblocks ausgesetzt waren.⁶⁵ In der Summe führten seine Erfahrungen B. Molathe zu der Schlussfolgerung, die Kirche drohe zu einem Anlaufpunkt von Systemkritiker_innen und Dissident_innen zu avancieren.⁶⁶ Zu einer anderen Auffassung kam hingegen T. Maleka. Dieser hatte ebenfalls stetigen Kontakt zu Kirchenkreisen und wurde mit systemkritischen Auffassungen konfrontiert. Im Gegensatz zu Molathe führte dies bei T. Maleka jedoch dazu, sich selbst an den zunächst unter dem Dach der Kirchen stattfindenden Leipziger Protesten im Herbst 1989 zu beteiligen.⁶⁷

Mit Blick auf meine Analysekriterien fällt auf, dass hinsichtlich der Spannungen zwischen Staat und Kirche insbesondere Studierende, einschließlich des Stipendiaten der Gossner Mission, diese Eindrücke wiedergeben. Interviewpartner_innen des Exils der »ersten Stunde«, hingegen erwähnen auch – und ohne explizite Nachfrage – die Unterstützung ihres Kampfes durch DDR-Kirchenkreise.⁶⁸ Doch auf die Schwierigkeiten zwischen Staat und Kirche angesprochen, erwiderte I. Naidoo lediglich, dass dies ihm gegenüber zwar öfter geäußert wurde, aber diese Schwierigkeiten der Solidarität der Gossner Mission und der Berliner Mission keinen Abbruch getan hätten.⁶⁹ Auch wenn aufgrund der Quellenlage nicht nachvollzogen werden kann, ob ihm gegenüber, als offiziellem ANC-Repräsentanten, auf seinen Treffen mit Kirchengruppen ähnliche Kritikpunkte wie gegenüber den jüngeren Studierenden geäußert wurden. Da seine deutsche Partnerin selbst in der Gossner Mission der DDR aktiv war, ist zu vermuten, dass er um die Kritikpunkte wusste. In seinem Interview erwähnte er dies nicht und betonte stattdessen die ihnen entgegengebrachte Solidarität – ein Anhaltspunkt, der meine These zur zurückhaltenden Benennung von Problemen in der DDR durch die ältere Generation, hier zudem durch einen ehemaligen offiziellen Repräsentanten, stützt.

Kritik am System und an Aspekten wie der fehlenden Reise- und Meinungsfreiheit fand ihren Ausdruck jedoch nicht nur in Kirchen-

65 Vgl. Ilona Schleicher: Interview mit Eric Singh: »Die Wahrheit über die Apartheid verbreiten«, in: Bohne/Schleicher (Hg.): Solidarität gegen Apartheid, S. 52-59, hier S. 57.

66 Vgl. Christian Front Report (DDR) covering the period 2nd Sept to 6th Dec 1985 prepared by Ben Molathe, in: Archiv der Gossner Mission, Berlin, unpaginiert [Privatbesitz F. Schulze].

67 Vgl. Interview Maleka, 2013, Wernigerode.

68 Interview J. Selby, 2003, Berlin; Telefoninterview Indres Naidoo, 28.11.2003, Kapstadt, Interview mit Joan Oehme und Elisabeth Quart, 16.3.2012, Berlin, hier: Joan Oehme.

69 Vgl. Telefoninterview Naidoo, 2003, Kapstadt.

kreisen. ANC-Studierende sprachen auch mit ihren deutschen Kommiliton_innen über Missstände in der DDR, erfuhren in der Ausbildung oder auf der Arbeit von ihren Kolleg_innen über den Unmut, der sich in der DDR-Bevölkerung ausweitete. Sie bemerkten zudem in ihrem eigenen Alltag, dass es Probleme in der DDR gab. Die jeweiligen politischen Umstände innerhalb der DDR entgingen somit den Exilant_innen beider Generationen nicht. Das eigene Erleben und die Kontakte zur DDR-Bevölkerung gewährten ihnen einen Einblick jenseits der offiziellen DDR-Propaganda. Doch obwohl in den Interviews ungeachtet der Generationslinie, der Handlungsräume oder des Aufenthaltszeitpunkts Kritikpunkte am System benannt werden, fallen hierbei die bereits erwähnten Differenzen in der Offenheit ihrer Formulierung auf.

Die erste Exilgeneration hielt sich in den Interviews zumeist mit konkreten Beispielen zurück bzw. sprach von Begebenheiten, die letztlich eine positive Entwicklung einschlugen. So endet für Eric Singh⁷⁰ eine Situation in einem Pub, in dem er mit fremdenfeindlichen Sprüchen konfrontiert wurde, letztlich mit dem Rausschmiss des Widersachers durch den Betreiber.⁷¹ A. Selby beschrieb bürokratische Hürden bei der Organisation eines Anti-Apartheid-Laufes in der DDR, die jedoch überwunden wurden,⁷² und auch Mangelwirtschaft wurde benannt, die jedoch wenig ins Gewicht fiel, weil man sich mit der Situation arrangierte und die eigenen Ansprüche nicht hoch waren.⁷³ Zudem wurden für die nachträgliche Beurteilung des Systems Allgemeinplätze herangezogen wie Machtmissbrauch oder fehlende Reise- und Meinungsfreiheit. Diese Kritikpunkte waren bereits vor der politischen Wende in der DDR, spätestens aber im Sommer/Herbst 1989, von einem Großteil der DDR-Bevölkerung unbestritten als Missstände formuliert worden. Ihre Benennung durch die Exilant_innen erscheint zum Zeitpunkt der Interviews vielmehr als eine Rekapitulation gesellschaftlich diskutierter Erkenntnisse denn als eigene scharfe Systemkritik.

Die jüngere Generation hingegen zeigte in den Interviews zusätzlich Probleme auf, die im jeweiligen Narrativ keine vorteilhafte Wendung einnahmen. So erwähnte Khulu Z Mbatha, der Mitte der 1970er Jahre als Philosophiestudent in der DDR war, dass er und weitere Schüler_innen

70 Eric Singh war in der DDR von 1969 bis 1979 für den Druck und Vertrieb der Zeitschrift *Sechaba* zuständig, in den 1980er Jahren arbeitete er in der DDR als freier Journalist, im Jahr 2014 starb er in Berlin.

71 Vgl. Interview Eric Singh in Ost-Berlin, 1990, in: Mayibuye Archives, Bernstein-Collection MCA7-1698, Vol. 15, S. 66-71, Belleville/Südafrika.

72 Vgl. Interview A. Selby in Ost-Berlin, 1990, Mayibuye Archives.

73 Vgl. Interview Oehme/Quart, 2012, Berlin, hier: Oehme.

der Sprachklasse kurz nach deren Ankunft in der DDR aufgrund der geringen Auswahl beim gemeinsamen Einkauf lediglich Mäntel in Braun oder Grün eingekauft hätten. Alun Samuels, ein Architekturstudent Mitte der 1980er Jahre, fasste zusammen, dass man in der DDR kaufte, was es gab, und nicht, was man wollte.⁷⁴ Neben solcherlei Anmerkungen in Bezug auf die Mangelwirtschaft oder der bereits angeführten Beobachtungen zu der kritischen Beziehung zwischen Staat und Kirche wurden auch Probleme bei Eheschließungen erwähnt. So heirateten Alan Samuels und seine Frau aufgrund der bürokratischen Hürden in der DDR erst nach der politischen Wende in Südafrika.⁷⁵ Aus anderen Interviews geht hervor, dass es in der Tat Jahre brauchte, bis der Antrag, der sowohl seitens des ANC als auch von den DDR-Behörden genehmigt werden musste, beschieden war.⁷⁶

Fremdenfeindlichkeit in der DDR

Ein weiterer in den Interviews auftauchender Faktor ist das Erleben von Fremdenfeindlichkeit in der DDR. Während Eric Singh als Vertreter der ersten Exilgeneration ein einzelnes Beispiel erwähnt, welches zudem nachteilig für den Beleidigten endete, finden sich in den Interviews mit Vertreter_innen der jüngeren Generation Beispiele von Fremdenfeindlichkeit, die sich nicht ausschließlich an einzelnen Begebenheiten festmachen ließen, sondern die eine grundsätzliche Stimmung beschreiben.⁷⁷ Im Folgenden soll auf diese Unterscheidung vertiefend eingegangen werden. Vorangestellt sei an dieser Stelle, dass neben der bereits konstatierten unterschiedlichen Offenheit in der Darstellung kritischer Aspekte ein zusätzlicher für meine Untersuchungen wichtiger Analyseparameter deutlich wird: das Bestehen unterschiedlicher Erfahrungsfelder aufgrund divergierender Handlungsräume, welche zumeist mit einem bestimmten Status innerhalb des ANC zusammenhängen.

74 Vgl. Interview Alun Samuels, 16.9.2013, Königs Wusterhausen; Interview mit Khulu Z Mbatha, 11.11.2008, Pretoria.

75 Vgl. Interview Samuels, 2013, Königs Wusterhausen.

76 Vgl. Interview Frau R. in Ost-Berlin, 1990, Mayibuye Archives, Bernstein-Collection MCA7-1668, Vol. 13, S. 47-58, Belleville/Südafrika; Telefoninterview mit Gabriele Mohale, 3.1.2017, Johannesburg. Sowohl Frau R. als auch Frau Mohale lernten als DDR-Bürgerinnen ihre Partner als ANC-Exilanten in der DDR kennen.

77 Vgl. Interview Frau S. in Ost-Berlin, 1990, Mayibuye Archives, Bernstein-Collection MCA7-1679, Vol. 14, S. 45-54, Belleville/Südafrika; Interview Herr Ma. in Ost-Berlin, 1990, Mayibuye Archives, Bernstein-Collection MCA7-1582, Vol. 6, S. 182-190, Belleville/Südafrika.

Bereits im Jahr 1965 wurde von afrikanischen Studierenden des »Komitees der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR« ein Schreiben aufgesetzt, das fremdenfeindliche Zwischenfälle zwischen afrikanischen Studierenden – nicht nur gegenüber dem ANC – und der Leipziger Bevölkerung benennt.⁷⁸ Aus Interviews geht ferner hervor, dass fremdenfeindliche Äußerungen auf der Straße oder in der Fabrik gegenüber den Exilant_innen oder deutsch-südafrikanischen Paaren in der DDR durchaus vorkamen. Diese Erkenntnisse sind grundsätzlich nicht neu und sollen deshalb an dieser Stelle nicht vertieft werden.⁷⁹ Aufschlussreich hingegen ist ein näherer Blick darauf, *wer* diese Erfahrungen an welchen *Orten* machte.⁸⁰

In Bezug auf Fremdenfeindlichkeit in der DDR werden in der Literatur zwei Phasen unterschieden, die sich auch in den Interviews deutlich voneinander abheben: die DDR-Zeit vor der Wende im Jahr 1989 und die Wendezeit selbst. Für die Zeit vor der Wende beschreiben einzelne Interviewpartner_innen eine ihnen gegenüber feindlich gesonnene Atmosphäre, die durch Blicke und beleidigende Bemerkungen entstand. Diese Erfahrungen werden von Studierenden,⁸¹ aber auch von (weiß-)deutsch-(schwarz-)südafrikanischen Paaren⁸² sowie von Exilant_innen der ersten Generation⁸³ geschildert. Diese Situationen entstanden am Arbeits- oder Ausbildungsplatz in der Fabrik, in einer Kneipe oder auf der Straße. Tätliche Übergriffe wurden nicht genannt. Andererseits ä-

78 Besorgnisse der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR, Schreiben vom Komitee der afrikanischen Studenten und Arbeiter in der DDR, undatiert (wahrscheinlich Januar 1965), kein Adressat genannt, in: Universitätsarchiv Leipzig (UAL) DIB 260, unpaginiert. Das Schreiben wurde abgelegt im Direktorat für internationale Beziehungen der Karl-Marx-Universität Leipzig. Aus einer handschriftlichen Randnotiz im Dokument geht hervor, dass es am 6.1.1965 im Sekretariat für afrikanische Angelegenheiten (vermutlich innerhalb der Universität) angenommen wurde.

79 Siehe hierzu bspw.: Mac Con Uladh: *Studium bei Freunden?*, S. 175-220; Marianne Krüger-Potratz: *Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR*, Münster 1991; Christiane Mende: *(Arbeits-)Migration aus der Volksrepublik Mocambique in die Deutsche Demokratische Republik 1979-1989*, Magisterarbeit an der Humboldt-Universität Berlin 2010, URL: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/mosambique/mende> (letzter Zugriff: 29.5.2017).

80 In allen den Untersuchungen zugrunde liegenden Interviews (denen der Autorin, Bohne/Schleicher, Bernstein) wurde explizit nach fremdenfeindlichen Erfahrungen gefragt, so dass die grundsätzliche Erwähnung xenophober Erfahrungen zunächst kein Analysekriterium ist.

81 Vgl. Interview Mbatha, 2008, Pretoria; Interview Frau S., Mayibuye Archives; Interview Herr Ma., Mayibuye Archives.

82 Vgl. Interview Frau R., Mayibuye Archives.

83 Vgl. Interview Singh, Mayibuye Archives; Interview J. Selby, 2003, Berlin.

ßerten aus jeweils denselben Gruppen Interviewpartner_innen, keinerlei xenophobe Erfahrungen gemacht zu haben und negierten dies explizit.⁸⁴ Während also die Generationslinie in diesem Fall nicht ins Gewicht fällt, wird augenfällig, dass die Fragen des *Ortes*⁸⁵ eine Rolle spielt und somit die Handlungsräume der jeweiligen Exilant_innen: im Pub,⁸⁶ auf der Straße oder in der Fabrik.⁸⁷ Handlungsräume, die durch eine Tätigkeit der Exilant_innen im Bereich des Journalismus, im Rundfunk, in internationalen Organisationen wie der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) oder im Zusammenhang mit der Arbeit in der ANC-Vertretung entstehen, werden in den Interviews nicht als Orte für xenophobe Beleidigungen erwähnt.

Für die Zeit während der Wende ist aus den Interviews ein Qualitätswechsel hinsichtlich fremdenfeindlicher Erfahrungen seitens der interviewten Exilant_innen zu verzeichnen. Die Darstellungen mehrheitlich der jüngeren ANC-Generation fallen deutlich aus: Interviewpartner_innen berichten von tätlichen Angriffen gegen sie und ihre ausländischen Freund_innen.⁸⁸ Kinder (weiß-)deutsch-(schwarz-)südafrikanischer Paare wurden aufgrund ihrer Hautfarbe geschlagen und beschimpft,⁸⁹ enorme Verunsicherung breitete sich unter den Betroffenen aus. Über den eruptiven Gewaltausbruch⁹⁰ gegenüber Migrant_innen während der Wendezeit sind bereits einschlägige Studien und Publikationen erschienen.⁹¹ In

84 Vgl. Interview Oehme/Quart, 2012, hier: Oehme, Berlin, Interview Maseko, 2008, Johannesburg; Interview Samuels, 2013, Königs Wusterhausen.

85 Ob es regionale Unterschiede gab, lässt sich aufgrund der Quellenlage nicht feststellen. Da Exilant_innen nach bisheriger Kenntnis vornehmlich in Städten untergebracht waren, spiegeln die Ergebnisse entsprechend zunächst die Situation im städtischen Raum wider.

86 Interview Singh, Mayibuye Archives.

87 Interview Mbatha, 2008, Pretoria; Interview J. Selby, 2003, Berlin.

88 Vgl. Interview Frau S., Mayibuye Archives.

89 Vgl. Interview Frau R., Mayibuye Archives; Interview Herr Mso. in Ost-Berlin, 1990, Mayibuye Archives, Bernstein-Collection, MCA7-1627, Vol. 9, S. 27-47, Belleville/Südafrika.

90 Diesen Begriff nutzte Andrea Schmelz zur Beschreibung der Wendesituation in Bezug auf xenophobe Überfälle, vgl. Andrea Schmelz: Bildungsmigration und Interkulturalität. Ausländische Studierende aus afrikanischen und asiatischen Ländern in Ostdeutschland vor und nach 1989, in: Deutschland Archiv 37,1 (2005), S. 84-92.

91 Siehe etwa Gertrud Achinger: Kuratel und Fürsorge. Studien- und Lebensbedingungen afrikanischer Studenten in Leipzig und Ostberlin vor und nach der Wende, in: Auszeit 31, 28, 3/4 (1993). Achinger und ihr Forschungsteam haben eine Studie auf Basis standardisierter Fragebögen sowie persönlicher Interviews angefertigt. Beide Publikationen beschränken sich in ihren Untersuchungen jedoch auf afrikanische Studierende. Publikationen, die sich einem Teil des Phänomens von der

Bezug auf meine Untersuchungen und die Analysefaktoren ist hierbei der Kommentar eines damaligen ANC-Studenten bemerkenswert, der mit Blick auf die Gewaltzunahme anmerkte, dass sich die ANC-Repräsentant_innen in Berlin (also im ANC-Büro) diese Form der Gewalt, von der ihre eigenen Mitglieder betroffen waren, nicht vorstellen konnten.⁹² Grundsätzlich werden xenophobe Übergriffe während der Wendezeit vor allem von jüngeren Exilant_innen wie Studierenden oder Eltern, die von Gewalt gegenüber ihren Kindern sprechen, berichtet. Vereinzelt wird Gewalt auch seitens der älteren Generation erwähnt. Die Übergriffe fanden an Bahnstationen, in der Bahn, vor Unterkünften oder auf dem Spielplatz statt – also im öffentlichen (städtischen) Raum des DDR-Alltags. Die Unkenntnis des ANC-Büros über diese Situation unterstreicht die Beobachtung, dass der jeweilige Handlungs- und Sozialraum zwischen den ANC-Mitgliedern durchaus divergierte und dies unmittelbar Auswirkungen auf die jeweiligen Erfahrungen hatte.⁹³

»The GDR as ... a model of a socialist South Africa«⁹⁴

Ich habe bereits aufgezeigt, dass über Generationslinien und Handlungsräume hinweg die positive Einschätzung der DDR-Solidarität für die interviewten ANC-Mitglieder und in den (Auto-)biografien eine herausragende Position einnimmt. Damit einher geht eine grundsätzliche Haltung zur DDR als sozialistischem Staat. Der Sozialismus galt sowohl bei jungen als auch älteren Exilant_innen als attraktives Gegenmodell zum

Seite der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit dem Fokus auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der DDR nähern, siehe: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth (Hg.): *Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland*, Köln 1992; Jan. C. Behrends/Dennis Kuck/Patrice C. Poutrus: *Fremde und Fremd-Sein in der DDR – Zur Einführung*, in: Dies. (Hg.): *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 9-21.

92 Vgl. Interview Herr Sa. in Ost-Berlin, 1990, Mayibuye Archives, Bernstein-Collection MCA7-1678, Vol. 14, S. 15-24, Belleville/Südafrika.

93 Vgl. hierzu Pierre Bourdieu: *Ortseffekte*, in: Ders. u. a. (Hg.): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997, S. 159-167, hier S. 160. Auch wenn sich Bourdieus Analyse auf andere Begebenheiten und soziale Umstände bezieht, die auf die Situation der Exilant_innen nicht ohne Weiteres übertragbar sind, so ist doch seine Beobachtung in Hinsicht auf die Abhängigkeit von dem jeweils besetzten Sozialraum mit den darin gemachten Erfahrungen für die hier beschriebenen Umstände zutreffend.

94 Interview mit Herr S. in Ost-Berlin, 1990, Mayibuye Archives, Bernstein-Collection, MCA7, Vol. 15, S. 118-125, Belleville/Südafrika.

Kapitalismus. Die Solidarität der sozialistischen Staaten, die Systemkonkurrenz, in der seitens des südafrikanischen Apartheidstaates der Kommunismus als politischer Feind propagiert wurde, die Unterstützung Südafrikas durch die meisten westlichen Staaten – all diese Faktoren ließen die sozialistischen Länder als die »natürlichen Verbündeten« und das Gesellschaftssystem als eine politische Alternative erscheinen.⁹⁵ So lassen die Äußerungen in den Interviews eine Bedeutungshierarchie erkennen, bei der beide Exilgenerationen *vor der politischen Wende* jeweils die Vorteile des sozialistischen Systems wie fehlende Armut, ein kostenfreies Bildungs- und Gesundheitssystem sowie niedrige Lebenshaltungskosten sowie die Solidarität gegenüber kritischen Faktoren hervorhoben und Letztere zunächst entschuldigten, relativierten oder partiell ausblendeten.

Zur Zeit der Interviews, also *nach der politischen Wende*, wurde diese Haltung vornehmlich – wenn auch nicht ausschließlich – von den Jungen selbstkritisch reflektiert.⁹⁶ In der ersten Exilgeneration fällt hingegen auf, dass nach der Wende, unter der Einräumung von Fehlern und Missständen, die Errungenschaften der DDR und die Unterstützung weiterhin unterstrichen wurden und die Bedeutungshierarchie bestehen blieb.⁹⁷ In diese Reihe fügt sich der bereits erwähnte Unterschied zwischen den beiden Exilgenerationen in Bezug auf die *Form* resp. die *Offenheit* der Kritikäußerung gegenüber der DDR.

Einen Erklärungsansatz bietet hier erneut der Blick auf den Erfahrungshintergrund der beiden Exilgenerationen. Für die erste Generation war die Unterstützung durch den Ostblock überlebenswichtig für den Kampf gegen die Apartheid. Entsprechend zurückhaltend wurden bereits damals sichtbare Missstände artikuliert. Ronnie Kasrils konstatiert für die erste Exil-Generation bezüglich der 1970er Jahre, dass die offene Kritik an Widersprüchen innerhalb der osteuropäischen Staaten nicht zugelassen wurde. Nur vereinzelt gab es an der Führungsspitze Stimmen gegen diese Praxis.⁹⁸ Die zweite Generation erlebte hingegen ein breiteres internationales Unterstützungsbündnis. Der Anti-Apartheid-Kampf und die Unterstützung für den ANC waren ein globales Anliegen

95 O'Malley: *Shades of Difference*, S. 92; Kasrils: *Steckbrieflich gesucht*, S. 51, 151; Interview mit Ashley Ally, 26.7.2006, Johannesburg; Interview Herr S., Mayibuye Archives.

96 Vgl. Interview Mbatha, 2008, Pretoria; Interview Maleka, 2013, Wernigerode; Schleicher: Interview Stuurman und La Guma, S. 108; Kasrils: *Steckbrieflich gesucht*, S. 51, 134, 187.

97 Vgl. Interview A. Selby, Mayibuye Archives; Interview Singh, Mayibuye Archives.

98 Vgl. Kasrils: *Steckbrieflich gesucht*, S. 134, 187. Entsprechende Kritik wurde bspw. von der langjährigen ANC-Aktivistin Ruth First sowie von Joe Slovo angebracht, vgl. ebd., S. 51, 187.

geworden. Die sogenannte Soweto-Generation profitierte davon u. a. dergestalt, dass sie nun selbstverständlicher in verschiedenen Staaten, in Ost und West, studieren konnte und auch in den westlichen Staaten auf Gruppen und Boykottbewegungen traf, die ihr politisches Anliegen im Widerspruch zur Politik ihrer Regierungen unterstützten. Vorzüge des Westens, wie technischer Fortschritt und Konsummöglichkeiten, hoben sich deutlich sichtbar von den Entwicklungen in der DDR ab. Dies sensibilisierte für fehlerhafte Entwicklungen im sozialistischen System, auch wenn diese, wie gezeigt, zunächst entschuldigt wurden.⁹⁹

Neben den Veränderungen der geopolitischen Situation während der 30-jährigen Exilphase hatten sich zudem die Rahmenbedingungen innerhalb der DDR gewandelt. Zur Ankunftszeit M. Maharadjs oder A. Selbys und seiner Frau wenige Wochen nach dem Mauerbau war die SED-Regierung versucht, eine Systemkonsolidierung durch die Modernisierung des Wirtschaftssystems sowie eine liberalere Kulturpolitik herbeizuführen.¹⁰⁰ Seit Mitte der 1970er Jahre stagnierte indes der Lebensstandard, wenngleich auf einem recht hohen Niveau, und die restriktive Kulturpolitik führte zusammen mit weiteren Faktoren zu wachsendem Unmut in der DDR-Bevölkerung.¹⁰¹ Für die jüngeren, die mit den Bildern der ersten Generation in die DDR einreisten und zum Teil eigene Erfahrungen aus westlichen Konsumgesellschaften mitbrachten, stellte sich die Alltags-Realität in der DDR entsprechend anders dar als der ersten Generation. Dies wiederum hatte Einfluss auf die Perspektive, mit der die Jungen auf die Verhältnisse in der DDR schauten.

Fazit

Die langjährigen solidarischen Beziehungen zwischen der DDR und dem ANC, die positive Konnotation und der hohe Bekanntheitsgrad des südafrikanischen Befreiungskampfes in der DDR sowie die Aufnahme der ANC-Exilant_innen als »comrades« waren generationsunabhängig für viele der Interviewpartner_innen von hoher Bedeutung. Vor diesem Hintergrund sowie aus der Konstellation des Kalten Krieges heraus wird nachvollziehbar, warum die Solidarität mit der eigenen Befreiungsbewegung in der Beurteilung der DDR einen solch hohen Stellenwert einnimmt und die Kritik an den damaligen Verhältnissen im Land da-

⁹⁹ Vgl. Interview Mbatha, 2008, Pretoria; Interview La Guma, Mayibuye Archives.

¹⁰⁰ Vgl. Ulrich Mählert: Geschichte der DDR 1949-1990, Thüringen, Erfurt 2011, S. 47f.

¹⁰¹ gl. ebd., S. 61-68.

hinter zurücktritt. Die voneinander abweichenden Nuancen in der Kritikäußerung zwischen der ersten und zweiten Exilgeneration sind gering, aber sichtbar. Sie konnten entlang der Analyseparameter aufgezeigt und kontextualisiert werden.

Trotz der angebrachten Kritik wurden neben der Solidarität die Vorzüge des Sozialismus gegenüber dem kapitalistischen Gesellschaftssystem von beiden Generationen hervorgehoben. Der Sozialismus als mögliche Gesellschaftsform für das Post-Apartheid-Südafrika galt als Gegenentwurf zum verhassten Apartheid-Regime. Die eigenen Erfahrungen in Ost und West wurden in den Interviews als sehr verschieden dargestellt, doch aufgrund meines eigenen Forschungsfokus nicht tiefergehend herausgearbeitet.¹⁰² Die Umkehrung der hiesigen Wahrnehmung, in der das westliche kapitalistische System mehrheitlich als das erstrebenswertere gilt, wirft auch Fragen an Missstände des westlichen Systems aus der Perspektive Immigrierender auf. Zu Zeiten wie diesen, in denen Flucht, Migration und Asyl sehr aktuelle Themen sind, erscheint es umso wichtiger, das eigene, westliche System zu reflektieren, wenn zeitgleich der Anspruch besteht, »westliche« Werte und Normen für andere Gesellschaften attraktiv zu machen.

Wie sich aus den Interviews zur DDR zeigt, hatte die Haltung der sozialistischen Staaten im Allgemeinen und der DDR im Besonderen gegenüber dem ANC nachhaltigen Einfluss auf seine Mitglieder. Westliche Staaten hingegen hatten sich aufgrund ihrer Außen- und Wirtschaftspolitik in den Augen vieler Mitglieder des ANC diskreditiert. Die Gestaltung dieser Bereiche eingedenk der Asyl- und Aufnahmepolitik sind somit Felder, die in ihrer Wirkungs- und Strahlkraft in Bezug auf die Propagierung der Vorzüge des eigenen Systems nicht hoch genug eingestuft werden können. In Bezug auf die DDR heißt dies, dass auch mehr als 20 Jahre danach viele Südafrikaner_innen »die Verdienste der DDR nicht vergessen«.¹⁰³

102 Interessant ist dabei, dass häufig – und ohne explizite Nachfrage – das kapitalistische System als negatives Bezugssystem fungierte.

103 Interview Oehme/Quart, 2012, Berlin, hier Oehme.

»Schwarze Schwester Angela«

»Rot-schwarze« Verbundenheitsvorstellungen
und die DDR-Solidaritätskampagne für Angela Davis

SOPHIE LORENZ

Am 12. November 1972 titelte das *Neue Deutschland*, das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), »Ein Tag im Zeichen unserer internationalen Solidarität« und widmete die Ausgabe dem einwöchigen DDR-Besuch (10. bis 17. September 1972) der 28-jährigen afroamerikanischen Bürgerrechtsaktivistin Angela Davis.¹ Weitere Beiträge und Pressebilder zeigten die junge Afroamerikanerin bei den verschiedenen Stationen ihres vom Zentralkomitee (ZK) der SED detailgenau durchorganisierten Besuchsprogramms – darunter die Verleihung des Großen Sterns der Völkerfreundschaft in Gold, die Auszeichnung mit der Ehrendoktorwürde an der Karl-Marx-Universität in Leipzig, die Ernennung zur Ehrenbürgerin der Stadt Magdeburg, Besuche verschiedener Denkmäler, die Besichtigung der deutsch-deutschen Grenze, Treffen mit Arbeiter- und Jugendgruppen sowie ein Empfang bei dem Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker.² Optisch zeugten die Pressebilder von einem starken Kontrast zwischen hochrangigen Parteifunktionären und Angela Davis, die lässig gekleidet und mit ihrer großen Afrofrisur ihre Identifikation mit den radikalen Zielen der *Black Power*-Bewegung zum Ausdruck brachte. Das Zusammentreffen wurde vom Parteiregime jedoch als »unvergeßliche Manifestation proletarischer Solidarität« gefeiert.³

Knapp zwei Jahre vor diesem Zusammentreffen war Angela Davis am 16. Oktober 1970 in New York festgenommen und wegen ihrer angebe-

1 Ein Tag im Zeichen unserer internationalen Solidarität (Titelseite), in: Neues Deutschland, 12.II.1972, S. 1.

2 Vgl. Programm für den Aufenthalt der Genossin Angela Davis, (7.9.1972), in: Bundesarchiv (BArch) SAPMO DY 30-9512; Ehrenpromotion Davis, Angela; 13.9.1972, in: UAL Ehrenpromotion 002, Universitätsarchiv Leipzig.

3 Großartiges Meeting der Berliner Jugend, in: Neues Deutschland (12.II.1972), S. 3. Alle offiziellen Programmpunkte wurden durch eine von der Abteilung Agitation zusammengestellte »Berichterstattergruppe«, bestehend aus Vertretern von Rundfunk, Zeitung und Fernsehen, dokumentiert; vgl. Plan für die Berichterstattung über den Besuch der Genossin Angela Davis, 7.9.1972, in: BArch SAPMO DY 30-9512. Eine große Anzahl der offiziellen Pressebilder sind über das Digitale Bildarchiv des Bundesarchivs inzwischen einsehbar. Siehe beispielsweise: Angela Davis in der DDR stürmisch begrüßt, 10.9.1972, in: BArch, Bild 183-Lo910-033, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Peter Koard.

lichen Mittäterschaft bei einer missglückten Geiselnahme sowie wegen Beihilfe zum Mord angeklagt worden. Durch ihren politischen Aktivismus im Zusammenhang mit dem Fall der sogenannten Soledad Brothers hatte sie sich zu dieser Zeit zu einer der profiliertesten Vertreterinnen einer Rassismus-Debatte an der amerikanischen Westküste entwickelt, in der Aktivisten die USA als repressiven Unterdrückungsstaat und metaphorisch als Gefängnis für die gesamte afroamerikanische Bevölkerung darstellten.⁴ Sie verbrachte rund 16 Monate in Untersuchungshaft, bis sie am 4. Juni 1972 von einer Geschworenenjury von allen Anklagepunkten freigesprochen wurde.⁵ Als Reaktion auf ihre Verhaftung hatten kurze Zeit später die ersten Demonstrationen für Davis' Freilassung in den USA stattgefunden. Eine Welle weltweiter Proteste folgte, in deren Verlauf Angela Davis im Westen nicht zuletzt wegen ihrer engen Verbindung zu Herbert Marcuse und der militanten *Black Panther Party* (BPP) zu einer neuen linken Protestikone stilisiert wurde.⁶ Dabei symbolisierte sie eine neue linke, dem orthodoxen Parteikommunismus der SED diametral entgegenstehende, antiautoritäre Radikalität.⁷

- 4 Siehe Lee Bernstein: *America is the Prison. Arts and Politics in Prison in the 1970s*, Chapel Hill 2010, S. 2.
- 5 Für eine wissenschaftliche Darstellung der Ereignisse in San Rafael sowie des Falls der Soledad Brothers siehe Dan Berger: *Captive Nation. Black Prison Organizing in the Civil Rights Era*, Chapel Hill 2014, S. 120-138.
- 6 Eine geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des Davis-Prozesses sowie der US-Solidaritätskampagne für Angela Davis steht noch aus. Zu den Ereignissen um und während des Prozesses siehe Bettina Aptheker: *The Morning Breaks: The Trial of Angela Davis*, Cornell 1999; Angela Y. Davis: *Angela Davis. An Autobiography*, New York 1974. Zur politischen und intellektuellen Entwicklung von Davis siehe Joy James (Hg.): *The Angela Y. Davis Reader*, Malden 2008; Cynthia A. Young: *Soul Power. Culture, Radicalism, and the Making of a U.S. Third World Left*, Durham 2006, S. 184-208.
- 7 Dies gilt besonders für ihre Wahrnehmung in Westdeutschland. Zur Rezeption Angela Davis' in der BRD siehe Johanna Meyer-Lenz: *Angela Davis und Ulrike Meinhof. Ein biographischer Vergleich im Kontext unterschiedlicher Protestkulturen*, in: Karl Christian Führer/Karen Hagemann/Birthe Kundrus (Hg.): *Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 2004, S. 314-335; Johanna Meyer-Lenz/Nina Mackert: *Angela Davis. Zur Konstruktion einer afroamerikanischen Identität im Kontext der 68er-Bewegung*, in: Burghart Schmidt (Hg.): *Menschenrechte und Menschenbilder von der Antike bis zur Gegenwart*, Hamburg 2006, S. 255-276; Katharina M. Hagen: *Internationalism in Cold War Germany*, University of Washington 2008, S. 325-350; Martin Klimke: *The »Other« Alliance: Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties*, Princeton 2010, S. 134-139; Katharina Gerund, *Transatlantic Cultural Exchange. African American Women's Art and Activism in West Germany*, Bielefeld 2013, S. 123-156.

Aber auch in der DDR hatte es von November 1970 bis Juni 1972 eine Solidaritätskampagne für Angela Davis gegeben.⁸ Neben unterschiedlichen Veranstaltungen zeigten unzählige Solidaritätspostkarten, Petitionen und Resolutionen die Unterstützung der DDR für ihre, so ein beliebter Slogan, »schwarze Schwester Angela«, die von der Parteiführung als »Heldin des anderen Amerika« zu einer jugendlichen Identifikationsfigur vor allem für die Jugend der DDR erklärt wurde.⁹ Wie Davis' Besuch im September 1972 zeigte, beruhte die in der DDR-Kampagne immer wieder beschworene Verbundenheit nicht auf Einseitigkeit. Auch Angela Davis betonte wiederholt ihre Solidarität und Unterstützung für die DDR. Hier habe sie »echte Freunde«, so Davis, die sie in ihrem Kampf gegen Rassismus unterstützten und denen die »Brüderlichkeit von Menschen aller Hautfarben« ebenso selbstverständlich sei »wie Atmen und Trinken«.¹⁰ Mit dieser Wahrnehmung der DDR als Verbündeter im Kampf gegen Rassismus und Ungleichheit unterschied sich Davis von profilierten *Black Power*-Akteuren wie Stokely Carmichael, die ihre internationalistischen Bestrebungen in panafrikanischer Tradition vor allem auf Afrika ausrichteten.¹¹

Es ist bekannt, dass internationale Solidarität aus Sicht des Parteiregimes eine wichtige Funktion im Kontext seiner Identitätsstiftungsversuche ebenso wie in den nach innen und außen gerichteten Selbstlegitimierungsbestrebungen spielte.¹² Die oben beschriebene gegenseitige

- 8 Zur DDR-Solidaritätskampagne siehe Sophie Lorenz: Heldin des anderen Amerikas. Die DDR-Solidaritätsbewegung für Angela Davis, 1970-1973, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 10,1 (2013), URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2013/id=4590>, Druckausgabe: S. 38-60. Außerdem: Kathrina Hagen: Ambivalences and Desire in the East German »Free Angela Davis' Campaign«, in: Quinn Slobodian (Hg.): Comrades of Color. East Germany in the Cold War World, New York 2015, S. 157-187.
- 9 Durch Helga Bosbachs literarische Angela Davis-Biographie mit dem Titel »Schwarze Schwester Angela«, die ab September 1971 als Serie in der DDR-Frauenzeitschrift *Für Dich* veröffentlicht wurde, wurde diese Formulierung zu einem feststehenden Begriff im Kontext der Kampagne. Siehe Helga Bosbach: Schwarze Schwester Angela, in: *Für Dich* 38 (1971).
- 10 Angela Davis: Zukunft der Menschheit, in: *Neues Deutschland*, 18.9.1972, S. 1.
- 11 Peniel E. Joseph: *Dark Days, Bright Nights. From Black Power to Barack Obama*, New York 2013, S. 107 ff. Außerdem Nico Slate (Hg.): *Black Power Beyond Borders. The Global Dimensions of the Black Power Movement*, New York 2012.
- 12 Zur Bedeutung des Solidaritätsbegriffs in der DDR: Patrice G. Poutrus: Die DDR als »Hort der internationalen Solidarität«. Ausländer in der DDR, in: Thomas Großbölting (Hg.): *Friedensstaat, Leseland, Sportnation. DDR-Legenden auf dem Prüfstand*, Bonn 2010, S. 134-154; Detlev Brunner: DDR »transnational«. Die internationale Solidarität der DDR, in: Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlev Siegfried (Hg.): *Deutsche Zeitgeschichte – transnational*, Göttingen 2015, S. 64-

Verbundenheit öffnet den Blick auf politisch-ideologische Sinngebungen, die einer internationalen Solidarität nicht nur von Seiten der DDR, sondern auch von Angela Davis zugeschrieben werden können. Der vorliegende Beitrag untersucht politisch-ideologische Sinngebungen, die für die DDR-Solidaritätskampagne für Angela Davis zu Beginn der 1970er Jahre existierten oder erst entwickelt wurden. Der Untersuchung liegen dabei drei Annahmen zugrunde. Erstens wird davon ausgegangen, dass die DDR-Solidaritätskampagne für Angela Davis an kommunistisch-afroamerikanische (»rot-schwarze«) Verbundenheitsvorstellungen anknüpfte, die ideologische Gemeinsamkeiten voraussetzten und in denen internationale Solidarität als Wert- und Handlungskonvention galt, der zum Erreichen einer rassismusfreien Gesellschaft eine zentrale Bedeutung zukam. Diese Idee einer rot-schwarzen Verbundenheit entstand, zweitens, bereits durch Begegnungen zwischen afroamerikanischen Aktivistinnen und der Sowjetunion während der 1930er Jahre und wirkte im Sinne einer antirassistischen Bündnistradition als Teil der sozialistischen Vorstellungswelt auf beiden Seiten des Atlantiks auch während des Kalten Krieges fort. Diese transnationalen Austauschprozesse prägten, so die dritte Annahme, nicht nur politisch-ideologische Sinngebungen, sondern führten auch zu personellen Verbindungen, an die das Parteiregime im Rahmen der Solidaritätskampagne für Davis anknüpfen konnte. Eine Darstellung der rot-schwarzen Verbundenheitsvorstellungen öffnet damit auch den Blick auf die Bedeutung von transnationalen Wechselwirkungen und Transferprozessen im Kontext der DDR-Solidaritätskampagne für Davis.

Ursprünge »rot-schwarzer« Verbundenheitsvorstellungen

Die Vorstellung einer besonderen Verbundenheit der DDR mit Angela Davis war an eine kollektive Imagination geknüpft, die auf der Propagierung ideologisch-politischer Gemeinsamkeiten im Sinne eines antirassistischen Bündnisses und der Verortung auf der »richtigen« Seite im Freund-Feind-Schema des SED-Regimes beruhte. Damit einher ging auch die Vorstellung eines kommunistisch-afroamerikanischen Zusammengehörigkeitsgefühls, wonach Kommunisten und Afroamerikaner

80. Zur Bedeutung von Rassismus- und Menschenrechtsdebatten für die DDR-Solidaritätspolitik siehe Katarina Hagen: *Internationalism in Cold War Germany*, Ann Arbor 2008, S. 352 ff. Richardson-Little Ned: *Erkämpf das Menschenrecht. Sozialismus und Menschenrechte in der DDR*, in: Jan Eckel (Hg.): *Moral für die Welt?: Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, S. 120-143.

sich durch ein gemeinsames Schicksal der Verfolgung und Repression durch den imperialistischen Klassenfeind miteinander verbunden sahen. Solche kommunistisch-afroamerikanischen Verbundenheitsvorstellungen sowie die Idee eines »anderen Amerika« der afroamerikanischen Massen tauchten in der DDR der 1970er Jahre jedoch keineswegs zum ersten Mal auf.

Bereits 1920 diskutierte die Komintern zum ersten Mal die US-amerikanische Rassenproblematik und die Bedeutung schwarzer Emanzipationsbestrebungen für eine weltweite sozialistische Revolution.¹³ Während dieser Debatte über das revolutionäre Potential der afroamerikanischen Bevölkerung etablierte sich eine Vorstellung des »anderen« schwarzen Amerikas, die auf einem spezifischen sowjetisch-marxistischen Verständnis von Rassismus aufbaute.¹⁴ Nach marxistisch-leninistischer Auslegung war Rassismus – im damaligen ideologischen Duktus als »weißer Chauvinismus« bezeichnet – zwar die auffälligste Erscheinungsform schwarzer Unterdrückung, lasse sich jedoch auch aus imperialen Herrschaftsansprüchen ableiten. »Rasse« im Sinne eines sozialen Ausschließungsmechanismus könne genau wie »Klasse« durch die Bekämpfung von Kapitalismus und Imperialismus überwunden werden. Die bolschewistische Komintern-Spitze fügte »Rasse« und die Forderungen nach Gleichheit in das Konzept des Klassenkampfes ein. »Rasse« wurde dadurch in ihrer revolutionären Bedeutung der »Klasse« untergeordnet. Spätere marxistische Interpretationsansätze begriffen Rassismus als Manipulationsideologie der Herrschenden zur Spaltung des Proletariats. Ein solches Bewusstsein sei zwar falsch, könne jedoch durch eine klassenbewusste Aufklärung überwunden werden.¹⁵

Gerade afroamerikanische Kommunisten kritisierten diese Position und forderten, dass die Besonderheit einer auf »Rasse« gegründeten Unterdrückung und damit verbundene rassistisch-begründete Hierarchieansprüche auch in der marxistisch-leninistischen Interpretation des

13 Wladimir I. Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hg.): W.I. Lenin. Werke, Bd. 31 April-Dezember 1920, Berlin (Ost) 1959, S. 132-139, hier S. 135. Siehe Kate A. Baldwin: The Russian Routes of Claude McKay's Internationalism, in: Maxim Matusevich (Hg.): Africa in Russia, Russia in Africa. Three Centuries of Encounters, Trenton 2007, S. 85-109, hier S. 90 ff.

14 Der Rassismusbegriff etablierte sich erst im Verlauf der 1920er und 1930er Jahre im Zusammenhang mit der Rassenideologie des Nationalsozialismus. Siehe hierzu George M. Fredrickson u. a. (Hg.): Rassismus. Ein historischer Abriss, Hamburg 2004, S. 164, S. 168.

15 Vgl. »Rassenideologie«, in: Dietz Verlag (Hg.): Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1967, S. 537 f.

schwarzen Freiheitskampfes anerkannt werden müssten.¹⁶ Kritik an Komintern-Kadern wurde jedoch nicht zuletzt wegen des zu befürchteten politischen Einflussverlusts kaum geäußert. Ab den 1930er Jahren drohte eine solche Kritik sogar als konterrevolutionäres Verhalten lebensgefährlich zu werden. So endete der afroamerikanische Kommunist Lovett Fort-Whiteman, der zu diesem Zeitpunkt als Exilant in der Sowjetunion lebte, wegen seiner anhaltenden Kritik an der Komintern-Politik im Umgang mit dem »Rassenbegriff« während der Säuberungsaktionen der 1930er Jahre in einem sibirischen Gulag, wo er 1939 starb.¹⁷ Eine vorläufige Einigung in der »Negro Question« wurde mit der Black Belt-These während des sechsten Komintern-Kongresses 1928 erreicht. Mit dieser wurden Afroamerikaner unter Bezug auf die ehemalige Sklavenbevölkerung im Süden der USA als eine eigene, vorwiegend schwarze Nation interpretiert, die ihr Selbstbestimmungsrecht in einem revolutionären Kampf durchsetzen sollte.¹⁸ Die Black Belt-These wurde zur ideologisch-theoretischen Grundlage einer rassenübergreifenden Klassenverbundenheitsvorstellung, mit der Schwarze und die Arbeiterklasse auch in der Wahrnehmung afroamerikanischer Kommunisten zu gemeinsamen Verbündeten wurden.¹⁹ Mit der Black Belt-Resolution gelang der Komintern die ideologische Integration afroamerikanischer Freiheits- und Gleichheitsforderungen in die Idee des sozialistischen Klassenkampfes.²⁰ Die rassistischen Überlegenheitsvorstellungen wurden somit nicht mehr

16 Siehe hierzu Harvey Klehr/John E. Haynes/Kyrill M. Anderson (Hg.): *The Soviet World of American Communism*, New Haven 1998, S. 218-227.

17 Zu Fort-Whitemans Parteiaktivitäten und Verbindung zur Sowjetunion siehe Glenda Elizabeth Gilmore: *Defying Dixie, The Radical Roots of Civil Rights, 1919-1950*, New York 2009, S. 43 ff.

18 Vgl. Hakim Adi: *Pan-Africanism and Communism: The Comintern, the »Negro Question« and the First International Conference of Negro Workers*, Hamburg 1930, in: *African and Black Diaspora: An International Journal* 1,2 (2008), S. 237-254; Philip S. Foner (Hg.): *American Communism and Black Americans. A Documentary History, 1919-1929*, Philadelphia 1987, S. 163-199.

19 Siehe hierzu autobiographische Berichte wie Langston Hughes: *I Wonder as I Wander. An Autobiographical Journey*, New York 1964; Homer Smith: *Black Man in Red Russia. A Memoir*, Chicago 1964; William L. Patterson: *The Man Who Cried Genocide: An Autobiography*, New York 1971; Harry Haywood: *Black Bolshevik. Autobiography of an Afro-American Communist*, Chicago 1978; Robert Robinson: *My 44 Years Inside the Soviet Union*, Washington D.C. 1988.

20 Mit der Black Belt-Resolution verpflichtete die Komintern außerdem die KPUSA zum ersten Mal, eine klare politische Position bezüglich afroamerikanischer Gleichheitsforderungen einzunehmen und auf die politische Agenda zu setzen. Die KPUSA gab die Black Belt-These jedoch im Verlauf der Popular Front-Phase in den 1930er und 1940er Jahren auf; damit einher gingen Bemühungen, Beziehungen zu moderaten Bürgerrechtsgruppen aufzubauen. Vgl. Harvey Klehr/William

als (einzige) Ursache für die Diskriminierung der afroamerikanischen Bevölkerung gesehen.

In der Folgezeit trugen eine ganze Reihe von Begegnungen zwischen afroamerikanischen Linken und Kadern aus der Sowjetunion,²¹ im Speziellen jedoch die begeisterten Berichte von prominenten afroamerikanischen Sowjetunion-Besuchern, dazu bei, dass die Vorstellung einer besonderen rot-schwarzen Verbundenheit in der (US-amerikanischen wie auch der sowjetischen) Öffentlichkeit Verbreitung fand. Der afrokaribische Schriftsteller Claude McKay nannte seinen mehrmonatigen Aufenthalt in der Sowjetunion eine »magische Pilgerreise«, während der er eine neue Gesellschaft ohne Klassen- und Rassengrenzen erlebt habe.²² Der Soziologe und Mitbegründer der *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP), W.E.B. Du Bois, den zunächst ein rein intellektuelles Interesse nach Moskau führte, und bis zu dessen Beitritt in die Kommunistische Partei der USA (KPUSA) noch fast vierzig Jahre vergehen sollten, berichtete seiner afroamerikanischen Leserschaft begeistert von den politischen und sozialen Errungenschaften der frühen Sowjetunion.²³ Ab den 1930er Jahren begannen linke afroamerikanische Sowjetunionbesucher wie die junge Bürgerrechtsaktivistin Louise Thompson, die spätere Ehefrau des profilierten afroamerikanischen Kommunisten William L. Patterson, oder der Schriftsteller Langston Hughes die Farbe »rot« als eine kollektive Zugehörigkeitsvorstellung zu konnotieren, mit der sich, wie Hughes es formulierte, »Weiße wie Schwarze« unabhängig von den damals gesellschaftlich anerkannten, rassistischen Trennlinien identifizieren und verbunden fühlen konnten.²⁴ In der Vorstellung von schwarzen und weißen Kommunisten

Tompson: *Self-Determination in the Black Belt: Origins of a Communist Policy*, in: *Labor History* 30,3 (1989), S. 354-366, hier S. 354.

21 Eine wichtige Rolle spielten hierbei auch die Aufenthalte afroamerikanischer Kommunisten an der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens (KUTV) in Moskau. Siehe hierzu Woodford McCellan: *Black Hajj to »Red Mecca«*, *Africans and Afro-Americans at KUTV, 1925-1938*, in: Maxim Matusevich (Hg.): *Africa in Russia*, S. 61-83, hier S. 63; Joy Gleason Carew: *Blacks, Reds, and Russians. Sojourners in Search of the Soviet Promise*, New Brunswick 2008, S. 181-183.

22 Vgl. Baldwin: *The Russian Routes*, S. 96; Claude McKay: *Soviet Russia and the Negro*, in: *The Crisis* (Dec. 1923), S. 61-65; Claude McKay: *Soviet Russia and the Negro*, in: *The Crisis* 1924), S. 114-118; McKay: *A Long Way from Home*, S. 226 ff.

23 Vgl. W.E.B. Du Bois: *Editorial*, in: *The Crisis* (1926), S. 8.

24 Langston Hughes: *One More »S« in the USA*, in: Arnold Rampersad (Hg.): *The Collected Poems of Langston Hughes*, New York 1995, S. 177. Für Louise Thompson Patterson siehe Erik S. McDuffie: *Sojourning for Freedom. Black Women, American Communism, and the Making of Black Left Feminism*, Durham 2011.

festigte sich die Idee, dass Afroamerikaner und Kommunisten aufgrund ihrer durch Imperialismus und Kapitalismus erfahrenen Unterdrückung schicksalhaft miteinander Verbundene seien und aus weltgeschichtlicher Perspektive zu den progressiven Kräften zählten. Die daraus entstandene Bezeichnung »rot-schwarz« wurde zu einer Selbstbezeichnung, mit der afroamerikanische und weiße Kommunisten auch versuchten, ihre marxistisch-leninistisch begründete Rassenverbundenheit von der rassenübergreifenden Bündnispolitik liberaler Bürgerrechtsorganisationen wie der NAACP abzugrenzen.²⁵

Zu Beginn der 1930er Jahren fing die Moskauer Führung an, rot-schwarze Verbundenheitsvorstellungen zu nutzen, um ihren ideologischen Antirassismus international zu propagieren und sich in Abgrenzung zu den imperialistischen Kräften, allen voran den USA, als bessere Gesellschaftsform zu präsentieren. Der Scottsboro Boys-Fall (1931-1937), der als Beispiel für die rassistische Rechtspraxis in den Südstaaten der USA nationales und internationales Aufsehen erregte, bot zum ersten Mal die Möglichkeit für eine antirassistische Selbstinszenierung.²⁶ Während afroamerikanische Kommunisten wie William L. Patterson eine führende Rolle in der Verteidigungskampagne für die Scottsboro-Boys übernahmen, unterstützte die Sowjetführung beispielsweise durch die Finanzierung einer Vortragstour von Ada Wright, der Mutter von zwei der Angeklagten, die internationale Mobilisierung der Kampagne.²⁷ Besonders in der Erinnerung afroamerikanischer Kommunisten

25 Vgl. Minkah Makalani: *In the Cause of Freedom. Radical Black Internationalism from Harlem to London, 1917-1939*, Chapel Hill 2011, S. 136.

26 Bei den Scottsboro Boys handelte es sich um acht männliche Jugendliche afroamerikanischer Herkunft, die beschuldigt wurden, während einer Zugfahrt durch Alabama zwei weiße Frauen vergewaltigt zu haben. Aufgrund des Vergewaltigungsvorwurfs drohten die jungen Männer zum Opfer von Lynchjustiz zu werden. Stattdessen wurden die afroamerikanischen Jugendlichen kurze Zeit später in einem eintägigen Prozess schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Die Härte der Strafe sowie schwerwiegende Verfahrensmängel sorgten für heftigen Protest. Die US-amerikanischen Kommunisten bezeichneten den Urteilsspruch als »legal lynching«. Vgl. Joe William Trotter, Jr.: *From A Raw Deal to a New Deal, 1929-1945*, in: Robin D. G. Kelley/Earl Lewis (Hg.): *To Make Our World Anew*, Vol. II, *A History of African Americans from 1880*, Oxford 2005, S. 131-166, hier S. 143 f.

27 Vgl. Meredith Lynn Roman: *Opposing Jim Crow. African Americans and the Soviet indictment of U.S. racism, 1928-1937*, Lincoln u. a. 2012, S. 91-126; James A. Miller/Susan D. Pennybacker/Eve Rosenhaft: *Mother Ada Wright and the International Campaign to Free the Scottsboro Boys, 1931-1934*, in: *The American Historical Review*, 106/2 (April 2001), S. 387-430; vgl. Gerald Horne: *Black Revolutionary. William Patterson and the Globalization of the African American Freedom Struggle*, Urbana 2013, S. 55-66; Robin D. Kelley: *Hammer and Hoe: Alabama Communists during the Great Depression*, Chapel Hill 1990, S. 203.

wie William L. Patterson zeigte diese Kampagne die Veränderungskraft internationaler Solidarität und blieb im Sinne eines internationalen rot-schwarzen Bündnisses das unübertroffene Vorbild für alle späteren Verteidigungskampagnen. Aber auch in der DDR blieb der Scottsboro-Fall als Beleg für die Wirkmächtigkeit internationaler Solidarität im sozialistischen Kampf gegen Rassendiskriminierung in Erinnerung. Nach Angela Davis' Verhaftung fragte der Schriftsteller Max Zimmering in einem im *Neuen Deutschland* veröffentlichten Gedicht: »Denkt ihr noch an die Boys von Scottsboro?«. ²⁸ Und auch der Journalist Klaus Steiniger, der mit seiner Berichterstattung die DDR-Solidaritätskampagne für Davis prägte, erinnerte im Zusammenhang mit der Unterstützung für Davis an die »weltweite Solidarität«, durch die die Scottsboro Boys befreit worden seien. ²⁹

Bereits in den 1930er Jahren setzte das Sowjet-Regime vermehrt massentaugliche Formate wie Filme und Publikationen ein, um internationale Solidarität als genuin sozialistischen Wert im Kampf gegen Rassismus und damit verbunden sein antirassistisches Selbstbild in Abgrenzung zum US-Rassismus zu verbreiten. Dazu zählte die Produktion eines Propagandafilms mit dem Titel »Black and White«, der in Zusammenarbeit mit Langston Hughes und Louise Thompson über die US-amerikanischen Rassenbeziehungen informieren sollte. ³⁰ Oder der Film »Circus«, der die Geschichte einer weißen amerikanischen Zirkuskünstlerin mit dem Namen Marion (Mary) Dixon erzählt, deren schwarzer Sohn aus der verbotenen Liebesbeziehung zu einem Afroamerikaner entstanden war. Hier wurde das Bild einer rassismusfreien Gesellschaft der Sowjetunion gezeichnet, die zur Befreiung der Welt vom Übel des Rassismus beitragen könne und der 1936/37 zu einem großen Kinoerfolg in der Sowjetunion wurde. ³¹ Antirassismus wurde vermehrt als Bestimmungsmerkmal einer spezifisch sowjetischen Gesellschaft dargestellt, Rassismus hingegen verstärkt dem Amerikanischen als spezifisches Charakteristikum zugeschrieben. Ein weiteres Beispiel dafür waren Zeitungsberichte und Cartoons, die von Lynchmorden an Afroamerikanern berichteten und dabei den Begriff »lynch« adaptierten, anstatt den

²⁸ Max Zimmering: Freiheit für Angela Davis, in: Neues Deutschland, 21.11.1970, S. 6.

²⁹ Klaus Steiniger: Die Soledad Brothers, in: Neues Deutschland, 5.12.1970, S. 16.

³⁰ Roman: Opposing Jim Crow, S. 125-154; Katherine A. Baldwin: Beyond the Color Line and the Iron Curtain. Reading Encounters between Black and Red, 1922-1963, Durham 2002, S. 96-102.

³¹ Vgl. Maxim Matusevich: Harlem Globe-Trotters. Black Sojourners in Stalin's Soviet Union, in: Jeffrey O. G. Ogbar (Hg.): The Harlem Renaissance Revisited: Politics, Arts, and Letters, Baltimore 2010, S. 211-244, hier S. 229 f.

russischen Ausdruck für Mobgewalt zu verwenden, wodurch sowjetische Leser nicht nur in das Vokabular des US-Rassismus eingeführt, sondern auch ermuntert wurden, Lynchgewalt als eine spezifische Eigenschaft bzw. Form der Gewalt zu sehen, wie sie nur in der kapitalistischen Gesellschaft der USA auftreten konnte.³²

Jedoch offenbarten diese Bemühungen um eine antirassistische Selbstdarstellung auch, dass sich in der sowjetischen Vorstellung des afroamerikanischen »anderen Amerika« ebenfalls rassistische Stereotypen wiederfanden und das marxistisch-leninistische Konzept von »Rasse«, wenn auch gegenläufig zur Idee weißer Überlegenheit, in mancher Hinsicht nicht weniger rassistisch war. So scheiterte das »Black and White«-Filmprojekt an Auseinandersetzungen darüber, wie die afroamerikanische Bevölkerung in dem Film dargestellt werden sollte. Denn nach sowjetischer Vorstellung waren authentische Afroamerikaner sehr dunkelhäutig, Mitglieder einer im ländlichen Süden beheimateten schwarzen Arbeiterklasse und konnten »quasi naturgemäß« singen.³³ Die Mitglieder der afroamerikanischen Filmbesetzung, die größtenteils der aufstrebenden Künstler- und Intellektuellenszene Harlems angehörten, reagierten teils konsterniert und desillusioniert auf solche stereotypen Vorurteile auf sowjetischer Seite.³⁴

Trotzdem bestand im Kreis afroamerikanischer Linker die Wahrnehmung der Sowjetunion und ihrer Gesellschaftsordnung als Vorbild und Sehnsuchtsort für eine gelungene Verwirklichung einer gleichen und freien Gesellschaft weiter fort. Der afroamerikanische Sänger und Schauspieler Paul Robeson, der später in der DDR ebenfalls zu einem prominenten Vertreter des »anderen Amerika« wurde, bekräftigte auch dann noch seinen Glauben an die Sowjetunion als »Bollwerk der Zivilisation gegen Krieg und Faschismus«, als durch die zunehmenden Berichte über Schauprozesse und Hungerleiden der sowjetischen Bevölkerung das Bild der egalitären Errungenschaften der bolschewistischen Revolution bereits immer mehr ins Wanken geriet.³⁵ Die zum ersten Mal von Claude McKay formulierte Verheißung, in der Sowjetunion eine Gesellschaft frei von rassistischen Vorurteilen gefunden zu haben, überdauerte den-

32 Siehe hierzu Roman: *Opposing Jim Crow*, S. 60ff.

33 Hughes: *I Wonder as I Wander*, S. 79f.

34 Vgl. ebd.

35 Interview mit Ben Davis, Jr.: *U.S.S.R. – The Land for Me*, in: *Sunday Worker*, 10.5.1936, in: Philip Foner (Hg.): *Paul Robeson Speaks. Writings, Speeches, Interviews, 1918-1974*, Secaucus 1978, S. 105-109, hier S. 108. Paul Robeson besuchte allein im Verlauf der 1930er Jahre viermal die Sowjetunion. Vgl. David Levering Lewis: *Paul Robeson and the U.S.S.R.*, in: Jeffrey C. Stewart (Hg.): *Paul Robeson. Artist and Citizen*, New Brunswick 1999, S. 217-233.

noch den Zweiten Weltkrieg und existierte besonders in der Vorstellung afroamerikanischer Kommunisten wie William L. Patterson, Paul Robeson oder James Jackson weiter fort.

Das »andere Amerika« und antirassistische Solidarität in der DDR

Die in der frühen Sowjetunion entstandenen rot-schwarzen Verbundenheitsvorstellungen halfen der DDR-Führung, die Idee eines afroamerikanischen »anderen Amerika« wieder aufleben zu lassen und Solidaritätsbekundungen für den afroamerikanischen Freiheitskampf entsprechend auszurichten. Die Vorstellung eines antirassistischen Solidaritätsbündnisses mit dem »anderen Amerika« fügte sich im Sinne einer imaginierten Gemeinschaft in einen Selbstlegitimierungsdiskurs ein, der den ideologischen Eigenheiten der Blöcke entsprechend auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs geführt wurde und der Abgrenzung zum »Anderen« des ideologischen Großkonflikts diente.³⁶ Dieses Zugehörigkeitsgefühl der »Blöcke« wird durch gesellschaftliche Konstruktionsprozesse erst »erschaffen« und erinnert an Benedict Andersons Konzept der »Nation« als einer »imagined community«.³⁷ In der DDR war für die Schaffung von Zugehörigkeit im Kontext des hier geführten Selbstlegitimierungsdiskurses eine doppelte Abgrenzung – nämlich zur Bundesrepublik und zur deutschen NS-Vergangenheit – von zentraler Bedeutung. Die Grundlage hierfür war der von der SED-Führung proklamierte antifaschistische und antirassistische Gründungsmythos der DDR.³⁸ Der Kampf gegen Faschismus, der als »die offene Diktatur der reaktionären, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Kreise des Finanzkapitals« ver-

36 Ein solcher Selbstlegitimierungsdiskurs zählt laut Mary Kaldor zu den Eigenschaften des von ihr als »imaginary war« bezeichneten Ost-West-Konflikts. Mit dem Begriff des »imaginären Krieges« versuchte Kaldor, den bipolaren Systemkonflikt als eine Epoche greifbar zu machen, die stark vom Imaginären mitgeprägt war. Mary Kaldor: *Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts*, Hamburg 1992, S. 20.

37 Siehe hierzu: Benedict R. Anderson: *Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt/M. 2005.

38 Vgl. Martin Sabrow: *Die NS-Vergangenheit in der geteilten deutschen Geschichtskultur*, in: Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hg.): *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Schwabach/Ts. 2006, S. 132-151; Katrin Hammerstein, *Schuldige Opfer? Der Nationalsozialismus in den Gründungsmythen der DDR, Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland*, in: Regina Fritz/Carola Sachse/Edgar Wolfrum (Hg.): *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*, Göttingen 2008, S. 39-61.

standen wurde, schloss den Kampf gegen Rassismus, als »Bestandteil der Ideologie der reaktionären Monopolbourgeoisie imperialistischer Staaten«, mit ein.³⁹

So formulierte die SED-Führung im Einsatz gegen Rassendiskriminierung dann auch eine besondere Verpflichtung für die DDR-Bevölkerung. »Rassenhetze«⁴⁰ war in der DDR offiziell verboten, und als Deutsche, »deren Land unter der Herrschaft des Imperialismus« Ausgangspunkt »grausamer Rassenverfolgung« gewesen war, sah die SED-Führungsriege die DDR-Bürger gegenüber der »internationalen Arbeiterbewegung und allen friedliebenden Kräften in der Welt« in der Pflicht, »zum Rassismus Stellung zu nehmen und ihn kompromißlos zu bekämpfen.«⁴¹ Aus diesem »Propagendem des historischen Antagonismus« erschloss sich mit Antirassismus, Internationalismus und Völkerverbundenheit ein Set ideologisch begründeter, soziokultureller Werte und Normen, die historisch mit der Selbstkonstitution der DDR verwachsen waren und der Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik dienten.⁴² Dabei wurde internationale Solidarität als ein »Prinzip klassenbewussten Verhaltens« definiert, das im Sinne einer »sozialistischen Moral« innerhalb der Arbeiterklasse sowie gegenüber allen sozialistischen Ländern verbindlich war.⁴³ Internationale Solidarität wurde so zum politisch-ideologischen Leitbegriff des sozialistischen Antirassismus der DDR.⁴⁴

Die nach innen und außen gerichtete Solidaritätspolitik der DDR-Führung stand immer auch in Bezug zu ihrem Antirassismus. So stellte

39 Antifaschismus, in: Dietz Verlag (Hg.): Kleines Politisches Wörterbuch, S. 33-38, hier: S. 34; Rassenideologie (Rassismus), in: ebd., S. 537 f., hier: S. 537.

40 Art. 7 Abs. 2 Entwurf der SED für eine Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (14.11.1946), abgerufen über <http://www.documentarchiv.de/ddr/1946/sed-verfassungsentwurf-ddr.html>.

41 Klaus Bollinger: Freedom now – Freiheit sofort! Die Negerbevölkerung der USA im Kampf um Demokratie, Berlin (Ost) 1968, S. 4 f.

42 Siehe hierzu Rainer Gries/Silke Satjukow: Von Feinden und Helden. Inszenierte Politik im realen Sozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 29.12.2003 (B 53/2003), S. 20-29, hier S. 21.

43 Solidarität, in: Dietz Verlag (Hg.): Kleines Politisches Wörterbuch, S. 577 f., hier S. 578.

44 Zu den Grenzen der antirassistischen Solidaritätspolitik der DDR siehe z. B. Sara Pugach: African Students and the Politics of Race and Gender in the German Democratic Republic, in: Quinn Slobodian (Hg.): *Comrades of Color*, S. 131-156; Quinn Slobodian: Bandung in Divided Germany. Managing Non-Aligned Politics in East and West, 1955-1963, in: *The Journal of Imperial and Commonwealth History* 41,4 (2013), S. 644-662, hier S. 653 ff.; Damian Mac Con Uladh: Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.): *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, Köln 2005, S. 175-220.

die Vermittlung und Praktizierung internationaler Solidarität aus Sicht des Parteiregimes das »entscheidende Mittel im Kampf gegen rassistisches Gedankengut und Völkerhetze« in der DDR dar.⁴⁵ Anlässlich der 1973 von den Vereinten Nationen initiierten »Kampfdekade gegen Rassismus und Rassendiskriminierung« verwies die DDR-Führung auf die »außerordentlich große Aufmerksamkeit«, die man in der DDR seit ihrer Gründung »dem Kampf gegen Rassismus, Apartheid und Kolonialismus« widmete.⁴⁶ Dabei habe die »Kraft der internationalen Solidarität mit allen von imperialistischer Rassen- und Kolonialideologien betroffenen Menschen« immer auch schon »eine wichtige Waffe für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker« dargestellt.⁴⁷

Im Verlauf der 1950er Jahre wurde die US-amerikanische Rassenfrage zu einem zentralen Bezugspunkt in der antirassistischen Selbstdarstellung des DDR-Regimes. DDR-Medien berichteten regelmäßig über die US-amerikanische Rassenfrage und informierten die Bevölkerung über den »Terror gegen Neger« und den »Rassenhass« in den USA.⁴⁸ Aber auch Literatur- und Prosawerke wie Max Zimmerings Gedicht »Willie McGhee« (1951) oder Anna Seghers' Roman »Der erste Schritt« (1953) thematisierten die US-Rassenfrage und griffen dabei auf rot-schwarze Verbundenheitsvorstellungen zurück.⁴⁹ Dies deutet daraufhin, dass rot-

45 Alfred Babing: Einführung, in: DDR-Komitee für die Kampfdekade gegen Rassismus und Rassendiskriminierung (Hg.): Gegen Rassismus, Apartheid und Kolonialismus. Dokumente der DDR 1949-1977, Berlin (Ost) 1978, S. 43-63, hier S. 53.

46 Vorwort, in: DDR-Komitee für die Kampfdekade gegen Rassismus (Hg.): Gegen Rassismus, Apartheid und Kolonialismus, S. 5-7.

47 Babing, Einführung, S. 62.

48 Terror gegen USA-Neger, in: Berliner Zeitung, 3.7.1946, S. 1; Rassendiskriminierung in den USA, in: Neues Deutschland, 30.10.1947, S. 1; Der USA-Rassenhaß, in: Neues Deutschland, 3.12.1947, S. 1; Amerikanische Lynchjustiz, in: Neues Deutschland, 6.2.1951, S. 2; Rettet Willie McGhee, in: Neues Deutschland, 16.3.1951, S. 3.

49 Anna Seghers: Der erste Schritt, Berlin (Ost) 1953, S. 62-68; Max Zimmering: Willie McGhee (1951), in: Ders.: Im herben Morgenwind. Ausgewählte Gedichte aus zwei Jahrzehnten, Berlin (Ost) 1958, S. 190. Zur Darstellung von Afroamerikanern in verschiedenen Publikationsformen der DDR siehe Daisy Weßel: Bild und Gegenbild. Die USA in der Belletristik der DDR, Wiesbaden 1989, S. 104-118. Neben Zeitungsartikeln, Prosa- und Literatur nahmen auch Dissertations- und Habilitationsschriften das Thema auf. Insgesamt wurden allein bis 1970 ca. 250 Titel veröffentlicht, die sich mit der US-Rassenfrage beschäftigten. Siehe Ursula Dibbern/Horst Ihde: Das Echo der Kultur und des Freiheitskampfes der nord-amerikanischen Neger in der DDR, 1945-1969, in: ZZA, 20/3 (1972), S. 429-442. Siehe außerdem Astrid Haas: A Raisin in the East. African American Civil Rights Drama in GDR Scholarship and Theater Practice, in: Larry Greene/Anke Ortlepp (Hg.): Germans and African Americans. Two Centuries of Exchange, Jackson 2010, S. 166-184.

schwarze Verbundenheitsvorstellungen als Teil der sozialistischen Sinnwelt kollektive Identitätsbildungsprozesse in der DDR prägten und antirassistische Solidarität als ein der sozialistischen Gesellschaft eigener Wertebegriff auch von lebensweltlicher Bedeutung zumindest für Teile der Bevölkerung war.

Als zu Beginn der 1950er Jahre afroamerikanische Bürgerrechtsaktivisten die Ebene der internationalen Politik erneut als einen wichtigen Handlungsrahmen für ihre Gleichheits- und Freiheitsforderungen erachteten, führte dies auch zu Kooperationen mit der DDR im Kontext bereits existierender rot-schwarzer Verbundenheitsvorstellungen. 1951 präsentierte der *Civil Rights Congress* (CRC) unter der Führung William L. Pattersons der UN-Versammlung in Paris eine Petition mit dem Titel »We Charge Genocide. The Crime of Government Against the Negro People«. ⁵⁰ Als William L. Patterson daraufhin in den USA unter zunehmenden politischen Druck geriet, publizierte die DDR 1953 die erste deutsche Übersetzung der »We Charge Genocide«-Petition unter dem Titel »Rassenmord! Wir klagen an!«, um afroamerikanischen Gleichheitsforderungen zu größerer Bekanntheit zu verhelfen. ⁵¹ Umgekehrt wandte sich Patterson im Fall des inhaftierten afroamerikanischen KPUSA-Mitglieds Henry Winston an die DDR für Unterstützung. Winston befinde sich im Gefängnis, weil er »ein Neger [...] ein Kommunist« sei, weshalb eine breite Protestbewegung um sein Leben kämpfen müsse. ⁵² Zehn Jahre vor Davis' Verhaftung rief Patterson die DDR-Bevölkerung auf: »Zögert nicht, schreibt jetzt an Präsident Dwight D. Eisenhower«. ⁵³

Mit ihren Solidaritätsbekundungen für Paul Robeson und W. E. B. Du Bois knüpfte die DDR ebenfalls an bereits seit dem frühen sowjetischen Antirassismus existierende Beziehungen an. Robeson und Du Bois, die während der McCarthy-Zeit in den USA schwer unter staatlichen Repressionsmaßnahmen litten, wurden in der DDR-Presse als »Friedenskämpfer« gefeiert, die sich gegen den »amerikanischen Faschismus« und für den »Frieden« einsetzten. ⁵⁴ Beide folgten, nachdem sie ihre

50 William L. Patterson (Hg.): *We Charge Genocide. The Crime of Government Against the Negro People*, New York 1951; Rassenmörder fürchten Patterson, in: *Berliner Zeitung*, 28.12.1951, S. 1.

51 Kongreß der Bürgerlichen Rechte (Hg.): *Rassenmord! Wir klagen an! Petition an die Vereinten Nationen zum Schutz der Negerbevölkerung in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Magdeburg 1953.

52 William L. Patterson: *Der Fall Henry Winston*, in: *Neues Deutschland*, 21.4.1960, S. 7.

53 Ebd.

54 Amerikanischer Friedenskongreß tagte. Für den Frieden, gegen den amerikanischen Faschismus, in: *Neues Deutschland*, 3.7.1951, S. 2.

vom State Department eingezogenen Reisepässe wieder zurückerhalten hatten, bereitwillig den Einladungen in die DDR, wo sie mit Ehrungen überschüttet und als Vertreter des »anderen Amerikas« fest in der kollektiven Erinnerung der DDR verankert wurden.⁵⁵

Das Aufkommen der separatistisch-nationalistisch geprägten *Black Power*-Bewegung ab Mitte der 1960er-Jahre markierte jedoch die Formierung einer neuen linken Radikalität, die alte linke, rot-schwarze Verbundenheitsvorstellungen nicht mehr teilte. Im Gegensatz zum Parteilinientum, der annahm, dass Rassismus in den USA als Teil des Klassenkampfes besiegt werden könne, spielte Ethnizität im revolutionären Selbstverständnis dieser jungen Aktivisten eine weitaus wichtigere Rolle. Neue radikale Gruppen wie die 1966 von Huey Newton und Bobby Seale in Oakland gegründete *Black Panther Party for Self-Defense* (BPP) identifizierten sich mit einem von Malcolm X und der *Nation of Islam* geprägten schwarzen Nationalismus, wobei sie den US-amerikanischen Rassismus als unüberwindbar erachteten und Solidarität aus einer dezidiert schwarzen Rassenverbundenheit ableiteten, die auf einer geteilten rassistischen Unterdrückungserfahrung beruhte.⁵⁶

Speziell die BPP folgte in der ideologischen Ausgestaltung ihrer Revolutionsideen zwar dem Marxismus-Leninismus. Im Gegensatz zu alten linken Aktivisten sah diese neue Generation schwarzer Radikaler dabei jedoch weder in der Kommunistischen Partei der USA noch der Sowjetunion einen Verbündeten.⁵⁷ Trotzdem bemühte sich Erstere zunächst um den Aufbau von Verbindungen zu neuen radikalen Gruppierungen wie den Black Panthers. Zu einer konkreten Zusammenarbeit kam es vor allem durch den zu diesem Zeitpunkt knapp achtzigjährigen William L. Patterson, der Black Panther-Aktivisten wie Huey Newton und Bobby

55 Zu W.E.B. Du Bois' Besuch in der DDR: Hamilton Beck, *Censoring Your Ally: W.E.B. Du Bois in the German Democratic Republic*, in: David McBride/Leroy Hopkins/C. Aisha Blackshire-Belay (Hg.): *Crosscurrents. African-Americans, Africa, and Germany in the Modern World*, Columbia 1998, S. 197-232; Maria Höhn/Martin Klimke: *A Breath of Freedom: The Civil Rights Struggle, African American GIs, and Germany*, New York 2010, S. 125-128. Zur erinnerungskulturellen Verankerung Paul Robesons in der DDR siehe z. B. die vom DDR-Friedensrat publizierte Broschüre: *Days with Paul Robeson*, Berlin (Ost) 1961.

56 Zu schwarzer Solidarität im Zusammenhang mit schwarzem Nationalismus siehe Tommie Shelby: *The Philosophical Foundation of Black Solidarity*, Cambridge, Mass. 2005, S. 101-135.

57 Michael L. Clemons/Charles E. Jones: *Global Solidarity. The Black Panther Party in the International Arena*, in: Kathleen Cleaver/George Katsiaficas (Hg.): *Liberation, Imagination, and the Black Panther Party*, New York 2001, S. 20-39, hier S. 28 ff.; Nikhil Pal Singh: *Black is a Country. Race and the Unfinished Struggle for Democracy*, Cambridge 2004, S. 193 ff.

Seale als eine neue Generation radikaler Aktivisten würdigte, die erpicht darauf seien, eine sozialistische Transformation in den USA voranzutreiben.⁵⁸ Als Mitglieder der Black Panther im Verlauf des Jahres 1968 wegen einer ganzen Reihe drohender Haftstrafen zunehmend unter Druck gerieten, beteiligte sich Patterson an den Verteidigungskampagnen und versuchte internationale Unterstützung für die Panthers in den Ostblockstaaten zu mobilisieren.⁵⁹ Erfolgreich war er damit vor allem auch in der DDR. Das *Neue Deutschland* berichtete, dass mit den Panthers »an die Stelle defensiver, spontaner und anarchischer Ghettorebellionen wirksamere Formen des zielgerichteten und organisierten Widerstandes gegen Diskriminierung und Rassenterror« getreten seien.⁶⁰ Die Black Panther, so das *Neue Deutschland* weiter, gehören zu den »aktivsten Kräften innerhalb der Negerbefreiungsbewegung« und ihr »Denken und Handeln« würde durch die Suche »nach grundlegenden Lösungen« bestimmt.⁶¹ Daher seien »Millionen Bürger des sozialistischen deutschen Staates« im »Geiste echter Solidarität« bereit, für den verhafteten BPP-Führer Bobby Seale – »Sohn des schwarzen Amerika« – einzutreten.⁶² Bevor diese Zusammenarbeit im Geiste der antirassistischen Bündnistradition richtig beginnen konnte, endete sie jedoch aufgrund von unüberwindbaren ideologischen Differenzen zwischen den Black Panthers und der KPUSA. Zur Auseinandersetzung um das Recht auf Selbstverteidigung war eine zunehmende Begeisterung militanter Schwarzer für Mao Zedongs Kulturrevolution hinzugekommen.⁶³ Außerdem warf man der KPUSA vor, aufgrund mangelnder Radikalität bereits in der politischen Bedeutungslosigkeit versunken zu sein.⁶⁴

Als Stokely Carmichael, der vorübergehend der Black Panther-Führung angehört hatte, aus der BPP ausschied, deutete das *Neue Deutschland* dies noch als Zeichen für einen »ideologischen Klärungsprozeß«.⁶⁵

58 Vgl. Horne: *Black Revolutionary*, S. 198.

59 Vgl. ebd., S. 197-201.

60 Klaus Steiniger, Zum nationalen Aspekt der Negerfrage, in: *Neues Deutschland*, 16.2.1969, S. 5.

61 Ebd.

62 Klaus Steiniger: Freiheit für Bobby Seale, Sohn des schwarzen Amerika, in: *Neues Deutschland*, 24.9.1969, S. 6.

63 Vgl. Taj Robeson Frazier: *The East is Black. Cold War China in the Black Radical Imagination*, Durham 2015, hier S. 191 ff.

64 Vgl. Huey Newton: Reply to William Patterson, in: Ders.: *To Die for The People. The Writing of Huey P. Newton*, New York 1972, S. 177.

65 Für breite Volksbewegung gegen Imperialismus, in: *Neues Deutschland*, 1.6.1969, S. 5. Zu Carmichaels vorübergehenden Zusammenarbeit mit den Panthers siehe Joseph: *Waiting 'Til the Midnight Hour*, S. 243 ff.

Nachdem die KPUSA bereits im Verlauf der 1950er Jahre ihre Positionen zur Black Belt-These und dem damit verbundenen Anspruch auf Selbstbestimmung zugunsten einer reformorientierten Sichtweise revidiert hatte, führten aber vor allem die Unstimmigkeiten über die Anwendung revolutionärer Gewalt zu einem endgültigen Bruch zwischen der KPUSA und militanten schwarzen Radikalen. Damit verstummten auch die Solidaritätsbemühungen für die BPP und die Unterstützung ihrer Führungspersönlichkeiten in der DDR, zu denen das *Neue Deutschland* zuletzt noch im September 1969 aufgerufen hatte.⁶⁶

Die kurzzeitige Unterstützung für BPP-Aktivist*innen hatte gezeigt, dass die DDR-Führung in ihrer Interpretation des afroamerikanischen Freiheits- und Gleichheitskampfes mit der KPUSA übereinstimmte und man in der DDR nur unter der Bedingung gleicher politisch-ideologischer Voraussetzungen bereit war, internationale Solidarität für das afroamerikanische »andere Amerika« zu zeigen.⁶⁷ Gleichzeitig deutete sich in den USA in den geführten Auseinandersetzungen an, dass die traditionelle Linke die Protestinhalte und -formen der Neuen Linken und schwarzer militanter Gruppierungen nicht weiter ignorieren konnte, wollte sie ihrer politischen Isolation entkommen und ihre politische Vormachtstellung im linken politischen Lager in den USA zurückgewinnen. Dies traf ebenfalls für die DDR zu, wollte man hier die rot-schwarze antirassistische Bündnistradition fortsetzen.

Angela Davis, die 1968 in die KPUSA eingetreten war, stellte somit vor dem Hintergrund der von politischen und ideologischen Neuformierungen geprägten afroamerikanischen Civil Rights- und *Black Power*-Bewegung nicht nur für (afro-)amerikanische Kommunist*innen, sondern auch für das SED-Regime eine unerwartete Möglichkeit dar, um an alte rot-schwarze Verbundenheitsvorstellungen anzuknüpfen und die Idee einer antirassistischen Bündnistradition wieder aufleben zu lassen.

66 Die ersten Solidarisierungsaufrufe veröffentlichte das *Neue Deutschland* bereits im November 1968: Klaus Steiniger: Freiheit für Huey Newton: Kämpfer und Tribun, in: Neues Deutschland, 16.11.1968, S. 6. Außerdem Klaus Steiniger: Kriener Botschaft an Huey Newton, in: Neues Deutschland, 24.12.1968, S. 6.

67 Siehe Bollinger: Freedom now.

*Rot-schwarze Verbundenheit im Kontext der
Angela-Davis-Solidarität: Kontinuitäten und Neuerungen*

Kurze Zeit nachdem Angela Davis am 16. Oktober 1970 von FBI-Beamten in New York verhaftet worden war, übernahm die KPUSA die Führung in der Organisation einer umfassenden Verteidigungskampagne für Davis in den USA. In der Organisation dieser Kampagne spielten erneut alte linke afroamerikanische KPUSA-Aktivisten wie etwa William L. Patterson und James Jackson eine zentrale Rolle.⁶⁸ Wie schon im Fall der verhafteten Black Panther-Mitglieder ein Jahr zuvor versuchte dieser Kreis afroamerikanischer alter Linker auch für Angela Davis um Unterstützung in der DDR zu werben.⁶⁹ Knapp einen Monat nach Angela Davis' Verhaftung reiste James Jackson in seiner Funktion als KPUSA-Sekretär für Internationale Angelegenheiten nach Ostberlin, um dort an einer vom ZK der SED veranstalteten Konferenz (11. bis 13. November 1970) anlässlich des 150. Geburtstages von Friedrich Engels teilzunehmen. Jackson wollte seine Teilnahme an der Konferenz nutzen, um die anwesenden Delegierten zur Unterstützung für Davis aufzurufen.

Solidarität für Angela Davis mobilisierte sich aber auch im deutschsprachigen Raum jenseits der DDR. Wenige Wochen nach Davis' Verhaftung hatte Herbert Marcuse in der in Wien erscheinenden Monatszeitschrift *Neues Forum* unter der Überschrift »Helft Angela« eindringlich zur Formierung einer internationalen Protestbewegung für Davis aufgerufen:

Angela Davis kämpft um ihr Leben. Nur ein mächtiger Protest, ein Protest, der sich überall, in allen Ländern erhebt, ein Protest der überall gegenwärtig ist und nicht erstickt werden kann, kann ihr Leben retten.⁷⁰

68 Earl Ofari Hutchinson: *Blacks and Reds. Race and Class in Conflict, 1919-1990*, Michigan 1995, S. 279-293; Horne: *Black Revolutionary*, S. 203 ff.

69 William Patterson und seine Frau Louise Thompson Patterson besuchten im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre regelmäßig die DDR. Fotos von privaten Aufenthalten der Pattersons bei einem Bekannten in Potsdam oder Pattersons kontinuierliche Korrespondenz mit der Ostberliner Akademie der Künste, die ihn 1978 mit der Paul-Robeson-Gedenkmedaille auszeichnete, zeigen Pattersons enge Verbindungen zur DDR bis zu seinem Tod 1980. Siehe etwa *Germany* Oktober 1972. Photos sent by Heinz Tichler, in: Louise Thompson Patterson Papers, Box 5 Folder 18, Emory. Paul-Robeson-Komitee der DDR: Verleihung Paul-Robeson-Gedenkmedaille an William L. Patterson, 6.4.1978, in: Box 22 Folder 11, Louise Thompson Patterson Papers, Stuart A. Rose Manuscript, Archives, and Rare Book Library, Emory University.

70 Herbert Marcuse: *Helft Angela*, in: *Neues Forum*, Heft 203 (November 1970), S. 1020, abgedruckt in: Peter-Erwin Jansen (Hg.): *Herbert Marcuse. Nachgelassene Schriften*. Bd. 4: *Die Studentenbewegung und ihre Folgen*, Springer 2004, S. 173.

Dass Marcuses Solidaritätsaufruf gerade in der Bundesrepublik auf große Resonanz stieß, war im Zusammenhang mit der Mobilisierung einer DDR-Solidaritätskampagne für Angela Davis nicht bedeutungslos. Denn die umfassende Unterstützung für Angela Davis aus dem Kreis der Neuen Linken in der Bundesrepublik schien zunächst gegen eine offizielle Unterstützungsbekundung der SED-Führung für Davis zu sprechen. In der Bundesrepublik hatte die *Black Power*-Bewegung zu dieser Zeit bei Teilen der Studentenbewegung wegen ihrer Militanz und revolutionären Entschlossenheit zunehmend eine Vorbildfunktion eingenommen.⁷¹ Führende Akteure wie Rudi Dutschke oder der ehemalige Vorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Karl-Dietrich Wolff, solidarisierten sich mit *Black Power*, da sie sich durch eine gemeinsame Erfahrung der Unterdrückung durch das imperialistische System des Westens mit ihr verbunden fühlten.⁷² Bereits im November 1969 hatte Wolff in Frankfurt am Main das Black Panther-Solidaritätskomitee als eine »neue Form der internationalistischen Solidarität« zur Unterstützung der *Black Power*-Bewegung gegründet.⁷³ Neben der Zusammenarbeit mit der BPP hatte sich das Solidaritätskomitee zur Aufgabe gesetzt, »über den faschistischen Terror der herrschenden Klasse der USA« aufzuklären und Agitation und Propaganda gegen den Vietnamkrieg unter in Westdeutschland stationierten afroamerikanischen GIs zu betreiben. Die westdeutsche Solidarität mit *Black Power*-Aktivisten basierte jedoch nicht nur auf einer gemeinsamen antiimperialistischen Ideologie. Westdeutsche Studenten wie Wolff nahmen die rassistische Diskriminierung der Afroamerikaner in den USA unter dem Eindruck der deutschen NS-Vergangenheit wahr und verspürten durch das Erbe der NS-Ideologie eine besondere Verantwortung, Black Power-Akteure im Kampf gegen

71 Zur Identifikation Jugendlicher und junger Erwachsener in der Bundesrepublik mit afroamerikanischen Aktivisten, insbesondere afroamerikanischen Leitfiguren der Bürgerrechts- und *Black Power*-Bewegung im Kontext der Formierung einer westdeutschen Gegenkultur siehe Detlef Siegfried: *Time is on my Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 1960er Jahre*, Göttingen 2006, S. 385; Moritz Ege: *Schwarz werden – »Afroamerikanophilie« in den 1960er und 1970er Jahren*, Bielefeld 2007, S. 11 ff.; Detlef Siegfried: *White Negroes. The Fascination of the Authentic in the West German Counterculture of the 1960s* in: Belinda Davis u. a. (Hg.): *Changing the World, Changing Oneself: Political Protest and Collective Identities in West Germany and the U. S. in the 1960s and 1970s*, New York 2010, S. 191-215.

72 Siehe Klimke: *The »Other« Alliance*, S. 108-142.

73 Maria Höhn: *The Black Panther Solidarity Committees and the Voice of the Lumpen*, in: *German Studies Review*, XXXI,1 (2008), S. 133-154.

eine scheinbare Rückkehr des Faschismus zu unterstützen.⁷⁴ Mit ihrer Verhaftung sollte Angela Davis zu der Black Power-Ikone in der Bundesrepublik werden.⁷⁵ Denn ihr Fall ließ sich, wie Herbert Marcuse es in seinem Protestaufruf formuliert hatte, als die »Geschichte einer dreifachen Repression« sehen, »gegen eine Frau, gegen eine militante Negerin, gegen eine linke Rebellin«.⁷⁶ Damit stellte sie aus Sicht neuer linker Aktivisten eine authentische Symbolfigur genau für die Unterdrückung dar, gegen die man ankämpfen wollte. Im November 1970 formierte sich in der Bundesrepublik mit der Gründung des sogenannten Initiativausschusses zur Rettung von Angela Davis eine Solidaritätsbewegung für Angela Davis.⁷⁷

Afroamerikanische alte Linke waren sich der Problematik bewusst, die Davis' Verbindung zu Herbert Marcuse und ihre Symbolik als neue linke Black Power-Ikone für die Fortführung rot-schwarzer Verbundenheitstraditionen in der DDR mit sich brachte. Bei der Konferenz in Ostberlin sah sich James Jackson daher veranlasst, in Anwesenheit hochrangiger Parteifunktionäre die Gründe für die Mobilisierung einer Solidaritätskampagne für Davis in der DDR darzulegen.

In seiner Rede mit dem Titel »Three Philosophers: Frederick Engels, Herbert Marcuse and Angela Davis« relativierte Jackson dazu vor allem Davis' Verbindung zu Herbert Marcuse und der Neuen Linken. In der DDR wie auch in der Sowjetunion hatte man das wieder erwachte Interesse junger Aktivisten an Marx und Lenin aufmerksam verfolgt, das mit den Protestbewegungen um 1968 im Westen einherging.⁷⁸ Diskutierte

74 Vgl. Maria Höhn: »We will Never Go Back to the Old Way Again«: Germany in the African American Debate on Civil Rights, in: *Central European History* 41,4 (2008), S. 605-637.

75 Klimke: *The »Other« Alliance*, S. 134-139.

76 Herbert Marcuse: *Helft Angela*, in: *Neues Forum*, 203 (1970), S. 1020, abgedruckt in *Marcuse: Die Studentenbewegung und ihre Folgen*, S. 173.

77 Wolfgang Kraushaar: *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Chronik. Bd. I*, Hamburg 1998, S. 501. Wenig später gründeten Manfred Clemenz, Lothar Menne, Oskar Negt, Claudio Pozzoli und Klaus Vack, die mit Angela Davis seit ihren Frankfurter Studententagen (1965-1967) befreundet waren, das Angela Davis Solidaritätskomitee in Offenbach, das gezielt unabhängig von linken Organisationen »Gruppen aller Richtungen« zur Unterstützung für Davis vereinen wollte. Vgl. »Über dieses Buch«, in: *Angela Davis Solidaritätskomitee (Hg.): Am Beispiel Angela Davis*, Frankfurt/M. 1972, o. S. (Klappentext vorne).

78 Kimmo Rentola: *The Year 1968 and the Soviet Communist Party*, in: Katharina Fahlenbrach u. a. (Hg.): *The Establishment Responds. Power, Politics, and Protest since 1945*, New York 2012, S. 139-156, hier S. 140; Jeremi Suri vertritt zudem die Theorie, dass die Regierungen der jeweiligen Blöcke mit Détente und der damit einhergehenden Idee eines »Mächtegleichgewichts« davon absahen, den jeweils anderen Block im Kontext der Jugendproteste zu provozieren, um eine Schwächung

man in sowjetischen Führungskreisen noch über mögliche politische Gewinne, die sich hieraus ergeben könnten, übte das Parteiregime in der DDR bereits hingegen offen Kritik an Marcuse. Denn während man in der DDR mit viel Aufwand versuchte, die nachwachsende Generation zum Glauben an die revolutionäre Bedeutung der Arbeiterklasse zu erziehen, stellte Marcuse im Westen genau diese Doktrin mit seinen Ausführungen über den revolutionären Bedeutungsverlust der Arbeiterklasse mit großem Erfolg in Frage. Entsprechend hieß es in der DDR, Marcuse würde mit seinem »neuen Kommunismus« die »bestehende Welt des Sozialismus gleichsam von links« angreifen.⁷⁹ Als auf dem Höhepunkt der Proteste um 1968 Studenten von Westberlin bis Berkeley laut »Marx, Mao, Marcuse« skandierend durch die Straßen zogen, sah es das ZK der SED als notwendig an, klarzustellen, dass der »bürgerliche Philosoph Herbert Marcuse« wegen seiner »kritischen Haltung gegenüber den Verfallserscheinungen des Imperialismus« in Kreisen der studentischen Jugend in Westdeutschland zwar bewundert werde, »jedoch die historische Wahrheit« verschleierte, dass nur »die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder in Theorie und Praxis die Vollstrecker des Marxschen Erbes« seien.⁸⁰

So überrascht es kaum, dass James Jackson in seinem Vortrag in Länge und Breite über Herbert Marcuse als einen der »einflussreichsten und gewandtesten Erzeuger und Verbreiter von falschen revolutionären Lehren« referierte, während er Angela Davis und ihre ideologische Entwicklung in die theoretische Tradition Friedrich Engels' einreichte.⁸¹ Davis sei eine marxistische Philosophin im »Übergang von Marcuse zu Marx und Lenin, die sich weder von »den Agents Provocateurs der Polizei«, noch von Herbert Marcuse, dem »revolutionären Müll verbreitenden alten Schwindler«, in die »Tricktasche der Anarchisten« stecken lassee.⁸² Sie sei vielmehr eine Kommunistin, die sich der »begründeten revolutionären Wissenschaft des Marxismus verpflichtet« sehe, und nicht »der nihilistischen Taktik der Anarchie.«⁸³ Außerdem sei Davis eine »passionierte Widerstandskämpferin für die Freiheitsbestrebungen ihres Volkes – den

im eigenen Land zu vermeiden. Siehe Jeremi Suri: *Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente*, Cambridge, Mass. 2003, S. 216.

79 Harald Wessel: Inwendig reißende Wölfe, in: *Neues Deutschland*, 5.9.1968, S. 5.

80 Der Sieg von Marx und der Bankrott seiner Kritiker, in: *Neues Deutschland*, 30.1.1968, S. 4.

81 James Jackson: *Three Philosophers: Frederick Engels, Herbert Marcuse and Angela Davis (1970)*, in: Ders.: *Revolutionary Tracings in World Politics and Black Liberation*, New York 1974, S. 45-56, hier S. 49.

82 Ebd., S. 53 ff.

83 Ebd., S. 55.

segregierten, rassistisch verfolgten, super-ausgebeuteten, diskriminierten schwarzen Menschen aus Alabama, dem Süden, und unserer Nation.«⁸⁴ Jackson versuchte dabei, den Einfluss der von orthodox marxistisch-leninistischen Parteikadern als konterrevolutionär bezeichneten Theorien Marcuses auf Davis' politisch-ideologische Entwicklung als kurze ideologische Verirrung zu verharmlosen. Stattdessen zeichnete er ein Bild von Angela Davis, das sie als Inbegriff des schwarzen Revolutionärs in der sozialistischen Vorstellungswelt erscheinen lassen sollte. Er sei sicher, so Jackson, dass die Arbeiterklasse der DDR Angela Davis' »hilfesuchende Hand mit einem kräftigen Griff« der internationalen Solidarität festhalten und ihre Freiheit fordern werde.⁸⁵ James Jackson kontextualisierte Angela Davis und die Solidarisierung mit ihr klar im Kontext der Kommunistischen Partei und deren rassenübergreifender internationaler Bündnistradition – entsprechend blieb sein Solidaritätsaufruf bei der SED-Führung nicht ungehört.

Am nächsten Tag war im *Neuen Deutschland* von einem »bewegenden« Solidaritätsaufruf des Genossen Jackson für die »von der amerikanischen Lynchjustiz bedrohte« Angela Davis' zu lesen.⁸⁶ Unter »stürmischen Beifall« versicherte im Anschluss an Jacksons Rede Hermann Axen, dass der Kampf für die Befreiung der Genossin Angela Davis verstärkt und alles unternommen werde, um ihr die Freiheit zurückzugeben.⁸⁷ Die Unterstützungszusage Axens am 13. November 1970, der ab 1966 als Sekretär des ZK der SED für die internationalen Verbindungen der Partei verantwortlich war und seit Ende der 1960er Jahre als Architekt der DDR-Außenpolitik galt, war die erste öffentliche Solidaritätsbekundung für Angela Davis von einem Repräsentanten des SED-Regimes. In den Wochen danach formierte sich zunehmend Unterstützung für Angela Davis in der DDR, die an James Jacksons Aufruf im Sinne einer rot-schwarzen Verbundenheitstradition anknüpfte. Als Angela Davis eineinhalb Jahre später freigesprochen wurde, stimmten beide Seiten in ihrer Bewertung der Ereignisse euphorisch mit dem rot-schwarzen Bündnisveteran William L. Patterson überein. Für ihn stellte Davis' Freispruch den seit seinen Scottsboro Boys-Tagen ersehnten Beweis für die »unschlagbare Kraft schwarz-weißer Geschlossenheit« dar, die der »Ideologie des prole-

84 Ebd.

85 Jackson: *Three Philosophers*, S. 56.

86 Internationale wissenschaftlich Konferenz des ZK, in: *Neues Deutschland*, 14.11.1970, S. 4.

87 Ebd.

tarischen Internationalismus« zu Beginn der 1970er Jahre zu neuer Stärke verholfen habe.⁸⁸

Fazit

Der Artikel zeigte die lange Tradition rot-schwarzer Verbundenheitsvorstellungen, die bereits in der frühen Sowjetunion auszumachen sind. Die Zuschreibung einer besonderen Rolle der Afroamerikaner in der Weltrevolution durch die Komintern-Führung korrespondierte hier mit dem Aufkommen eines sozialistisch geprägten schwarzen Internationalismus, der eine grenzübergreifende Vernetzung des afroamerikanischen Freiheits- und Gleichheitskampfs über die bisherigen geographischen und gesellschaftlichen Grenzen der Rassensegregation in den USA anstrebte. Gleichzeitig ergänzte er panafrikanische Bündnisinteressen um eine ideologische Dimension, die eine marxistisch-leninistische Weltsicht als einendes Element verstand. In der Sowjetunion wurde die von der afroamerikanischen Bevölkerung erfahrene rassistische Diskriminierung dabei als eine spezifische Eigenschaft der kapitalistischen Gesellschaft der USA dargestellt, während rot-schwarze Verbundenheit und Antirassismus als sozialistische Eigenheit propagiert wurden.

Diese frühen rot-schwarzen Verbundenheitsvorstellungen führten außerdem zu Begegnungen zwischen der Sowjetunion und afroamerikanischen Kommunisten wie William L. Patterson, die sich für eine weitere Festigung der rot-schwarzen Verbundenheit in der sozialistischen Vorstellungswelt einsetzten. Die Solidaritätsbemühungen in der DDR für das »andere Amerika« folgten dieser Tradition. Der Glaube an eine besondere Verbundenheit zwischen Kommunisten und Afroamerikanern lebte so auch in der sozialistischen Vorstellungswelt der DDR fort. Ihre Fortführung resultierte außerdem in einer Fortsetzung personeller Verbindungen zu afroamerikanischen Linken wie etwa zu William L. Patterson, Paul Robeson und W. E. B. Du Bois.

Auch die DDR-Solidaritätskampagne für Angela Davis kann in dieser rot-schwarzen, antirassistischen Bündnistradition gesehen werden, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Angela Davis stand zwar als Kommunistin im Freund-Feind-Denken auf der »richtigen Seite« des ideologischen Antagonismus, entsprach allerdings nicht vorbehaltlos den ideologischen

88 William L. Patterson: Some significant features of the Angela Davis Case, in: William L. Patterson Papers: Box 20 Folder 7, Moorland Spingarn Research Center, Howard University.

Anforderungen. Durch ihre Aktivitäten im Che-Lumumba-Club, der organisatorisch der Partei angehörte, aber ausschließlich aus schwarzen Mitgliedern bestand, verkörperte Davis damit innerhalb der KPUSA eine neue, hauptsächlich afroamerikanische Mitgliedergeneration, die sich als »neue alte Linke« bezeichnen lässt.⁸⁹ Denn Davis war einerseits überzeugte Vertreterin des Marxismus-Leninismus, griff jedoch auf Sprache und Ästhetik schwarzer Militanter zurück, um ihre politisch-ideologischen Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Im Gegensatz zur traditionellen Linken zeichnete sie sich durch ein besonderes Bündnisinteresse mit neuen radikalen linken Gruppen aus und lehnte Black Power-Positionen wie das Recht auf Selbstverteidigung nicht grundsätzlich ab. So stellten Davis' politisch-ideologische Positionen durchaus auch eine subversive Gefahr für das Parteiregime dar.⁹⁰ Dass die SED-Führung trotz der subversiven Gefahr, die von Davis' politisch-ideologischen Positionen ausging, eine umfangreiche Solidaritätskampagne für sie organisierte, lag unter anderem auch an den bereits existierenden Verbindungen zu afroamerikanischen Linken, die durch die Unterstützung der DDR für Davis nicht nur gestärkt wurden, sondern auch zur Außendarstellung der DDR als antirassistischer deutscher Staat beitragen sollten.

Außerdem ist davon auszugehen, dass die westdeutsche Angela Davis-Solidaritätsbewegung und die Solidarisierung bundesdeutscher Neuer Linker mit afroamerikanischen Aktivisten die DDR-Führung anspornte, die rot-schwarze Bündnistradition als Errungenschaft des sozialistischen Deutschlands zu forcieren. Gerade vor diesem Hintergrund lässt sich sagen, dass sich die Solidaritätskampagne für Angela Davis für die DDR-Funktionäre durchaus auszahlte. Denn trotz ihrer teils ambivalenten politisch-ideologischen Positionen teilte Davis den Glauben alter Linker an die Wirkungsmacht einer rassenübergreifenden Solidarität und meinte ebenfalls, in der DDR eine Gesellschaft frei von rassistischen Vorurteilen gefunden zu haben. Mit dieser Wahrnehmung der DDR als Verbündeter stellte Angela Davis sicherlich jedoch eine Ausnahme in den Reihen der Aktivisten dar, die in den 1970er Jahren den afroamerikanischen Kampf gegen Rassismus und Unterdrückung anführten. Wegen ihrer Besuche in der DDR und der Sowjetunion sowie ihrer gewonnenen Nähe zum

89 Beth Slutsky: *Gendering Radicalism. Women and Communism in Twentieth-Century California*, Lincoln 2015, S. 131 f.

90 Diese Ambivalenzen zeigten sich auch in der öffentlichen Darstellung Davis' im Verlauf der DDR-Solidaritätskampagne. Siehe hierzu Kathrina Hagen: *Ambivalences and Desire in the East German »Free Angela Davis« Campaign*, in: Quinn Slobodian (Hg.): *Comrades of Color. East Germany in the Cold War World*, New York 2015, S. 157-187.

Staatssozialismus erfuhr sie im Westen von unterschiedlichen Gruppen Kritik, auch wenn sie weiterhin politisch-ideologische Elemente der *Black Power*-Bewegung und der Neuen Linken in ihren Positionen vertrat. So berichtete die *New York Times* über Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit, die Davis mit ihrer Tour durch den Ostblock unter anderem auch bei Vertretern der neuen linken Protestbewegungen hervorgerufen habe.⁹¹ Teile der schwarzen Community reagierten mit Befremden auf Davis' rot-schwarze Bündnisinteressen im Geiste des schwarzen Internationalismus und warfen ihr vor, mit ihrem öffentlichen Bekenntnis zu den sozialistischen Regierungen die eigene Sache zu verraten, anstatt sich dem von schwarzen Aktivisten und Organisationen geführten Befreiungskampf in den USA zu widmen. Schließlich bezog auch Herbert Marcuse, der zunächst von direkter Kritik an Davis abgesehen hatte, zu deren Positionen Stellung. Im Gegensatz zu den US-Medien würdigte Marcuse Davis' Glaube an die revolutionäre Kraft internationaler Solidarität, meinte jedoch, dass sie dabei ignoriere, dass die »Parteien in den osteuropäischen Ländern nicht unbedingt für den Sozialismus oder Kommunismus, sondern für das bestehende System« kämpften.⁹²

Trotz der unterschiedlich formulierten Zweifel an den antirassistischen Solidaritätsbekundungen der SED-Führung blieb Angela Davis der DDR eng verbunden. So nahm sie im Oktober 1975 als offizielle KPUSA-Repräsentantin an dem in Ostberlin veranstalteten Weltfrauenkongress teil.⁹³ Außerdem gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern des *U.S. Friendship Committee for the GDR*, das nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Imagepflege der DDR in den USA beitragen sollte.⁹⁴ Zu Beginn der 1980er Jahre kehrte Angela Davis noch einmal als Repräsentantin der KPUSA nach Ostberlin zurück, um an der *VIII. Kinder- und Jugendspartakiade* (18.-26. Juli 1981) teilzunehmen.⁹⁵ 2010 schrieb sie im Vorwort zu Klaus Steinigers *Angela Davis. Eine Frau schreibt Geschichte*, dass die Erinnerung an die millionenfache Solidaritätspost aus der DDR ihr noch immer vor Augen führe, wie wichtig es

91 Miss Davis Hails Soviet's Policies, in: *New York Times*, 10.9.1972, S. 21.

92 Herbert Marcuse: Brief an Angela Davis (24.10.1972), in: Jansen (Hg.): Herbert Marcuse. Nachgelassene Schriften, S. 181-183, hier. S. 181.

93 Weltkongress im Jahr der Frau wird heute in Berlin eröffnet, in: *Neues Deutschland*, 20.10.1975, S. 1. Siehe außerdem Celia Donert: Wessen Utopie? Frauenrechte und Staatssozialismus im Internationalen Jahr der Frau 1975, in: Eckel/Moyn (Hg.): *Moral für die Welt?*, S. 367-393.

94 Heinrich Bortfeld: In the Shadow, in: Detlef Junker u. a. (Hg.): *The United States and Germany in the Era of the Cold War*, S. 308.

95 VIII. Kinder- und Jugendspartakiade eröffnet. Mit Elan und Willenskraft zu hohen sportlichen Zielen, in: *Neues Deutschland*, 21.7.1981, S. 1.

sei, die »historische Erinnerung an das zu bewahren, was die sozialistischen Länder erreichen« könnten.⁹⁶ So trug Angela Davis mit ihren kontinuierlichen Unterstützungsbekundungen für die DDR vor allem während ihrer Besuche 1972 und 1973, aber auch darüber hinaus, wohl wie keine andere Repräsentantin des »anderen Amerika« dazu bei, dass internationale Solidarität als politisch-ideologische und gesellschaftliche Sinnggebung in der DDR wirkte und damit die Welt- und Wirklichkeitsdeutung in der DDR – zumindest vorübergehend – prägte.

96 Angela Davis: Vorwort, in: Klaus Steiniger: Angela Davis. Eine Frau schreibt Geschichte, Berlin 2010, S. 9-13, hier S. 13.

Europa als »Dritte Welt«

Europäische Perspektiven auf globalen Aktivismus
während des Kalten Krieges¹

KIM CHRISTIAENS

Seit den späten 1950er Jahren überwand eine Vielzahl sozialer Bewegungen die Grenzen zwischen den »drei Welten«, die sich, so bereits die Zeitgenossen, durch die Wechselwirkung zwischen dem Kalten Krieg und dem Dekolonialisierungsprozess der Nachkriegszeit herausgebildet hatten. Dieser Globalisierungsprozess beschränkte sich nicht auf die bekannten humanitären Projekte nichtstaatlicher Entwicklungshilfeorganisationen. Kampagnen in der »Ersten Welt« wurden durch verschiedene politische Probleme und Entwicklungen in der »Dritten Welt« angeregt, die vom Vietnamkrieg und der Anti-Apartheid in Südafrika über das Pinochet-Regime in Chile bis zum sandinistischen Reformstaat in Nicaragua reichten. Andere Initiativen mobilisierten Unterstützung für Dissidenten in der »Zweiten Welt«, zum Beispiel in Ungarn 1956, der ČSSR 1968 oder in Polen in den 1980er Jahren. Die meisten dieser Bewegungen weckten allerdings bis in die späten 1980er Jahre kein Interesse, weder in der Öffentlichkeit noch in der Forschung. Das lag unter anderem daran, dass Initiativen für die »Dritte Welt« nur einer kleinen radikalen Linken zugeschrieben bzw. als »Agitprop« kommunistischer Parteien und ihrer Sympathisanten angesehen wurden.² Aus einer orthodoxen Sicht des Kalten Krieges galt die Unterstützung für Dissidenten und deren Kampf gegen »nichtreformierbare« kommunistische Regimes als unbedeutend und obsolet.³

Diese Einschätzung änderte sich zum Ende des Kalten Krieges gravierend. Seit den 1990er Jahren wuchs das wissenschaftliche und öffentliche Interesse an der Geschichte und Bedeutung des »transnationalen Aktivismus« während der vergangenen Jahrzehnte. Diese Bewegungen sollten

¹ Aus dem Englischen übersetzt von Jakob Saß.

² Vgl. Richard J. Aldrich: Putting Culture into the Cold War: The Cultural Relations Department (CRD) and British Covert Information Warfare, in: Giles Scott Smith/Hans Krabbendam (Hg.): The Cultural Cold War in Western Europe 1945-1960, London 2003, S. 109-134; Vladimir Kabes/Alfons Sergot: Blueprint of Deception. Character and Record of the International Association of Democratic Lawyers, Den Haag 1957.

³ David Ost: Solidarity and the Politics of Anti-Politics. Opposition and Reform in Poland since 1968, Philadelphia 1990, S. 61.

nun zeigen, dass die Globalisierung schon vor dem Ende des Kalten Krieges begonnen hatte: Der Ost-West-Konflikt habe die Globalisierung weniger gehemmt als vielmehr stimuliert.⁴ Europäische Narrative verschoben sich zu einer selbstgefälligen Perspektive. Danach wurden die Bewegungen im Kontext des Nord-Süd- und Ost-West-Konflikts gemeinsam als Vorläufer einer »globalen Zivilgesellschaft« gedeutet – sie hätten nicht nur zum Ende des Kalten Krieges und des Kolonialismus beigetragen, sondern auch zur Etablierung eines internationalen Menschenrechtsregimes.⁵ Dabei hätte der gemeinsame Kampf für die Menschenrechte die Bewegungen mit verschiedenen ideologischen Hintergründen und Orientierungen vermeintlich vereint.⁶ Aus der damaligen Perspektive hätten internationale Solidaritätsbewegungen die Sprache eines marxistischen Internationalismus und des Anti-Kolonialismus hinter sich gelassen, um die liberalen Prinzipien der Menschenrechte und Demokratie anzunehmen. Ebenso hätten osteuropäische Dissidenten als Folge der »Schlussakte von Helsinki« 1975 die Sprache der Menschenrechte angenommen und sich von der verlockenden »Rückkehr nach Europa« inspirieren lassen.⁷

Trotz eines solchen Narrativs vom »globalen Aktivismus« und von sich global entwickelnden Bewegungen, die das Ende des Kolonialismus und des Kalten Krieges ankündigten, blieb der Blick auf sie bislang eher eingeschränkt. Die meisten Publikationen konzentrieren sich bislang auf spezielle Kampagnen und versäumen dabei eine diachrone und synchrone vergleichende Perspektive. Historiker und Historikerinnen haben zwar die Dimensionen des angeblichen »globalen Aktivismus« hervorgehoben, indem sie zeigten, wie Aktivisten ausländische Probleme für ihre eigene Agenda instrumentalisierten. Beziehungen und Schnittpunkte zwischen verschiedenen Bewegungen und ihren Anliegen wurden dagegen selten analysiert. Die Nord-Süd-Solidarität wurde beispielsweise kaum aus der Perspektive von Ost-West-Initiativen untersucht und umgekehrt.⁸ Mehr

4 Vgl. Sandrine Kott: Cold War Internationalism, in: Glenda Sluga/Patricia Clavin (Hg.): Internationalisms. A Twentieth-Century History, Cambridge 2016, S. 340-363.

5 Siehe dazu: Hakan Thörn: Anti-Apartheid and the Emergence of a Global Civil Society, Basingstoke/New York 2006.

6 Siehe dazu: Thomas Risse/Stephen C. Ropp/Kathryn Sikkink (Hg.): The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change, Cambridge 1999.

7 Jacques Rupnik: The Legacies of Dissent. Charter 77, the Helsinki Effect, and the Emergence of a European Public Space, in: Friederike Kind-Kovacs/Jessie Labov (Hg.): Samizdat, Tamizdat, and Beyond: Transnational Media During and After Socialism, New York 2013, S. 316-332, hier S. 324.

8 Vgl. Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris/Wouter Goedertier: Inspirées par le Sud:

noch: Die Geschichtsschreibung im Zeichen des »globalen Aktivismus« tendiert immer noch zu einer Geschichte von Europa oder des Westens, deren Globalisierungsprozess sich auf andere Regionen und »Peripherien« ausweitete. Eine globale Zivilgesellschaft ist aus dieser Sicht der Versuch, die »Zweite« und »Dritte Welt« in die »Erste« zu integrieren.⁹

In diesem Kapitel soll dieses Narrativ dekonstruiert werden. Es wird gezeigt, dass »globaler Aktivismus« ein Versuch war, Solidaritätsbände in Europa zu knüpfen, und dass sich die jeweiligen Bewegungen zunächst vor allem mit konkreten europäischen Themen auseinandersetzten und erst so Verbindungen zur »Dritten Welt« aufbauten. Daher wird im Folgenden untersucht, wie europäische »Dritte Welt«-Kampagnen mit drei beispielhaften transnationalen Problemfällen umgehen, wie sie diese aus ihrer Perspektive deuten bzw. umdeuten: erstens die Entspannungspolitik im Kalten Krieg in den 1960er und frühen 1970er Jahren, zweitens der Kampf gegen autoritäre Regimes in Südeuropa, die 1974 und 1975 zusammenbrachen, und drittens die Not der Dissidenten in Osteuropa in den 1970er und 1980er Jahren.

Zunächst zeigt der Artikel aus der Perspektive des Ostens, wie die »Dritte Welt« zum Symbol für die ersehnte Entspannungspolitik wurde, Annäherungen zwischen Ost und West begünstigte und zum Kernthema europäischer Friedensbewegungen wurde. Im zweiten Teil werden die starken Verbindungen der Solidaritätsbewegungen mit den Kampagnen gegen die »faschistischen« Diktaturen in Südeuropa analysiert. Diese Verbindungen zeigen, wie die Probleme in der »Dritten Welt« – z. B. im Vietnam-Krieg, in Pinochets Chile oder in Südafrika während der Apartheid – Deutungsmöglichkeiten boten, mit denen sich Europas faschistische Vergangenheit und Gegenwart erklären ließen. Zuletzt stehen der Wandel und der umstrittene Charakter der Ost-West-Beziehungen im Vordergrund. Hier wird die gemeinsame Identität untersucht, die sich die verschiedenen Initiativen für die »Dritte Welt« und jene für die osteuropäischen Dissidenten konstruierten. Es werden aber auch Grenzen deutlich. Dabei hebt dieser Beitrag eine Reihe von Akteuren und Ideen hervor, die bisher in den Darstellungen zum transnationalen Aktivismus im Kalten Krieg vernachlässigt worden sind. Die Argumentation bricht hier deutlich mit dem »Mainstream-Narrativ« vom Aufkommen globaler Menschenrechtsdiskurse und internationaler Solidaritätsbewegungen,

Les mobilisations transnationales Est-Ouest pendant la guerre froide, in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 109 (2011), S. 155-168.

⁹ Vgl. Ian Clark: Globalization and Fragmentation. International Relations in the Twentieth Century, Oxford 1997, S. 122.

das seit Ende des Kalten Krieges in der Geschichtsschreibung und in der öffentlichen Erinnerung in Europa vorherrschte.

*Durch den Osten inspiriert?
Die »Dritte Welt« und die Ost-West-Entspannungspolitik*

Der Widerstand gegen den osteuropäischen Kommunismus wird in der Geschichtsschreibung üblicherweise als Hauptimpuls für die Globalisierung der europäischen sozialen Bewegungen und ihre Hinwendung zur »Dritten Welt« seit den späten 1950er Jahren betrachtet.¹⁰ Besonders nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution durch sowjetische Truppen im Herbst 1956 und dem Ende der Suez-Krise 1957 breitete sich in Westeuropa die Solidarität mit der »Dritten Welt« aus, insbesondere in der »Neuen Linken«.¹¹ Die Aversion gegen die Sowjetunion und alles, wofür sie stand – kommunistische Parteien im Westen und kommunistische Staaten im Osten –, inspirierte eine große Anzahl von Gruppen, welche die »Dritte Welt« für sich entdeckten und die Pattsituation des Kalten Krieges damit umgingen. In der »Dritten Welt« suchten sie alternative Versionen des Marxismus, die sich vom Ostblock-Kommunismus unterschieden, kritisierten aber auch gleichzeitig sowohl den US-amerikanischen und sowjetischen »Imperialismus« als auch den Zwang der »friedvollen Koexistenz«. Auf der anderen Seite nutzte eine wachsende Zahl westlicher NGOs Entwicklungsprogramme und Menschenrechte, um in Zusammenarbeit mit Regierungen den Kommunismus in Afrika, Asien und Lateinamerika zu bekämpfen.¹² Der Rolle kommunistischer Bewegungen in Europa wurde dagegen von der Forschung wenig Aufmerksamkeit geschenkt, ebenso wenig der Ausbreitung von Ost-Süd-Beziehungen infolge der Nachkriegsdekolonisation.

Dass die »Dritte Welt« auf der Agenda sozialer Bewegungen im Westen immer wichtiger wurde, fiel allerdings mit dem Erstarren der Friedensbewegung und vermehrten Ost-West-Kontakten zusammen. Anders als radikale Bewegungen, die die Befreiung der »Dritten Welt« propa-

10 Eleanor Davey: French Adventures in Solidarity: Revolutionary Tourists and Radical Humanitarians, in: *European Review of History* 21,4 (2014), S. 577-595, hier S. 578 f.

11 Vgl. Christoph Kalter: A Shared Space of Imagination, Communication, and Action. Perspectives on the History of the »Third World«, in: Samantha Christiansen/Zachary A. Scarlett (Hg.): *The Third World in the Global 1960s*, New York/Oxford 2013, S. 23-38.

12 Siehe dazu auch: Thörn: *Anti-Apartheid*, S. 37 f.

gierten, setzten die Gruppen der Friedensbewegung zunächst darauf, die Ost-West-Entspannung zu fördern, ohne die Teilung von Ost und West infrage zu stellen. Viele von ihnen entstanden aus kommunistischen Gruppierungen oder umfassten Friedensgruppen kommunistischer Parteien, die in den 1950er Jahren gegründet wurden.¹³ Seit Mitte der 1960er Jahre wurde die »Dritte Welt« für die Friedensbewegungen immer wichtiger. Anti-Atomkraft-Märsche und Kampagnen für die Abrüstung bildeten die Grundlage für neue Kampagnen gegen den Vietnamkrieg.

In mehreren westeuropäischen Ländern entwickelten sich kommunistische Friedensbewegungen zu zentralen Akteuren im Engagement für die »Dritte Welt«. Als internationaler Dachverband unterstützte der Weltfriedensrat (WPC), finanziert von der Sowjetunion, ab Mitte der 1960er Jahre eine Reihe von Kampagnen gegen den Vietnamkrieg, die Vertreter aus Ost und West sowie aus der »Dritten Welt« zusammenbrachten. Bald schnellten die Mitgliederzahlen des WPC in afrikanischen und asiatischen Ländern in die Höhe, die gerade ihre Unabhängigkeit errungen hatten. Die kommunistischen Parteien im Westen und Regierungen in Osteuropa gründeten Solidaritätskomitees für Kuba, Vietnam und Anti-Apartheid, die in Ländern wie der DDR oder Polen in neugegründete Afro-Asiatische Solidaritätskomitees eingebunden wurden.¹⁴ Konferenzen und Veröffentlichungen internationaler, sowjetisch finanzierter Organisationen wie des Weltgewerkschaftsbundes, des Weltfriedensrates und des Weltbundes der Demokratischen Jugend widmeten Themen der »Dritten Welt« beträchtliche Aufmerksamkeit.¹⁵

Viel ist bereits über die Motive dieses kommunistischen Engagements geschrieben worden. Die Solidarität mit Vietnam und anderen »Dritte Welt«-Ländern, die unter dem fortdauernden »Faschismus« und »Imperialismus« des Westens litten, dienten in der Sowjetunion der Propaganda und Legitimation: Der »Hitlerismus« würde weiter auf der

13 Vgl. Günter Wernicke: *The Communist-Led World Peace Council and the Western Peace Movements: The Fetters of Bipolarity and Some Attempts to Break Them in the Fifties and Early Sixties*, in: *Peace & Change: Journal of Peace Research* 23,3 (1998), S. 265-311; Renato Moro: *The Catholic Church, Italian Catholics and Peace Movements: The Cold War Years, 1947-1962*, in: *Contemporary European History* 17,3 (2008), S. 365-390.

14 Vgl. James Mark/Péter Apor/Radina Vučetić/Piotr Osęka: »We are with You, Vietnam«. *Transnational Solidarities in Socialist Hungary, Poland and Yugoslavia*, in: *Journal of Contemporary History* 50,3 (2015), S. 439-464.

15 Vgl. Kim Christiaens: *Europe at the Crossroads of Three Worlds. Alternative Histories and Connections of European Solidarity with the Third World, 1950s-1980s*, in: *European Review of History/Revue Européenne d'Histoire*, 24,6 (2017), S. 932-954, hier S. 935-937.

Weltbühne herumwandeln und erfordere einen starken parteigeführten Sozialismus als Beschützer. International gesehen rührte das kommunistische Interesse an der »Dritten Welt« allerdings nicht nur von dem Ziel, den Westen zu diskreditieren, wie oft mit Blick auf die deutsch-deutsche Konkurrenz argumentiert wurde.¹⁶ Solidarität mit Vietnam oder der Anti-Apartheid-Bewegung wurde zum politischen Fundament stärkerer Beziehungen mit nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Anfang der 1960er Jahre und inspiriert durch den Wettstreit mit Maos China nutzten osteuropäische Diplomaten und Regierungsvertreter den Vietnamkrieg, um neue Einflussgebiete zu erschließen, etwa mit Konferenzen in Algier, Accra, Kairo und Neu Delhi. Die Kampagne gegen den Vietnamkrieg, so der indische Generalsekretär des Weltfriedensrats, Romesh Chandra, 1966, »muss uns einen Zugang zu afrikanischen und arabischen Ländern ermöglichen und auch, Kontakt zu nationalen Befreiungsbewegungen aufzunehmen, mit denen wir bislang nicht in Kontakt standen oder die uns gegenüber skeptisch sind«.¹⁷

Trotz ihrer globalen Bestrebungen blieb diese internationale Solidarität von europäischen Belangen geprägt. Kommunistische Institutionen in Osteuropa bemühten sich, westeuropäische Teilnehmer zu internationalen Konferenzen zum Vietnamkrieg oder zur Anti-Apartheid einzuladen und verschiedene Solidaritätskampagnen für die Dekolonisation mit Kampagnen für »Frieden in Europa« zusammenzubringen. Besonders in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurden der Vietnamkrieg und die Anti-Apartheid immer mehr zum Anlass genommen, um die Kooperation mit nicht-kommunistischen Gruppen auszubauen und das Image der Sowjetunion als Bastion des Friedens, Antirassismus und Antifaschismus gegen die kriegstreibenden USA zu stärken.¹⁸ So organisierte der Weltfriedensrat beispielsweise in Stockholm, Helsinki, Ostberlin und Brüssel internationale Vietnam-Konferenzen, die hunderte Abordnungen aus Ost und West sowie aus der »Dritten Welt« anzogen.

Bislang nahmen die meisten Historiker und Historikerinnen diese Initiativen nicht ernst. Sie stellten die Effizienz kommunistischer Kampagnen in Frage und reduzierten ihr Anliegen auf hohle Propaganda, auf »all

16 Heike Hartmann/Susann Lewerenz: Campaigning against Apartheid in East and West Germany, in: *Radical History Review* 119 (2014), S. 191-204.

17 Réunion de la Présidence (Conseil Mondial de la Paix), Prag 1967, in: Archives départementales de la Seine-Saint-Denis, Bobigny, Conseil Mondial de la Paix, 170 J 181.

18 Vgl. A. Stam: *De CPN en haar buitenlandse kameraden*, Soesterberg 2004, S. 13, 215, 251; Günter Wernicke: *The World Peace Council and the Antiwar Movement in East Germany*, in: Andreas W. Daum/Lloyd C. Gardner/Wilfried Mausbach (Hg.): *America, The Vietnam War and the World*, Cambridge 2003, S. 299-319.

bark and no bite«. ¹⁹ Zwar hatten diese Solidaritätsinitiativen zuweilen unbeabsichtigte Effekte, indem sie etwa die Kritik an der UdSSR beförderten oder die Mitwirkenden eher nach alternativen Formen des Kommunismus in der »Dritten Welt« suchen ließen. ²⁰ Trotzdem hatten viele dieser Initiativen einen großen Einfluss auf internationale Solidaritätskampagnen im Westen. Sie wurden zu einer wichtigen Berührungsfläche für westliche Aktivisten und politische Bewegungen aus der »Dritten Welt«. In Belgien hatte sich beispielsweise 1964 das erste Solidaritätskomitee mit dem südvietnamesischen Volk innerhalb der pro-chinesischen Kommunistischen Partei gegründet. Bei seiner Arbeit stützte sich das Komitee auf die Kontakte, die auf Konferenzen des Weltfriedensrates durch den belgischen Friedensaktivisten Antoine Allard und die Delegationen des vietnamesischen Friedensrats aufgebaut worden waren. ²¹ Hier bildete sich auch ein Netzwerk italienischer Komitees, die Kontakte mit Osteuropa sowie Kampagnen für die »Dritte Welt« verbanden. Von den Informationen und Kontakten ließ sich unter anderem der italienische sozialistische Politiker und Anwalt Lelio Basso inspirieren. ²²

Auf der anderen Seite boten diese internationalen Foren vielen Befreiungsbewegungen, die von westlichen nicht- oder antikommunistischen Organisationen ausgeschlossen waren, eine Plattform im Westen. Der sozialistisch ausgerichtete »Weltbund der Demokratischen Jugend«, 1945 in London gegründet, hatte beispielsweise 1960 die ersten internationalen Brigaden nach Kuba geschickt und wurde nun zum Forum für vietnamesische Diplomaten, um ihre Kampagnen in Jugendorganisationen zu verbreiten. ²³ In den späten 1960er Jahren führten der Weltfriedensrat und seine angegliederten Friedensbewegungen Delegationen aus Nord-

19 Steven L. B. Jensen: *The Making of International Human Rights: The 1960s, Decolonization, and the Reconstruction of Global Values*, New York 2016; Geoffrey Roberts: *Averting Armageddon: The Communist Peace Movement, 1948-1956*, in: Stephen A. Smith (Hg.): *The Oxford Handbook of the History of Communism*, Oxford 2014, S. 322-338.

20 Vgl. Quinn Slobodian: *What Does Democracy Look Like (and Why Would Anyone Want to Buy it)? Third World Demands and West German Responses at 1960s World Youth Festivals*, in: Thomas Lindenberger/Annette Vowinckel/Bernd Stöver (Hg.): *Cold War Cultures: Perspectives on Eastern and Western European Societies*, New York 2011, S. 254-275.

21 Vgl. Kim Christiaens: *From the East to the South, and back? International Solidarity Movements in Belgium and New Histories of the Cold War, 1950s-1970s*, in: *Dutch Crossing* 39,3 (2015), S. 187-203.

22 Vgl. *Associazione italiana per i rapporti culturali con la Polonia*, docc. 8 / cc. 19, in: *Archives Lelio Basso*, Fondazione Lelio e Lisi Basso Issoco, Rome.

23 Vgl. R. Walvaren: *Vrijheid voor Vietnam*, in: Nel van Aalderen (Hg.): *50 jaar Algemeen Nederlands Jeugd Verbond. Wij hebben er geen spijt van, een boek over*

vietnam und der »Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams« auf einer Tour durch westeuropäische Städte zusammen, wo sie jeweils den Kontakt zu nationalen und örtlichen Solidaritätsgruppen und NGOs suchten.²⁴

Tatsächlich leisteten nicht nur kommunistische Bewegungen, sondern auch vietnamesische Vertreter und andere nationale Befreiungsbewegungen einen Beitrag zu dieser Zusammenarbeit von Ost und West zugunsten der »Dritten Welt«. Vietnamesische Diplomaten reisten von ihren Hauptquartieren in Prag und Ostberlin über die Grenzen des Eisernen Vorhangs und luden westeuropäische Aktivisten ein, osteuropäische Städte und Friedenskonferenzen zu besuchen, die gemeinsam mit kommunistischen Delegationen organisiert wurden. Die Demokratische Republik Vietnam verbreitete ihre Veröffentlichungen und Bulletins – oft über die DDR – unter Aktivistengruppen im Westen. Dabei prägte sie nach außen die Idee einer weltweiten Solidaritätsbewegung, indem sie Informationen über Kampagnen sowohl aus dem Osten als auch dem Westen aufgriffen.²⁵ Das Gleiche galt für chilenische Exilorganisationen, die in West und Ost nach 1973 entstanden: Insbesondere die DDR, wo sich das Hauptquartier der Sozialistischen Partei Chiles im Exil befand, wurde zum Hotspot internationaler Solidaritätskampagnen gegen das Pinochet-Regime in den 1970er Jahren.²⁶

Ostdeutschlands herausragende Rolle in den Kampagnen gegen Vietnamkrieg, die Apartheid und Pinochet muss in Zusammenhang mit seiner Politik der »Westarbeit« betrachtet werden, die darauf abzielte, seine politische Isolation im Westen zu durchbrechen.²⁷ Die DDR finanzierte Touren chilenischer und vietnamesischer Musiker hinter dem Eisernen Vorhang und integrierte die Solidarität mit Vietnam in die Kampagnen zur europäischen Sicherheit und Kooperation, die sie mit anderen

strijd, actie, vriendschap en solidariteit uit de 50-jarige geschiedenis van het ANJV, Amsterdam 1998, S. 186-190.

24 Vgl. Bulletin d'Information des Comité National Vietnam et Comité d'Aide Médicale et Sanitaire au Vietnam. Périodique Trimestriel, No. 1 (November 1968), S. 2.

25 Vgl. Solidarité avec le Vietnam. Bulletin d'information du bureau de la conférence internationale de solidarité avec le peuple du Vietnam contre l'agression impérialiste américaine, pour la défense de la paix, No. 1 (Februar 1965), S. 1f.

26 Vgl. Jadwiga E. Pieper Mooney: Chilean Exile in the German Democratic Republic (GDR): The Politics of Solidarity in the Cold War, in: Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris/Magaly Rodriguez Garcia (Hg.): European Solidarity with Chile. 1970s-1980s, Bern 2014, S. 275-299.

27 James Mark/Quinn Slobodian: Eastern Europe, in: Martin Thomas/Andrew Thompson (Hg.): The Oxford Handbook of the Ends of Empire, Oxford 2018 (in Vorbereitung).

osteuropäischen Staaten in den späten 1960er Jahren initiierten. Auch vietnamesische Diplomaten verbanden Solidarität, Antifaschismus und Frieden, während sie in Europa Weltkriegs- und Holocaust-Mahnmale besuchten: Sie vertraten die Idee eines gemeinsamen antifaschistischen Kampfes, griffen dabei auf Europas eigene Geschichte des Zweiten Weltkriegs zurück und verknüpften die Anti-Vietnamkriegs-Bewegungen mit Kampagnen für Frieden in Europa – der Vietnamkrieg wurde als »zweiter Holocaust« aufgefasst.²⁸ Die Solidarität mit der »Dritten Welt« bot nicht nur eine Projektionsfläche für eine gemeinsame faschistische Vergangenheit, sondern auch für den Protest gegen das Fortbestehen des Faschismus in Europa. Dies wird deutlich, wenn wir auf die starke Verbindung zwischen den Kampagnen schauen, die sich einerseits gegen die sogenannten »faschistischen« Diktaturen Südeuropas richteten und sich andererseits für Chile und die Anti-Apartheid-Bewegung während der 1970er Jahre engagierten.

*Eine vereinte »Zone des Faschismus«: Südeuropäische Diktaturen
und die »Dritte Welt« in den 1960er und 1970er Jahren*

Kampagnen gegen die autoritären Regimes in Spanien und Portugal hatten sich in den ersten zwei Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkrieges nur langsam mobilisieren können.²⁹ Ihr Anliegen war für die westeuropäische »Neue Linke« zunächst nicht attraktiv – wegen der Zusammenarbeit der von kommunistischen Parteien geprägten spanischen und portugiesischen Opposition mit der Sowjetunion und wegen deren stalinistischen Tendenzen – insbesondere vor dem Hintergrund des Kalten Krieges in den späten 1940er und 1950er Jahren.³⁰ 1950 wurde die Kommunistische Partei Spaniens im Exil aus Paris verwiesen und musste nach Prag umziehen, während die UNO das diplomatische Embargo gegen Spanien aufhob. Wie Franco-Spanien wurde das faschisti-

28 Mark u. a.: »We are with You, Vietnam«, S. 445 f.; Nguyen Van Hieu: Ban be ta khap nam chau [Our Friends across the Globe], Hanoi 1963, S. 12-19.

29 Vgl. Víctor Fernández Soriano: Le fusil et l'olivier. Les droits de l'Homme en Europe face aux dictatures méditerranéennes (1949-1977), Brüssel 2015; Pedro Aires Oliveira: A Sense of Hopelessness? Portuguese Oppositionists Abroad in the Final Years of the Estado Novo, 1968-1974, in: Contemporary European History 26,3 (2017), S. 465-486.

30 Vgl. Pilar Ortuño Anaya: European Socialists and Spain: The Transition to Democracy, 1959-77, Basingstoke 2002, S. 135.

sche Portugal im »freien Westen« aufgenommen.³¹ Gleichermaßen spielte die Notlage von politischen Gefangenen und Flüchtlingen in Griechenland nach dem Bürgerkrieg keine große Rolle in den westeuropäischen Solidaritätsbewegungen – ganz im Gegensatz zu Osteuropa. Länder wie die DDR, ČSSR, Ungarn, Rumänien und die Sowjetunion unterstützten Exilanten und Tausende von Flüchtlingen aus diesen »faschistischen« Regimes.³² Erst seit den frühen 1960er Jahren wuchs das westeuropäische Interesse am schweren Los der Oppositionellen in Spanien, Portugal und Griechenland.

Im Zuge der aufkeimenden Entspannungspolitik wurden die Identifikation mit den Unterdrückten sowie der Protest gegen Menschenrechtsverletzungen, die im Namen des Antikommunismus in diesen Ländern verübt wurden, zu einem Symbol für die europäische Linke – zum Protest gegen den Kalten Krieg und den internationalen Status quo, der die Diktaturen trotz allem zum Westblock zählte.³³ Kommunistische Friedensbewegungen und Menschenrechts-NGOs riefen gemeinsame »amnesty«-Kampagnen ins Leben, die mit der Zwangslage der politischen Gefangenen und dem Verbot kommunistischer Parteien in diesen Ländern – und in Westdeutschland – den Gegensatz zwischen Antikommunismus und Menschenrechten anprangerten.³⁴ Während die Globalisierung des Kalten Krieges das öffentliche Interesse in Richtung »Dritte Welt« lenkte, wurde der Faschismus in Südeuropa für die westeuropäischen kommunistischen Parteien zum Ausgangspunkt, um die Aufmerksamkeit wieder zurück nach Europa zu richten und ihren internen Zusammenhalt zu stärken.

Der Staatsstreich einer Gruppe rechter Militäroffiziere in Griechenland im April 1967 mobilisierte eine Welle internationaler Solidaritäts- und Menschenrechtsinitiativen, sowohl im Osten als auch im Westen. Die Solidaritätsaktionen gegen die Junta waren nicht nur von der Vorstellung geprägt, Griechenland und ganz Westeuropa seien zu Kolonien des

31 Siehe dazu: Fernando Hernández Sánchez: *Los años de plomo. La reconstrucción del PCE bajo el primer franquismo (1939-1953)*, Barcelona 2015; Carlos Fernández Rodríguez: *Madrid clandestino. La reestructuración del PCE, 1939-1945*, Madrid 2002.

32 Vgl. Loring M. Danforth/Riki Van Boeschoten: *Children of the Greek Civil War. Refugees and the Politics of Memory*, Chicago 2012, S. 68 f.

33 Vgl. Maud Bracke: *Which Socialism, Whose détente. West European Communism and the Czechoslovak crisis of 1968*, Budapest 2007, S. 90.

34 Vgl. Tom Buchanan: *Human Rights, the Memory of War and the Making of a »European« Identity, 1945-1975*, in: Martin Conway/Kiran Klaus Patel (Hg.): *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, Basingstoke 2010, S. 164-166.

US-Imperialismus geworden. Ihre Motivation speiste sich auch aus der Abscheu vor dem antikommunistischen Diskurs der griechischen Junta und der Apologeten im Westen, die gemeinsam behaupteten, der Kommunismus sei eine Bedrohung und Kommunisten seien »Tiere«.³⁵ Die zwei deutschen Staaten wurden zum Zentrum der Kampagnen gegen die Junta: In Ostdeutschland fand die griechische, pro-sowjetische Kommunistische Partei nach ihrer Spaltung 1968 eine Bleibe und in Westdeutschland die griechischen Sozialisten, was hauptsächlich auf die große Anzahl griechischer Arbeitsmigranten und die Unterstützung durch den DGB zurückzuführen ist.³⁶ In den späten 1960er Jahren engagierten sich westeuropäische Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam in Kampagnen für Demokratie und Menschenrechte in Griechenland. Dabei verknüpften sie ihren Protest gegen den »Faschismus« in Südeuropa mit Initiativen für eine europaweite Sicherheit und Zusammenarbeit.

Auch wenn die »Dritte Welt« zunächst den Blick von Europa ablenkte, profitierten die Kampagnen für die Demokratisierung Spaniens, Portugals und Griechenlands letztlich von der wachsenden Aufmerksamkeit: Sie sahen in ihnen zwei Peripherien von »mittelmäßiger Entwicklung« – die eine in Südeuropa, die andere in der »Dritten Welt« – und eine vereinte »Zone des Faschismus«, deren Bewohner Opfer des US-amerikanischen Imperialismus, Neokolonialismus sowie multinationaler Unternehmen waren.³⁷ Folglich begriffen sie Südeuropa als Europas »Dritte Welt«. So bezeichneten Kampagnen gegen den Vietnamkrieg sowohl in Ost als auch in West Griechenland als ein »zweites Vietnam«. Während der Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1968 in Sofia kamen griechische und vietnamesische Delegationen zusammen, während die DDR die Tourneen vietnamesischer und griechischer Musiker miteinander verband.³⁸ Im Westen trat Andreas Papandreou, das Aushängeschild

35 Kim Christiaens: »Communists are no beasts«. European Solidarity Campaigns on behalf of Democracy and Human Rights in Greece and East-West détente in the 1960s and early 1970s, in: *Contemporary European History* 26, 4 (2017), S. 621-646.

36 Vgl. Sozialdemokratische Union Griechenlands auf einer Konferenz in Mehlem bei Bonn, 11.-12.11.1967, in: *Socialist International Archives (SI)*, International Institute of Social History, Amsterdam, No. 642.

37 Kostas Kornetis: Cuban Europe? Greek and Iberian tiersmondisme in the »Long 1960s«, in: *Journal of Contemporary History* 50,3 (2015), S. 486-515; Iván Harsányi: A chilei és a dél-európai baloldal köztí kapcsolat és kölcsönhatás, in: *Múltunk* 4 (2008), S. 246 f.

38 Vgl. Deutsche Künstler-Agentur, Griechisches Ensemble Theodorakis, 1.11.1967, Ministerium für Kultur, HA Internationale Beziehungen, in: Bundesarchiv Berlin DR1/18527.

des griechischen Widerstands, gemeinsam mit Repräsentanten der süd-vietnamesischen Befreiungsfront, Repräsentanten des African National Congress (ANC) und anderer Befreiungsbewegungen der »Dritten Welt« bei Veranstaltungen auf.³⁹

Nach Pinochets Putsch in Chile im September 1973 bildeten Antifaschismus, -kolonialismus und -imperialismus das Bindeglied zwischen Kampagnen für Chile und für Südeuropa. In ihrem Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen sahen die Anhänger der internationalen Solidaritätsaktionen reale, aber auch imaginierte Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen autoritären Regimes. Als sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftsbewegungen im Herbst 1973 den internationalen Aktionen für Chile beitraten, bezogen sie sich ausdrücklich auf die Notlage in Südeuropa und riefen die Regierungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dazu auf, in den Ländern Portugal, Spanien und Griechenland ein »zweites Chile« zu sehen und daher deren Wiedernäherungsversuche an die EWG zurückzuweisen.⁴⁰ In vielen Ländern wendeten sich Kampagnen gegen die portugiesische, griechische und spanische Diktatur nun auch gegen Pinochets Regime: Sozialdemokratische Gewerkschaften orientierten sich beispielsweise an den Kampagnen im Interesse der Menschenrechte in Portugal und Spanien, als sie ein Hilfskomitee für die geheime chilenische Arbeiterbewegung einrichteten.⁴¹ Die Vorstellung eines gemeinsamen Kampfes in Chile und Südeuropa verband sogar extrem verschiedene Gruppen wie die Gewerkschaftsbewegungen, Kommunisten und trotzkistische Radikale.

Der Sturz Allendes brachte die Erinnerung an die Niederlage der »Frente Popular« (»Volksfront«) im Spanischen Bürgerkrieg der 1930er Jahre zurück und stand für einen weiteren »sozialistischen Traum, der sich in einen Albtraum verwandelt«.⁴² Chilenische Exilanten sprachen auf denselben Veranstaltungen wie der Anführer der griechischen Sozialisten im Exil, Andreas Papandreu, – man vereinte sich im gemeinsamen Kampf des »Sozialismus gegen den Faschismus«.⁴³ Gerade weil

39 Vgl. Stan Draenos: Andreas Papandreu's Exile Politics: The First Phase (1968-1970), in: *The Historical Review/La revue historique* 11 (2014), S. 35-66.

40 Vgl. Kim Christiaens: The Difficult Quest for Chilean Allies. International Labor Solidarity Campaigns for Chile in the 1970s and 1980s, in: Ders./Goddeeris/Rodriguez (Hg.): *European Solidarity with Chile*, S. 97-129.

41 Vgl. Brief notes on the evolution of the works of the ICFTU/CUT Chile coordinating committee, in: SI, No. 1489.

42 Joseph L. Noguee/John W. Sloan: Allende's Chile and the Soviet Union: A Policy Lesson for Latin American Nations Seeking Autonomy, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 21 (1979), S. 363.

43 PAK Newsletter, Februar 1974, 3/2, S. 1.

die faschistischen Diktatoren Caetano in Portugal, Franco in Spanien und Pinochet in Chile ihre Legitimität von Ost-West-Konflikten ableiteten, sollte diese Argumentation delegitimiert werden. Spanische, griechische und portugiesische Oppositionelle im Land und im Exil traten nicht nur kommunistisch orientierten Friedenskampagnen bei, sie prägten auch maßgeblich eine gemeinsame Identität mit den chilenischen Linken.⁴⁴

Spanische Exilanten organisierten in vielen westeuropäischen Ländern Solidaritätskomitees für die chilenische Opposition.⁴⁵ In Schweden zum Beispiel hatten spanische republikanische Exilanten schon 1972 zur Gründung eines nationalen Solidaritätskomitees zur Unterstützung der chilenischen »Unidad Popular« beigetragen und setzten dieses Engagement nach dem Putsch 1973 fort.⁴⁶ Das Interesse der Spanier kam vor allem durch die Migration: Spanische Republikaner waren nach dem Bürgerkrieg nach Chile geflohen, und seit den 1950er Jahren waren hunderttausende spanische Migranten nach Lateinamerika gegangen.⁴⁷ Auch griechische Oppositionelle bemühten sich, ihre Interessen mit dem Widerstand gegen Pinochet zu verbinden: Im Herbst 1973 erklärten griechische Studenten auf den Straßen von Athen ihre Solidarität mit Allende, ebenso wie führende Persönlichkeiten des griechischen Widerstands in Westeuropa, darunter Mikis Theodorakis und Georges Moustaki. Andreas Papandreou und seine Panhellenische Sozialistische Bewegung (»Panellinio Sosialistiko Kinima«) bekundeten regelmäßig ihre Solidarität mit dem chilenischen Widerstand, indem sie die Notwendigkeit eines neuen Sozialismus betonten, der sich selbst außerhalb eines staatlichen Systems reorganisieren müsse.⁴⁸ Delegationen der griechischen Linken präsentierten sich als Vertreter der internationalen Solidarität mit Chile auf Konferenzen, die der Weltfriedensrat organisierte, oder riefen selbst

44 Zur Integration südeuropäischer Oppositioneller in Kampagnen für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit siehe u. a.: *Assembly of public opinion about European security and cooperation*, 2.6.1972, in: SI, *International Meetings and Solidarity*.

45 Vgl. Fernando Camacho Padilla: *Las relaciones entre Chile y Suecia durante el primer gobierno de Olof Palme, 1969-1976*, in: *Iberoamericana*, 25,7 (2007), S. 65-85, hier S. 73.

46 Vgl. ebd.

47 Siehe dazu: Julio Gálvez: *Winnipeg. Testimonio de un exilio*, Santiago de Chile 2012; Joe Foweraker: *Making Democracy in Spain: Grass-Roots Struggle in the South, 1955-1975*, New York u. a. 2002, S. 64.

48 Vgl. Eugenia Palieraki: *Le Chili est proche. Les mouvements antidictatoriaux grecs et les septembres chiliens*, in: *Monde(s)* 2,8 (2015), S. 45-64.

internationale Kampagnen ins Leben.⁴⁹ Die chilenische Tragödie sollte die höchst unterschiedlichen Strategien der südeuropäischen Oppositionsbewegungen überbrücken und gleichsam vor der westlichen Annäherung an die südeuropäischen Diktaturen warnen.

Doch auch die Chilenen selbst trugen ihren Teil zur internationalen Solidarität bei: Schon vor 1973 hatten die chilenischen Kommunisten und Sozialisten Kontakte zur spanischen Linken geknüpft und gegen die antikommunistische Unterdrückung in Griechenland nach Ende des Bürgerkrieges 1949 mobilisiert. Pablo Neruda, die Künstlerikone der Unidad Popular, hatte sich in Kampagnen für griechische Kinder und Flüchtlinge engagiert, die in Osteuropa nach dem Bürgerkrieg aufgenommen worden waren. Auf Anfrage ostdeutscher Solidaritätsbewegungen für Griechenland veröffentlichte er 1968 einen Sammelband zur griechischen Dichtkunst.⁵⁰ Als Allendes Botschafter in Frankreich arbeitete er in Paris mit dem exilierten griechischen Künstler Mikis Theodorakis zusammen. Nach 1973 wurde Ostberlin zum Treffpunkt für chilenische Exilanten und griechische oppositionelle Netzwerke, wie dem Central Committee of Greek Anti-Dictatorship Committees Abroad.⁵¹ Als der chilenische Kommunistenführer Volodia Teitelboim im Herbst 1973 zu einem internationalen Publikum sprach, brachte er die Ereignisse in Chile vor allem in Verbindung mit dem Putsch in Griechenland 1967, indem er sich auf die Einmischung der USA und den Antikommunismus konzentrierte, mit dem Repression, Imperialismus und Faschismus legitimiert worden seien.⁵² Das Interesse der chilenischen Exilorganisationen an Südeuropa wuchs weiter, als die autoritären Regimes seit 1974 unerwartet zusammenbrachen, zuerst in Portugal, dann in Griechenland und schließlich in Spanien. Bezeichnenderweise organisierte die in Rom ansässige internationale Exilorganisation »Chile Democrático« in Kooperation mit dem Weltfriedenskongress ihre wichtigsten internationalen Konferenzen in Südeuropa, darunter in Lissabon (September 1974), Athen (November 1975) und Madrid (November 1978).

49 Vgl. *L'autre Grèce. Supplément au No. II-12 (19.II.1973)*, S. 14; Kostis Kornetis: *Children of the Dictatorship: Student Resistance, Cultural Politics, and the »Long 1960s« in Greece*, New York 2013, S. 247 f.

50 Vgl. David Schidlowsky: *Neruda y su tiempo: 1950-1973*, Santiago de Chile 2007, S. 1210 f.

51 Vgl. Andreas Stergiou: *Kommunistische Realpolitik. Das bizarre Verhältnis der SED zur Kommunistikó Kómma Elládas (1968-1989)*, in: Arnd Bauerkämper/Francesco Di Palma (Hg.): *Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs: Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968-1989)*, Berlin 2011, S. 226-242.

52 Vgl. *Chile Democrático. Boletín Informativo*, 8.6.1974.

Am 25. April 1974 stürzte in Portugal eine linksgerichtete Armeegruppe, unterstützt von weiten Teilen der Bevölkerung, das autoritäre Regime. Während der unruhigen Übergangsphase nach der »Nelkenrevolution« bis zu den ersten freien Wahlen 1976 versuchte die Kommunistische Partei unter der Führung von Alvaro Cunhal ohne große Erfolge an Einfluss zu gewinnen. Die Kommunisten fühlten sich ausgeschlossen und sahen darin Analogien zum Putsch in Chile mit Unterstützung westlicher Akteure.⁵³ Cunhal war nicht der Einzige, der solche Parallelen zwischen Chile und Portugal zog.⁵⁴ Als die portugiesischen Kommunisten nach den Wahlen 1976 nicht mehr in der Regierung saßen und der Sozialdemokrat Mário Soares die Regierung übernahm, sah die radikale europäische Linke darin schnell einen »Staatsstreich«, der sie an die Komplizenschaft von Christdemokraten, den USA und multinationalen Unternehmen beim Sturz von Allende in Chile drei Jahre zuvor erinnerte.⁵⁵

In Großbritannien betonten trotzkistische Radikale, mit welcher Ähnlichkeit sich multinationale Konzerne wie ITT in Chile und Portugal an der Zerschlagung von Arbeiterrevolutionen beteiligten und auf welche Weise der Westen den Antikommunismus als Vorwand für seine Interventionen missbrauchte.⁵⁶ Dabei attackierten sie die »Eurokommunisten« in Frankreich und Italien, die Soares unterstützten. Das machte die Ereignisse in Portugal wiederum relevant für die chilenischen Exilanten: Das Statement der Trotzlisten bot ihnen Munition, um die »eurokommunistische« Idee zu diskreditieren, die westliche Demokratie und der Sozialismus seien vereinbar. Die Frage, wie sich Demokratie und Sozialismus nach dem »Faschismus« vereinigen ließen, beschäftigte die Chilenen auch mit Blick auf Griechenland, wo die Militärjunta nach der Zypernkrise 1974 friedlich zusammengebrochen war. Im November 1975 organisierte Chile Democrático in Athen gemeinsam mit dem Weltfriedensrat und der griechischen Kommunistischen Partei eine großangelegte Weltkonferenz für Solidarität mit dem chilenischen Volk.⁵⁷ Die Leitfiguren der griechischen und chilenischen Linken kamen, ebenso hunderte Re-

53 Vgl. ebd.

54 Vgl. Mario Del Pero: »Which Chile, Allende?« Henry Kissinger and the Portuguese revolution, in: *Cold War History*, 11,4 (2011), S. 625-657.

55 David L. Raby: *Fascism and Resistance in Portugal: Communists, Liberals and Military Dissidents in the Opposition to Salazar, 1941-1974*, Manchester/New York 1988, S. 14.

56 Vgl. Portugal, Spain. *Towards the Iberian Socialist Revolution*. International Marxist Group. London, September 1975, Papers Alan Clinton, in: *Modern Records Centre (Warwick University): MSS. 539/4/14*.

57 Vgl. Conseil de continuation et de liaison du congrès mondial des forces de paix: *Conférence internationale de solidarité avec le peuple chilien*. Athènes du 13 u 16

präsentanten von Kampagnen aus Ost- und Westeuropa, die sich bei der UN für die Achtung der Menschenrechte in Chile einsetzten.⁵⁸

Während die Zwangslage Südeuropas bis Mitte der 1970er Jahre bereits mithilfe von Begriffen aus dem »Dritte Welt«-Diskurs beschrieben worden war, inspirierten das Ende des »Faschismus« und die Übergänge zur Demokratie in diesen Ländern nach 1974 die »Dritte-Welt«-Aktivisten. Sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften sahen in dem plötzlichen Zusammenbruch der südeuropäischen Diktaturen einen Vorwand, um ihre Verbindungen zu »gemäßigten« Oppositionellen in Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern zu stärken. Seit Mitte der 1970er Jahre wendeten der portugiesische Premierminister Mário Soares und sein spanischer Mitstreiter Felipe González, seit 1974 Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, die Aufmerksamkeit der europäischen Sozialdemokraten auf Lateinamerika. Unter der Führung von Willy Brandt solidarisierte sich die Sozialistische Internationale mit linksgerichtetem Widerstand gegen faschistische Diktaturen in Lateinamerika, wie z. B. in Argentinien und Nicaragua, das nach der Revolution von 1979 ebenfalls mit Portugal nach 1974 verglichen wurde.⁵⁹

Gleichwohl wendeten sich auch nationale Befreiungsbewegungen nach Europa. Auf sie hatte vor allem Portugal einen wichtigen Einfluss, wo das Ende der Diktatur eng verknüpft war mit der Unabhängigkeit seiner Kolonien. Nach 1974 wurde Lissabon zu einem internationalen Zentrum der Anti-Apartheid-Kampagnen. Dies lag nicht nur an der portugiesischen Linken, sondern auch entscheidend an den Interessen der Befreiungsbewegungen. Sie verwandelten das portugiesische Beispiel vom Ende des Faschismus und Kolonialismus in ein Vorbild für ihren eigenen Kampf. Im Juni 1977 kamen hunderte von Repräsentanten aus dem Osten, dem Westen und der »Dritten Welt« in der portugiesischen Hauptstadt auf einer Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus in Südafrika zusammen, die den Weg für die Anti-Apartheid-Kampagnen der nächsten Jahrzehnte ebnete. Während der Konferenz pries Robert Mugabe, damals Präsident der Patriotischen Front (Simbabwe), die »Nelkenrevolution« in Portugal als »deutliche Demonstration der Solidarität zwischen dem portugiesischen Volk, progressiven Akteuren in Westeuropa sowie sozialistischen Ländern in Osteuropa,

Novembre 1975, Helsinki 1973; Adam Feinstein: Pablo Neruda. A Passion for Life, London 2005, S. 376.

58 Vgl. Clodomiro Almeyda: Liberación y Fascismo, Mexico 1979, S. 79-86.

59 Vgl. Fernando Pedrosa: Redes transnacionales y partidos políticos. La Internacional Socialista en América Latina (1951-1991), in: Iberoamericana, 49,13 (2013), S. 25-46.

Asien und Lateinamerika«. ⁶⁰ Gleichzeitig bemerkte Youssef El-Sebai, Präsidiumspräsident und Generalsekretär der Afro-Asiatischen Organisation der Völkersolidarität (AAPSO), Westeuropa habe das »größte Reservepotential für die Unterstützung der Freiheitsbewegungen«. ⁶¹

In den späten 1970ern bemühten sich südeuropäische Sozialisten und Kommunisten weiter, die Ost-West-Entspannung mit der Solidarität für die »Dritte Welt« zu verknüpfen. ⁶² Diese Verbindung wurde allerdings zunehmend auf die Probe gestellt, als immer mehr osteuropäische Dissidenten wiederum ihre Länder als eine weitere, europäische »Dritte Welt« darstellten.

Dissidente Netzwerke und antitotalitäre Utopie

Neben der Entspannung im Ost-West-Konflikt und der Situation in Südeuropa gab es eine weitere Entwicklung in Europa, die den transnationalen Aktivismus abseits der »Dritten Welt« inspirierte: das Aufkommen von Dissidenten in Osteuropa. Vom Westen aus wurde ihr Widerstand von osteuropäischen Intellektuellen, Emigrantengruppen und Exilanten unterstützt, die den Kommunismus mit der Feder bekämpften, mit Zeitschriften und anderen Publikationen. Westliche NGOs und soziale Bewegungen schenkten ihrem Kampf gegen den Staatssozialismus jedoch bis in die Mitte der 1970er Jahre nur wenig Beachtung. Er wurde im Kontext der Tauwetter-Periode als unwillkommenes Echo eines aggressiven Antikommunismus aus der Frühzeit des Kalten Krieges wahrgenommen. Sicher gab es augenfällige Ausnahmen, wie etwa bei der breiten öffentlichen Empörung über die Niederwerfung der ungarischen Revolution von 1956 oder die Invasion der Tschechoslowakei im Sommer 1968 durch die Staaten des Warschauer Paktes. Die daraus resultierenden Kampagnen waren jedoch äußerst kurzlebig. ⁶³ Die Folge der geringen öffentlichen Resonanz war, dass sich die Aktivisten tatsächlich zunächst verstärkt der »Dritten Welt« zuwandten.

⁶⁰ Portuguese National Committee against Apartheid, Racism and Colonialism in Southern Arica: World Conference against Apartheid, Racism and Colonialism in Southern Arica, Lisbon June 16-19th 1977, Lissabon 1977, S. 61.

⁶¹ Ebd., S. 82.

⁶² Zur Idee einer gemeinsamen »mediterranen« Identität: Arab Peoples' Conference in Tripoli, 1977, Palestina, in: Fondazione Lelio e Lisli Basso Issoco, Rome, B. 4, Fasc. II, S. 1.

⁶³ Vgl. Marc Lazar: La gauche ouest-européenne et l'année 1968 en Tchécoslovaquie: Les cas français et italien, in: Antoine Marès (Hg.): La Tchécoslovaquie, sismographe de l'Europe, Paris 2009, S. 177-193.

Um ihr Engagement für die Menschenrechte im Osten zu rechtfertigen, konzentrierten sich antikommunistische NGOs wie etwa die Internationale Juristenkommission nach dem ungarischen Volksaufstand auf die Kritik der Apartheid in Südafrika. Auch linke Aktivisten, die nach 1956 aus europäischen kommunistischen Parteien austraten, suchten nun das revolutionäre Potential in Ländern der »Dritten Welt«.⁶⁴ Kurz: Osteuropäische Oppositionelle wurden nicht nur im Osten zum Schweigen gebracht, sondern waren auch im Westen schwach organisiert und fanden kaum Aufmerksamkeit, abgesehen von einigen intellektuellen Kreisen. Ihre Bemühungen, soziale Bewegungen in Westeuropa zu mobilisieren, wurden durch die Entspannungsperiode im Kalten Krieg erschwert, die vor allem Friedensbewegungen und Abrüstungsfordernungen hervorbrachte. Ferner wurden die Anliegen der Dissidenten durch andere große Kampagnen in den Schatten gestellt, die sich dem Vietnamkrieg, der Junta in Chile oder dem Kampf gegen die Apartheid widmeten. Solche Kampagnen betonten die Notwendigkeit, die »Dritte Welt« von der Last des Ost-West-Konflikts zu befreien, der zum Produkt des US-Imperialismus und rechtsgerichteter oder »faschistischer« Regimes in der »Dritten Welt« erklärt wurde.

Gleichwohl suchten osteuropäische Dissidenten und ihre westlichen Unterstützer in den 1960er und 1970er Jahren Anknüpfungspunkte an die Nord-Süd-Kampagnen, um sich international Gehör zu verschaffen. So begannen osteuropäische Emigranten in Westeuropa, staatssozialistische Repression unter den Aspekten der Rückständigkeit und des (Neo-) Kolonialismus zu beschreiben.⁶⁵ Christlich-demokratische Gewerkschaften bezeichneten die gewaltsame Beendigung des »Prager Frühlings« durch die Warschauer Pakt-Staaten beispielsweise als »schlimmste Form des Kolonialismus«.⁶⁶ Auch in den 1970er Jahren versuchten einige osteuropäische Exilanten, die Zunahme von Protestaktionen im Zuge der Chile-Krise von 1973 für ihre Zwecke zu nutzen. So verbreiteten im Sommer 1974 dreißig tschechoslowakische Dissidenten ein Manifest für Chile, in dem sie Parallelen zwischen den Regimes von Gustáv Husák in der ČSSR und Pinochet in Chile zogen.⁶⁷ Drei Jahre später bezeich-

64 Vgl. Davey: French Adventures.

65 Siehe dazu die vielen Referenzen zur »Dritten Welt« in: Robert Gildea/James Mark/Anette Warring (Hg.): Europe's 1968: Voices of Revolt, Oxford 2013.

66 Les aspirations à la liberté et à la démocratie du peuple tchécoslovaque, 21.8.1968, in: Archives World Confederation of Labour, KADOC (Louvain), 611.

67 Vgl. Karel Kovanda: A Document of Our Time, in: The New York Review of Books 31 (1974), URL: <http://www.nybooks.com/articles/1974/10/31/a-document-of-our-time/>.

nete die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung Charta 77 in ihrer gleichnamigen Petition die Unterdrückten des Regimes als »Opfer einer faktischen Apartheid«. ⁶⁸

Dies ist ein typisches Beispiel, wie Dissidenten die offiziellen Diskurse und die Propaganda der sozialistischen Solidarität mit Staaten der »Dritten Welt« für den Widerstand gegen ihre jeweiligen Regimes einsetzten. Ähnliche Vorgehensweisen zeigten sich auch in linken Solidaritätsbewegungen mit Osteuropäern, die sich, wenn auch zögerlich, in den 1970er Jahren zu formieren begannen. Auf dem Weltkongress der Friedenskräfte 1973 in Moskau nutzten einige westeuropäische Gruppen – unter anderem die War Resisters' International, Pax Christi, der Catholic Youth Council und die Bertrand Russel Peace Foundation – kommunistische Chile-Propaganda, um auf die Verstöße gegen die Menschenrechte in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten aufmerksam zu machen. Diese Gruppen forderten nun die Freilassung politischer Gefangener sowie die Einhaltung der Prinzipien der UN-Menschenrechtscharta. ⁶⁹

Ähnlich zogen Kampagnen tschechoslowakischer Exilanten, die sich für Menschenrechte in Osteuropa einsetzten, Vergleiche zwischen dem chilenischen »Faschismus« und kommunistischer Repression. Unter den Mitgliedern befanden sich linke Intellektuelle, die gleichzeitig in Solidaritätskampagnen für Chile oder gegen die Apartheid in Südafrika aktiv waren. ⁷⁰ Aus der Sicht dieser Gruppen bereiteten der Kalte Krieg, die Einmischung der Supermächte, Imperialismus, wirtschaftliche Rückständigkeit sowie mangelnde nationale Selbstbestimmung den Nährboden für »totalitäre« und »diktatorische« Regimes sowohl in Osteuropa als auch in Chile und in der »Dritten Welt«. Diese Vergleiche waren Teil dessen, was als »anti-totalitäres Moment der 1970er« bekannt wurde. In diesem Rahmen war es besonders innerhalb der Neuen Linken populär, Faschismus und Kolonialismus in der »Dritten Welt« mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung gleichzusetzen. ⁷¹ Das Ansinnen der osteuropäischen Dissidenten und ihrer Unterstützer, auf den Protestzug gegen Missstände in der »Dritten Welt« (Vietnam, Apartheid, Chile etc.) aufzuspringen, war zum großen Teil strategisch motiviert: Sie prangerten

68 Artikel 19, in: Charter 77.

69 Vgl. Congrès mondial des forces de paix. La liberté de dissentiment. Un appel, in: Archives Départementales de la Seine-Saint-Denis, Bobigny, Mouvement de la Paix, 170 J 177.

70 Vgl. Jiří Pelikán (Hg.): Ici Prague, l'opposition intérieure parle. Documents présentés par Jiří Pelikán, Paris 1973), S. 421 f.

71 Robert Brier: Adam Michnik's Understanding of Totalitarianism and the West European Left: A Historical and Transnational Approach to Dissident Political Thought, in: East European Politics and Societies 25,2 (2011), S. 197-218.

das Ungleichgewicht zwischen der weit verbreiteten Empörung über die Notlage der »Dritten Welt« und dem Schweigen zu Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa an.

Solche gedanklichen Verbindungen zwischen den Kämpfen der osteuropäischen Dissidenten und Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« waren allerdings mehr ein Theoriekonstrukt als Wirklichkeit und nicht umsonst vor allem innerhalb osteuropäischer Diaspora- und Exilgruppen stark umstritten. So siedelten sich etwa hunderte ungarische Flüchtlinge nach den Ereignissen von 1956 in Südafrika an.⁷² Antikommunistische Regimes wie in Südafrika oder in Pinochets Chile profilierten sich ebenso wie die westlichen Apologeten als Advokaten der Menschenrechte und der Dissidenten in Osteuropa. Das Pinochet-Regime schärfte dieses Profil nach außen und innen, indem es beispielsweise den chilenischen Kommunisten Luis Corvalán im Austausch für den sowjetischen Dissidenten Vladimir Bukowski freiließ.⁷³ Die kommunistische Propaganda wiederum brandmarkte die Dissidenten als Unterstützer des Faschismus.

Großen Einfluss auf die Debatte hatten auch die Bündnisse der Sowjetunion mit der »Dritten Welt« sowie die skeptische Haltung, die viele politische Bewegungen in der »Dritten Welt« gegenüber osteuropäischen Dissidenten einnahmen. Sich mit ihnen zu verbünden, kam für Bewegungen wie die geschlagene chilenische Linke oder den ANC gar nicht in Frage, empfingen sie doch materielle und politische Unterstützung von sozialistischen Regimes.⁷⁴ So verbündeten sich die chilenische Kommunistische Partei sowie der ANC mit der Sowjetunion und verteidigten auch die Invasion der Warschauer Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei. Die chilenischen Exil-Organisationen wie Chile Democrático in Rom wehrten sich geschlossen gegen die Versuche westeuropäischer Kampagnen, sie mit osteuropäischen Dissidenten in einen Topf zu werfen. So stießen die Pläne katholischer Friedensaktivisten, des 10. Jahrestages des Prager Frühlings und des 5. Jahrestages des Putsches in Chile gemeinsam zu gedenken, auf den Widerstand chilenischer Exilanten.⁷⁵ Im selben Jahr organisierte der Weltfriedensrat zusammen mit Chile Demo-

72 Vgl. József Borovi: *Magyar katolikus lelkesizolgalat Del-Afrikaban*, Budapest 2004, S. 12 f.

73 Vgl. Olga Ulianova: *Corvalán for Bukovsky: A Real Exchange of Prisoners during an Imaginary War. The Chilean dictatorship, the Soviet Union, and US Mediation, 1973-1976*, in: *Cold War History* 14,3 (2014), S. 315-336.

74 Vgl. Filatova/A. B. Davidson: *Russia and South Africa in the Soviet Era*, Johannesburg 2013; V. G. Shubin: *ANC. A View from Moscow*, Sunnyside 2008.

75 Vgl. Christiaens: *From the East to the South, and Back?*

crático in Madrid allerdings eine internationale Menschenrechts-Kampagne für die Vermissten in Chile. Hier zeigte allerdings das Interesse verschiedener westeuropäischer Solidaritätsbewegungen, politischer Parteien und NGOs, dass Ost-West-Kooperationen eine weitaus attraktivere Perspektive blieben, um international Aufmerksamkeit zu erreichen.⁷⁶

In den späten 1970er und frühen 1980er Jahren schien diese Distanz zwischen der »Dritten Welt« und westeuropäischen Kampagnen zugunsten osteuropäischer Dissidenten zu schrumpfen. Diese Annäherung wurde zum Teil durch das Aufkommen neuer Oppositionsbewegungen in Ländern wie Südafrika und Chile gefördert, wo Gewerkschaften zu wichtigen Akteuren auf der heimischen Bühne wurden.⁷⁷ Ihre Oppositionstätigkeit wurde durch die Internationalisierung der westeuropäischen Sozialdemokratie in den späten 1970er Jahren unterstützt. Zur selben Zeit zeichneten sich sichtbare Spannungen im Verhältnis zwischen Osteuropa und der »Dritten Welt« ab. Die Allianz zwischen der Sowjetunion und der chilenischen Sozialistischen Partei bröckelte aufgrund interner Reibungen, nachdem ihr Vorsitzender Carlos Altamirano Ostberlin verlassen und sich in Paris niedergelassen hatte, aber auch wegen der schwindenden Unterstützung durch osteuropäische Regimes. Die FSLN in Nicaragua erhielt ein Forum durch die Sozialistische Internationale, bekam aber kaum Unterstützung aus Osteuropa, bevor sie 1979 an die Macht gelangte. In den späten 1970er Jahren näherten sich viele lateinamerikanische Exilanten in Westeuropa sowohl trotzkistischen Gruppen als auch der Sozialdemokratie an, wo sie eine Reihe von osteuropäischen Dissidenten im Exil trafen.⁷⁸ Jorge Arrate, ehemaliger Minister in der Regierung der Unidad Popular und später Anführer der »Reformsozialisten« im Exil, traf sich mit osteuropäischen Dissidenten in den Niederlanden während seiner Tätigkeit am Institute for the New Chile, einer von westeuropäischen Sozialdemokraten finanzierten Initiative mit dem Ziel, die nicht-kommunistische Opposition gegen Pinochet zu vereinigen.⁷⁹

76 Vgl. Joan Simalchik: *The Material Culture of Chilean Exile: A Transnational Dialogue*, in: *Refugee, Diasporas and Transnationalism* 23,2 (2006), S. 95-105, hier S. 98.

77 Vgl. Christabel Gurney: *The 1970s: The Anti-Apartheid Movement's Difficult Decade*, in: *Journal of Southern African Studies* 35,2 (2009), S. 471-487.

78 Vgl. Bent Boel: *Western Trotskyists and subversive travelling in Soviet Bloc countries, 1956-1989*, in: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 25,2 (2017), S. 237-254.

79 Vgl. Jorge Arrate/Eduardo Rojas: *Memoria de la Izquierda Chilena*, Bd. II (1970-2000), Santiago 2003, S. 283; Mariana Perry: »With a Little Help from My Friends«: *The Dutch Solidarity Movement and the Chilean Struggle for Democracy*

Die stärkste Verbindung zwischen Dissidenten und der »Dritten Welt« entstand in den 1980er Jahren, als sich die internationale Solidarität mit der chilenischen Opposition mit dem Schicksal der polnischen Solidarność-Bewegung verband. Tatsächlich war in dieser Zeit kein anderes internationales Thema derart fest mit Chile verbunden wie die Solidarność – die erste osteuropäische Massenoppositionsbewegung und eine der prägendsten »causes célèbres« für den transnationalen Aktivismus während des letzten Jahrzehnts des Kalten Kriegs.⁸⁰ Der Aufstieg der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność im Sommer 1980 rief großes Interesse im Westen hervor, nicht nur in der Linken, sondern auch in konservativen und christdemokratischen Kreisen. Trotzdem war es gerade ihre Niederschlagung nach der Ausrufung des Kriegsrechts unter der Regierung Jaruzelskis am 13. Dezember 1981, die die internationale Solidarität sowohl bei Linken als auch bei den Rechten entfachte.

Aus der Perspektive des Kalten Krieges betrachtet, gab es nicht viel, was die polnische Opposition mit Chile verband. Solidarność war eine katholische Gewerkschaftsbewegung, die durch Kalte Krieger wie Reagan und Thatcher unterstützt wurde, zwei von Pinochets Fürsprechern im Westen. Trotzdem sprachen internationale Beobachter und polnische Oppositionelle während der Krise seit Dezember 1981 schnell von einer »Pinochetisierung« Polens und betonten die Ähnlichkeiten zwischen General Pinochet und seinem polnischen Gegenpart Jaruzelski, die sich nicht nur beide häufig mit dunkler Brille zeigten, sondern auch staatliche Repressionen gegen die Opposition und vor allem die Gewerkschaftsbewegung einsetzten.⁸¹ Der Aufstieg und die Niederschlagung der Solidarność entwickelten sich bei der chilenischen Linken zum Brennpunkt der Debatten um die Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie und um Strategien zur Bekämpfung Pinochets. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Carlos Altamirano, reiste bereits 1981 nach Warschau, um sich mit Lech Wałęsa zu treffen, seine Solidarität mit der polnischen Opposition zu bekunden und den gemeinsamen Glauben

racy, in: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe* 101 (2016), S. 75-96.

80 Siehe dazu: Idesbald Goddeeris (Hg.): *Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980-1982*, Lanham 2010.

81 Vgl. Robert Brier: *Poland's Solidarity as a Contested Symbol of the Cold War: Transatlantic Debates After the Polish Crisis*, in: Kiran Klaus Patel/Kenneth Weisbrode (Hg.): *European Integration and the Atlantic Community in the 1980s*, New York 2013, S. 83-104, hier S. 100.

an die Kraft der Demokratie, den gewaltfreien Widerstand und eine Opposition mit breiter Basis zu betonen.⁸²

Die Krise vom Dezember 1981 und die folgende Repression in Polen wurden von den größeren chilenischen sozialistischen, christdemokratischen und anderen Exilorganisationen genau verfolgt. Für sie bot das Schicksal von Solidarność eine Möglichkeit, sich von sowjet-freundlichen Exilorganisationen und dem Vorwurf der kommunistischen Prägung zu distanzieren, den die chilenische Staatspropaganda und die Apologeten im Westen gerne auf die gesamte chilenische Opposition ausweiteten.⁸³ Zudem kam es sowohl in Chile als auch in Polen in den 1980er Jahren zu simultanen Arbeiterkämpfen. Da Oppositionsparteien verboten waren, übernahmen Gewerkschaften, allen voran die von christlichen Arbeitern geführte Coordinara Nacional Sindical, die heimische Opposition gegen Pinochet in den frühen 1980er Jahren. Die neoliberale Politik der Regierung und das restriktive Arbeitsrecht schufen in Verbindung mit der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre den Nährboden für eine breite gesellschaftliche Bewegung. Das Programm für Demokratie und Menschenrechte, für das die Gewerkschaften mobilisierten, unterschied sich dabei durch seinen gewaltlosen Ansatz radikal von dem marxistischer Gruppen und anderer Parteien, die den bewaffneten Widerstand propagierten.⁸⁴ Diese Umstrukturierung der Opposition rund um die Gewerkschaften in einer Zeit wachsender Repression änderte nicht nur die Ausrichtung internationaler Kampagnen chilenischer Exilgruppen und ihrer westeuropäischen Verbündeten gegen Pinochet, vielmehr wurden dadurch die Parallelen zur polnischen Gewerkschaftsopposition gegen Jaruzelski noch offensichtlicher.⁸⁵

Bereits wenige Tage nach dem Verbot der Solidarność schickte der christliche Textilarbeiter und führende Oppositionelle Manuel Bustos aus seinem Gefängnis in Santiago de Chile eine Botschaft der Solidarität mit Lech Wałęsa an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (ICFTU), der gerade in Brüssel Solidaritätskampagnen für die Solidarność plante.⁸⁶ Im Frühjahr 1982 antwortete darauf Wałęsa, indem

82 Vgl. Heraldo Muñoz: *The Dictator's Shadow: Life under Augusto Pinochet*, New York 2006, S. 126.

83 Vgl. *Nuestra solidaridad con el pueblo polaco*, in: *Convergencia* 5-6 (November 1981-Januar 1982), S. 29 f.; *Chile-América* 76-77 (Januar-Februar-März 1982), S. 35 f.

84 Vgl. Peter Winn (Hg.): *Victims of the Chilean Miracle: Workers and Neoliberalism in the Pinochet Era, 1973-2002*, Durham/London 2004.

85 Vgl. Ignacio Walker: *Socialismo y democracia: Chile y Europa en perspectiva comparada*, Santiago 1990, S. 186 f.

86 Vgl. *Chile-América*, 76-77 (1982), S. 56.

er wiederum seine Unterstützung der chilenischen Arbeiter-Opposition gegen Pinochet erklärte und die Inhaftierung Bustos und des kommunistischen Gewerkschafters Almiro Guzman anprangerte.⁸⁷ Als Wałęsa im Dezember 1983 den Friedensnobelpreis bekam, lud er in einem symbolträchtigen Akt den chilenischen Gewerkschafter Rodolfo Seguel zur Verleihung in Oslo ein, an der er selbst nicht teilnehmen konnte.

Weitere nachhaltige Kooperationen zwischen polnischen und chilenischen Exilanten entwickelten sich seinerzeit in Westeuropa. Im Sommer 1982 gründeten polnische Exilanten mit Unterstützung der verbotenen polnischen Gewerkschaften das Auslands-Koordinationsbüro der *Solidarność* in Brüssel als Hauptquartier und internationale Vertretung der polnischen Opposition. Das Büro koordinierte auch gemeinsam mit einer ähnlichen chilenischen Exilorganisation internationale Solidaritätskampagnen mit der chilenischen Gewerkschaftsopposition: Das *Comité Sindical Chile* wurde im Frühjahr 1983 in Rom von Manuel Bustos gegründet.⁸⁸ Chilenen und Polen gaben gemeinsame Solidaritätserklärungen heraus und traten gemeinsam bei internationalen Konferenzen auf, so zum Beispiel bei den Jahresversammlungen der »Internationalen Arbeitsorganisation« (ILO) in Genf. Die polnische Opposition präsentierte hier ihr Land als »zweites Chile«, um denjenigen in Europa und den USA entgegenzutreten, die sich Mitte der 1980er Jahre auf Jaruzelskis Kurs der Normalisierung einzulassen begannen. All dies zeigt, wie *Solidarność* und die chilenische Arbeiter-Opposition während der 1980er Jahre in Kontakt blieben und regelmäßig aufeinander Bezug nahmen.⁸⁹ Diese gemeinsame »anti-totalitäre« Identität war jedoch hauptsächlich durch ihre Verbündeten im Westen, allen voran durch den ICFTU und führende Sozialdemokraten geprägt worden.

Unter dem Strich war der gemeinsame globale »anti-totalitäre« Kampf in Chile und Polen jedoch eher eine Ausnahme. Während der 1980er Jahre hatte die *Solidarność* beispielsweise kaum Interesse am Kampf gegen die Apartheid in Südafrika: Selbst bzw. gerade ihre Unterstützer im Westen waren über die Teilnahmslosigkeit der *Solidarność* betroffen, viel mehr noch über ihre Unterstützung des südafrikanischen Regimes, das nach der Ausrufung des Kriegsrechts 1981 tausende Polen aus österreichischen Flüchtlingslagern rekrutierte und sich so als antikommunistische

87 Vgl. Mary Helen Spooner: *Soldiers in a Narrow Land: The Pinochet Regime in Chile*, Berkeley u. a. 1999, S. 168; *Latijns-Amerika* 1 (1982), S. 6.

88 Vgl. Christiaens: *The Difficult Quest*; *Free Labour World* 391/392 (1983), S. 6.

89 Vgl. *New York Times*, 25.10.1989.

Bastion profilieren konnte.⁹⁰ Die antirassistische, liberale Federation of South African Trade Unions (FOSATU) solidarisierte sich zwar mit der Solidarność, um sich vom ANC zu distanzieren und ihr nicht-kommunistisches Profil zu untermauern. Der größere Teil der südafrikanischen Opposition hielt sich aber von der polnischen Gewerkschaft fern, da solche Kontakte ihre Beziehungen mit dem Ostblock gefährdet hätten.⁹¹

Auch die sandinistische Regierung in Nicaragua, die während des Bürgerkrieges im Land eine der wichtigsten Solidaritätsbewegungen der 1980er Jahre auf die Beine gestellt hatte und mit osteuropäischen Regimes kooperierte, sträubte sich gegen Vergleiche mit Solidarność, die etwa Intellektuelle wie Günter Grass oder westeuropäische Sozialdemokraten zogen.⁹² 1981 wurde einer Solidarność-Delegation, die die Anti-Sandinista-Opposition besuchen wollte, sogar die Einreise nach Nicaragua verwehrt.⁹³ Die Propaganda der FSLN verurteilte die Solidarność und andere osteuropäische Dissidenten als Werkzeuge des US-Imperialismus, während sie gleichzeitig die Freundschaft und Solidarität mit den osteuropäischen Regimes pries.⁹⁴ Nichtsdestotrotz stimmten sowohl die sandinistische Regierung als auch die chilenische und südafrikanische Opposition darin überein, dass die »Dritte Welt« einzig durch die Ost-West-Entspannung ihre Selbstbestimmung erreichen könne. Die sandinistische Regierung in Nicaragua hielt ihre westeuropäischen Solidaritätskomitees an, mit der Friedensbewegung zu kooperieren, schickte Delegationen auf »Friedensbesuche« zu europäischen Staatsoberhäuptern

90 Vgl. Joseph M. Schwartz: Black Politics in South Africa, in: Dissent (Winter 1986), S. 5-13, hier S. 9; Allgemeiner: Padraic Kenney: A Carnival of Revolution. Central Europe 1989, Princeton/Oxford 2002, S. 70.

91 Vgl. Vladimir Shubin/Marina Traikova: There is no threat from the Eastern Bloc, in: South African Democracy Education Trust (Hg.): The Road to Democracy in South Africa, Vol. III: International Solidarity, Pretoria 2008, S. 985-1066.

92 Vgl. Kim Christiaens: Globalizing Nicaragua? An Entangled History of Sandinista Solidarity Campaigns in Western Europe, in: Jan Hansen/Christian Helm/Frank Reichherzer (Hg.): Making Sense of the Americas: How Protest Related to America in the 1980s and Beyond, Frankfurt/M./New York 2015, S. 151-173.

93 Vgl. Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris: Solidarność and Latin America in the 1980s: Encounters, Conflicts and Failures, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 445-461.

94 Vgl. Dieter Gawora: Lateinamerika hier. Zur Entwicklung der internationalen Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik. Entwicklungsperspektiven, Kassel 1983, S. 77, 87; siehe auch: Barricada Internacional: International Weekly of the Sandinista National Liberation Front, No. 24, 5.7.1982, S. 8; Erika Harzer/Willi Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua: Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettbewerb, Berlin 2008.

und organisierte Konzerte und Märsche für »Frieden« zwischen Ost und West.

Gleichzeitig orientierten sich auch wichtige Strömungen in der chilenischen Linken an der Entspannungspolitik und versuchten, das Thema Chile in den Friedens-Kampagnen zu etablieren, die in den 1980er Jahren wie Pilze aus dem Boden schossen, insbesondere nach dem Nato-Doppelbeschluss. 1982 nahmen chilenische Exilanten gemeinsam mit Vertretern der polnischen Regierung und anderer osteuropäischer Regimes sowie mit Menschenrechtsaktivisten aus dem Westen in Athen an einer Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission der Verbrechen der Militärjunta in Chile teil.⁹⁵ Im Jahr darauf, auf dem Höhepunkt der Friedensproteste in Westeuropa und am zehnten Jahrestag des Putsches, startete Chile Democrático unter dem Motto »das Recht in Frieden zu leben« eine Kampagne zur Rückkehr der Exilanten.⁹⁶ Aus dieser Perspektive heraus beobachteten viele chilenische Oppositionsführer mit Skepsis den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa in den späten 1980er Jahren. So sah beispielsweise Ricardo Lagos, der sozialdemokratische Oppositionsführer und zukünftige Präsident Chiles, das postkommunistische Europa als potentielle Konkurrenz um westliche Unterstützung für den Übergang zur Demokratie.⁹⁷

Fazit und Ausblick: Die Umgestaltung der Solidarität nach 1989

Noch in den frühen 1990er Jahren kultivierten viele führende Köpfe der chilenischen, nicaraguanischen und südafrikanischen Bewegungen, mit denen sich europäische Aktivisten während der vergangenen Jahrzehnte identifiziert hatten, weiterhin die Erinnerung an die osteuropäische Unterstützung ihrer Ziele. Nach dem Ende des Pinochet-Regimes half der chilenische Botschafter in Moskau, Clodomiro Almeyda, dem abgesetzten DDR-Regierungschef Erich Honecker, Zuflucht in Chile zu finden,

95 Vgl. Alan Angell: International Support for the Chilean Opposition, 1973-1989: Political Parties and the Role of Exiles, in: Laurence Whitehead (Hg.): The International Dimensions of Democratization. Europe and the Americas, Oxford 1996, S. 183; siehe auch im Archivo Digital de la Fundación Museo de la Memoria y los Derechos Humanos die Dokumente zur Untersuchungskommission, URL: <http://www.archivomuseodelamemoria.cl/uploads/1/0/104732/00000031000012000162.pdf>.

96 El derecho de vivir en paz, 16.9.1983, in: Amsab-Institute of Social History, Ghent, AF.005660.

97 Vgl. Micheline de Sève: La chute du mur de Berlin et l'ébranlement de la gauche chilienne, in: Politique et Sociétés 24,2-3 (2005), S. 95.

wo er 1993 begrüßt wurde und einige Monate später starb.⁹⁸ ANC-Vorsitzende wie Nelson Mandela rühmten auch nach dem Übergang Südafrikas zur Demokratie nach wie vor den Beistand des Ostblocks im Anti-Apartheid-Kampf.⁹⁹

Solche Allianzen und Erklärungen standen jedoch im Widerspruch mit der Euphorie im Westen nach 1989. Nach den Ereignissen von 1989 setzte dort eine Art Amnesie ein, die es Liberalen, der Linken und osteuropäischen Dissidenten, die nun Führungspositionen besetzten, erlaubte, am Narrativ eines einheitlichen globalen anti-totalitären Kampfs, inspiriert und unterstützt durch den Westen, festzuhalten. Solche Diskurse entstanden in dem Moment, als viele Beobachter in der »Dritten Welt« die Einigung Europas als Ausgrenzung der »Dritten Welt« und das postkommunistische Europa als Hauptkonkurrenten um Solidarität und finanzielle Unterstützung wahrnahmen. Diese Position wurde in den Ansprachen des Nigerianers Joseph Nanven Garba deutlich, 1989/90 Präsident der UN-Generalversammlung: »Afrika zieht sprichwörtlich den Kürzeren. Nun, da sich Osteuropa demokratischen Prinzipien öffnet, werden die postsowjetischen Länder deutlich bei Finanzhilfen und Hilfsleistungen bevorzugt, die der Westen afrikanischen Ländern nie so bereitwillig gegeben hat.«¹⁰⁰ Seine Analyse war nicht weit entfernt vom Standpunkt der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ihr schwindendes Budget für die Entwicklungsländer der »Dritten Welt« auf die Prioritäten in Osteuropa zurückführte.¹⁰¹

Die Euphorie über ein »freies Europa« verwischte in den 1990er Jahren die Erfahrung europäischer Kampagnen, die einen großen Gewinn aus der Idee zogen, Europa symbolisiere sowohl die Not als auch das revolutionäre Potential der »Dritten Welt«. In den 1960er und frühen 1970er Jahren hatten Kampagnen gegen den Vietnamkrieg und gegen Pinochet in Chile Europa als Opfer von rechten Diktaturen und US-Im-

98 Vgl. Mary Helen Spooner: *The General's Slow Retreat: Chile after Pinochet*, Berkeley/Los Angeles/London 2011, S. 52; Thomas Kunze/Markus Rosenberger: »Es lebe der Sozialismus«. Margot Honecker als Symbolfigur in Chile, Nicaragua, und Namibia, in: Thomas Kunze/Thomas Vogel (Hg.): *Ostalgie international: Erinnerungen an die DDR von Nicaragua bis Vietnam*, Berlin 2010, S. 27-43.

99 Rede von Nelson Mandela während der Konferenz von Umkhonto we Sizwe, 9.8.1991, University of Venda, Thohoyandou; Der Spiegel, 18.1.1993, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679737.html>.

100 Mobilisation internationale contre l'Apartheid et pour la libération de l'Afrique australe: Conseil Mondial de la Paix en collaboration avec le centre des Nations Unies contre l'Apartheid, October 1990, No. 4, S. 7, 10.

101 Vgl. Peter Molt: *A Review of (West) Germany's Relations with Developing Countries in Sub-Saharan Africa*, in: KAS International Reports 11/12/14, S. 53.

perialismus propagiert: Griechenland wurde nach dem Putsch 1967 als »Europas Vietnam« bezeichnet, während Kampagnen für Chile dieselben multinationalen Unternehmen anprangerten, die in Lateinamerika und Westeuropa intervenierten. Kommunistische Regimes und Parteien sahen Osteuropa dagegen als erfolgreiche Verwirklichung der Prinzipien des Antifaschismus und Anti-Imperialismus, die einen ähnlichen Kampf gefochten hatten wie die neuen unabhängigen Staaten um Selbstbestimmung und Sozialismus.¹⁰²

Diese »Identifizierung« wurde von osteuropäischen Dissidenten auf den Kopf gestellt, die den real existierenden Sozialismus ablehnten und die kommunistischen Regimes auf ihre Weise anklagten, indem sie das Sowjetreich mit Faschismus und Neo-Kolonialismus in der »Dritten Welt« gleichsetzten. In den 1980er Jahren führten diese Bestrebungen zu einem Narrativ eines gemeinsamen Kampfs in Polen und Chile gegen Totalitarismus von links und rechts. Die vermeintlich gemeinsame Identität zwischen Europa und der »Dritten Welt« war jedoch nicht nur eine europäische Eigenwahrnehmung, sondern wurde geprägt von politischen Bewegungen, Exilanten und nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und Asien. Letztere wandten sich an Europa mit ihren Ideen und Anliegen – angesiedelt zwischen Antifaschismus und Frieden bis hin zu Anti-Amerikanismus. Ihr Ziel war es, mit der Idee gemeinsamer Werte und Kämpfe eine gemeinsame Identität zu schaffen.

102 Vgl. Mark/Slobodian: Eastern Europe.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

FRANK BÖSCH, Prof. Dr., ist Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam und Professor für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam. 2019 erscheint im Beck Verlag sein neues Buch »Zeitenwende 1979. Die Welt am Beginn unserer Gegenwart«, in dem er sich unter anderem mit der Solidarität mit Nicaragua sowie den vietnamesischen »Boat People« auseinandersetzt.

ERIC BURTON, Dr., ist Postdoctoral Research Associate im Projekt »Socialism goes global« an der University of Exeter. Seine Dissertation untersucht Handlungsspielräume in den entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen Tansania und den beiden deutschen Staaten während des Kalten Krieges. Zuvor arbeitete er an der Universität Wien im Projekt »Entsandte Expert/inn/en von Entwicklungshilfe und Sozialistischer Hilfe in Zeiten der Systemkonkurrenz«.

KIM CHRISTAENS, Dr., ist Direktor des KADOC – Documentation and Research Centre on Religion, Culture and Society an der KU Leuven. Dort wurde er mit einer Dissertation zur internationalen Solidarität mit der »Dritten Welt« im Kalten Krieg promoviert. Er publizierte vielfach zu sozialen Bewegungen, NGOs, Menschenrechten, Dekolonialisierung und Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika sowie Ost- und Südeuropa.

CHRISTIAN HELM, Dr., forscht und publizierte zu den Beziehungen zwischen den Sandinisten und der bundesdeutschen Nicaragua-Solidaritätsbewegung. Seine Dissertation mit dem Titel »Botschafter der Revolution« erschien 2018. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für die Geschichte Lateinamerikas und der Karibik an der Leibniz Universität Hannover.

FELIX A. JIMÉNEZ BOTTA, Dr., ist Visiting Assistant Professor der Globalgeschichte am Boston College. Er promovierte über die Solidarität in der Bundesrepublik Deutschland für Chile und Argentinien in den 1970er Jahren und zeigt in seiner Arbeit, wie sich die westdeutsche Linke, Christen sowie Konservative dem Menschenrechtsdiskurs öffneten und wie ihr Aktivismus mit der Außenpolitik Bonns kollidierte.

SOPHIE LORENZ, Dr., promovierte 2018 über die Verbindung zwischen der DDR und Angela Davis, einer der zentralen intellektuellen Leitfiguren der *Black Power*-Bewegung zu Beginn der 1970er Jahre. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Curt-Engelhorn-Lehrstuhl für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg.

CAROLINE MOINE, Dr., ist Assistenzprofessorin für Zeitgeschichte an der Universität Versailles Saint-Quentin-en-Yvelines und Vize-Direktorin des Centre d'histoire culturelle des sociétés contemporaines. Sie forscht zur Kulturgeschichte des Kalten Krieges und zu europäischen Solidaritätsbewegungen mit Chile. 2015 publizierte sie mit O. Compagnon (Hg.): *Chili 1973, un événement mondial*, in: *Monde(s). Histoire, Espaces, Relations* 8 (2015).

ANJA SCHADE ist freie Wissenschaftlerin und derzeit im Ausstellungsprojekt »Co-operation among equal partners in a common struggle – The GDR's contribution to the South African liberation struggle« in Liliesleaf/Südafrika tätig. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Oral History, Exil und Migration. In ihrer Dissertation untersucht sie die Erfahrungen von Mitgliedern des African National Congress im DDR-Exil.

STEFANIE SENGER ist assoziierte Doktorandin am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Nach einer Masterarbeit über die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie für die FSLN in Nicaragua widmet sie sich nun in ihrer Dissertation dem Thema »Reiz der Revolution. Das sandinistische Nicaragua und die deutschen Solidaritätsbewegungen in Ost und West (1979-1990)«.